



7. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 16. September 2010

Mitteilungen des Präsidenten 329

Zur Tagesordnung 329

1 Regierungserklärung

Aussprache 329

Karl-Josef Laumann (CDU) 329

Norbert Römer (SPD) 342

Reiner Priggen (GRÜNE) 351

Dr. Gerhard Papke (FDP) 362

Bärbel Beuermann (LINKE) 373

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft 377

Hans-Willi Körfges (SPD) 386

Horst Becker (GRÜNE) 390

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) 391

Wolfgang Zimmermann (LINKE) 395

Ministerin Sylvia Löhrmann 399

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 402

Rüdiger Sagel (LINKE) 403

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans 405

Andrea Asch (GRÜNE) 407

2 Gesetz zur Verbesserung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/97

erste Lesung

In Verbindung mit:

Studienbeiträge in Nordrhein-Westfalen: Sichere Qualität, faire Bedingungen, gute Chancen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/126 409

Ministerin Svenja Schulze 409

Marcel Hafke (FDP) 411

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) 413

Karl Schultheis (SPD) 416

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) 419

Gunhild Böth (LINKE) 420

Ministerin Svenja Schulze 421

Klaus Kaiser (CDU) 423

Marcel Hafke (FDP) 424

Özlem Alev Demirel (LINKE) 424

Karl Schultheis (SPD) 425

Arndt Klocke (GRÜNE) 426

Ergebnis 426

3 Bundesregierung muss Kürzung der KfW-Programme bei der Gebäudesanierung zurücknehmen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/141 427

Rainer Schmeltzer (SPD) 427

Wibke Brems (GRÜNE) 428

Bernhard Schemmer (CDU) 429

Christof Rasche (FDP) 430

Michael Aggelidis (LINKE) 430

Minister Johannes Remmel 431

Minister Harry Kurt Voigtsberger 432

Ergebnis 433

4 Investitionssicherheit für Handwerksbetriebe schaffen – Einfahrt in die Umweltzone weiterhin mit Handwerkerparkausweis ermöglichen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/128 433

Kai Abrusatz (FDP) 433

Gregor Golland (CDU) 433

André Stinka (SPD) 434

Hans Christian Markert (GRÜNE) 435

Hamide Akbayir (LINKE).....	437
Minister Johannes Remmel	438
Ergebnis	439

5 Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

Mitteilung nach § 15 des Abgeordnetengesetzes NRW Drucksache 15/62	
Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/188.....	439
Britta Altenkamp (SPD).....	439
Sigrid Beer (GRÜNE).....	440
Ralf Michalowsky (LINKE)	441
Ralf Witzel (FDP).....	442
Ralf Michalowsky (LINKE)	443
Ergebnis	443

6 Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in den Gymnasien und Gesamtschulen

Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/134	
<u>In Verbindung mit:</u>	
Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes Rücknahme des sog. „Turbo-Abiturs“ G8 in der Sekundarstufe I	
Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/135	
erste Lesung	443
Ergebnis	443

7 Erzieher und Tagesväter: Attraktivität und Nachfrage müssen gestärkt werden!

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/118.....	443
Ergebnis	443

8 Ausbau der Kindertagesbetreuung noch weiter vorantreiben – Engagement der privat-gewerblichen Träger honorieren

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/100.....	443
Marcel Hafke (FDP)	444
Bernhard Tenhumberg (CDU)	445
Wolfgang Jörg (SPD)	446
Andrea Asch (GRÜNE)	447
Dr. Carolin Butterwegge (LINKE)	447
Ministerin Ute Schäfer	448
Ergebnis	449

9 Bildungs-Chipkarte stoppen, bedarfsgerechte Kinderregelsätze einführen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/130	
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/177	449
Ergebnis	449

10 Lobby für Erwerbslose stärken – Erwerbslosenzentren und -beratungsstellen fördern und landesweit ausbauen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/132.....	449
Ergebnis	449

11 Demographische Gewinne nutzen – Entwicklung eines Stufenplans „Kleine Klasse“

Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/136	
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/184.....	449
Ergebnis	450

12 Wahleinsprüche gegen die Landtagswahl vom 9. Mai 2010

Beschlussempfehlung und Bericht des Wahlprüfungsausschusses Drucksache 15/146.....	450
Ergebnis	450

Entschuldigt waren:

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren

Minister Johannes Remmel
(ab 18:00 Uhr)

Marc Ratajczak (CDU)

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU)
(ab 19:00 Uhr)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine Damen und Herren, ich heiße Sie herzlich willkommen zur siebten Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **drei Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiert heute Frau **Britta Altenkamp** von der Fraktion der SPD. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Namen der Kolleginnen und Kollegen!

(Allgemeiner Beifall)

Geburtstag feiert heute auch Frau **Bärbel Beuermann** von der Fraktion Die Linke. Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Namen aller Kolleginnen und Kollegen!

(Allgemeiner Beifall)

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich auf einige Ergänzungen der Tagesordnung hinweisen. Die Fraktionen haben sich bei Tagesordnungspunkt 1 inzwischen unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Frau Ministerpräsidentin Kraft bei ihrer Regierungserklärung die angemeldete Redezeit um 47 Minuten überzogen hat, auf neue Redezeiten verständigt. Für die Aussprache stehen somit je Fraktion sowie für die Landesregierung 70 Minuten zur Verfügung.

Ich weise darauf hin, dass bei Ausschöpfung der vereinbarten Redezeiten die heutige Plenarsitzung erst gegen 22:30 Uhr enden wird. Gestern habe ich schon gesagt, dass man die Redezeit nicht ausschöpfen braucht, sondern durch klare und prägnante Reden einen Beitrag dazu leisten kann, dass die Plenarsitzung vor 22:30 Uhr endet, zumal wir heute Abend wieder einen wichtigen Parlamentarischen Abend haben. Wir haben Gäste, die wir gerne begleiten und begrüßen möchten.

Zu Tagesordnungspunkt 5 „Mitteilung nach § 15 des Abgeordnetengesetzes NRW“ weist die Tagesordnung bislang keine Redezeiten aus. Die Fraktionen haben sich in der Zwischenzeit darauf verständigt, für diesen Punkt den Redezeitenblock I vorzusehen.

Noch ein Hinweis zu Tagesordnungspunkt 11 „Demographische Gewinne nutzen – Entwicklung eines Stufenplans ‚Kleine Klasse‘“. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, hierzu heute keine Debatte zu führen und den Antrag an den Fachausschuss zur Vorlage einer Beschlussempfehlung zu überweisen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Regierungserklärung

Wir kommen zur **Aussprache** über die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin von gestern. Ich gebe dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Herrn Karl-Josef Laumann, das Wort.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Karl-Josef Laumann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die gestrige Regierungserklärung von Frau Kraft hatte viele schöne Worte. Das war sicherlich auch der Versuch, menschliche Wärme zu zeigen. Aber wer vom Industriestandort redet und Datteln nicht erwähnt, hat keine industriepolitische Substanz.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wer von Nachhaltigkeit spricht und keinen einzigen Konsolidierungsvorschlag macht, verspielt die Zukunft unserer Kinder.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wer von Bildung spricht und die eigenen schulpolitischen Absichten nicht ehrlich offenlegt, schürt nach meiner Meinung Unzufriedenheit und Unruhe.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Kraft, Sie haben einen Kulturrucksack für Kinder mit vielen Freikarten versprochen. In Wirklichkeit packen Sie keine Freikarten in den Rucksack, sondern tonnenweise neue Schulscheine.

(Beifall von der CDU)

Diese neuen Schulden bürden Sie unseren Kindern mit Zinseszinsen auf. Das ist die dünne Essenz Ihrer gestrigen Regierungserklärung.

(Beifall von der CDU)

Das sagt heute nicht nur die immer kritisierende Opposition, wie man denken könnte, sondern auch die Presse. Ich möchte einige Pressestimmen zitieren: „52 Minuten zu lang“ heißt es in der „Süddeutschen Zeitung“.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

„Bitte gehen Sie weiter, es gibt nichts zu sehen“ liest man ebenfalls in der „Süddeutschen Zeitung“. – „So aber wird Kraft eine Art Ober-Regierungspräsidentin für NRW ...“ steht in der „Rheinischen Post“.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

„Worte reichen nicht“ lautet es in den „Westfälischen Nachrichten“. – Kraft verteidigt Milliardenschulden in der „NRZ“. – „Schaumgebäck“ und „In ihrer ... Regierungserklärung hat Kraft viel rhetorisches Schaumgebäck angeboten, das auf der Zunge zergeht, aber nachhaltig nichts hinterlässt“ ist in den „Aachener Nachrichten“ zu lesen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

„Kraft setzt ganz gezielt auf neue Schulden“, konstatieren ebenfalls die „Aachener Nachrichten“. – „Der Sparwille fehlt“ stellt die „Kölnische Rundschau“ fest. – „Soziales Herzblut reicht nicht“ titelt der „Express“.

(Zuruf von der SPD: Können Sie mal etwas Eigenes beitragen? – Zuruf von der LINKEN: Lesen können wir selbst! – Weitere Zurufe)

„Die großen Probleme unserer Zeit – Hannelore Kraft identifiziert in ihrer Regierungserklärung die ganz großen Herausforderungen: Stau, Ehrenamt, Frauenquote. Nordrhein-Westfalen muss es blendend gehen. Oder?“ schreibt heute die „FAZ“.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir wissen doch alle: Nordrhein-Westfalen steht vor großen Herausforderungen. Die Schulden, die aufgrund der Weltwirtschaftskrise gemacht worden sind, müssen zurückgefahren werden. Unser erfolgreicher Konsolidierungskurs von 2005 bis 2008

(Lachen von der SPD und von den GRÜNEN)

muss fortgesetzt werden.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie können es drehen, wie Sie wollen,

(Markus Töns [SPD]: Wir verdrehen gar nichts! – Zuruf von der SPD: Sie verdrehen! – Weitere Zurufe)

aber 2008 war seit über 40 Jahren in Nordrhein-Westfalen das erste Jahr, in dem eine Landesregierung weniger ausgegeben als sie eingenommen hat.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Wer das Konto unserer Kinder überzieht, handelt unmoralisch und auf gar keinen Fall nachhaltig.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Wir haben die große Herausforderung, dass wir den demografischen Wandel menschlich gestalten müssen. Das betrifft alle Politikbereiche. Wir müssen alles daransetzen, mit einer älter werdenden Gesellschaft – auch mit älter werdenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – innovativ zu bleiben.

Die Frage, wie lange wir arbeiten, ist nicht entscheidend. Entscheidend ist, wie man mit älter werdenden Belegschaften im Wettkampf um die besten Produkte auf dieser Welt innovativ bleibt. Unsere wirtschaftliche Stärke entscheidet doch darüber, ob unser Sozialstaat die großen Herausforderungen meistern kann, die in den nächsten Jahren auf ihn zukommen.

Der Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft wird auch in den nächsten Jahren weitergehen. Wir brauchen Bildungseinrichtungen, in denen die Begabungen gefördert werden, und auch Bildungseinrichtungen – das betone ich ausdrücklich –, in denen die zugewanderten Kinder ihre Begabungen gut entfalten können, sodass sie nach dem Schulbesuch auch anspruchsvolle Berufsausbildungen beginnen können.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD)

Es gibt trotz großer Anstrengungen in den letzten Jahren schlicht und ergreifend viel zu tun. Alle Menschen müssen die Möglichkeiten haben, durch Bildung und Fleiß aus ihrem Leben etwas zu machen. Gerechtigkeit erzielt man nicht durch Umverteilung. Der Schlüssel liegt in besserer Bildung und in Teilhabechancen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wer jetzt Unruhe in unsere Schulen bringt, setzt die Zukunft einer ganzen Kindergeneration aufs Spiel.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir haben als großes und starkes Energieland eine besondere Verantwortung bei der Bewältigung des Klimawandels. Unser Ziel muss die Versöhnung von Wirtschaft und Umwelt, von Ökonomie und Ökologie, sein. Nordrhein-Westfalen muss zum ökologischen Industrieland werden. Wer Ökologie und Industrie gegeneinander ausspielt,

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

vertreibt am Ende die Industrie und die Arbeitsplätze aus Nordrhein-Westfalen und macht das Land ärmer.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von der LINKEN: Sie haben doch das Land arm gemacht! – Weitere Zurufe)

Die Kommunen brauchen wieder Gestaltungsspielraum.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Lebhafter demonstrativer Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

– Dass jetzt alle klatschen, ist ein Zeichen dafür, dass der Landtag ein Parlament ist, das sehr stark kommunalpolitisch bestimmt ist; das ist ja schön.

(Lachen von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Wir wissen doch alle, dass die Aufgaben, die unsere Kommune zu übernehmen haben, umfangreicher geworden sind.

(Heike Gebhard [SPD]: Wer trägt die Verantwortung? – Weitere Zurufe von der SPD)

Es ist einfach so, dass sich viele gesellschaftliche Veränderungen der letzten 20 Jahre in erheblichem

Umfang in den Gemeindekassen und den Aufgaben der Kommunen niedergeschlagen haben. Ich möchte einige Beispiele nennen, die deutlich machen, um welche Herausforderungen es da geht.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wer regiert denn da in Berlin?)

– 20 Jahre lang war nun nicht die gleiche Regierung da. – Wir haben Entwicklungen etwa im Sozialbereich, die mit Veränderungen in unserer Gesellschaft zusammenhängen, die nun einmal in den Gemeindekassen voll durchschlagen. Nehmen Sie nur das Beispiel der Eingliederungshilfe! Wir hatten aufgrund unserer schrecklichen Geschichte in Deutschland in den 50er- und 60er-Jahren keine alten Behinderten. Wir haben jetzt eine wunderschöne Aufgabe, dass wir einer ganzen Generation von behinderten Menschen auch in diesem System der Eingliederungshilfe Leben, Betreuen und Teilhabechancen ermöglichen können.

Wir haben die Situation, dass sich etwa im Bereich der Jugendhilfe die Ausgaben für Erziehungshilfen gewaltig nach oben verändert haben, weil zum Beispiel die Herausnahme von Kindern aus den Familien häufiger vorkommt als noch vor 20 Jahren und sich diese Fälle natürlich gewaltig in den Gemeindekassen niederschlagen.

Natürlich hat eine älter werdende Gesellschaft mehr Pflegefälle als eine Gesellschaft, die weniger Ältere hat. Jeder weiß, wie stark etwa die Heimkosten in der dritten Stufe der Pflege sind. Dann reichen oft Pflegeversicherung und Rente eben nicht, um die Kosten aufzubringen. Das schlägt sich in dem System, so wie es heute ist, in jedem Einzelfall in einer Gemeindekasse nieder.

(Zuruf von Gerda Kieninger [SPD])

Ich glaube, man sollte das nicht dem einen oder anderen zuschieben, sondern es kommt darauf an, dass unsere Gemeinden wieder gestalten können, denn ich glaube, dass die kommunale Selbstverwaltung zur demokratischen Substanz unseres Landes und unseres föderalen Aufbaus gehört. Deswegen ist es eine wichtige Aufgabe, nachhaltig für eine Verbesserung der Kommunalfinanzen in den nächsten Jahren zu sorgen.

(Beifall von der CDU – Gerda Kieninger [SPD]: Warum haben Sie es dann nicht getan?)

Meine Damen und Herren, diese wenigen Beispiele machen deutlich, dass das Land vor großen Herausforderungen steht. Und um große Herausforderungen zu bestehen, braucht man eine starke Landesregierung.

(Zuruf von der SPD: Die haben wir jetzt ja!)

Sie muss Macht haben. Sie muss einen klaren und erkennbaren Gestaltungswillen über fünf Jahre haben.

(Zurufe von der SPD)

Demokratie funktioniert nun einmal so, und das erwarten die Bürgerinnen und Bürger. Nordrhein-Westfalen hat aber keine starke Landesregierung.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das liegt nicht an den Wählerinnen und Wählern. Das liegt alleine an Frau Kraft und der SPD.

(Zurufe von der SPD: Oho!)

Mit der CDU war eine stabile und handlungsfähige Koalition möglich. Dazu war die CDU aus Verantwortung für unser Land bereit.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Mir kommen die Tränen!)

Diese Koalition ist daran gescheitert, dass Frau Kraft um jeden Preis Ministerpräsidentin werden wollen.

(Beifall von der CDU)

Alles andere ist der Versuch, eine Legende zu bilden. Dafür bezahlen wir jetzt mit einer instabilen Minderheitsregierung aus Partnern, die sich gegenseitig nicht grün sind.

(Beifall von der CDU)

Sie sind auf wechselnde Mehrheiten angewiesen. Und Sie sind in vielen Fragen – das werden die nächsten Monate zeigen – auch auf die linke Fraktion angewiesen.

(Ministerin Barbara Steffens: Ja, und es tut nicht weh!)

Sie haben im Wahlkampf gesagt, Frau Kraft, die Linken seien weder regierungs- noch koalitionsfähig. Sie haben auch versprochen, sich nicht von den Linken tolerieren zu lassen. Frau Löhrmann hat die Sondierungsgespräche mit der Links-Partei abgebrochen – das war aus der Presse zu entnehmen –, weil sie geschockt war, wie sehr die Linke immer noch dem DDR-Unrechtsregime hinterherweint.

(Gunhild Böth [LINKE]: So wie de Maizière!)

Jetzt haben wir eine Situation, dass diese Regierung am Ende auf Unterstützung und Stimmenthaltung der linken Fraktion setzt.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Sie haben eines vergessen, Herr Laumann, die Kommunisten! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie leben immer noch hinter der Mauer!)

Genau darüber, Frau Kraft, will Ihre Koalition der Einladung hinwegtäuschen. Wir haben nichts gegen Einladungen. Aber wenn wir eingeladen werden, dann müssen wir auch wissen, wozu. Wir wollen sicher sein, dass die Einladungen ernst gemeint sind.

Ich sage Ihnen einmal anhand einiger Beispiele, wozu Sie uns bisher eingeladen haben. Sie haben

uns eingeladen, das Schulsystem in Richtung Einheitsschule umzukrempeln.

(Heike Gebhard [SPD]: Das glaubt kein Mensch mehr im Land!)

Sie haben uns zu einer wahnwitzigen Neuerschulung eingeladen, und Sie haben uns eingeladen, die von uns eingeführten und bereits akzeptierten Studienbeiträge abzuschaffen.

(Zurufe von der SPD und von der LINKEN)

Ich finde, dass es eine Zumutung ist, uns zum Abräumen von mühsam errichteten Projekten, die allseitig in der nordrhein-westfälischen Gesellschaft akzeptiert sind, einzuladen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Erwarten Sie im Ernst, dass wir uns zu Gesprächen einladen lassen, wenn der Finanzminister seinen Vorgänger anpöbelt? Ich zitiere hier die „Aachener Zeitung“: Die haben ihren Garten saubergemacht, indem sie die toten Hühner über den Zaun geworfen haben.

(Minister Johannes Remmel: Das ist auch so!)

Herr Finanzminister, ich finde – aber er ist ja nicht da;

(Zuruf von der Regierungsbank: Er ist längst hier! – Zurufe von der CDU: Wo ist der Finanzminister?)

dann ist es ja gut –, tun Sie endlich Ihre Pflicht! Machen Sie konkrete Einsparungsvorschläge, statt über Bettensteuern nachzudenken.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie sind der einzige Finanzminister in ganz Deutschland, der keinen einzigen Sparvorschlag macht. Sie haben nämlich zum Thema Sparen bisher noch gar nichts gesagt.

(Beifall von der CDU)

Ich sage Ihnen auch, woran das liegt. Helmut Linsen war ein starker Finanzminister.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD – Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Er hatte etwas zu sagen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Er hatte ja immer etwas zu sagen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Jürgen Rüttgers wollte einen starken Finanzminister haben, weil er konsolidieren wollte. Ich weiß als ein Ressortchef seiner Regierung, was das bedeutet und wie es war. Sparen ist am Ende auch konkret.

Frau Kraft – so habe ich den Eindruck – will einen schwachen Finanzminister. Sie will einen Finanzmi-

nister, der nicht spart. Er soll die Wünsche der Koalitionsfraktionen und ihrer Kabinettskollegen erfüllen.

Ich glaube, man sollte daran denken, dass am Ende auch die Staaten vor großen finanzpolitischen Pleiten nicht gefeit sind, wie das Beispiel Griechenland zeigt. Wollen Sie uns wirklich zu einer solchen Finanzpolitik einladen?

Die einzige Einladung, bei der wir bisher zusammengekommen sind, war die Debatte über die EU-Pläne zur Steinkohlefinanzierung. Da sind Sie aber unserer Einladung gefolgt. Sie haben endlich einem Kompromiss zugestimmt, den Sie noch vor drei Jahren entschieden abgelehnt haben.

(Beifall von der CDU)

Frau Kraft, Sie haben kein Konzept für eine gute Zukunft in Nordrhein-Westfalen. Sie haben auch gestern in Ihrer Rede keine Fantasie entwickelt. Sie reden viel über Einladungen, über politische Kultur und über den Umgang miteinander. Aber eine Substanz Ihres Regierungshandelns ist nicht sichtbar, und eine Handschrift ist nicht erkennbar.

(Beifall von der CDU)

Nordrhein-Westfalen ist eines der bedeutendsten europäischen Industrie- und Energieländer. Ich frage mich: Wie kann man in einem solch wichtigen Industrie- und Energieland das Wirtschaftsministerium abschaffen und seine Reste auf das Bau- und Verkehrsministerium sowie auf das Umweltministerium verteilen?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich glaube, Nordrhein-Westfalen braucht ein starkes Wirtschaftsministerium. Und ich füge hinzu: Zu einem starken Wirtschaftsministerium gehört auch ein starkes Arbeits- und Sozialministerium.

(Beifall von der CDU)

Wir haben beides nicht mehr.

(Lachen von der SPD)

Wieso führt das Ministerium von Guntram Schneider eigentlich noch den Begriff „Soziales“ im Namen? Das Haus ist weder für die Stiftung Wohlfahrtspflege noch für das Wohn- und Teilhabe-gesetz zuständig, obwohl der Landtag als Gesetzgeber in beide Gesetze hineingeschrieben hat, dass ihre Verwaltung in den für das Soziale zuständigen Ministerien liegen soll.

(Beifall von der CDU)

Wissen Sie, was in dieser Frage der Unterschied zwischen Jürgen Rüttgers und Frau Kraft ist? Jürgen Rüttgers wollte ein starkes Wirtschaftsministerium und ein starkes Arbeitsministerium, und starken Ministerien muss man Kompetenzen geben. Frau Kraft will beides nicht.

Guntram Schneider, was uns beide unterscheidet: Ich wäre für ein solches Rumpfministerium gar nicht mehr in eine Regierung eingetreten.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir führen seit Jahrzehnten eine Atomdebatte. Wir führen seit Langem eine Debatte darüber, wie wir die regenerativen Energien am besten und am wirtschaftlichsten nach vorne bringen können. Den regenerativen Energien gehört die Zukunft.

(Beifall von der CDU – Demonstrativer Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Im aktuellen Energiekonzept der Bundesregierung geht es darum, wie wir das Zeitalter der regenerativen Energien mit einer verlässlichen und bezahlbaren Energieversorgung erreichen und welche Brücken dorthin die geeigneten sind. Es ist die Verantwortung der Politiker, für sachliche Debatten darüber zu sorgen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Hinter verschlossenen Türen! – Zuruf von der SPD: Fragen Sie Herrn Röttgen!)

Wenn diese Debatten für Diffamierungskampagnen gegen die Energieversorger und gegen die große Industrie genutzt werden, kommen wir aus meiner Sicht auf eine schiefe Bahn.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich bin froh über große Unternehmen. Ich bin froh, dass wir weltweit wettbewerbsfähige Chemie- oder Energieunternehmen haben. Das sind keine Fremdkörper, sondern Unternehmen, die zur Identität unseres Landes gehören.

Ein großes Thema ist die Integration der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Aber auch die Integration von Menschen aus schwierigen sozialen Milieus ist wichtig. Ich bin fest davon überzeugt, wir haben nur eine Zukunft, wenn jedes Kind, aber auch jeder Erwachsene eine Chance bekommt, zu arbeiten und sein Leben eigenverantwortlich zu gestalten.

Darum verstehe ich nicht, warum Sie die Integration wieder zu einer Sparte der Arbeitsmarktpolitik gemacht haben.

(Beifall von der CDU)

Das Thema Integration lassen Sie durch eine Staatssekretärin vertreten, die im Parlament nicht einmal ein Rederecht hat. Gerade die Debatte in den letzten zwei Wochen hat doch gezeigt, dass in die heutige Zeit ein eigenständiges Ministerium für Integration gepasst hätte:

(Heike Gebhard [SPD]: Das ist genauso eigenverantwortlich, wie Ihres es war!)

mit einem glaubwürdigen Kopf an der Spitze, der für Integrationspolitik steht und das Thema transportiert. Was Sie gemacht haben, das ist ein Rückfall in uralte Zeiten.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Löhrmann, Sie haben als unsere Schulministerin in den letzten Wochen manche Aufmerksamkeit gehabt. Manche haben es vielleicht so wahrgenommen, dass Sie CDU-geführte Kommunen gegen CDU-Landespolitik ausspielen wollten. Glauben Sie mir, auch meine Fraktion kennt die Probleme, die wir aufgrund der demografischen Veränderungen, des Schülerrückgangs in vielen Städten und Gemeinden haben, gut.

Man kann eines nicht bestreiten: Wir waren es, die 2005 angefangen haben, sich überhaupt um dieses Thema zu kümmern. Wir haben uns fünf Jahre lang mit großer Ernsthaftigkeit um Lösungen bemüht, und zwar nicht nur für den demografischen Wandel. Ich finde schon, wir können als CDU und FDP stolz darauf sein, unsere Schulen besser ausgestattet zu haben, als das jemals zuvor der Fall war.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir haben Lehrerstellen in einem Umfang geschaffen, wie es ihn niemals zuvor gegeben hat.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Widerspruch von Sören Link [SPD])

Wir haben die individuelle Förderung zur schulpolitischen Leitidee gemacht und im Schulgesetz verankert. Wir haben die Selbstständigkeit der Schulen im Schulgesetz verankert. Wir haben den Ganztag ausgebaut. Wir haben massiv in die vorschulische Bildung und Sprachförderung investiert. Wir haben die Lehrerbildung reformiert – in dem Bereich im Übrigen sogar mit bundesweiter Anerkennung. Wir haben wegen des Rückgangs der Schülerzahlen erstmals neue Möglichkeiten der Kooperation und des Verbundes geschaffen, damit Schulstandorte nach Möglichkeit erhalten bleiben können.

Das alles waren wichtige Schritte zur Auflösung des Reformstaus und zur Beseitigung der schweren sozialen Schieflage, die Rot-Grün 2005 in diesem Bereich hinterlassen hatte.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Aber die Entwicklung steht nicht still. Eine große Herausforderung bleibt der demografische Wandel. Wenn auch Sie sich ernsthaft um Lösungen bemühen, Frau Löhrmann, dann sind wir gesprächsbereit. Ich will aber auch das auf den Punkt bringen, was uns in dieser Debatte beschwert. Ich finde nämlich, dass es in einer so bedeutsamen Frage wie der Schulpolitik ganz wichtig ist, unterschiedliche Standpunkte zu kennen und damit ehrlich umzugehen.

Auf der einen Seite gibt es den Parteitagsbeschluss der nordrhein-westfälischen SPD vom August 2007. Ich zitiere:

Das gegliederte Schulwesen ist nicht zukunftsfähig. Die SPD strebt in der Perspektive ein vollständig integriertes System an, das zum ersten qualifizierten Abschluss am Ende der Sekundarstufe I führt.

Das ist eine klare Positionsbeschreibung.

(Beifall von der SPD – Markus Töns [SPD]: Vollkommen richtig!)

Frau Kraft, wir haben gelegentlich in Podien zusammengearbeitet und nach der Landtagswahl miteinander gesprochen. Mir vermittelt sich in diesem Politikbereich der Eindruck, dass Sie, Frau Kraft, sich am Ende des Prozesses wünschen, dass es nur noch die Schulform mit dem längeren gemeinsamen Lernen gibt. In einer Besprechung haben Sie sogar einmal gesagt: Am Ende dieses Prozesses wird es mit mir kein Gymnasium, keine Realschule mehr geben, sondern nur noch die Gemeinschaftsschule.

(Beifall von der SPD – Zurufe)

Das haben Sie im Zusammenhang mit den Sondierungsgesprächen gesagt, die wir geführt haben.

(Unruhe)

– Wissen Sie, Frau Kraft, es gibt Parlamentsdebatten, damit man das klärt. Wir als CDU müssen – wenn wir über mit Ihnen über das Schulsystem ernsthaft ins Gespräch kommen wollen – wissen, ob es in Nordrhein-Westfalen am Ende, in zehn Jahren, ein vielfältiges Schulsystem gibt, ja oder nein, ob Sie das wünschen. Das müssen wir wissen.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Löhrmann, wir müssen auch wissen, wie Sie als Schulministerin über diese Frage denken: Ist die Gemeinschaftsschule Ihr Weg und der Weg der Regierung, um am Ende eine Einheitsschule zu haben? – Dann glaube ich, dass wir in der schulpolitischen Frage nicht zusammenkommen. Denn wir wollen keine Einheitsschule, wir wollen ein vielfältiges Schulsystem.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wenn man das Thema „Ascheberg“ nicht als Einstieg in die Förderung von Einheitsschulen sieht, sondern als Möglichkeit, um ein demografisches Problem in einer Gemeinde zu lösen, kann man auch darüber vernünftig reden.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir haben in den letzten fünf Jahren in der Landesregierung und im Schulministerium über 20 Aschebergs gehabt, bei denen wir im kommunalen Konsens dafür gesorgt haben, dass man im Verbund in

den betroffenen Gemeinden eine Lösung gefunden hat.

(Beifall von der CDU)

Deswegen haben wir doch im Schulgesetz geregelt, dass sich eine Hauptschule und eine Realschule organisatorisch zusammenschließen können. Deswegen haben wir geregelt, dass sich eine Hauptschule und eine Gesamtschule zu einer Aufbauschule zusammenschließen können. Wir haben geregelt, dass eine Hauptschule um einen Real-schulzweig oder eine Realschule um einen Hauptschulzweig erweitert werden kann. Wir haben geregelt, dass der Unterricht in diesen Schulen in gemeinsamen Lerngruppen erteilt werden kann, dass nur in den Klassen sieben bis zehn der getrennte Unterricht überwiegen muss.

Wir sind bereit, diese flexiblen Reaktionsmöglichkeiten auf den Schülerrückgang, die wir eingeführt haben, weiterzuentwickeln.

(Zurufe von der SPD)

Wir halten es auch für richtig, über frühes gemeinsames Lernen nachzudenken. Ich meine schon, dass für viele, die sich mit Bildungspolitik auseinandersetzen, aufgrund von gesellschaftlichen Entwicklungen ein Lehrjahr vor dem bisherigen Grundschuljahr vorstellbar ist; denn je früher gelernt wird, desto sicherer ist der Lernerfolg. Darüber können wir reden. Ich sage Ihnen ganz klar: Wir wollen keinen Schulkrieg.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Dann hört doch auf damit!)

Aber wir sind nicht bereit, das vielfältige Schulsystem zum Abschluss freizugeben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Im Übrigen sind wir zusammen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land der festen Überzeugung, dass wir die besten Schulen für unsere Kinder in einem vielfältigen Schulsystem finden. Natürlich werden bei zurückgehenden Schülerzahlen am Ende nicht alle Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien bestehen bleiben, die es heute gibt. Es wird mehr Verbünde, mehr Kooperationen und auch Zusammenschlüsse geben. In Einzelfällen wird sicherlich auch über Schulschließungen zu sprechen sein. Das weiß jeder, der zählen kann.

Aber in der Schulpolitik ist es sehr wichtig, dass man das in Frieden macht. Alle Verantwortlichen sollten ehrlich und offen miteinander umgehen. Ganz wichtig ist mir, dass es bezüglich der Schulentwicklung regionale Konsense gibt.

(Beifall von der CDU)

Ich bin ja schon etwas länger in der Politik. Politik muss nicht einfach sein. Sie kann in vielen Bereichen schlicht und ergreifend nicht einfach sein. Ich

nenne die Herausforderungen aufgrund des Schülerrückgangs. Ich bin auch ganz sicher, dass aufgrund von Veränderungen in unserer Gesellschaft – zum Beispiel das Thema „zugewanderte Kinder“ – der Anteil von Kindern, die nicht genügend aus dem Elternhaus heraus unterstützt werden, zugenommen hat und die Schule deswegen viel mehr gesellschaftspolitische Probleme auffangen muss als früher.

Die Antworten auf Fragen im Bereich der Schulpolitik sind damit nicht einfach. Wir haben hier im Hause – das haben Sie auch in Ihrer gestrigen Regierungserklärung gesagt – über alle Fraktionen hinweg eine große Gemeinsamkeit, nämlich dass niemand möchte, dass ein Kind zurückbleibt. Ein Mensch ist das Wertvollste, was wir haben, uns zwar jeder einzelne. Deswegen können die Antworten nicht einfach sein.

Aber, meine Damen und Herren, wenn man schwierige Probleme lösen will, dann muss man in diesen Fragen ehrlich sein. Man darf nicht etwas vortäuschen, sondern man muss ehrlich sagen, was man am Ende des Weges will.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Deswegen habe ich Ihnen heute so deutlich gesagt, wie wir es sehen. Diese Debatte am heutigen Morgen würde sicherlich an Substanz sehr gewinnen, wenn auch andere sagen würden, was sie wollen.

Der Trennfaden, der bezüglich des Schulsystems durch dieses Haus geht, geht auch durch unsere Gesellschaft. Wenn man Schulfrieden will, dann muss man sich in diesen Fragen aufeinander zu bewegen und kann nicht glauben, dass man alleine mit seiner Meinung durchkommt. Ansonsten kann man die Probleme in diesem Bereich nicht lösen. Die Lösung dieses Problems hätte übrigens in unserem Land eine große Koalition, in der diese beiden Meinungen zusammenkommen, in vollem Umfang gerechtfertigt, so schwierig sie auch gewesen wäre.

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]:
Warum haben Sie sich nicht bewegt? – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen, der mir wichtig ist. Die Verantwortung für die Schulpolitik liegt aufgrund unserer Verfassung beim Land. Die Schulministerin hat eine große Verantwortung für die Schulpolitik in diesem föderalen Aufbau. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen ist der Schulgesetzgeber und hat damit auch eine gewichtige Aufgabe. Deswegen kann man natürlich Schulversuche machen; diese sind auch im Schulgesetz geregelt. Aber man kann nicht, ohne das Schulgesetz zu verändern, am Ende durch die Hintertür ein neues Schulsystem einführen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich bin seit 37 Jahren Mitglied meiner Partei, war also schon beim Thema „Koop-Schule“ Flugblattverteiler. So lange streiten wir uns schon.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Sie haben damals verloren; das war auch gut so.

(Beifall von der CDU)

Manchmal denke ich aber, dass Sie nun die Koop-Schule, die Sie damals nicht bekommen haben, durch die Hintertür einführen wollen. So dumm können wir gar nicht sein.

(Beifall von der CDU)

Zu einer fairen Schulpolitik in einem Land gehört, dass für eine Landesregierung klar ist, dass das Land die Schulen unterschiedlicher Systeme gleichmäßig behandelt. Es ist nicht in Ordnung, wenn man einem bestimmten Schulsystem eher erlaubt, zum Beispiel Ganztagschulen zu machen, als einem anderen Schulsystem. Es ist nicht in Ordnung, wenn man ein Schulsystem mit Lehrern besser ausstattet als ein anderes.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben über Jahre die Gesamtschulen in diesem Land gepuscht, gepuscht und andere Schulformen vernachlässigt! Das haben wir ein Stück weit in den letzten fünf Jahren verändert.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Deswegen gilt: Wenn man Gespräche über die Schulpolitik führt, dann gehört dazu ...

(Horst Becker [GRÜNE]: Er weiß doch selber nicht, was er da sagt!)

– Regen Sie sich doch nicht so auf. Meine Mutter würde immer sagen: Der getroffene Hund bellt. – Das ist so.

(Beifall von der CDU)

Wissen Sie, je mehr Sie bellen, Herr Becker, desto mehr weiß ich, dass ich recht habe.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann laufen Sie aber unter „Kampfhund“! – Horst Becker [GRÜNE]: Das sehen die Wähler aber anders! – Zuruf von den GRÜNEN: 10 % Verlust!)

Zu einem Schulkonsens gehört auch, dass die unterschiedlichen Schulformen im Land Nordrhein-Westfalen die gleichen Entwicklungschancen haben und nicht nur eine Schulform besonders stark bedacht wird. Das ist ganz klar.

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Ich weiß nicht, ob es so ist, aber der Lektüre der Medien, Frau Löhrmann, habe ich entnommen, dass Sie ganz am Anfang Ihrer Regierungszeit gesagt haben, am liebsten sähen Sie es, wenn die Bil-

dungspolitik in Berlin gemacht würde, damit sie einheitlich wäre.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

– Ja gut, aber es gibt auch viele Umfragen, die zeigen, dass viele Menschen so denken.

Jetzt lese ich, dass Sie vorhaben, viel Verantwortung für die Weiterentwicklung unserer Schulen an die Gemeinden und die Schulen selbst abzugeben. Hinsichtlich der Frage, wie es mit „G8“ weitergeht, kann ich Sie nur davor warnen, es jeder Schule zu überlassen, ob sie „G8“ oder „G9“ machen will. Das wird eine Kleinstaaterei. Dagegen waren die früheren Zollgrenzen eine globale Veranstaltung.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Schauen Sie: Ich nehme als Beispiel den Kreis Steinfurt, aus dem ich komme und den ich ziemlich gut kenne. In der Gemeinde Mettingen gibt es ein Gymnasium. Stellen Sie sich vor, dieses Gymnasium entscheidet sich für „G8“. Und dann gibt es in Borghorst ein Gymnasium – Borghorst liegt am anderen Ende vom Kreis Steinfurt; zwischen Borghorst und Mettingen liegen etwa 60 km –, das sich für „G9“ entscheidet.

(Sören Link [SPD]: Da spricht der Blinde vom Sehen!)

Und jetzt will eine Familie aus beruflichen Gründen von Borghorst nach Mettingen ziehen. Dort kann ein G9er-Kind nie den Anschluss im G8er-Gymnasium finden. Man kann allen Ernstes nicht verantworten, was Sie vorhaben.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Widerspruch von der SPD)

Im Übrigen möchte ich Ihnen sagen, dass in Nordrhein-Westfalen ein Schulgesetz gilt, in das während der Ministerpräsidentenschaft von Herrn Clement mit der Zustimmung von SPD und Grünen „G8“ verbindlich hineingeschrieben worden ist.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

– Entschuldigung, aber im Schulgesetz steht es. Jetzt sage ich Ihnen: Wenn Sie das ändern wollen, dann ändern Sie das Schulgesetz und organisieren Sie dafür eine Mehrheit! Dann hätte zumindest der nordrhein-westfälische Landtag die Verantwortung für die Kleinstaaterei, wenn sie am Ende eine Mehrheit finden würde.

(Beifall von der CDU)

Was ich damit heute ausdrücken wollte – es mag auch an mir liegen –: Die schulpolitischen Leitlinien der rot-grünen Minderheitsregierung sind mir nicht klar genug. Ich finde, sie müssen klarer werden, wenn man miteinander reden will.

Nicht klar sind auch die wirtschafts- und industriepolitischen Linien dieser Regierung. Der Koalitionsvertrag – diesen Eindruck habe ich – ist im Bereich der

Industrie- und Wirtschaftspolitik vor allen Dingen mit grüner Tinte geschrieben worden. Was Frau Kraft gestern hier vorgetragen hat – und vor allen Dingen nicht vorgetragen hat –, zeugt von viel Kampf hinter den Kulissen, aber nicht von klaren Koalitionslinien.

Das beste Beispiel hierfür ist das Kraftwerksprojekt in Datteln. Noch im letzten Dezember waren Sie, Frau Kraft, mit uns der Auffassung, dass Nordrhein-Westfalen das effizienteste Steinkohlekraftwerk Europas braucht. Am 17. Dezember 2009 haben Sie uns hier im Landtag gesagt – ich zitiere –: Wir wollen das Kraftwerk in Datteln. – Aber statt klare Kante zu zeigen, schieben Sie im Koalitionsvertrag die Verantwortung auf die Gerichte.

(Britta Altenkamp [SPD]: Oh wei, oh wei! – Hans-Willi Körfges [SPD]: Aufgrund Ihres Murkses!)

Sie haben den ganzen Sommer zu diesem Thema geschwiegen. Sie haben auch gestern – um das ganz deutlich zu sagen – in Ihrer Regierungserklärung zu diesem Thema geschwiegen.

Sie sagen: Die nordrhein-westfälische Landesregierung baut keine Kraftwerke und reißt auch keine ab. – Gut, dieser Satz hat ungefähr die Qualität, wie sie folgende Aussage von Frau Löhrmann hätte: Die nordrhein-westfälische Landesregierung schließt keine Schulen und schafft auch keine Schulform ab. – Ich kann solche Sätze nicht ab. Denn sie sind in Wahrheit unehrlich.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen nur sagen, dass wir in einer Zeit leben – das spürt auch jeder –, in der jede großindustrielle Investition an dem Ort, wo sie getätigt werden soll, für keinen von uns leicht durchzusetzen ist. Siehe Braunkohle, siehe Kraftwerksbau Datteln, siehe Großprojekte in anderen Bundesländern. Es ist einfach so. Und deshalb sollte auch keiner den Stein auf den anderen werfen. Auch ich habe mich manchmal darüber gewundert, was CDU-Fraktionen in Gemeinderäten und Stadträten in einer solchen Situation beschlossen haben. Das sage ich ganz ehrlich.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Darüber wundern wir uns immer wieder!)

– Ja, das ist bei euch aber nicht anders. Gehen wir einmal so damit um und heben Sie nicht ab!

Jetzt sage ich Ihnen eines: Wenn man will, dass ein Land eine gute Zukunft hat, wenn man will, dass es im Land gute Arbeit gibt – das wollen wir alle –, wenn man einen Sozialstaat will, der den Herausforderungen gewachsen ist, dann muss man auch politisch entscheiden, dass solche notwendigen Anlagen durchgesetzt werden. Dann darf man sich nicht hinter Gerichten verstecken, sondern muss

politisch entscheiden. Und das tun Sie in dieser Frage eben nicht!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

In der Politik ist es nun einmal so, dass man politischen Willen nicht durch Reden erkennt, sondern schlicht und ergreifend durch Tun. Deswegen ist bei uns in der CDU-Fraktion die Sorge groß, dass Datteln Symbol einer für das Land verhängnisvollen Industrie- und Wirtschaftspolitik wird.

In den Jahren, die ich jetzt in der Landespolitik bin, ist mir auf jeden Fall sehr klar geworden: Eine nordrhein-westfälische Regierung braucht ein klares industrielles Leitbild. Das ist für Nordrhein-Westfalen wichtig. Dieses Leitbild vermisste ich bei der jetzigen Minderheitsregierung. Ich füge hinzu: Die alte Landesregierung hatte eins –

(Lachen von der SPD)

etwa bei der wettbewerblichen Fördermittelvergabe und bei der Stärkung der Innovationskerne. Wir hatten in dieser Frage auch einen klaren Kurs im Branchendialog, bei der klaren Positionierung zu Einzelprojekten wie Datteln

(Zuruf von den GRÜNEN: Wir sehen ja, wohin das geführt hat!)

oder der Kohlenmonoxid-Pipeline sowie bei der Neugründung von technologischen Fachhochschulen. Auch deshalb waren die letzten Jahre gute Jahre für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich lade Sie gerne zu Gesprächen darüber ein. Wir können ausloten, ob wir gemeinsame Positionen finden, um den Industriestandort Nordrhein-Westfalen voranzubringen. Eine Einladung können Sie schon in dieser Woche annehmen, indem Sie schlicht und ergreifend unseren Antrag zu Datteln unterstützen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Am klarsten erkennbar sind die Linien der rot-grünen Minderheitsregierung aber in der Haushaltspolitik. Das ist nur erschreckend. Das Programm der Regierung ist ein gigantisches Schuldenprogramm. Konsolidierung ist für die Landesregierung kein Thema. Sie wollen die Nettoneuverschuldung auf 8,9 Milliarden € und damit über 36 % erhöhen.

(Heike Gebhard [SPD]: Wir wollen nur Ihre Versprechungen bezahlen! – Lachen von der CDU)

– Wir haben nicht versprochen, die Studiengebühren abzuschaffen, um die reichen Familien zu entlasten!

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Renate Hendricks [SPD] – Heike

Gebhard [SPD]: Das steht im Nachtragshaushalt 2010! Da muss man schon differenzieren!)

Sie machen diese Schulden trotz gesamtwirtschaftlicher Erholung und steigender Steuereinnahmen. Gegenüber der Finanzpolitik, die Sie vor 2005 betrieben haben, haben Sie in den letzten fünf Jahren wirklich nichts dazugelernt.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie auch nicht! Rekordschulden!)

Sie erklären den alten Schlendrian aus den Jahren von 2005 zum neuen Regierungsprogramm. Das ist alles, was ich in Ihrer Haushaltspolitik erkennen kann.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das liegt aber an Ihnen!)

Der Unterschied zwischen uns und Ihnen ist einfach: Wir haben damals neue Ideen mit weniger Schulden verwirklicht. Sie haben keine neuen Ideen, und die alten Ideen wollen Sie mit neuen Schulden finanzieren.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Eine verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Haushalts- und Finanzpolitik gehörte zur Staatsräson der Regierung Rüttgers. Weil Sie das wissen, Frau Kraft, und weil Sie wissen, dass die Bürgerinnen und Bürger das wissen, fahren Sie eine Diskriminierungskampagne. Sie reden von Abschlussbilanzfälschung und von Bilanzbetrug.

(Zuruf von der SPD: Genau so ist es!)

Ich sage Ihnen ganz klar: Das ist kein Stil. Es empört mich, wenn Sie so etwas machen.

Ihr Versuch, von der eigenen haushaltspolitischen Verantwortungslosigkeit abzulenken, verfängt aber nicht. Ich will nur einmal einige Überschriften aus Zeitungen vom 9. September dieses Jahres zitieren: „Der Politikwechsel wird teuer – ein böses Omen“ – die „Kölnische Rundschau“. „Die Schuldenmacher“ – die „Rheinische Post“. „Kreative Buchführung“ – die „Westfalenpost“. „NRW in Rekordneuverschuldung“ – die „WZ“. „So viele Schulden wie nie“ – der „General-Anzeiger“.

Das sagt doch nicht einfach eine Opposition, die Ihnen nichts gönnt. Vielmehr sind es teilweise die wichtigsten Zeitungen in Nordrhein-Westfalen, die hier die Politik beobachten, die Ihnen in den wenigen Regierungswochen ins Stammbuch geschrieben haben, dass Sie die Schuldenmacherin der Nation sind.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Aus rein machtpolitischen Gründen rücken Sie die WestLB in ein schlechtes Licht.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist gar nicht nötig! Die ist schon im schlechten Licht!)

Sie wissen alle, dass es schwierig war – aber wir haben die WestLB ein Stück weit stabilisiert. Bereits in 2008 haben wir ein Sondervermögen zur Risikoabschirmung der WestLB eingerichtet. Bislang wurden rund 107 Millionen € in Anspruch genommen. Der Vermögensbestand beträgt heute rund 1,2 Milliarden €. Auch nach den schlechtesten Risikoprognosen wird der Rettungsschirm bis Anfang 2012 reichen; darüber sind sich alle Experten einig.

Jetzt können Sie sagen, auch das sei die böse Opposition. Ihr Minister Harry Voigtsberger, der aus seiner alten Funktion heraus noch bis April dieses Jahres dem Aufsichtsrat der WestLB angehörte, hat aber gesagt – das stand am 20. Juli 2010 in der „Rheinischen Post“ –, dass alle erkennbaren Risiken berücksichtigt seien. Das sagt also ein Mitglied Ihrer eigenen Regierung, nicht die Opposition.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Er war immerhin für den Landschaftsverband Rheinland Mitglied des Aufsichtsrates. Wenn ich es richtig weiß, gehören diesem Verband auch 12,5 % der WestLB. Das müssen Sie schon ernst nehmen, finde ich.

Deswegen ist es richtig, dass das Parlament das, was Sie hier im Nachtragshaushalt vorhaben, kritisch hinterfragt. Und ich glaube auch, dass die Fraktionen des Parlamentes in einer solch wichtigen Frage das Recht haben, nicht nur parlamentarische, sondern auch andere Verfassungsorgane zu befragen, ob eine solche Haushaltspolitik richtig und mit der Verfassung unseres Landes in Einklang zu bringen ist.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Hans-Willi Körfges [SPD]: Sie haben ja Erfahrung mit dem Verfassungsgericht!)

Was mich genauso – vielleicht noch mehr – schockt, ist, dass Ihr Finanzminister auch für 2011 bereits angekündigt hat, die Neuverschuldung auf über 8 Milliarden € zu erhöhen. Dabei wissen wir doch alle: Die Schuldenbremse zwingt die Länder zu ausgeglichenen Haushalten spätestens ab 2020. Aber die NRW-SPD hält ja nichts von der Schuldenbremse.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das können Sie laut sagen!)

Das konnten wir in der vergangenen Woche lesen: Ihr Finanzminister geißelte sie als „ein Stück Selbstentmündigung“ – ebenfalls aus der „Rheinischen Post“ vom 9. September 2010.

Ich finde, wer die Schuldenbremse als Entmündigung sieht, ist politisch nicht mündig, Finanzminister eines Landes zu sein!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Herr Finanzminister, wenn ich zu Hause mit unserem Konto so umginge wie Sie mit der Staatskasse, würde mir meine Frau jede Bankvollmacht wegnehmen – und Sie hätte recht!

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, ich muss wohl nicht daran erinnern – und daran sollte die nordrhein-westfälische SPD vielleicht bei Gelegenheit denken –, dass es Peer Steinbrück als Bundesfinanzminister war, der maßgeblich zur Einführung der Schuldenbremse beigetragen hat.

(Britta Altenkamp [SPD]: Und was macht das jetzt?)

Ihr ehemaliger Ministerpräsident, der ein guter Finanzminister in Berlin war, der hat die Schuldenbremse mit uns zusammen in der Verfassung durchgesetzt. Sie haben es hier verhindert, dass die Schuldenbremse in die nordrhein-westfälische Verfassung kommt – und jetzt wissen wir auch, warum! Weil Sie regieren wollen mit Schulden, Schulden und noch mal Schulden!

(Beifall von der SPD und von der FDP – Zuruf von der SPD: Wie war das eben mit dem bellenden Hund?)

– Wissen Sie, wenn Sie hier die Zukunft meiner Kinder aufs Spiel setzen, kann man schon mal energisch werden.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Für die Zukunft meiner Kinder ist nichts wichtiger, als dass Ihre Regierung eine kurze Amtszeit hat.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir erwarten von Ihnen ein eindeutiges und belastbares Bekenntnis zur Haushaltskonsolidierung – wenn es eben geht, auch in der heutigen Debatte.

Im Übrigen: Die Fraktion der Grünen hat vor Jahren mal ein schönes Papier zur Haushaltskonsolidierung vorgelegt – Herr Priggen, vielleicht können Sie auch dazu heute in Ihrer Rede etwas sagen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da war ich ja auch noch da!)

– Herr Sagel sagt, da war er noch da. Aber das lassen Sie nicht auf sich sitzen, oder?

(Heiterkeit von der CDU und von der FDP)

Ich habe es schon am Anfang meiner Rede gesagt: Ein besonderes Problem im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung ist natürlich die Frage der kommunalen Finanzpolitik. Jetzt lassen wir mal alle parteipolitische Rhetorik beiseite.

(Zuruf von der SPD: Ach!)

– Ja, ach. Sie merken doch jetzt auch, dass die großen Probleme, von denen ich eben gesprochen habe, etwa im Sozialbereich, aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen in uralten Gestaltungsbereichen der Kommunen größer geworden sind. Wir haben die Eingliederungshilfe nicht neu in die Kommunen gebracht – die war schon immer bei den Kommunen. Wir haben die Frage der Sozialhilfe bei Pflegebedürftigen nicht neu in die Kommunen gebracht – die war immer in den Kommunen. Wir haben die Finanzierung der Jugendhilfe nicht neu in die Kommunen gebracht – die war immer in den Kommunen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Aber allein diese drei Stichpunkte machen doch deutlich, dass diese Aufgabenbereiche in der Zeit, in der wir heute leben, größere finanzielle Anstrengungen erfordern, als es früher der Fall war. Das wissen wir doch alle.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Mit dem kurzfristigen Programm, das Ihr Kommunalminister Jäger zur Entlastung der Kommunen aufgelegt hat, können Sie doch bestenfalls ein Strohfeuer für die Kommunen erzeugen.

(Zuruf von der SPD: Sie haben doch gar nichts aufgelegt!)

Das ist keine nachhaltige Lösung der Probleme, die wir da haben.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von der SPD)

– Regen Sie sich nicht so auf. Sie werden in ein paar Jahren sehen, dass Sie mit den Möglichkeiten eines Landes – ohne Veränderungen im Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden – die Probleme nicht gelöst bekommen. Ich sage es Ihnen voraus.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

– Sie können ja schreien.

(Zuruf von der SPD: Wer schreit denn hier die ganze Zeit?)

Ich weiß ja, dass das zur Opposition und zur Regierung alles ein bisschen dazugehört. Das können Sie alles machen. Aber Sie haben doch gestern davon geredet, dass Sie eine Regierung der Einladung sein wollen. Wenn Sie das sein wollen, dann müssen Sie dem Oppositionsführer irgendwann einmal unaufgeregt zuhören, denn zur Demokratie gehört nun mal auch eine Opposition.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Wir bleiben ganz gelassen!)

– Ist doch gut, dass Sie gelassen bleiben. Ich bin für meine Verhältnisse heute Morgen außerordentlich gelassen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Heiterkeit von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich wollte Ihnen doch in dieser Frage nur sagen, dass ich nicht glaube, dass man die Finanzprobleme unserer Gemeinden lösen kann, wenn das Land neue Schulden aufnimmt, um alte Schulden der Gemeinden erträglicher zu gestalten.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

In der Gesamtbilanz kann das nicht aufgehen.

Deswegen haben wir – allen voran Jürgen Rüttgers – damals dafür gesorgt, dass in der Koalitionsvereinbarung der Regierung, die in Berlin nun mal eine Mehrheit hat, steht, dass es eine Kommission gibt, in der zum ersten Mal seit 1949 die Gemeinden gleichberechtigt mit dem Bund und unter Beteiligung der Länder darüber reden, wie wir mit diesen Problemen fertig werden.

(Britta Altenkamp [SPD]: Worüber reden die denn? Über die Abschaffung der Gewerbesteuer?)

Ich kann Ihnen nur eins sagen: Wir werden die Probleme unserer Gemeinden nicht lösen, wenn wir nicht zu einer anderen Verteilung der Finanzmittel für den föderalen Staatsaufbau kommen. Die Überlegungen müssen in die Richtung laufen, dass ein größerer Anteil in die Gemeinden geht. Sonst verlieren wir die kommunale Selbstverwaltung.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Gunhild Böth [LINKE]: Bravo! Bravo!)

Ich sage das ...

(Zuruf: Frau Merkel!)

– Wir haben das in den fünf Jahren nicht machen können, weil Sie den Finanzminister in Berlin gestellt haben, der das nicht wollte.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie grinsen selber über Ihre Sprüche! – Renate Hendricks [SPD]: Staatsschauspieler!)

– Reden Sie doch nicht so! – Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn wir die Probleme der Kommunalfinanzen strukturell nicht gelöst kriegen, wird unsere Gesellschaft am Ende großen Schaden nehmen. Eine Gesellschaft lebt vom bürgerschaftlichen Engagement. Sie lebt davon, dass sich die Menschen in einer Gemeinde, in einer Stadt für die Zukunft ihrer Gemeinde und ihrer Stadt interessieren und einsetzen. Das werden die Menschen auf Dauer nur tun, wenn sie in der Gemeinde auch etwas gestalten können. Dazu gehört vor allen Dingen, dass diejenigen, die auf Landes- und Bundesebene regieren, den Gemeinden Gestaltungsspielräume geben, den Kommunalpolitikern trauen und sie nicht andauernd mit Verordnungen und anderen Sachen drangsaliieren.

(Beifall von der CDU und von Kai Abrusztat [FDP])

Dieses Thema ist schwierig, und weil ich schon seit 37 Jahren in der Politik bin, wenn ich meine kommunalpolitische Zeit mitrechne – ich war in meinem Leben auch 25 Jahre Kommunalpolitiker –, weiß ich, wie sich das in diesen Jahren verändert hat. Eines weiß ich ganz sicher: dass diese Frage auf Landesebene nicht ganz einfach zu lösen ist und dass man sie gemeinsam anpacken muss. Es sollte unser gemeinsames Anliegen sein, dafür zu sorgen, dass die Kommunalpolitiker unserer Parteien in der Kommunalpolitik, die auch unser Rückgrat in den Parteien sind, wieder Spaß an ihrer Arbeit kriegen. Ich finde, das Wichtigste in unseren Parteien sind unsere Kommunalpolitiker.

Aber es darf am Ende nicht so sein – das sage ich Ihnen auch –, dass diejenigen, die in den Kommunen jahrelang das Geld unüberlegt ausgegeben haben, am Ende auf dem Rücken der Kommunen, die sparsam waren, ihre Haushalte konsolidieren.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das ist eine schwierige Gratwanderung, weil ich auch weiß, dass es in den Gemeinden sehr große strukturelle Unterschiede gibt, die auch mit wirtschaftlicher Stärke, Einkommensverhältnissen und vielen anderen Fragen zusammenhängen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir in den letzten fünf Jahren in der Regierung unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers trotz eines Wahlergebnisses vom 9. Mai, das uns sehr enttäuscht hat und das uns weh tut – darüber will ich gar nicht hinwegreden – ...

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Was verdient war!)

– Ihres war auch das schlechteste in Ihrer Geschichte. Das war ganz sicherlich verdient.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Wenn das alles ist, was Sie tröstet!)

– Nein, das tröstet mich überhaupt nicht. – Aber ich glaube, dass es aus der Regierungszeit von Jürgen Rüttgers einiges gibt, was wir bewahren sollten. Zum Beispiel war es richtig, dass bei Jürgen Rüttgers in all diesen fünf Jahren der Zusammenhalt der Gesellschaft an oberster Stelle seiner politischen Arbeit gestanden hat.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Es wird sich zeigen, wie richtig es war zu betonen, dass wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit zwei Seiten derselben Medaille sind.

(Zuruf von der SPD: LEG!)

Die CDU ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Für uns gelten die Grundsätze, die Jürgen Rüttgers

immer wieder betont hat, unverändert weiter, weil es die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft sind.

Wir haben die große Sorge, dass die Minderheitsregierung nicht die Kraft hat, zum notwendigen Maß an Zusammenhalt in der Gesellschaft beizutragen. Wir haben die Sorge, dass vieles, was zusammengehört, auseinanderfällt. Vor allem haben wir die Sorge, dass Wirtschaft und Soziales wieder gegeneinander ausgespielt werden, dass der jungen Generation und ihren Kindern eine unzumutbare Schuldenlast aufgebürdet wird und damit die Generationensolidarität strapaziert wird, dass der Königsweg zur gesellschaftlichen Teilhabe, nämlich gute Bildung für ein auskömmliches Leben, durch die Wiederbelebung alter Experimente erschwert wird.

Wir wollen das nicht. Wir – ich spreche das allerdings auch keiner anderen Fraktion ab – wollen das Beste für Nordrhein-Westfalen. Das Ziel der CDU ist, Nordrhein-Westfalen als ein Land voranzubringen, in dem es sich lohnt zu leben und zu arbeiten, in dem man im wahrsten Sinne des Wortes gerne zu Hause ist und Heimat hat.

All das wollen wir natürlich auch aus der Opposition heraus tun. Das ist nun mal unsere Rolle im Parlament. Deswegen sage ich Ihnen, dass meine Fraktion keine Fundamentalopposition betreiben wird. Ich sage auch: Ich würde mir sehr wünschen, wenn wir uns trotz der klaren politischen Auseinandersetzung in der Sache persönlich als Politiker und Person achten. Die Gesprächseinladungen, die ich ausgesprochen habe, sind ernst gemeint.

Meine Damen und Herren, ich möchte gerne noch drei Punkte nennen, die mir ganz besonders wichtig sind und die vielleicht nicht immer so im Fokus der Politik stehen:

Ich würde mich sehr freuen, wenn es uns gelingt, die Behindertenpolitik einschließlich des Themas Inklusion aus den parteipolitischen Alltagsgefechten herauszuhalten.

(Beifall von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP)

Ich möchte gerne, dass wir dieses im Konsens tun.

(Zuruf von der LINKEN: Wenn das geht!)

Das war mir schon zu meinen Bundestagszeiten immer ein großes Anliegen. Diese Politik muss möglichst geschlossen gemacht werden, damit man sich auch bei einem Regierungswechsel darauf verlassen kann.

In der Behindertenpolitik habe ich stets eine Frage vor Augen, die mir in meinem Leben bei den Besuchen und Gesprächen oft gestellt worden ist, nämlich die bange Frage von Eltern zum Beispiel eines schwer geistig behinderten Menschen: Was wird aus unserem Kind, wenn ich nicht mehr da bin? – Da möchte ich immer sagen können: Da gibt es

einen starken Staat, auf den ihr euch verlassen könnt.

(Beifall von der CDU, von der SPD und von den GRÜNEN)

Deswegen muss man sich in dieser Frage verständigen.

Ich will auch sagen, dass ich in den vielen Jahren meiner politischen Arbeit, auch bei Auslandsreisen, gelernt habe, dass für behinderte Menschen der größte Schutzpatron auf Erden der Parlamentarismus ist. Überall, wo Demokratie herrscht, kümmert man sich gut um behinderte Menschen. Überall, wo Diktatur herrscht, sind die behinderten Menschen die Leidtragenden einer solchen Entwicklung.

Das habe ich in China gesehen, aber ich habe es leider auch 1990 in Ostdeutschland, in der ehemaligen DDR, gesehen. Dort habe ich eine Behinderteneinrichtung mit Sechsbett-Zimmern besucht, mit fixierten Menschen, ohne Badezimmer, nur mit einer Zinkbadewanne an der Wand. Als ich an dem Tag abends ins Bett gegangen bin, habe ich mir geschworen: Ich lasse mir als Christdemokrat von einem Sozialisten, von einer SED und einer Linkspartei nie mehr sagen, was Sozialpolitik ist!

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

Das Gleiche – das will ich ebenfalls betonen – gilt für einen sehr schwierigen Bereich, den ich auch fünf Jahre zu verantworten hatte, nämlich für den Maßregelvollzug. Ich habe in diesen fünf Jahren gelernt, welche Ängste bei diesem Thema in der Bevölkerung existieren. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass wir unsere Gesellschaft vor Menschen, die über Gerichte in den Maßregelvollzug eingewiesen sind, sicher schützen und diese Menschen auch vor sich selbst schützen.

Ich habe in diesen Jahren auch gelernt – was einem vielleicht manchmal sogar schwerfällt –, dass man auch den Menschen im Maßregelvollzug jede Möglichkeit der Therapie geben muss. Es gehört vielleicht zu unserem christlichen Menschenbild einfach dazu, dass man so denkt. Aber wenn man das machen will, braucht man dafür Räume und Gebäude, die auch irgendwo stehen müssen. Und egal, wo man sie baut: Die Leute dort haben Angst. Ich weiß, dass diesbezüglich in den nächsten fünf Jahren Standortentscheidungen anstehen, die ich auch hätte treffen müssen, um das ganz klar zu sagen.

Ich auf jeden Fall finde, dass wir versuchen sollten, auch die diesbezüglichen Fragen aus dem parteipolitischen Gefecht herauszuhalten. Wir müssen uns bemühen, diese Probleme sachlich und unaufgeregt zu lösen und dazu beitragen, dass die Ängste, die einfach da sind, nicht geschürt werden, sondern eher versucht wird, den Leuten die Angst vor solchen Einrichtungen ein Stück weit zu nehmen.

(Beifall von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP)

Frau Kraft und Herr Schneider, das Gleiche gilt für die Integrationspolitik. Wir wissen doch alle, dass es in diesem Bereich ebenfalls Ängste in der Gesellschaft gibt, und zwar auch bei den zugewanderten Menschen, die sich fragen: Wie ist es denn um die Zukunftschancen unserer Kinder bestellt? Sie wissen, dass man gute und anspruchsvolle Arbeit sowie ein gutes Einkommen nur mit guter Ausbildung erreicht. Umgekehrt gibt es vielleicht auch in unserer Gesellschaft Ängste; sie werden durch die Veränderungen ausgelöst.

Ich denke, man muss den Menschen ehrlich sagen, dass es nie wieder so kommen wird, wie es früher einmal war. Es hat eben eine große Zuwanderung stattgefunden, die auch in unseren Städten erkennbar ist. Deswegen muss man lernen, damit umzugehen.

Die Debatten der letzten zwei Wochen – auch über das Buch von Herrn Sarrazin – zeigen mir, dass man nicht soviel darüber reden muss, welche Fehler – da könnte ich jetzt vieles aufzählen – eventuell der eine oder andere in der Vergangenheit gemacht hat. Ich finde zum Beispiel, dass die Idee von Multikulti gescheitert ist und Integration nur über gemeinsame Sprache und gemeinsame Werte sowie über gemeinsame Anerkennung von Lebensgewohnheiten geht,

(Beifall von der CDU und von der FDP)

aber auf der anderen Seite auch die Achtung unterschiedlicher Kulturen und unterschiedlicher Religionen notwendig ist.

Deswegen ist es gut, wenn es auch in der Integrationspolitik ein Stück Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen des Landtages von Nordrhein-Westfalen gibt und wir Schritt für Schritt die Probleme lösen.

(Beifall von der CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]:
Und endlich mal Maßnahmen ergreifen!)

Meine Damen und Herren, dass uns dieses besser gelingt, ist für die Zukunft unserer Gesellschaft mit entscheidend. Unsere Gesellschaft wird ohne eine bessere Beteiligung auch der zugewanderten Menschen – etwa in unserem Wirtschaftssystem – keine Zukunft haben.

Aber auch unter dem Aspekt „Gerechtigkeit“ ist dies eine entscheidende Frage. Sie werden nämlich Gerechtigkeit – und sie braucht man als Kitt in einer Gesellschaft – in einer Gesellschaft am Ende nie über staatliche Transferleistungen usw. bekommen, sondern sie nur erreichen, wenn jeder Mensch die Chance auf eine echte Teilhabe an unserer Gesellschaft besitzt.

(Beifall von der CDU)

Es muss unser Ziel sein, allen Menschen die Möglichkeit zu bieten, durch Fleiß und Bildung in einer Gesellschaft aufzusteigen.

(Heike Gebhard [SPD]: Aber dann müssen Sie auch etwas tun!)

Das ist eine ganz wichtige Sache. Ich denke, dass meine Generation – ich bin jetzt 53 Jahre alt – auch deswegen eine sehr schöne Zeit in dieser Bundesrepublik Deutschland gehabt hat, weil es in meiner Generation vielen Menschen aus kleinen Verhältnissen gelungen ist, durch Bildung und Fleiß in unserer Gesellschaft aufzusteigen.

(Beifall von der CDU)

Deswegen sind so viele Leute auch stolz auf dieses Land. Ich bin auch stolz auf dieses Land. Von diesem Stolz angetrieben möchte die Chance, durch Fleiß in einem Land aufsteigen zu können, so gerne an die nachwachsenden Generationen weitergeben. Für einen älteren Menschen ist nämlich nicht zuletzt der Gedanke eine große Genugtuung, in seinem Leben auch das eine oder andere Vernünftige und Gute hinbekommen zu haben.

(Beifall von der CDU – Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Meine Damen und Herren, Strich drunter – auch unter die Regierungserklärung von gestern! Bei aller Kritik wünsche ich der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen im Interesse unseres Landes natürlich eine glückliche Hand. Ich kann es Ihnen aber nicht ersparen, noch das hinzuzufügen, was mich tröstet: Auch Ihre Regierungszeit wird endlich sein, und ich hoffe, dass zwischen heute und dem Ende eine nicht allzu lange Zeitstrecke liegt. – Schönen Dank.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der CDU – Die Abgeordneten der CDU erheben sich von ihren Plätzen. – Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD deren Fraktionsvorsitzender, Norbert Römer, das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über die Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Es ist die Stunde des Parlaments, und zwar so, wie sie es in der Geschichte unseres Landes noch nie gewesen ist.

Es hätte auch die Stunde der Opposition sein können. Herr Kollege Laumann, ganz zum Schluss Ihrer Rede gab es das eine oder andere Bemerkenswerte, etwa zu den Stichworten „Inklusion“ und „Menschen mit Behinderungen“ – das nehmen wir auch gerne auf –, anderes war abgrenzend, isolierend. Ihr Hinweis an uns, eine unaufgeregte Debatte

zu führen, habe ich eher als einen Appell von Ihnen an sich selbst gerichtet gesehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Kollege Laumann, Sie haben – alles in allem – für die CDU die Chance nicht genutzt, denn Sie haben Ihre Alternativen nicht genannt.

(Zurufe und Lachen von der CDU – Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Vielleicht haben Sie die Alternativen aber gar nicht nennen können, weil Sie immer noch keine haben. Sie sind in alte Rituale zurückgefallen, haben in Polemik gemacht, statt konstruktive Kritik zu äußern. Viel kleineres Karo war dabei, Herr Kollege Laumann.

Vor allen Dingen: Wenn Sie mal zaghaft gewagt haben, sich an Zukunftsaufgaben – an die Kommunalfinanzen, an kommunale Aufgaben – heranzutasten, – dann war das eher – und hat auch so geklungen – wie eine Abrechnung mit Ihrer falschen Politik und ein Appell an uns, es besser zu machen.

Ich kann Sie beruhigen: Wir machen es besser, Herr Kollege Laumann!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das, was Sie hier abgeliefert haben, war nicht gut: für die Sache nicht und auch nicht für Sie als Opposition. Ich bin im Übrigen sicher, meine Damen und Herren, die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen etwas anderes, wollen tatsächlich einen anderen Politikstil, und sie wollen, dass auch die Opposition sie ernst nimmt, Herr Kollege Laumann, und nicht nur in Polemik macht, nicht nur destruktiv arbeitet.

Ich will deshalb klipp und klar herausstellen, wo die SPD-Fraktion steht, wie wir in der parlamentarischen Arbeit die besten Lösungen für unser Land finden werden und warum wir als Regierungskoalition mit Bündnis 90/Die Grünen für die Menschen im Land die bessere Alternative sind.

Der 15. Juli dieses Jahres, meine Damen und Herren, war der Tag, an dem in Nordrhein-Westfalen ein neues Kapitel aufgeschlagen wurde, der Tag, an dem der Landtag Nordrhein-Westfalen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Kraft zur Ministerpräsidentin gewählt hat,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ohne uns wäre es nicht gegangen!)

zu unser aller Ministerpräsidentin, der ersten in unserem Land. An diesem historischen Tag hat Frau Ministerpräsidentin Kraft ihrem Amtsvorgänger für die in den vergangenen fünf Jahren geleistete Arbeit offiziell gedankt. Meine Damen und Herren, Kollegen und Kolleginnen, das war nicht nur honorig, das war auch nicht nur pflichtschuldig. Damit hat sie das erste klare Zeichen für einen Wandel in der parlamentarischen Kultur der Auseinandersetzung

hier in diesem Hause nach fünf Jahren schwarz-gelber Regierung gesetzt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen in aller Offenheit: Den politischen Wettbewerber, auch den politischen Gegner, persönlich nicht herabsetzen, ihn in seiner persönlichen Integrität nicht beschädigen, sondern ihm mit Respekt begegnen, auch in der härtesten sachlichen Auseinandersetzung – das ist unsere Vorstellung von einer neuen politischen Kultur in diesem Hohen Haus und auch in unserem Land!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das hat unsere Ministerpräsidentin am 15. Juli hier gezeigt, und so werden wir es auch weiterhin halten. Ihr Handeln, das Handeln von Ministerpräsidentin Kraft, war das ganz praktische Beispiel für unsere politische Aussage. Wir werden die parlamentarische Diskussion im Interesse der Sache, im Interesse unseres Landes führen. Wir werden eine verantwortungsvolle Politik machen und den Menschen in den Mittelpunkt stellen, ihm Zuversicht, Herr Laumann, auch in schwierigen Zeiten geben. Wir sagen, was wir tun, und wir tun, was wir sagen.

Es geht uns also um konkrete politische Problemlösungen und nicht um parteipolitische Konfrontation, schon gar nicht um Rechthaberei. Dazu gehört auch, auszusprechen, was ist: Ja, CDU und FDP haben das Vertrauen der Menschen in Nordrhein-Westfalen in atemberaubender Geschwindigkeit verspielt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen – Herr Laumann, so viel zur Kurzfristigkeit – haben CDU und FDP nach nur fünfjähriger Amtszeit wieder auf die Oppositionsbänke geschickt, nach nur einer Legislaturperiode abgewählt. Dafür gibt es kein Beispiel. Das ist und bleibt ein Alleinstellungsmerkmal von Schwarz-Gelb. Das sollte Ihnen endlich zu denken geben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Wahlergebnis vom 9. Mai hat zwei klare Botschaften:

Erstens. Die Regierung Rüttgers hat das ihr geschenkte Vertrauen – ich wiederhole das – in atemberaubender Geschwindigkeit verspielt.

(Manfred Palmen [CDU]: Unsinn!)

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben reagiert und haben dieser Regierung keine zweite Chance mehr gegeben,

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

weil sie erkannt hatten: Die Regierung Rüttgers hat mit ihrer Politik, Herr Kollege Laumann, nicht ver-

söhnt, sondern sie hat unser Land gespalten. Das ist das Ergebnis.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das – ich will Ihnen das nicht ersparen – hat nichts mit dem Vorbild Johannes Rau zu tun. Meine Damen und Herren von der CDU, Sie haben das Gegenteil von dem getan, was die Lebensmaxime von Johannes Rau war. Seine Fußstapfen waren erkennbar – Herr Rüttgers, das ist so – zu groß für Sie. Die Menschen haben daraus die Konsequenzen gezogen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zweitens. Die Menschen haben nach der Wahl 2005 ganz schnell das wahre Gesicht Ihrer Regierung, Herr Rüttgers, erkannt. Angetreten sind Sie mit der Losung „Privat vor Staat“. Umgesetzt in praktisches Handeln haben Sie diese Politik mit der Überschrift „Eigennutz vor Gemeinnutz“. Die Betroffenen wurden nicht angehört, ihre Kritik wurde nicht ernst genommen: nicht bei der frühkindlichen Bildung am Beispiel des von Ihnen so genannten Kinderbildungsgesetzes, nicht bei der Schulpolitik, dem Wunsch und dem Bedarf der Eltern und ihrer Kinder an wohnortnahen, hochwertigen Bildungsangeboten mit barrierefreiem Zugang zu allen Schulabschlüssen. Lehren aus dieser begründeten Kritik haben Sie nicht gezogen. Sie haben stur und unbelehrbar Ihre einmal gefassten politischen Ziele umgesetzt – ohne kritische Selbstreflexion und ganz ohne Kompromissbereitschaft, ohne jede Einsichtsfähigkeit.

Sie haben durchregiert: gegen die Stadtwerke, gegen die Erzieherinnen, gegen die vitalen Interessen der Städte und Gemeinden, gegen den Klima- und Umweltschutz. Wir alle, meine Damen und Herren, haben doch noch die vielen Demonstrationen und Kundgebungen gegen diese falsche Politik in lebhafter Erinnerung. So viele Menschen waren in unserem Land noch nie so kurz nach Amtsantritt einer Regierung aufgebracht und wütend auf der Straße wie gegen die Regierung Rüttgers, meine Damen und Herren. Auch das gehört heute ausgesprochen!

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Sie haben – ich kann und darf Ihnen das nicht ersparen, weil das für die zukünftige Politik wichtig ist – gravierende Fehler gemacht: ganz gleich ob Factory-Outlet-Center, der Termin der Kommunalwahl, mehrfach der Landeshaushalt oder der unsägliche Regierungsmurks beim Kraftwerk Datteln. Herr Laumann, oberste Gerichte mussten Sie ein ums andere Mal in die Schranken weisen – noch vor wenigen Tagen bei der als Entbürokratisierung gepriesenen Zerschlagung der Versorgungsverwaltung. Das ist der Scherbenhaufen, den Sie hinterlassen haben. Dafür tragen Sie Verantwortung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ganz genau! Das war ein Blödsinn, den Sie da gemacht haben!)

Ihre Wahlniederlage vom 9. Mai 2010 können Sie deshalb auch nicht als das Ergebnis des schwarz-gelben Regierungsversagens in Berlin abtun. Die schlechte Politik, die Sie hier gegen die Menschen in Nordrhein-Westfalen gemacht haben, hat dazu geführt, dass diese Menschen Ihnen eben keine zweite Chance gegeben haben. Das ist die bittere Wahrheit für Sie. Das bleibt auch Ihre bittere Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich verstehe ja, dass Sie sich nach einer solchen Wahlniederlage neu sortieren müssen. Aber auch das – will ich hinzufügen – hat ja etwas mit den fehlenden Alternativen zu tun. Es ist schon erschreckend für den Zustand der CDU, dass sich Ihre sogenannten Regionalkonferenzen mit vielem befassen – wir lesen das ja, es wird darüber berichtet –, nur nicht mit den Herausforderungen der Landespolitik. Bis heute bestimmt bei Ihnen die Personaldebatte das Bild über die CDU. Mehr gibt es nicht. Wohl auch deshalb, Herr Kollege Laumann – ich sehe Ihnen das ja nach –, haben Sie heute keine einzige wirkliche landespolitische Alternative zu der Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Kraft geboten. Sie schmoren im eigenen Saft, meine Damen und Herren von der CDU.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Oh! Oh!)

Sie sollten sich endlich daraus befreien, damit Sie – das wollen wir doch in diesem Haus – eine kraftvolle, eine konstruktive Opposition werden. Also: Befreien Sie sich aus dem eigenen Saft!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Lutz Lienenkämper [CDU]: Törichter Unfug!)

Meine Damen und Herren, wir, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, sind handlungsfähig. Im Übrigen – ich lese das ja auch; gerade bei Herrn Laumann war es in der Rede mit angelegt –: Mit schnellen Neuwahlen rechnet ja niemand, auch Sie in der Opposition nicht.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Herr Laschet gerade!)

Also, wer ein Unternehmen klug und strategisch zu führen versteht, der weiß doch: Nachhaltiger unternehmerischer Erfolg ist ohne die Fähigkeit zur selbstkritischen Überprüfung nicht möglich – und ebenso wenig ohne die Bereitschaft, die Unternehmensziele immer wieder mit der Nachfrage der Kunden abzugleichen. Ändern sich die Nachfragebedingungen, muss das Angebot darauf eine Antwort geben.

Genau das haben wir gemacht. Ja, die SPD hat – ich gebe das gerne zu – ihre Zeit in der Opposition effektiv und verantwortungsvoll genutzt, nicht selten auch gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen. Wir haben Partei, Personal und Programm neu aufgestellt. Wir haben wieder neu gelernt, ja, auch lernen müssen, auf Betroffene zuzugehen, ihnen zuzuhören, sie ernst zu nehmen und einzubeziehen in die politische Meinungsbildung. Wir haben, meine Damen und Herren, Betroffene zu Beteiligten gemacht. Und dabei wird es auch bleiben: hier in diesem Haus und in der Politik.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben erfahren können, dass sich der Streit um der Sache willen lohnt – und von den Menschen auch akzeptiert wird. Sie, die Menschen, erwarten dann aber von uns klare, transparente und nachvollziehbare Entscheidungen, die eine Lösung für die praktischen Probleme im Alltag bedeuten.

Zugegeben: Es wäre schön gewesen – ich hätte mir das auch gut vorstellen können –, einen Wahlsieg zu erreichen, der für Bündnis 90/Die Grünen und uns 91 Sitze ergeben hätte. Noch mehr wäre noch schöner. Aber was nicht ist, ist nicht. Fakt ist aber auch, meine Damen und Herren: Wir haben mit unseren 90 Stimmen eine klare Mehrheit gegenüber 80 Stimmen der abgewählten schwarz-gelben Koalition. Da heißt, Herr Witzel, die Maus keinen Faden ab.

Ich sehe hier im Landtag niemanden, der Neuwahlen will. Sie von der Opposition nicht ...

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Herr Laschet gerade!)

– Sie wollen die, Herr Laschet? Da sind Sie mit Ihren Parteifreunden aber nicht einer Meinung!

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Doch!)

Sie wollen die doch deshalb nicht – können Sie doch auch gar nicht –, weil Sie sich davon keinen Erfolg für sich versprechen.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Wir brauchen keine Neuwahlen. Wir haben einen klaren Regierungsauftrag. Den werden wir erfüllen, meine Damen und Herren. Sie werden das erleben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, unsere Koalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist auch eine Chance für den Parlamentarismus. Sie ist eine Chance für einen sozial gerechten und fortschrittlichen Neuanfang.

Regierungen ohne absolute Mehrheit sind in anderen Ländern eine vertraute parlamentarische Situation. Bei uns in Deutschland sind sie eine ungewohnte politische Konstellation. Hier in Nordrhein-Westfalen gibt es eine solche Situation zum ersten Mal.

Eine Regierungskoalition ohne absolute Mehrheit ist ohne Zweifel eine neue und große Herausforderung für uns als Koalitionsfraktionen. Sie ist aber auch eine Herausforderung für die Opposition. Zusammengenommen kann sie eine große Chance für unser Parlament sein, weil sie uns als Abgeordnete und Fraktionen stärkt, weil sie die politische Diskussion fördert und den politischen Wettbewerb um die besten Lösungen belebt. Wir stellen uns dieser Herausforderung und freuen uns auch auf die politische Diskussion und den Wettbewerb hier in diesem Hohen Haus.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die entscheidende Frage für die Lösung der drängenden Probleme heißt: Was wird der Sache am Besten gerecht? – Wie wir uns das vorstellen, sagen wir in unserem Koalitionsvertrag klipp und klar mit verbindlichen und verlässlichen Vereinbarungen. Die Überschrift des Koalitionsvertrages ist Programm. Wir wollen auf allen zentralen Politikfeldern gemeinsam neue Wege gehen, mehr Chancen eröffnen und alle Potenziale nutzen. Das erwarten auch die Menschen von uns. Deshalb werden wir dieses Programm Schritt für Schritt umsetzen. Wir werden Sie immer einladen, wann immer Sie sich dazu einladen lassen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, wir sind in einer schwierigen Zeit. Herr Kollege Laumann hat darauf hingewiesen. Es ist eine Zeit voller Unsicherheit und Ungewissheit, aber eben auch eine Zeit mit neuen Chancen für die parlamentarische Zusammenarbeit. Unser Landtag kann dabei gewinnen und mit dazu beitragen, dass neues Vertrauen in die parlamentarische Demokratie begründet wird. Lassen Sie uns das gemeinsam versuchen. Wir sind dazu bereit.

Wir brauchen alle Kraft für unser Land. Ganz gleich, wie Sie diesen Satz verstehen wollen: Er ist in jedem Fall richtig.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen steht vor wichtigen Weichenstellungen. Wir werden daher mutige Schritte auf dem Weg der sozialen und ökologischen Erneuerung unseres Landes gehen. Ja, mutig sind wir – übermütig nicht. Wir gehen auf die Bürgerinnen und Bürger, auf die gesellschaftlichen Gruppen, Vereine, Verbände, Gewerkschaften und Unternehmen genauso zu wie auf die Kirchen und die anderen Religionsgemeinschaften. Wir bitten diese, diesen schwierigen Weg gemeinsam mit uns zu gehen. Einladungen richten wir ausdrücklich auch an die anderen Parteien und Fraktionen hier im Land.

Unser erklärtes Ziel ist es, das Vertrauen der Menschen in die Politik und vor allen Dingen in die Fähigkeit von Politik wieder zu stärken, Probleme

zu lösen. Das Wahlergebnis zeigt: Die Wählerinnen und Wähler wollen den Politikwechsel. Sie sind bereit für Veränderungen.

Wege aufzuzeigen, die viele Menschen bereit und imstande sind mitzugehen, gehört zur eisernen Wissensration einer Partei, die nicht auf die Oppositionsbänke abonniert ist. Dies hat uns Willy Brandt gelehrt. Und wir haben unsere Lektion gelernt. Wir werden das in die Hände nehmen und unsere Kräfte für die zentralen Aufgaben bündeln. Die Regierungserklärung hat gezeigt, wir von Bündnis 90/Die Grünen und SPD haben gemeinsam einen Plan für unser Land.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Die Ministerpräsidentin hat es gestern mit ihrer Regierungserklärung eindrucksvoll herausgestellt. Wir werden Sie und ihre Regierung nach besten Kräften dabei unterstützen, die Weichen für eine gute Zukunft für die Menschen in unserem Land und in die richtige Richtung zu stellen. Auf die 90 Stimmen unserer Koalition bleibt Verlass. Die Ministerpräsidentin weiß das. Die Regierung weiß das. Wir werden Verlässlichkeit ganz nach vorne stellen. Das wird auch zum Gelingen unserer Regierungsarbeit beitragen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir schaffen also die Voraussetzungen für wirtschaftliche Stärke und für Zukunftsfähigkeit, für Chancengleichheit und für soziale Gerechtigkeit. Damit ermöglichen wir den sozialen Aufstieg für mehr Menschen in unserem Land. Damit legen wir die Fundamente, auf denen auch zukünftig Wohlstand in unserem Land entstehen kann.

Ja, wir setzen unseren Gestaltungsauftrag für die Menschen in Nordrhein-Westfalen konsequent in unserem Parlament um. Eine alte parlamentarische Regel sagt: Es ist noch kein Gesetz so vom Parlament verabschiedet worden, wie es eingebracht wurde. Wir kennen das aus unserer Erfahrung. Es ist dann keine Utopie, dass wir für unsere Politik, für unsere neue politische Kultur Unterstützung und neue politische Mehrheiten suchen.

Das Land ohne absolute Mehrheit im Parlament politisch zu gestalten verlangt, sich stärker für den politischen Dialog zu öffnen, Kompromissbereitschaft zu zeigen und lernfähig zu sein. Ich sage das in die eigenen Reihen hinein. Das verpflichtet uns, in allen Sachfragen auf mögliche Partnerinnen und Partner zuzugehen, um Mehrheiten für eine wirtschaftlich gebotene sozial und ökologisch ausgerichtete Politik der Vernunft zu gewinnen. Das geht, meine Damen und Herren.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Auch gestern haben wir das gesehen. In der Frage der Steinkohlepolitik haben wir eine gemeinsame Linie gefunden. Die FDP hat sich ein bisschen ver-

weigert. Herr Kollege Papke, vielleicht geschah das deshalb, weil sie vergessen machen möchten, dass Sie den Kohlekompromiss mit unterschrieben haben. Sie haben das Steinkohlefinanzierungsgesetz in allen Teilen mit verantwortet.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Wir nehmen Ihnen das nicht übel. Das waren wir von Ihnen gewohnt. Ich sage Ihnen aber noch einmal in aller Deutlichkeit: Verlässlichkeit ist etwas, was auch Sie sich endlich wieder auf Ihre eigenen Fahnen schreiben müssen. Ansonsten werden Sie im politischen Wettbewerb nicht bestehen können, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Bei der Förderung unserer Kinder vor und in der Schule zeichnen sich auch Chancen für Gemeinsamkeiten ab – vielleicht nicht sofort und nicht in allen Teilen, aber Chancen gibt es. Auch bei der Beseitigung von prekären Beschäftigungsverhältnissen – Herr Kollege Laumann, da sind wir uns doch einig – und bei der Durchsetzung von Mindestlöhnen, damit sich Arbeit lohnt, wird es eine tragfähige politische Mehrheit geben. Dabei bin und bleibe ich ganz zuversichtlich, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will an einigen Stellen beispielhaft aufzeigen, wie wir diese Politik im Parlament begleiten und unterstützen werden – immer vor dem Hintergrund: sagen, was man tut, und tun, was man sagt. – Dazu gehört auch, die Fehler, die die abgewählte Regierung zweifellos gemacht hat, so rasch wie möglich und so gründlich wie nötig zu korrigieren.

Wir wissen es doch: Wir sind weit weg von einem sozial gerechten Schulsystem. Selbst Sie, Herr Laumann, haben dafür vorhin einige Beispiele genannt. Wir sind weit weg von einem gerechten Schulsystem, das alle Talente nutzt, das die Verschiedenheit schätzt, Leistung fördert und kein Kind zurücklässt. Wir sind weit weg von den Eltern, für die vor allem die individuelle Förderung ihrer Kinder ganz oben auf der Wunschliste steht.

Sie müssen doch endlich einsehen: Das sture Festhalten an den bestehenden Strukturen hilft überhaupt nicht. Wichtig ist, Reformen im Schulsystem mit den Beteiligten vorzubereiten. Es ist allemal besser, meine Damen und Herren, Schritt für Schritt voranzugehen, damit alle auf dem Weg mithalten können, damit keiner zurückbleiben muss. Das wird unsere Politik sein. Wir wollen das so machen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich wiederhole ganz freimütig: Wir haben unsere Lektion gelernt. Wir wollen und werden die Menschen in eine neue und bessere Schullandschaft für ihre Kinder mitnehmen. Herr Kollege Laumann, auch wenn Sie enttäuscht sind, sage ich Ihnen noch

einmal ganz deutlich: Wir geben jedenfalls keinen Anlass für einen Schulkrieg, wie sich das manche in Ihren Reihen erhofft haben. Darauf brauchen Sie nicht zu warten und nicht zu hoffen. Das wird nicht passieren. Ihre Plakate waren vor der Wahl falsch, meine Damen und Herren von CDU und FDP, und bleiben auch nach der Wahl falsch.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Auch weil Herr Laumann die Kommunen noch einmal genannt hat, will ich das Beispiel der mehrheitlich CDU-regierten Stadt Ascheberg herausstellen. Es zeigt doch: Mit dem Angebot, Gemeinschaftsschulen einrichten zu können, sorgen wir nicht nur dafür, dass längeres gemeinsames Lernen unser Bildungssystem gerechter und leistungsstärker macht, sondern gehen auch auf die Forderungen von Kommunen ein. Weil es immer weniger Kinder gibt, ist diese Gemeinschaftsschule ein attraktives, ein wohnortnahes Schulangebot.

(Widerspruch von Manfred Palmen [CDU])

Mehrheiten der Vernunft sind besonders im Bildungsbereich möglich. Ich bleibe zuversichtlich: Ascheberg wird ein gutes Beispiel geben; da bin ich ganz sicher. Es wird noch viele „Aschebergs“ in unserem Land geben. Herr Laumann, freuen wir uns darauf. Das ist eine gute Entwicklung für unser Land.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Nicht nur weil Sie vorhin über Industriepolitik und über die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung geredet haben, sondern weil es eine ganz entscheidende Weichenstellung für die Zukunftsfähigkeit für Nordrhein-Westfalen sein wird, sage ich Ihnen, was wir machen werden: Wir müssen selbstverständlich auch gemeinsam dafür sorgen, dass die industrielle Produktion und die Wertschöpfung in Industrie und Wirtschaft wieder mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt werden.

Wir werden unsere Wirtschaft stärken, Herr Laumann, aber wir werden zugleich wirksamen Klima- und Umweltschutz sicherstellen. CDU und FDP wollten die CO₂-Emissionen, also die Treibhausgasemissionen, bis 2020 um 33 % reduzieren. Getan haben Sie nichts. Erreicht haben Sie deshalb noch weniger als nichts: Die CO₂-Emissionen in Nordrhein-Westfalen sind in Ihrer Verantwortung nicht gesunken, sondern allein von 2005 bis 2007 um 8 Millionen t gestiegen – trotz ehrgeiziger Ziele, die wir immer für utopisch gehalten haben.

Unsere Richtschnur lautet auch in der Klima- und Energiepolitik: Wir sagen, was wir tun, und tun, was wir sagen. – Deshalb setzen wir uns in Kenntnis dessen, was realistisch, machbar und ehrgeizig ist, ein geringeres CO₂-Minderungsziel, nämlich minus 25 %. Das wollen und werden wir erreichen, weil wir es mit echten und wirksamen Maßnahmen unterlegen. Darin unterscheiden wir uns von Ihnen: Wir

sagen nicht nur, was wir wollen, sondern machen auch das, was wir gesagt haben. Wir werden damit erfolgreich sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das betrifft die Braunkohle in besonderem Maße. Die Einhaltung der Klimaschutzziele und die darauf basierende Sicherung von zukunftssicheren Arbeitsplätzen in der Energiewirtschaft macht es auch im rheinischen Braunkohlerevier notwendig, dass Effizienzsteigerungen im Kraftwerkspark Zug um Zug umgesetzt werden. Effizienzsteigerungen müssen dazu führen, Ressourcen zu schonen und die absoluten jährlichen CO₂-Emissionen im rheinischen Revier kontinuierlich zu senken. Beides ist wichtig: Kohlevorräte schonen und Treibhausgase vermindern. Das haben wir uns vorgenommen und werden es auch erreichen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir sagen den Menschen ganz offen, was damit verbunden ist: Blicke die Braunkohleförderung für die nächsten Jahrzehnte unverändert und würde diese Kohle überwiegend in Uraltblöcken verstromt, drohte dem Revier der Stillstand. Das droht umso mehr – auch das haben wir immer wieder herausgestellt; ich wiederhole es noch einmal –, wenn Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke den Umbau in der Energieversorgung blockieren. Auch aus Gründen der wirtschaftlichen Vernunft sind wir dagegen, dass das passiert, und werden alles tun, damit nicht zum Tragen kommt, was sich diese Bundesregierung vorgenommen hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir werden aktiv handeln, um den Menschen im Revier eine gute Zukunft zu bieten. Gemeinsam mit den bergbautreibenden Unternehmen werden wir einen Aktionsplan „Rheinisches Revier“ entwickeln, der zwei Leitziele folgt. Der Wirtschaftsminister ist schon dabei, dies alles in die Tat umzusetzen.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

– Herr Lienenkämper, Sie werden überrascht sein. Eingeladen sind Sie. Wir machen das gemeinsam und bieten Ihnen das an. Ihre Kommunalpolitiker im Rheinischen Revier sind nicht nur hellauf begeistert, dass wir das Thema angehen, sondern sie warten darauf,

(Lachen von Lutz Lienenkämper [CDU])

weil sie wissen: Es braucht eine solche vernünftige Zukunftsinitiative. Sie haben das versäumt; wir machen das.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zwei Leitziele folgen dieser Initiative: erstens der zügigen und kontinuierlichen Reduktion der CO₂-Emissionen und zweitens der zügigen und kontinu-

ierlichen Steigerung des Anteils der regenerativen Energien an der Stromerzeugung auch im Rheinischen Revier; sie dürfen dort nicht abgehängt werden.

Gleichzeitig wollen wir das in der Region vorhandene Potenzial an Technologie, an Wissenschaft, an Industriestruktur, an gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für den Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur nutzen. Diese Maßnahmen bündelt das Programm „Innovationsregion Rheinisches Revier“.

Lassen Sie uns das gemeinsam beginnen. Es ist gut für die Menschen. Es ist gut für die Zukunft unseres Landes.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, CDU und FDP haben versucht, hier immer einen Gegensatz zu konstruieren. Diesen Gegensatz gibt es aber nicht. Das Gegenteil ist richtig: Mit ökologischer Erneuerung – das spricht sich langsam auch bei Ihnen herum –

(Heiterkeit von der SPD)

und Klimaschutz sind große wirtschaftliche Chancen verbunden. Das bietet Win-win-Situationen. Wir werden sie für Nordrhein-Westfalen nutzen. Mit dem Fortschrittsmotor Klimaschutz und mit der ökologischen industriellen Revolution entstehen neue Arbeitsplätze, wird die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes gestärkt und rückt der Klimaschutz ins Zentrum der Politik, wo er hingehört – auch in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir wissen: Auf absehbare Zeit können wir in Nordrhein-Westfalen auf die Nutzung von Kohle nicht verzichten. Wir wissen nicht genau, wie lange die Zeit dauert, in der wir die Kohle brauchen. Aber das gilt weltweit und deshalb auch für uns. Eines ist klar: Mit dem Weiterbetrieb alter Kraftwerke werden wir weder die Arbeitsplätze in unserer Industrie zukunftsfest machen noch unsere ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen.

Also brauchen wir einen stetig steigenden Anteil von erneuerbaren Energien auch bei der Stromerzeugung. Ich füge hinzu – das richtet sich an alle, die zaghaft darauf blicken und sich fragen, ob man das überhaupt erreichen kann –: Bisher sind noch alle Prognosen über den Zuwachs an erneuerbaren Energien übertroffen worden. Wir sind zuversichtlich, dass das auch in der Zukunft weitergeht. Deswegen strengen wir uns an und setzen uns ehrgeizige Ziele.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, wir brauchen die erneuerbaren Energien; wir brauchen aber auch neue hocheffiziente Kraftwerksblöcke mit einem möglichst hohen Anteil an Kraft-Wärme-Kopplung. Auch das wird ein Schwer-

punkt unserer Landesentwicklung sein. Wir haben uns das vorgenommen.

Neue hocheffiziente Kraftwerke – auch Kohlekraftwerke werden dazu gehören – sind ein Beitrag, um unsere Klimaschutzziele tatsächlich zu erreichen, weil es uns damit gelingt – auch mit etwas mehr Druck; das gebe ich zu –, schneller dafür zu sorgen, dass uralte Kraftwerke endlich abgeschaltet werden. Das hilft der Akzeptanz für die Verstromung. Aber das hilft auch den Menschen. Das hilft vor allen Dingen unserer Umwelt und dem Klima. Das wollen wir gemeinsam erreichen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Selbstverständlich müssen bei jedem einzelnen Projekt die Umweltstandards eingehalten werden. Die Belastung der Bevölkerung muss weitestgehend begrenzt bleiben.

Hier sieht das deutsche Umweltrecht aus gutem Grund sehr strenge Anforderungen vor. Gerade das geplante E.ON-Kraftwerk in Datteln zeigt, wie schädlich, Herr Laumann, sich der Regierungsmurks der abgewählten Regierung Rüttgers bis heute auswirkt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat die rechtliche Reißleine gezogen und klipp und klar die handwerklichen Fehler im Verwaltungshandeln der abgewählten Landesregierung aufgedeckt. Darum geht es. Sie haben schlecht verwaltet. Sie haben schlecht regiert.

(Zustimmung von der SPD)

Das ist die Ursache für dieses Desaster in Datteln.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir müssen uns deshalb, meine Damen und Herren, immer noch mit den Kollateralschäden Ihres schlechten Regierungshandelns befassen.

Ich will das in aller Deutlichkeit sagen, damit das ein für allemal unter uns klar ist: Die politische Baustelle Datteln ist das Erbe der Regierung Rüttgers. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Dr. Jürgen Rüttgers [CDU] und Karl-Josef Laumann [CDU]: Nein! – Weitere Zurufe von der CDU)

Diese Regierung hat mit fehlerhaftem Handeln und auch mit Nichthandeln in diesen fünf Jahren ein Fiasko zu verantworten,

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das ist nicht wahr!)

das Seinesgleichen sucht. Nirgendwo in Deutschland, meine Damen und Herren, sehen die Anwoh-

ner einen riesigen Kühlturm in den Himmel wachsen, der vielleicht wieder abgerissen werden muss. Durch schlimme Fehler der abgewählten Landesregierung droht in Datteln eine Investitionsruine:

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

nicht durch Bürgerinitiativen – die sind erst später entstanden – und auch nicht durch irgendwelche wild gewordenen Anwohner, sondern – schauen Sie sich das Urteil an – einzig und allein durch das fehlerhafte Verhalten der alten Landesregierung. Das ist das Ergebnis des Urteils des Oberverwaltungsgerichts. Daran haben wir uns zu orientieren. Das werden wir tun, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich weiß, dass das für Sie die bittere Wahrheit ist. Aber Sie sollten sich dieser Wahrheit endlich stellen. Sie sollten nicht versuchen, davon weiter abzulenken. Der politische Schaden ist weitaus größer als der materielle. Wenn der Eindruck entsteht, meine Damen und Herren, den Sie ja durch Ihr Handeln erweckt haben, Regierungen ändern Gesetze zum Wohlgefallen einzelner Konzerne, dann schadet das der Demokratie insgesamt. Wir machen das nicht mit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und dass Umweltverbände bei der Streichung des sogenannten Klimaschutzparagraphen aus dem Landesentwicklungsprogramm von einem Lex E.ON sprechen müssen, dann schadet das sogar den entsprechenden Unternehmen selbst. Sie haben inzwischen verstanden, was diese Landesregierung angerichtet hat. Sehen Sie es endlich ein! Zeigen Sie nicht mit dem Finger auf andere! Den Murks der abgewählten Landesregierung haben Sie zu verantworten. Und der trägt dazu bei, dass die sowieso schon arg geschundene Akzeptanz in neue Industrieprojekte noch weiter geschwächt wird.

Das hat inzwischen nicht nur die Wirtschaft auf den Plan gerufen, auch Gewerkschaften und Naturschutzverbände sind hochgradig alarmiert. Das hat zu einer bemerkenswerten Allianz noch vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen geführt – das hat es noch nie gegeben, Herr Laumann. Weil Gewerkschaften und Naturschutzverbände Angst davor hatten, dass Sie mit Ihrem Handeln noch mehr dafür sorgen, dass diese Akzeptanz weiter schwindet, haben sie diese Allianz gebildet: Naturschutzbund Nordrhein-Westfalen und Deutscher Gewerkschaftsbund haben im Mai dieses Jahres ein gemeinsames Papier zur Zukunft des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen vorgelegt. In diesem gemeinsamen Papier heißt es – ich zitiere –:

„Denn die Zeiten, in denen Wirtschaft, Arbeit und Umwelt gegeneinander ausgespielt werden, müssen der Vergangenheit angehören. Der In-

dustriestandort NRW wird dann erfolgreich sein, wenn er sich konsequent einer ökologisch orientierten Industriepolitik verschreibt. Um diesen Grundgedanken in praktische Politik zu übersetzen, brauchen wir in NRW einen gesellschaftlichen Dialog über Ziele und Wege nachhaltiger Entwicklung in unserem Bundesland. Nachhaltigkeit muss zum zentralen Ziel der industriellen Entwicklung gemacht werden. Wir hier in NRW müssen zeigen, dass es geht. Oder anders herum: wenn wir nicht in NRW Wege finden, Industrie nachhaltig, also wirtschaftlich erfolgreich, sozial stark und umweltschonend zu gestalten, wer denn dann?“

So weit Naturschutzbund und Deutscher Gewerkschaftsbund. Wir werden diese Initiative aufgreifen. Wir werden alle gesellschaftlichen Kräfte einladen, aktiv daran mitzuwirken. Denn eine solche Generationenaufgabe kann Politik nicht alleine schaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir bleiben dabei: Klimaschutzpolitik ist immer auch ein Teil der Wirtschaftspolitik. Und Wirtschaftspolitik ist immer auch ein Teil der Klimaschutzpolitik. Das dürfen wir nicht auseinander dividieren. Auf die intelligente Verzahnung kommt es an. Und so gestalten wir in Nordrhein-Westfalen – das haben wir in die Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben – aktive Industriepolitik in diesem Sinne. Und so gestalten wir in Nordrhein-Westfalen den Wandel eines Industrielandes. Und dabei ist unsere Wirtschaft Motor dieses Fortschritts.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Auch deshalb, Herr Laumann, sind wir bundesweit Spitzenreiter beim Export. Viele ausländische Investoren haben aber kein reales Bild von der Wirtschaftskraft und der Attraktivität Nordrhein-Westfalens. Das gilt beispielsweise für die Umwelt-, für die Klimaschutztechnologie. Und um diese Chancen in den Vordergrund zu stellen, werden wir eine internationale Weltausstellung, die „EXPO Fortschrittsmotor Klimaschutz“ nach Nordrhein-Westfalen holen. Und sie wird unser Schaufenster, mit dem wir zeigen, welche innovativen Kräfte wir freisetzen und schon freigesetzt haben. Wir freuen uns darauf, meine Damen und Herren. Sie von der Opposition sollten sich mitfreuen, dass das unser gemeinsames Ziel werden kann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, wir werden die Kommunen in Nordrhein-Westfalen wieder handlungsfähig machen und ihnen eine Zukunft geben. Nur starke Städte und Gemeinden können für ihre Einwohnerinnen und Einwohner – da sind wir einer Meinung, Herr Laumann – Lebensqualität und Sicherheit gewährleisten. Die soziale, kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes hängt

entscheidend davon ab, dass die Kommunen aktiv dabei mitwirken können.

Sie werden daher sehen, dass der „Aktionsplan Kommunalfinanzen“ alles andere als ein Strohfeuer ist. Es reicht nicht aus, nur mit dem Finger auf Berlin zu zeigen und auf eine aufgabengerechte Neuordnung der Finanzmittel zwischen Bund und Ländern zu warten. Ohne Zweifel: Die Diskussion darüber, dass eine ausreichende Finanzausstattung den Aufgaben folgen muss, ist überfällig.

Wie in der Schule gilt auch hier: Auch das Land Nordrhein-Westfalen muss seine Hausaufgaben machen. Das haben Sie als abgewählte Regierungskoalition nicht getan, sondern Sie haben Landesaufgaben auf die Kommunen verlagert, ohne die auskömmlichen Mittel bereitzustellen. Deshalb werden wir die kommunale Selbstverwaltung wieder stärken und die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen erweitern. Wir beenden den Raubzug der vergangenen fünf Jahre durch die kommunalen Kassen,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

und wir helfen den Gemeinden, sich finanziell zu konsolidieren.

Weil Herr Laumann davon gesprochen hat, man müsse den Kommunen auch helfen, ihre Aufgaben besser erfüllen zu können, sage ich: Ja, wir werden den Kommunen auch mehr eigenverantwortlichen Spielraum für Zukunftsinvestitionen geben. Unser Ziel ist es daher, die Wettbewerbsfähigkeit der Kommunalwirtschaft zu erhalten und zu stärken. Das gilt insbesondere für unsere Stadtwerke, die selbst gegenüber den vier großen Energieversorgungsunternehmen zum Träger des Wettbewerbs, vor allen Dingen zum Entwicklungsmotor für regenerative und dezentrale Versorgungsstrategien geworden sind.

Wir werden die Fessel „privat vor Staat“, die Sie der Kommunalwirtschaft angelegt haben, durch eine Neufassung des kommunalen Wirtschaftsrechts wieder lösen und die überregionale Wettbewerbsfähigkeit der kommunalen Energieversorger sichern. Das bleibt unsere gemeinsame Aufgabe. Wir werden sie angehen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Eines gilt: Unsere Stadtwerke sind ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Das sollen sie auch bleiben. Wir werden jedenfalls dafür sorgen.

Herr Laumann hat es angesprochen, in der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin ist das deutlich herausgearbeitet worden: Nordrhein-Westfalen ist wie kein anderes Bundesland von Einwanderung geprägt. Ein Viertel unserer Bevölkerung hat Migrationshintergrund. Und wir begreifen das als Stärke unseres Landes. Wir wollen die Integrationspolitik im Land weiterentwickeln. Integration, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, kann

aber nur gelingen, wenn sich Staat und Gesellschaft für das friedliche und für das gleichberechtigte Zusammenleben einsetzen. Über das, was für eine erfolgreiche Integration notwendig ist, bestand hier, im nordrhein-westfälischen Landtag, seit der gemeinsamen Integrationsoffensive aus dem Jahr 2001 fraktionsübergreifend weitgehender politischer Konsens. Das soll und muss auch so bleiben. Die aktuelle Diskussion über das, was in der Integrationspolitik notwendig ist, ist viel zu wichtig, als dass man sie den Stammtischen überlassen dürfte; denn wir haben nicht nur Versäumnisse und Rückschläge, sondern auch Erfolge bei der Integration zu verzeichnen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich füge hinzu: Unsere Abgeordneten im Landtag, die einen Migrationshintergrund haben, sind ein Beleg dafür – nur einer, aber ein wichtiger.

(Beifall von der SPD)

Wir brauchen allerdings eine kritische und selbstverständlich auch eine selbstkritische Debatte über den Stand der Integration in Deutschland. Wir müssen über erreichte Fortschritte – ich habe das getan –, aber auch über anhaltende Probleme und Defizite reden. Wir brauchen eine Debatte, die unbequeme Wahrheiten anspricht und anpackt.

Wir müssen feststellen, dass, wenn jemand Ayşe oder Faruk heißt und trotz einer guten Schulbildung keinen Ausbildungsplatz bekommt, mit der Integration etwas nicht stimmt. Wahr ist aber auch, dass bei jungen Migrantinnen und Migranten in unserem Land immer noch teils erhebliche Bildungs- und Sprachdefizite existieren.

Wir wissen, dass in Nordrhein-Westfalen die Arbeitslosenquote von Ausländern aktuell fast dreimal so hoch wie im Durchschnitt liegt. Da liegt doch die Erkenntnis nahe: Integration ist nicht denkbar ohne eine Integration in den Arbeitsmarkt. Arbeit, Soziales und Integration müssen zusammengedacht und zusammengebracht werden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Integration verlangt faire Chancen, aber auch klare Regeln. Unser Grundgesetz bietet Raum für kulturelle und religiöse Vielfalt.

Ja, wir brauchen auch eine Diskussion über die Grenzen, die unser Grundgesetz setzt und die niemand überschreiten darf, auch nicht unter Hinweis auf Tradition oder Religion. Die Debatte darf in der Auseinandersetzung durchaus hart sein, aber sie muss im Ton sachlich bleiben. Pauschalierungen und Polemisierungen helfen niemandem. Das von unserer Ministerpräsidentin angekündigte nordrhein-westfälische Integrationsgesetz bietet die Chance, einen offenen und ehrlichen Dialog über bestehende Probleme und notwendige Lösungen zu führen.

Wir sind gut beraten, unsere junge Generation aktiv einzubeziehen; denn sie müssen endlich erleben – wir kennen das doch aus unserer Erfahrung –: Soziale Herkunft und familiäres Zuhause dürfen auch hier keine Barrieren für eine gerechte Zukunftschance sein. Darauf kommt es an.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Für die junge Generation – nicht nur für sie, aber für sie besonders – ist es wichtig, dass wir eine nachhaltige Finanzpolitik praktizieren. Auch wenn Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, es nicht wahrhaben wollen: Der Nachtragshaushalt, den wir jetzt auf den Weg bringen, dient genau diesem Ziel.

Wir müssen erst einmal einen Kassensturz machen, um zu sehen, wo wir stehen. Die Frau Ministerpräsidentin hat gestern die Felder aufgezählt, auf denen Sie uns einen finanziellen Problemberg hinterlassen haben, Herr Laumann.

Ich nenne nur drei Stichworte: Kinderbildungs-gesetz, Kommunalfinanzen, WestLB. Ich könnte noch mehr nennen. All das sind Angelegenheiten, die Sie finanziell nicht hinterlegt haben, bei denen Sie Versprechungen gemacht haben. Die Menschen warten darauf, dass sie eingehalten werden. Wir werden dafür sorgen, dass dies mit dem Nachtragshaushalt repariert wird.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft – vor allen Dingen in die Zukunft unserer Kinder. Das sind Investitionen, die wir jetzt stemmen müssen, deren gesellschaftliche Rendite – die Frau Ministerpräsidentin hat das gestern herausgearbeitet – aber erst in einigen Jahren spürbar sein wird.

Herr Laumann, ich will Ihnen nicht zu nahe treten, und ich will mich auch ganz vorsichtig ausdrücken, aber nach Ihrem Wortbeitrag vorhin habe ich den Eindruck, dass Sie immer noch nicht verstanden haben, wie nachhaltige Finanzpolitik aussehen kann.

(Lachen von der CDU – Zuruf von der CDU:
Das ist ein Witzbold, der da redet!)

Sie haben einige Überschriften aus Zeitungen zitiert. Ich zitiere aus der „Frankfurter Rundschau“ vom heutigen Tag – keine Überschrift, sondern aus einem Kommentar:

„Während Schwarz-Gelb in Berlin ein dickes Sparpaket schnürt, weitet das bevölkerungsreichste Bundesland seine Nettoneuverschuldung um 35 Prozent aus. Das ist riskant, aber angebracht.“

Die „Frankfurter Rundschau“ weiter:

(Zuruf von der CDU: Diese Zeitung lese ich auch nicht!)

„Im Grunde setzt Genossin Kraft mit rund zehnjähriger Verspätung um, was sozialdemokratische Modernisierer von Blair bis Schröder einst versprochen: einen vorsorgenden Sozialstaat, der Bürger bildet und sie so unabhängig von Almosen des Staats werden lässt.“

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich räume ein: Ja, auch bei dem Punkt „Geld“ haben wir unsere Lektion gelernt. Wir werden bei den Konsequenzen, die wir daraus ziehen, das Beste für unser Land machen. Hannelore Kraft kann sich darauf verlassen, ihre Landesregierung allemal. Wir werden diesen Weg gemeinsam gehen. Er ist gut für unser Land, und er ist vor allen Dingen gut für die Menschen in unserem Land.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will mich doch um den kritischen Punkt überhaupt nicht herumdrücken: Ja, wir werden auch neue Schulden machen. Wir müssen neue Schulden machen. Das hat auch mit dem zu tun, was ich gerade zitiert habe.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie wollen das!)

Wir werden allerdings schon beim Haushalt 2011 und danach sowieso – Herr Witzel, Sie werden das noch sehen und erleben – alle Möglichkeiten ausloten, um die Neuverschuldung nachhaltig zu senken. Darauf kommt es an. Einfach wird das nicht.

(Zuruf von der FDP: Warum denn nicht schon jetzt? – Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

– Meine Damen und Herren, überlegen Sie sich das einmal ganz in Ruhe. Lassen Sie es erst einmal sacken. Es ist schwierig, das gebe ich gerne zu. Aber es ist auf jeden Fall bedenkenswert. Es kommt darauf an, die Neuverschuldung nachhaltig zu senken. Das wird nicht einfach.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Aber wir wissen, dass es ohne eine solide Finanzpolitik keine nachhaltige Politik für unser Land geben kann. Deshalb fangen wir damit an, im Übrigen mit aller Leidenschaft.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Euer Gedächtnis reicht nicht so weit!)

„Mit aller Leidenschaft“ heißt: Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat ihre gestrige Regierungserklärung mit dem Bekenntnis zur Leidenschaft in der Sache und für unser Land abgeschlossen. Das verbindet sie – wir haben es gehört – mit Vernunft und Pragmatismus, mit Besonnenheit und einem notwendigen Maß an Gelassenheit, Herr Laumann, mit der Suche nach Konsens, das Machbare zu tun, ohne das Wünschbare aus den Augen zu verlieren. Diesen Weg wird die SPD-Fraktion in engem Schulterschluss gemeinsam mit ihr, mit der

Landesregierung, mit dem Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen, gehen.

Meine Damen und Herren, es wird eine gute Zeit für unser Land. Glück auf!

(Langanhaltender Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die grüne Fraktion spricht nun deren Fraktionsvorsitzender, Kollege Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Ministerpräsidentin! Frau Löhrmann! Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Für vier von uns fünf – bis auf Herrn Dr. Papke – ist das heute die erste Rede zu einer Regierungserklärung. Man schaut deshalb in den alten Reden vom letzten Mal aus 2005 nach, um zu gucken, wie das gemacht wird.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das habe ich auch gemacht.)

– Das haben Sie auch gemacht. Das ist für uns normales Handwerk.

(Heiterkeit – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Jetzt halten Sie aber hoffentlich meine Rede! – Erneut Heiterkeit)

– Herr Dr. Papke, zu Ihnen komme ich sofort. Ich habe ein sehr schönes Zitat meiner Vorgängerin, unserer früheren Fraktionsvorsitzenden Frau Löhrmann, gefunden:

„Unser Ziel ist es, diese Koalition 2010 wieder abzulösen – spätestens. Das ist ab heute unser Projekt NRW 2010.“

Dann vermerkt das Protokoll:

„(Anhaltender Beifall von GRÜNEN und SPD)“

So viel zur Geschichte.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Man kann nur sagen: Das waren fünf Jahre harte und intensive Arbeit. Aber es hat sich gelohnt, liebe Sylvia. Tatsächlich ist das Projekt NRW 2010 ein Erfolg geworden, und wir haben die alte Regierung abgelöst.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Dank der Linken!)

– Ganz vorsichtig!

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Gar nicht vorsichtig!)

Herr Dr. Papke, an einer anderen Stelle vermerkt das Protokoll in Ihrer Rede:

„Im Übrigen ist dieses neue NRW natürlich auch die Blaupause für den Bund. Das ist doch gar keine Frage.“

Weiter heißt es:

„Nach dem gelungenen Regierungswechsel – Frau Kraft, Frau Löhrmann, Sie werden das erleben – wird unsere Arbeit in Nordrhein-Westfalen noch an Fahrt gewinnen.“

Jetzt kommt der Höhepunkt:

„Wir werden vom Bund mehr Unterstützung für Nordrhein-Westfalen erfahren, als es in der Vergangenheit unter Rot-Grün der Fall war.“

Wir alle sind schon länger im Geschäft und wissen: Man sieht sich öfter.

(Lachen von der SPD)

– Ein kleiner Moment des Genusses darf sein. Ich werde gleich sehr, sehr ernst.

(Beifall und Heiterkeit von den GRÜNEN und von der SPD)

– Herr Dr. Papke, ich lasse Sie gleich in Ruhe und wende mich Herrn Laumann zu. Ich will auf die Ursachen kommen.

(Lachen von der SPD)

Wir arbeiten alle in diesem Bereich. Eine Wahl ist spannend. Wir strengen uns an. Es gibt ein Ergebnis, das wir umsetzen müssen. Heute ist eine gewisse Zäsur. Man versucht herauszubekommen, was der Grund für das komplizierte Wahlergebnis war.

Die Bankenkrise und die Staatskrise in Griechenland?

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Und gekaufte Politik!)

Das mag ein wenig der Grund sein. Es kam viel aus dem Bund. Deswegen habe ich eben das Zitat von dem, was Sie sich an Unterstützung aus dem Bund gewünscht haben, vorgelesen, nachdem diese Traumkonstellation Schwarz-Gelb endlich dran war. Das war ein richtiger Schlag ins Kontor. Ich habe noch nie eine Bundesregierung erlebt, die so schlecht gestartet ist und Ihnen Ihre Vorstellungen so nachhaltig durchkreuzt hat. Das muss man ganz ehrlich sagen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Für das Protokoll: Herr Laumann klatscht nicht!)

Das ist aber nur ein Teil des Grundes; er war es nicht allein. Es gibt eigene wirklich relevante Fehler, die auch eben in der Rede von Herrn Laumann sehr deutlich geworden sind. Ich will noch dezidiert auf sie eingehen. Trotzdem muss man bilanzieren: Wir haben ein Ergebnis mit fünf Fraktionen, das kompliziert und anders als in der Vergangenheit ist.

Ich bin seit zehn Jahren im Landtag. Bis zu dieser Legislatur gab es immer Landesregierungen mit klaren Mehrheiten und einer klaren Rollenverteilung zwischen Regierung und Opposition. Die einen können in der Opposition wertvolle Arbeit leisten,

die auch dazu gehört. Die anderen müssen regieren.

Jetzt haben wir eine neue Situation mit zum ersten Mal fünf Fraktionen. Es ist natürlich nachvollziehbar, dass aus Wettbewerbsgründen jeder sagt, die oder die müssen nicht unbedingt dabei sein. Dann wäre es ein bisschen einfacher. Aber es ist eben so. Auch wenn dem einen oder anderen das nicht passt, sollte man mit dieser Kritik ganz vorsichtig umgehen, weil hinter jeder Fraktion mindestens 400.000 oder 500.000 Menschen stehen, die sie im Land gewählt haben und dafür Gründe haben. Es geht um diese Menschen, die wollen, dass ihre Gründe hier respektiert werden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Deswegen haben alle Fraktionen das gleiche Recht. Sie müssen gleichbehandelt werden. Es gibt einen harten inhaltlichen politischen Wettbewerb und Konzepte, mit denen wir uns draußen bewerben.

Das Wahlergebnis ist auch von der Sitzverteilung her kompliziert: Die Christdemokraten haben 67, die Sozialdemokraten 67, die FDP 13, Die Linke 11 und die Grünen 23 Sitze. Das heißt: Es gibt 90 Sitze für uns, 80 Sitze für die alte Regierung, die damit eindeutig abgewählt ist. Es sind jedoch nur 90, nicht 91, weil es 11 Kolleginnen und Kollegen von den Linken gibt.

Es gibt also ein ganz eindeutiges Signal: Es wird keine Koalition der Arroganz und Überheblichkeit sein.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir wissen: Wir haben 90 Sitze. Das ist nicht wenig. Damit können wir selbstbewusst arbeiten. Wir sind keine ängstlich-verzagte Koalition, die ständig zittert und sich fragt, warum wir nicht eine Stimme mehr haben. Wir machen unsere Arbeit solide, wissen aber auch, dass wir auf andere zugehen müssen und dann nicht das pur durchbekommen, was wir wollen und im Dialogprozess Abstriche und Kompromisse machen müssen. Das wird unser Job sein, der vielleicht etwas demütiger sein wird als manche arroganten Varianten, die wir alle aus vergangenen Legislaturen kennen.

Meine Damen und Herren, ich werde nicht behaupten, die alte Regierung habe alles falsch gemacht. Das ist nicht so. Das ist nicht richtig. Ich werde Ihnen aber gleich sagen, wo ich relevante Fehler sehe. Ich werde auch nicht den Himmel auf Erden versprechen, weil wir ein ganz hartes Stück Arbeit vor uns haben.

Herr Laumann, ich habe sehr positiv aufgenommen, dass Sie bei den Themen Maßregelvollzug, Menschen mit Behinderung, Integration nicht möchten, dass wir hier im Diskurs aus politischen Alltagsgründen und aufgrund kurzfristiger Vorteile

uns negativ und kritisch äußern und zulasten von Menschen miteinander ringen, die auf uns dringend angewiesen sind. Dafür sage ich ganz klar: Herzlichen Dank. Diese Bereitschaft nehme ich Ihnen wirklich ab. Sie kommen aus diesem Fachbereich und haben oft genug in den Debatten eindringlich geschildert, was mit den Menschen ist. Wir nehmen diese Bereitschaft an.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Werner Jostmeier [CDU])

Herr Laschet, Sie, aber auch Herr Solf und Herr Kufen haben bei dem Thema „Integration“ Maßstäbe gesetzt. Das war vielleicht nicht immer einfach, auch in der eigenen Partei nicht. Es war ja auch ein Lernprozess für uns, dass so etwas aus der christlich-demokratischen Union kommt. Aber weil Integration ein so wichtiges Thema ist und weil wir in Teilen jetzt eine Debatte erleben, die mich an die Debatte über die spätrömische Dekadenz erinnert, ist es umso wichtiger. Diese Debatte trifft immer viele Menschen, die bei uns sind, die viel leisten und arbeiten, die wir willkommen heißen und die wir nicht mit solchen Debatten negativ treffen und schädigen möchten, sondern wir wollen das gemeinsam lösen, denn wir alle leben in Nordrhein-Westfalen. Das ist eine Verpflichtung für uns und Ihren Nachfolger in dem Bereich, das fortzusetzen, und zwar – bei aller Schärfe der Auseinandersetzung – nicht auf dem Rücken derjenigen, mit denen wir zusammenleben wollen und die uns dringend brauchen. Danke schön dafür!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –
Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich komme nun zu den etwas ungemütlicheren Themen. Sehr ausführlich möchte ich auf den Bereich Bildung eingehen, Herr Laumann. Wenn es nicht Athen oder der Bund war, dann haben Sie eines völlig falsch eingeschätzt: Einer der Hauptgründe, warum Sie abgewählt worden sind, ist Ihre grundsätzlich falsche Anlage in der Schulpolitik Ihrer Partei.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Bei dieser Diskussion wird der große Widerspruch deutlich zwischen dem, was in der Landtagsfraktion diskutiert wird, und dem, was wir in den Kommunen erleben, wo Ihre Leute viel näher an der Realität sind. Wir haben Konsens, dass viele junge Menschen eine möglichst gute Qualifizierung brauchen, ob nun einen Hochschul- oder einen Schulabschluss, der in eine gute Lehre hineinführt, die andere berufliche Wege eröffnet. Das ist egal. Aber wenn wir die Zahl der jungen Menschen bei uns, die einen Ausbildungsabschluss, auch einen höheren Abschluss haben, mit der Zahl derjenigen in vielen anderen europäischen Ländern vergleichen, dann wird deutlich: Wir brauchen mehr davon, wir brauchen besser Qualifizierte, weil wir sie auch als Rohstoff, als Ressource in unserem Land brauchen, um

wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Da haben wir Konsens.

Es gibt aber ein immer deutlicher werdendes demografisches Problem: Die Anzahl der Kinder, die in die Schulen, Hochschulen, Berufsausbildung gehen, ist ganz stark rückläufig. Wir merken bereits, dass der Fachkräftemangel beginnt. Diese Herausforderung müssen wir ohne Scheuklappen angehen.

An der Stelle sind Garantien für den Bestand einzelner Schulformen, gerade im ländlichen Raum, vor dem Hintergrund der Realität, wie sich Eltern und Schüler verhalten, nicht haltbar. Es ist keine politische Absicht, Hauptschulen zu schließen, Herr Laumann. Das machen Eltern mit ihrer Entscheidung. Sie wissen es doch ganz genau: Wenn heute der Handwerker sagt, sein Kind solle es genauso gut oder besser haben als er, dann schickt er sein Kind nicht auf die Hauptschule, weil er weiß, dass es mit diesem Bildungsabschluss schlechte Eintrittschancen in einen Beruf hat. Das ist die Entscheidung der Eltern.

Ich kann Ihnen ein Beispiel aus der Praxis nennen. Wir haben in Aachen eine kommunale Mehrheit aus CDU und Grünen und müssen jetzt mit Unterstützung der Sozialdemokraten drei unserer sechs Hauptschulen schließen, nicht weil wir bösartig sind – wir wissen, dass Hauptschulen hervorragende Arbeit leisten –, sondern weil sich so wenige Kinder dort anmelden. Mit 14 Anmeldungen für eine Klasse kann man keine Schule fahren. Das ist nicht, wie Herr Witzel gestern herumgealbert hat, irgendeine linke konspirative Verschwörung einer Mehrheit gegen ein Schulsystem, sondern die Realität in den Städten und im ländlichen Raum.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich möchte ein weiteres Beispiel nennen. Der Schulbezirk Monschau-Simmerath-Roetgen in der Eifel hat derzeit 2.700 Kinder bis zur Klasse 10 und weiß, dass er in zehn Jahren noch 1.700 Schüler hat. 1.000 Kinder weniger – das sind 30 Klassen! Was machen die in der Region, wenn die ein Angebot für eine weiterführende Schule machen wollen?

Es ist ja nicht nur eine Frage des Angebots für die Kinder, sondern auch eine Standortfrage. Herr Laumann, in einem Ort wie Ascheberg mit fast 18.000 Einwohnern wird gesagt: Wir haben demnächst keine weiterführende Schule mehr, sodass alle Kinder fahren müssen. – Das Gleiche war doch in Schöppingen und Horstmar. Die beiden christdemokratisch geführten Gemeinden haben doch auf die Folgen aufmerksam gemacht, wenn sie die Gemeinschaftsschule nicht machen dürfen. Übrigens – Sie arbeiten ja immer mit den Kampfbegriffen –, der Begriff „Gemeinschaftsschule“ ist keine Erfindung von Frau Löhrmann, sondern diesen Begriff hat Harry-Peter Carstensen, Ihr christ-

demokratischer Ministerpräsident in Schleswig-Holstein, eingeführt. Innerhalb von drei Jahren sind dort 100 Gemeinschaftsschulen gegründet worden. Tun Sie also nicht so, als ob das ein ganz radikaler Popanz wäre.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Kommunen wie Schöppingen, Horstmar, Ascheberg sagen, dass dies auch ein Standortfaktor sei, weil Betriebe, die sich dort ansiedeln wollten, fragten, welche Ausbildungsmöglichkeiten es für die Kinder der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gebe. Wenn wir denen dann sagen: „Tut uns leid, wir haben eine tolle Grundschule“, dann gucken die einen an und fragen: Und dann? – Wenn man dann sagt: „Dann kommt ein Bus, der die Kinder 30 km weiter zur Schule bringt“, dann sagen die Firmen: Dann können wir auch dorthin gehen. Die haben auch Gewerbegrundstücke. – Es geht also nicht nur um ein längeres gemeinsames Lernen der Kinder, sondern auch um die Standorte, vor allem im ländlichen Raum.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir haben ja mit den Kollegen der CDU Diskussionen darüber geführt, bei denen ich gefragt habe: Warum erlauben Sie denn den eigenen konservativ geführten Kommunen diesen Modellversuch nicht? Nennt das Modellversuch, wertet es aus und zeigt euch ein bisschen fortschrittlich! – Die ehrliche Antwort war: Wenn wir das machen würden, stünden am nächsten Tag weitere 50 CDU-Bürgermeister hier und wollen das auch. – Einen größeren Offenbarungseid für eine falsche Politik gibt es nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wenn der Druck in den ländlichen Kommunen so groß ist und eine Partei ihren eigenen Leuten das verweigert, dann muss sie sich nicht wundern, wenn sie konsequenterweise abgewählt wird, weil sie offensichtlich nicht nur an den Bedürfnissen der Menschen, sondern auch an den erkannten Bedürfnissen der eigenen Leute vorbeiarbeitet. Das ist Ihnen jetzt passiert.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ihren Beitrag eben hat eine Schlangenlinie gekennzeichnet: Einerseits boten Sie uns Ihre Zusammenarbeit an. Andererseits führen Sie zurzeit eine Debatte darüber, was das „wahre Konservative“ auszeichnet; diese finde ich auch sehr spannend. Sie müssen nur aufpassen, dass Ihre Debatte nicht darin mündet, dass das Konservative nur noch aus Gymnasium und Atomkraft besteht. Das wäre nämlich schade. Schließlich gibt es da viele wertvolle Elemente.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Aber so, wie Sie die Debatte führen, landen Sie an dem Punkt.

Ich will Ihnen noch eines sagen: Ich habe mich in den letzten Jahren immer wieder geärgert, weil die Regierung stets sehr negativ auf die Gesamtschulen losgegangen ist.

(Armin Laschet [CDU]: Stimmt nicht!)

– Doch. Ich habe viele Belegbeispiele dafür. Ich sage Ihnen auch gleich, was ich ganz konkret meine.

Lieber Kollege Laschet, wir wollten zum Beispiel in unserer Stadt Aachen – CDU, Grüne und Sozialdemokraten – eine Gesamtschule gründen. Dies wurde uns vom Land mit der Begründung untersagt, wir dürften keine Ganztagsschule einrichten. Jetzt richten wir diese Ganztagsschule ein, und zwar in der gleichen Allianz aus CDU, SPD und Grünen. Wir schaffen eine neue Gesamtschule, und natürlich wird es eine Ganztagsschule. Denn sonst müssten wir weit mehr als 180 Anmeldungen ablehnen. Wir werden die vierte, sehr schön gelegene und gut organisierte Gesamtschule hoffentlich demnächst an der Stelle bei uns – Schwarz, Grün, Rot – errichten können.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Hören Sie bitte auch mit dem ewigen Popanz auf, wir würden das Gymnasium zerstören wollen. Ich bin es wirklich leid, den uralten Krieg zwischen der Gesamtschule und dem Gymnasium als Glaubenskrieg mit einer Perspektive dahin gehend, wie das System in 40 Jahren aussehen wird, zu führen. Das ist Stellungskrieg wie der Erste Weltkrieg, und das hilft vor allen Dingen den Kindern nicht.

Wir wollen niemanden zwingen. Uns geht es darum, diejenigen zu unterstützen, die vor Ort aufgrund ihrer Kenntnis wissen, über welche Gebäude sie verfügen, welche Schülerzahlen es gibt und welche Bedürfnisse die Eltern haben. Dann werden wir vor Ort eine Entwicklung bei einheitlichen Abschlüssen bekommen. Für die Schüler ist es doch wichtig, dass die Abschlüsse vergleichbar sind, damit diese auch woanders den gleichen Wert haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Dann wird es tatsächlich zu einer Bewegung in der Landschaft kommen.

Wir sollten uns darauf verständigen, dass wir in der Schulkonferenz, zu der Sie Ihre Teilnahme zugesagt haben, nicht die Perspektive aufzeigen, wie die Schullandschaft in 20 oder 30 Jahren aussehen wird. Wir sollten uns vielmehr darauf verständigen, dass wir den Kommunen bei einheitlichen Standards eine gewisse Freiheit einräumen, damit sie das entwickeln können. Wir sollten es bewerten und ein bisschen Ruhe einkehren lassen. Wenn wir dieses Ziel erreichen würden, dann hätten wir viel für den Frieden im Land gewonnen und würden einen Schulkrieg vermeiden.

Die Regierungsseite – das will ich klar sagen – hat nicht das Bedürfnis, einen Schulkrieg im Land anzuzetteln. Wir werden auch nicht die Struktur des Gymnasiums zerlegen. Wir werden vielmehr den Kommunen die Freiheit geben. Das ist es, was wir Ihnen zusagen können.

Frau Löhrmann, Frau Beer und ich sind in Finnland gewesen und haben uns dort Schulen angeguckt. Wir sind zutiefst beeindruckt zurückgekommen. Wir haben gefragt: Wie habt ihr das machen können? – Als Antwort bekamen wir: Wir haben in einer historischen Situation zwischen Konservativen und Sozialdemokraten den Konsens erreicht, dass diese Schulform, in der die Kinder neun Jahre zusammen lernen und anschließend entweder ins Studium gehen oder eine Berufsausbildung machen, für ein Land wie Finnland die beste ist. Das war nur in einer bestimmten historischen Situation machbar.

Das kriegen wir hier mit Mehrheit und Minderheit nicht hin. Und wenn darüber kein Konsens herrscht, dann machen wir das auch nicht. Wir tragen keinen Schulkrieg auf dem Rücken der Kinder aus. Denn das wäre falsch für das Land, für alle Orte und auch für die Kinder.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das heißt für mich: Sie müssen in Ihrer Fraktion klären, ob Sie sich an der Stelle in Richtung Ihrer Kommunen, die an diesem Punkt offensichtlich weiter sind, vorwärtsbewegen oder ob Sie in der Schulfrage in einen Volksentscheid oder ähnliche Dinge – Sie haben es eben angedeutet – zurückfallen wollen. Davon kann ich allerdings nur abraten. Wir werden uns bemühen, dazu keinen Anlass zu bieten. Wir hoffen, dass wir uns in dieser Frage zusammen positiv aufstellen.

Das war aus meiner Sicht der erste Punkt, an dem Sie in der alten Landesregierung eklatant versagt und für den Sie auch politisch die Quittung bekommen haben.

Es gibt einen zweiten Punkt. Ich habe in den letzten fünf Jahren, während ich in diesem Themenbereich intensiv gearbeitet habe, auch aufseiten der CDU Ansprechpartner vermisst, mit denen man darüber hätte diskutieren können. Dieses große, starke Industrieland steht vor einer Herausforderung, der wir uns alle stellen müssen und die eine ähnliche Dimension wie die Bildungspolitik hat. Der Kollege Römer hat es eben schon angesprochen: Sie wird unser Industrieland radikal verändern, und das ist auch überhaupt nicht zu vermeiden.

Die Ministerpräsidentin hat gestern in ihrer Rede von der ökologischen industriellen Revolution gesprochen. Das hat auch der frühere Bundespräsident Köhler in seiner letzten Berliner Rede gesagt. Wir alle wissen: Es gibt Herausforderungen, die über kurz oder lang nicht von der Tagesordnung verschwinden werden.

Das ist zum einen der Klimawandel mit seinen weitreichenden Auswirkungen und zum anderen die Ressourcenverknappung. Eine ökologische industrielle Revolution bedeutet, dass es, was Wohnen, Verkehr und Stromerzeugung angeht, tiefgreifende Umwälzungen geben wird. Wir werden in diesen Bereichen neue Produkte und neue Technologien erleben, und daraus ergeben sich auch Chancen für unser Land.

Wenn jemand wie ich, der Maschinenbau studiert und als Maschinenbau-Ingenieur gearbeitet hat, eine gewisse positive Affinität zu diesem Industrieland, zu der Herstellung von Stahl, zur Kohle – nüchtern wissend, was notwendig ist – und zur Chemieindustrie hat, dann muss er auch ganz sauber diskutieren, was dieser Prozess auf der Achse der nächsten 40 Jahre bedeutet und was sich in den nächsten fünf oder zehn Jahren hier auswirkt.

Nicht nur wir, sondern auch die Bundesregierung – sogar die Regierung Westerwelle/Merkel – hat sich verpflichtet, ihren Anteil an der Reduktion der Treibhausgase zu leisten. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, in den nächsten 40 Jahren eine Reduktion um 80 bis 95 % zu erreichen. Das müssen wir schaffen. Auch das neueste Energiekonzept der Bundesregierung enthält eine Reduktion um 80 %. Das ist ein bisschen weniger als das, was Herr Röttgen in Veranstaltungen nennt. Wir reden dann aber nur von 10 % Differenz.

Das heißt, wir müssen innerhalb von 40 Jahren alle Bereiche bis auf die Kernbereiche, in denen wir keine Reduktionen vornehmen können, emissionsfrei gestalten. Das ist eine Riesenherausforderung für ein solches Industrieland. Wir haben Stahlerzeugung, Zementherzeugung und Chemieindustrie. Diese Sparten bekommen wir nicht emissionsfrei, und deshalb brauchen wir für sie die Restemissionen. Alle anderen Bereiche müssen wir an der Stelle emissionsfrei bekommen, also Wohnen, Mobilität und Stromerzeugung. Das ist die Dekarbonisierung einer modernen Industriegesellschaft in einer Generation, in 40 Jahren, und das kann man nicht auf die letzten fünf Jahre verschieben; denn das wäre ein Vertun von Chancen.

Das müssen wir kontinuierlich in Angriff nehmen. Hierin müssen wir auch unsere Chancen suchen. Wir wissen nämlich genau: Die Stromerzeugung wird zukünftig intelligenter, dezentraler und mit Kommunikationstechniken vernetzt sein. Sie wird auch nicht mehr nur auf den Großkraftwerken basieren.

Völlig klar ist – das hat Kollege Römer eben auch gesagt –, dass es nicht um einen Ausstieg aus der Kohleverstromung geht. Im Moment befindet sich eine ganze Reihe von neuen Kohlekraftwerken im Bau. In Nordrhein-Westfalen sind das sechs Blöcke. Sie werden alle noch 40 bis 50 Jahre laufen. Das ist die Realität.

Neu und zusätzlich brauchen wir aber – darauf haben wir uns auch verständigt – vor allen Dingen die Kraft-Wärme-Koppelung, also die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme statt der unglaublichen gigantischen Energieverschwendung in Kraftwerken, bei denen 60 % der Energie durch den Schornstein geht. Es ist ein Irrsinn, wenn um das Ruhrgebiet als dem größten Ballungsraum Europas herum nur Kraftwerke stehen, die Energie verschwenden, während im Ruhrgebiet selbst alles mit russischem Importgas beheizt wird.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das ist unökologisch. Es ist eine Energieverschwendung sondergleichen. Das Ruhrgebiet ist für die Kraft-Wärme-Kopplung prädestiniert.

Wir wollen in diesem Bereich auch moderne, hoch effiziente Kraftwerke haben. Ich freue mich sehr, dass das Unternehmen CURRENTA vor Kurzem bekannt gegeben hat, es wolle im Bereich Dormagen/Neuss ein 440-Megawatt-Gaskraftwerk bauen, und zwar als Kraft-Wärme-gekoppelte Anlage, die im Betrieb an eine große Wärmesenke gebunden ist. Der Strom geht ins öffentliche Netz. Das ist genau die Technologie, die wir brauchen und die wir unterstützen wollen – mit unserem vereinbarten Einsatz für die Kraft-Wärme-Koppelung, für die Reduktion von Nachtspeicherheizungen, für die Gebäudesanierung und Ähnliches.

Neben der Stromerzeugung geht es um die Gebäudesanierung, die auch für das Bauhandwerk außerordentlich wichtig ist. Dort gibt es eine Widersprüchlichkeit zwischen dem, was die Konservativen hier sagen, und ihrem Handeln in Berlin. Man kann doch nicht die Gebäudesanierungsprogramme um drei Viertel kürzen! Wenn gleichzeitig im nächsten Jahr das Konjunkturprogramm ausläuft, gibt es also eine doppelte negative Bremse für das Bauhandwerk – bei sowieso schon rückläufiger Neubautätigkeit. Das ist einfach nicht vernünftig. Sie machen es aber. Damit würden Sie Prozesse ab, die wir dringend in entgegengesetzter Richtung bräuchten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir haben auch die klare Absicht, beim Ausbau der Erneuerbaren mehr zu tun. Es ist doch absurd! Im neuen Energieprogramm der Bundesregierung Westerwelle/Merkel steht, 2050 solle der Anteil von regenerativem Strom 80 % betragen. Wir können zwar sagen, dass wir noch ein bisschen mehr wollen. Die Richtung ist damit aber völlig klar.

Für unser Industrieland Nordrhein-Westfalen heißt das doch: Wenn wir uns auf diese neuen Märkte und auf die entsprechende Anwendung hier nicht einstellen, dann gehen alle damit verbundenen Arbeitsplätze nachher in andere Länder, die sie mit Kuschhand nehmen werden.

Es tut einem doch weh, wenn die Firma ENERCON, einer der führenden Windkraftanlagenbauer, mittlerweile in Aurich in Ostfriesland einen Industriekomplex mit 12.000 Beschäftigten weltweit aufgebaut hat. Dort werden auch noch Gießereien errichtet. Der ganze Bereich wandert dorthin. Wir haben fünf Jahre lang auch nur Negativpolitik erlebt. Sie haben einen Kreuzzug dagegen unternommen und wollten diese Arbeitsplätze hier nicht haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

All das zusammen bedeutet Folgendes: Es entstehen neue Märkte im Bereich der Effizienztechnologie, im Bereich der Mobilität und im Bereich der Stromerzeugung. Die entscheidende Frage lautet: Stellt sich dieses Land der Hausforderung und erschließt offensiv die Märkte? Herr Laumann hat eben von der Versöhnung von Umwelt und Wirtschaft gesprochen. Darum geht es längst nicht mehr. Es geht nicht um eine Versöhnung, sondern darum, dass wir die Chancen, die in diesen Prozessen liegen – um die alle anderen mit uns Wettbewerbe bestreiten werden –, sehen und nutzen. Wir dürfen das nicht diffamieren, sondern müssen es nutzen, damit unsere Kinder und Enkelkinder hier zukunftsorientierte Arbeitsplätze haben. Genau darum geht es – nicht ums Versöhnen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das gilt nicht nur bei der Stromerzeugung. Ich will auch noch die Mobilität ansprechen. Wir wissen alle, dass der Automobilbereich einer der industriellen Kernbereiche ist. Wir wissen, was dort im Moment in Richtung Elektromobilität passiert. Wir wissen auch, dass wir in Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt sind: mit der Universität Münster, von der ich nie vermutet hätte, dass sie in der Forschung zur Batterietechnik weltmarktführend ist, mit der Technischen Hochschule Aachen, mit dem Ruhrgebiet und mit Südwestfalen. An vielen, vielen Stellen wird bei uns rund um die Automobiltechnik zur Elektromobilität intensiv gearbeitet. Das ist der Zukunftsbereich und bedeutet eine Umwälzung der gesamten Automobiltechnik. Wir müssen schauen, dass wir in diesem Bereich Chancen haben und diese für uns nutzen können.

Lassen Sie mich einen zweiten Punkt anschließen. Es geht nämlich nicht nur um die Energieerzeugung, sondern auch um die Ressourceneffizienz. Auch diesen Begriff habe ich in den vergangenen fünf Jahren nur als Fremdwort auf der Regierungsseite erlebt. Die spannende Frage ist: Schaffen wir es, unsere gesamten industriellen Prozesse ressourceneffizienter und sparsamer zu machen, also das gleiche Maß an Wohlstand mit weniger Rohstoffen und weniger Energie herzustellen, und damit unsere Firmen wettbewerbsfähiger zu machen?

Das ist eine spannende Herausforderung. Vor dem Hintergrund sich tendenziell immer weiter verknappender Rohstoffe bei wachsender Weltmarktnachfrage müssen wir uns ihr aber stellen. Wir müssen wir es auch, weil die Preise für diese Rohstoffe steigen werden. Wir werden noch erleben, dass das Barrel Öl 200 Dollar und mehr kostet. Je eher wir uns langsam auf solche Prozesse einstellen und effizienter werden, umso größere Marktvorteile haben wir auch, wenn es darum geht, mit unserer starken Exportindustrie in fremden Märkten tätig zu werden. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

In beiden Bereichen, sowohl im Bildungsbereich als auch im gesamten Bereich modernster ressourceneffizienter Industrie- und Energiepolitik, hat die alte Regierung – oft gebremst durch die FDP, aber auch aufgrund eigener Untätigkeit – kein Beispiel gegeben, welche Chancen in Nordrhein-Westfalen dafür vorhanden sind. Es hat Kreuzzüge dagegen und Ignoranz gegeben, aber nicht das, was wir an dieser Stelle brauchten. Heute ist ja auch der Tag, um darüber zu reden, was wir machen wollen. Wir wollen ganz bewusst für dieses traditionsreiche Industrieland unsere Politik anders ansetzen, um die Märkte für uns zu erschließen.

Lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt kommen, und zwar zum Verbraucherschutz. Gestern habe ich hier im Landtag eine Premiere erlebt. Ich bin jetzt zehn Jahre hier. Gestern wurde zum allerersten Mal ein Antrag der Oppositionsfaktionen von der Mehrheit der anderen positiv beschieden. Es gab einen Antrag von CDU und FDP zu der erfolgreichen Arbeit der Verbraucherzentrale NRW. Die anderen drei Fraktionen haben gesagt, der Antrag ist gut und richtig, und ihm zugestimmt.

Das ist ein positives Beispiel für eine neue Kultur. Es ist ein positives Beispiel dafür, dass Verbraucherschutz ein zunehmend wichtiges Thema ist. Ich kann nur sagen: Wir sollten auf dieser Basis weitermachen; denn letztendlich ist es doch so, dass nicht immer die eine oder die andere Fraktion die Weisheit mit Löffeln gegessen hat.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Weil wir im Verbraucherschutz viele Probleme haben bis hin – das sage ich ganz klar – zu regelrechten neuen Kriminalitätsformen – mit Internetabzocke und Ähnlichem, wobei viele Leute wirklich absolut wehrlos sind und gar nicht damit umgehen können –, deswegen brauchen wir einen verstärkten Verbraucherschutz.

Wer heute mal seinen Stromanbieter zu wechseln versucht, der wird begeistert sein, wie einfach das geht. Wenn aber jemand versucht, aus Handyverträgen rauszukommen, Anbieter zu wechseln, die Nummer mitzunehmen, gekoppelte Verträge wegzukriegen – und wenn das noch jemand machen

muss, der nicht besonders fit ist –, ist das eine unendlich schwierige Odyssee. Teilweise hat für mich das Verhalten derjenigen, die das anbieten, nichts mehr mit dem anständiger Kaufleute zu tun. Das ist eine organisierte Abzocke, bei der man darauf spekuliert, dass der Kunde nicht mehr durch das Ganze, was er angerichtet hat, durchblickt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Da müssen wir – das ist durchaus ein Thema, das wir im Konsens bearbeiten können – die Verbraucherrechte stärken und die Verbraucherschutzeinrichtungen unterstützen.

Ich will ein Thema ansprechen, zu dem wir im Wahlkampf und auch lange vorher versprochen haben, dass wir uns darum kümmern. Das ist auch aus dem Bereich des Ministers für Klimaschutz und Umwelt, nämlich die Frage des Tierschutzes.

Ich finde es sehr positiv, dass wir beim Tierschutz stärker darauf achten werden, dass Tiere nicht unnötig gequält oder falsch gehalten werden. Wir haben Nutztiere, wir essen Tiere. Aber Tiere sollten nicht gequält und falsch gehalten werden. Dass wir das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände einführen, ist ein Meilenstein dabei, denen, die sich nicht wehren können, eine organisierte Lobby an die Seite zu stellen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wenn ich ankündige, dass wir eine Initiative einbringen, sage ich immer: Wir machen einen Vorschlag. Wir wissen, dass wir das hier mit 90 Stimmen nur durchbekommen, wenn auf der einen oder anderen Seite Bewegung ist, so etwas zu unterstützen. Aber wir wollen das, wir haben das vor. Ich meine, wir machen da ein gutes Angebot – und wir werden darum werben, dass wir Unterstützung bekommen.

Lassen Sie mich noch ein weiteres, aus dem Umweltbereich kommendes regionales Thema ansprechen, das wir anpacken, nämlich die Kiesproblematik: Ich bin jetzt 26 Jahre bei den Grünen. Und ich bin damals, berufstätig als Ingenieur in Ostwestfalen, durch die Problematik „Kiesabgrabung an der Weser“ zu den Grünen gekommen, den Konflikt „Naturschutz versus Kiesabgrabung“. Wir müssen uns die großen Flussauen in unserem Land angucken – ob das die Weser ist oder jetzt auch am Rhein –: Wir sind dabei, innerhalb von zwei Generationen diese Landschaften elementar umzuwälzen, auf den Kopf zu stellen und total zu verändern in der Art, in der wir Raubbau betreiben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Zuhören, Herr Brockes!)

Es ist nicht nur ein grünes oder sozialdemokratisches Thema. Wenn wir uns den Niederrhein angucken bzw. den Niederrhein-Appell, dann wird deutlich, dass eine Reihe von Kollegen der christdemo-

kratischen Union – Frau Kollegin Fasse, früher Umweltausschussvorsitzende, die jetzt leider nicht mehr im Landtag ist – genau das unterstützen, auch mit regionalen Mehrheiten. Es kann nämlich nicht angehen,

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes, ich will jetzt nicht die Frage beantworten, warum die sehr geschätzte Kollegin Fasse nicht mehr da ist, aber Sie noch. Das tun wir nicht, oder?

(Heiterkeit von der SPD)

Es gibt an der Stelle einen breiten regionalen Konsens. Wir wissen auch, dass Kies unverzichtbar ist. Aber in der Art, in der er da abgebaut wird, in der dabei geaast wird und auch Rekultivierung nicht optimal gemacht wird, soll es nicht weitergehen. Deswegen haben wir uns verständigt, hier ein Gesetz einzubringen, einen Kies-Euro. Das heißt, wir wollen ein Stück weit die Abgrabungsmengen finanziell beaufschlagen, um das besser steuern zu können.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Jetzt komme ich zu einer kleinen, etwas erfreulichen Sache. Ich bin es ja als Grüner gewohnt, dass ich in der Partei eine Chefin habe. Ich weiß auch, dass Frauen nicht per se die besseren Menschen sind. Aber Frau Ministerpräsidentin hat neulich zur Steinkohlekonferenz eingeladen. Dann sollten wir Fraktionsvorsitzende uns melden, ob wir kommen könnten. Dann ruft man dort an, es meldet sich eine sympathische, junge Stimme und sagt: „Büro der Ministerpräsidentin“. Dann guckt man erst mal, und dann habe ich gesagt: „Das hört sich so schön an, ich rufe Sie jetzt öfter an, ich möchte das öfter hören.“

(Heiterkeit von Britta Altenkamp und Norbert Römer [SPD])

Regierungsarbeit muss gemacht werden. Letztendlich muss sie von Männern und Frauen gleich gut gemacht werden. Aber es ist schon ein gewisser kleiner klimatischer Unterschied, und es ist eine neue Situation, wenn es in einem bisher absolut männerdominierten Bereich jetzt zum ersten Mal eine Ministerpräsidentin und eine stellvertretende Ministerpräsidentin gibt. Ich kenne ja einige, die da vorher gegessen haben. Das ist auch ein Stück weit Ausdruck einer anderen Kultur, und darüber kann ich mich auch als Mann freuen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will aber die Herausforderung auch auf diesem Gebiet ansprechen. Um das klar zu sagen: Ich habe in der letzten Legislatur im Wirtschaftsausschuss einen Antrag zum Anteil der Frauen in den Aufsichtsratsgremien börsennotierter Unternehmen eingebracht, weil die Missproportionen dort so extrem sind.

Wenn man sich die DAX-30-Unternehmen – die größten Unternehmen Deutschlands, ganz viele klangvolle Namen – anguckt, gibt es 192 Vorstandsmitglieder. Raten Sie, wie viele Frauen darunter sind! Das ist das binäre System: 0,1,0,1. Das ist der maximale Anteil. Das ist ein Verhältnis, was man auf Dauer nicht für vernünftig halten kann, sondern nur für unvernünftig, weil wir an der Stelle einfach eine unglaublich wertvolle Ressource verschwenden und nicht nutzen, nämlich das Wissen und das Know-how von Frauen, wenn wir sie nicht Führungsfunktionen hineinlassen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

In Nordrhein-Westfalen leben genauso viele Frauen wie Männer, Jungen wie Mädchen. Insofern ist es auch ein Ziel dieser Regierung, sowohl durch Initiativen im Bundesrat – was die Aufsichtsratsgremien angeht, weil das Bundessache ist –, aber auch in eigener Zuständigkeit, bei landeseigenen Gesellschaften, den Frauenanteil in Führungsgremien auf 40 % zu erhöhen. Das ist ein ordentliches Ziel, dafür muss man was tun. Aber ich finde es auch richtig, bei sich selber anzufangen und dafür zu sorgen, dass das auch hier passiert. Wir werden da zusammen genau nachgucken, dass wir das, was drum herum notwendig ist, tatsächlich hinkriegen, und uns auch daran messen lassen. Das ist etwas, was wir vorhaben.

Ich würde gerne noch zwei Sachverhalte aus dem Verkehrsbereich ansprechen. Stuttgart liegt nicht in Nordrhein-Westfalen. Es ist natürlich absolut Sache der Stuttgarter, der Baden-Württemberger, wie sie ihren Hauptbahnhof umbauen. Aber was da passiert, ist beispielhaft für das, was die Bahn falsch macht: 10 Milliarden € werden – realistisch geschätzt – die Neubaustrecke Wendlingen–Ulm und der Umbau des Bahnhofs kosten. Und diese 10 Milliarden € werden für andere Großinvestitionsprojekte fehlen, die wir im Verkehr, auch in Nordrhein-Westfalen, ganz dringend brauchen.

Ich nenne nur einige wenige, die wir dringend brauchen: Ein Projekt ist der Knotenpunkt am Hauptbahnhof in Köln, inklusive der Hohenzollernbrücke.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wer mit dem Zug von Aachen über Köln weiterfährt, weiß, wie oft es vorkommt, dass die Züge nicht durchkommen und sich stauen. Der Kölner Bahnhof ist leistungsfähig, aber er braucht Deutz noch zusätzlich, er braucht die Verstärkungen. Das Gleiche gilt für die Bahnknoten in Dortmund und Hamm – entscheidende Schlüsselstellen, wenn wir mehr Pendler schneller mit den Zügen zur Arbeit bringen wollen.

Das Gleiche gilt für die Einführung des Rhein-Ruhr-Express.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das ist die leistungsfähige Verbindung, die wir brauchen, um gerade auf der Achse Dortmund–Düsseldorf–Köln später sehr starke Zuwächse im Personennahverkehr zu haben. Das Geld dafür wird knapper werden, wenn das gesamte Geld in Großprojekte geht, die sehr schön aussehen und nachher attraktiv sind; der Berliner Hauptbahnhof ist wirklich beeindruckend. Aber man muss die Bahn daran messen, was das an Konsequenzen für die Pendler in der Masse hat.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen will, ist der Bereich Luftverkehr. Es ist völlig klar, wir sind ein Land mit 18 Millionen Menschen, mit leistungsstarken Unternehmen, und wir brauchen auch leistungsstarke Flughäfen. Das ist überhaupt keine Frage. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass es rund um die Flughäfen, wenn sie in dichter bebauten Gebieten liegen – das ist bei uns an vielen Stellen der Fall –, Konflikte gibt: Konflikte zwischen der wirtschaftlichen Betätigung des Flughafens und den Anwohnerinnen und Anwohnern, die vor allem nachts unter dem Lärm leiden und zum Teil nicht mehr vernünftig schlafen können. Das ist ein Riesenproblem.

Ich will Herrn Dr. Papke ansprechen. Wir haben im Rahmen der Sondierung zur Koalition Gespräche miteinander geführt, und mich hat sehr positiv beeindruckt – ich meine das jetzt nur positiv –, dass die FDP bei dem Thema „Nachtruhe Flughafen Köln/Bonn“ gesagt hat: Das haben wir immer gewollt; dazu stehen wir, dass der Passagierflug in der Nacht die Leute nicht aus dem Schlaf reißt. Das ist für uns ein Thema, das wir durchhalten. – Das fand ich positiv.

Wir wissen, dass dieser Flughafen leistungsfähig ist, arbeiten muss, ein wichtiges Frachtflugdrehkreuz ist. Aber der vierte Turnover der Passagierflieger, der nachts in der Zeit zwischen Mitternacht und 5 Uhr die Flugzeuge noch einmal fliegen lässt, um Billigflüge in die Türkei zu organisieren, geht auf die Knochen der drum herum wohnenden Anwohner und kommt als zusätzliche Belastung zu dem Lärm der Frachtflugmaschinen obendrauf. Wir wollen umsetzen, dass die alte Vereinbarung von 1996 – man darf es gar nicht sagen – aus unserer ersten Koalition jetzt in dem Punkt tatsächlich umgesetzt wird.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir tun, was wir gesagt haben, und darüber bin ich froh.

Herr Kollege Laumann, ich will die beiden Punkte, die Sie angesprochen haben, auch benennen. Sie haben vorhin gesagt, wir sollten auch über Datteln reden. Da will ich als Erstes zurückgeben: Wenn die gesamte moderne Energietechnik, das, was dieses Land braucht, was ich eben versucht habe, ausführlich zu schildern, sich für Sie reduziert auf einen Kraftwerksstandort, ist das ein inhaltliches

Armutszeugnis für Ihre Aufstellung bei diesen Zukunftsfragen des Landes.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Michael Aggelidis [LINKE])

Das ist das Erste. Das Zweite ist: Zurzeit sind in Nordrhein-Westfalen sieben große Kraftwerksblöcke im Bau: bei der Braunkohle in Neurath zwei Blöcke mit 800 MW; bei der Steinkohle in Hamm zwei Blöcke mit jeweils 800 MW; Lünen mit 800 oder 850 MW; Walsum. Das sind sechs Blöcke, bei denen es keine Probleme gibt und mit denen sich dieser Landtag nicht befassen muss.

Wir haben einen Block, auf dem Sie herumreiten. Die Verantwortung dafür, dass sich das Parlament überhaupt damit befassen muss, liegt ausschließlich bei Ihnen. Wenn Sie das ordentlich gemacht hätten, ...

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Doch, Herr Laumann. Ich schätze Sie zumindest so ein, dass Sie ein Mensch sind, der sich mit seinen Nachbarn vertragen will. Wenn wir beide, um einen Kraftwerksstandort zu suchen, durchs Land gehen und uns Datteln ansehen würden – 250 m entfernt eine Kinderklinik, 400 m entfernt Wohnbebauung, innerhalb eines Radius von 150 bis 200 m jede Menge Geschäfte –, kämen wir beide nie auf den Gedanken, so nah an der Bebauung das größte Kohlekraftwerk Europas mit 1.050 MW zu planen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will auch sagen, warum nicht. Was hat RWE in Hamm gemacht? Die haben drei Anlieger drum herum herausgekauft, weil sie wissen, sie können mit so etwas nicht so nah an die Menschen herangehen. Das tut man einfach nicht. Der Abstandserlass sieht bei einer Feuerungswärmeleistung von 800 MW einen Abstand von 1.500 m vor. Datteln hat 2.400 MW Feuerungswärmeleistung und keine 400 m Abstand. Das ist nicht korrekt.

Das müssen Sie sich doch mal ansehen! Das Oberverwaltungsgericht – das ist ja kein grünes Zentralkomitee gewesen und das waren auch nicht irgendwelche anderen Finsterlinge –

(Lachen von Sören Link [SPD])

hat entschieden: In diesem Fall hat es nicht Abwägungsdefizite – einen Begriff, den wir kennen – gegeben, sondern einen Abwägungsausfall. Diesen Begriff habe ich neu gelernt. Das heißt, diejenigen, die mit aller Gewalt den Standort durchdrücken wollten, einen Neubaustandort auf der grünen Wiese, haben nicht abgewogen zwischen den legitimen Interessen der Anwohner und den absolut legitimen Interessen des Unternehmens, ein Kraftwerk bauen zu wollen. Das rächt sich.

Natürlich bin ich mit Ihnen der Meinung: Es ist nicht vernünftig, dass 800 Millionen € verbaut werden und

so ein Projekt nicht sinnvoll zu Ende geführt werden kann. Denn das Geld kommt irgendwo her. Aber es gibt zwei Sorten von Schäden. Sie sagen, das ist ein Schaden für das Investitionsland NRW. Ich sage Ihnen: Es kann nicht sein, dass unsaubere Planung, unsauberes Arbeiten ein Schaden für den Rechtsstaat wird, weil auf der anderen Seite die berechtigten Anliegen der Anwohner den Interessen des Unternehmens geopfert werden müssen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir müssen schon sauber vorgehen. Wenn man sich das Oberverwaltungsgerichtsurteil durchliest, stellt man fest, es ist sehr dezidiert und sehr deutlich. Jeder, der meint, er könne jetzt in einem Schnellschuss da irgendetwas machen, weiß – zu Recht, dafür sind Richter da –, dass geprüft wird, ob er das ordentlich gemacht hat.

Was Sie gemacht haben, muss man sich einmal überlegen. Wir als Land machen Gesetze für 18 Millionen Menschen, für viele Firmen. Sie geben zu: Um eine vermurkste Planung für ein Kraftwerk zu heilen, ändern Sie Landesgesetze. Was ist das für ein Schaden am Rechtsverständnis, den Sie angerichtet haben!

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Michael Aggelidis [LINKE])

Deswegen war es richtig, dass wir vereinbart haben, diese Gesetzesänderung, die aus vielen anderen Gründen noch katastrophal falsch war, zurückzunehmen. Sie hatten in dem Gesetz die Möglichkeit stehen, einen neuen Forschungsreaktor in Nordrhein-Westfalen zu bauen. Sie reden immer über keine Atomkraft in NRW und bereiten auf der anderen Seite stillschweigend so etwas vor. Sie hatten in dem Gesetz die Ausweisung von Standorten für Kraftwerke vorgesehen, zum Beispiel in Bielefeld, die die Kommunen überhaupt nicht wollten. Sie hätten sie planungsmäßig drangsaliert, obwohl vor Ort niemand mehr ein Kraftwerk will. Das Gesetz enthielt so viel Murks – es war völlig richtig, dass das Kabinett den Landesentwicklungsplan IV an der Stelle zurückgenommen hat, wie es vereinbart wurde.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir werden in einem zweiten Schritt auch darangehen, den § 26 des Landesentwicklungsprogrammgesetzes zum Klimaschutz, zur Kraft-Wärme-Kopplung in der alten Form wieder einzuführen.

Wir sagen an der Stelle: Wir bauen keine Kraftwerke, wir reißen keine ab, aber wir sorgen dafür, dass die gesetzlichen Regelungen weder zugunsten noch zulasten des Unternehmens, aber auch nicht zulasten der Menschen, die darauf vertrauen, dass sie in einem Rechtsstaat leben, der sorgfältig ihre Interessen durchprüft, verändert werden. Dafür werden wir sorgen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herr Laumann, dann haben Sie – das fand ich schon bemerkenswert – hier in einem Gestus die Finanzsituation angesprochen, bei dem man dasitzt und denkt: Was hat der Kollege eigentlich in den letzten Jahren und Monaten gemacht? – Jetzt weiß ich, dass Sie für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zuständig waren.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Sparen!)

– Ich sage Ihnen gleich, wo Sie nicht gespart haben. Herr Laumann, es ist wirklich unglaublich. Aus optischen Gründen wollten Sie mit dem von Ihnen für dieses Jahr vorgelegten Haushalt unter der Neuverschuldung von 2005 bleiben: ein ganz einfaches und durchsichtiges strategisches Manöver!

(Zuruf)

– Doch. Sie haben Ihnen bekannte Belastungen einfach nicht in den Haushalt eingestellt. Das haben Sie nicht gemacht. Jetzt arbeitet die Regierung daran, und Zug um Zug – das hat Ihr Finanzminister doch schon gesagt – kommt heraus, was alles an Risikoeinstellungen fehlt, was Sie nicht eingestellt haben. Das haben Sie 2005 so ähnlich gemacht: Bei Regierungsübernahme haben Sie die Neuverschuldung künstlich hochgezogen. Und jetzt kommt die gegenteilige Position. Wenn Sie die Wahl gewonnen hätten, hätten Sie es hinterher gemacht. Vorher sind Sie an der Stelle weggetaucht. Jetzt kommen Sie und spielen sich auf!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ihr Finanzminister hätte ganz eindeutig eine Rücklagenbildung mit mehr als 7 Milliarden € vornehmen müssen, wenn er sauber und korrekt gehandelt hätte. Er hat es aus Wahlkampfgründen nicht gemacht.

Noch eins: Es ist absolut üblich, Rücklagen durch Kreditaufnahme zu bilden, vor allen Dingen bei einer relativ günstigen Zinssituation. Sie sind doch folgendermaßen vorgegangen: 2008 haben Sie 1,15 Milliarden € für die WestLB und 350 Millionen € für das Finanzmarktstabilisierungsgesetz in die Rücklage gestellt, damals zu einem Zinssatz von 4,6 %. Heute ist der Zinssatz wesentlich günstiger. Insofern ist die Operation, die der Finanzminister vornimmt, absolut richtig.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herr Laumann, in einem besteht zwischen uns Konsens. Sie haben die Notlage der Kommunen angesprochen. Sie haben gesagt: Die Unterbringung nach dem SGB II, die Eingliederungshilfe für Behinderte, die Grundsicherung im Alter und die Hilfe für Pflegebedürftige sind Sachen, die die Kommunen Stück für Stück auffressen. – Daran hätten Sie etwas ändern können.

Aber was haben Sie denn real gemacht? Das will ich doch nun mal wirklich auf den Punkt bringen. Ich erinnere mich noch sehr genau an das Wachstums-

beschleunigungsgesetz der Bundesregierung von Anfang des Jahres. Ich habe noch nie etwas Schlimmeres erlebt als dieses deklamatorisch verbrämte Raubprojekt an Kommunen und auch am Land.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie haben damit – unter anderem als Klientelhilfe für die FDP – über eine Milliarde an Steuererleichterungen für die Hoteliers gebilligt. Das hatte mit Wirtschaftswachstum überhaupt nichts zu tun. Es war ein reines Klientelgeschäft, und die Rückkoppelung in Form von Parteispenden an die FDP war an der Stelle doch fühlbar.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Selbst der Anteil Kindergeld, den Sie da mit hineingepackt haben, war undifferenziert und hat zum Teil Leuten geholfen, die ihn nicht brauchten. Aber denen, die ihn wirklich brauchten, den Ärmsten der Armen, haben Sie das mehr gezahlte Kindergeld gleich wieder bei der Sozialhilfe abgezogen. Das war noch eine soziale Schieflage.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Und es ist doch nicht so, dass das umsonst gewesen wäre. Wenn Sie sagen, Sie hätten gespart, muss ich Ihnen entgegenhalten: Sie haben diesem Paket zugestimmt; einem Paket, das für Nordrhein-Westfalen, für Land und Kommunen, jedes Jahr über 1 Milliarde € Belastung bedeutet. Das haben Sie zu verantworten!

(Beifall von den GRÜNEN)

Und dann kommen Sie hierher, stellen sich hierhin und tun so, als ob Sie die letzten fünf Jahre das Land vor Schaden bewahrt und die Kommunen geschützt hätten! Denken Sie nur an die ganze Steuersenkungsdebatte im ersten Halbjahr. Als die ersten Anzeichen auf eine Besserung der wirtschaftlichen Situation hindeuteten – eine Besserung wird zu einer Reduktion der Neuverschuldung führen –, verkündete Guido Westerwelle wieder: Diese Aufschwungdividende muss aber in Steuersenkung umgesetzt werden. – Das haben Sie die ganze Zeit gemacht.

Herr Laumann, ich will es an einem persönlichen Beispiel festmachen. Ich kenne einen sehr guten Mitarbeiter Ihrer Fraktion. Er gehört nicht zu den Armen. Er bekommt ein normales, anständiges Gehalt, das ein wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Ihnen erhält. Er hat drei Kinder in der Ausbildung. Der sagt: Es geht bei Studiengebühren immer auf die drauf, die nicht unten in der Sozialhilfe oder einkommensschwach sind, sondern es geht genau auf die, die gerade klarkommen. Bei drei Kindern sind das für jedes Kind noch einmal 1.000 € extra. Dann sind Sie bei 3.000 € im Jahr. Dann wissen Sie auch, dass so eine Familie drei, vier Monate alles, was nicht für Lebensnotwendiges gebraucht wird, sparen muss, um das zu bezahlen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Deswegen müssen wir uns das ganz genau ansehen, vor allem vor dem Hintergrund, dass Sie das alles im Januar mit einer Milliarde € zulasten des Landes gemacht haben.

Auch die Brennelementesteuer – ich gehe jetzt gar nicht auf die Atomkraftdebatte ein; das macht der Kollege morgen –, die der Bund einführen will, wird zu einer Belastung für Länder und Kommunen führen: Ihnen werden weit über 500 Millionen € jedes Jahr fehlen, da dieses Geld bei den Gewerbesteuern ausfallen wird. – Auch das eine Operation von Schwarz-Gelb, für die wir die Zeche zahlen! Und Sie tun so, als ob Sie hier sparen würden. Das passt nicht!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir werden über den Nachtragshaushalt und über den Haushalt für das nächste Jahr noch intensiv reden. Wir wissen, dass wir auch sparen müssen, dass wir unter dem Druck stehen. Aber um das auch klar zu sagen: Wir verwöhnen keine Klientel. Was wir tun, ist für Kinder, ist für Ausbildung. Es ist anders, als Sie es mitgemacht haben und gerade die FDP es gemacht hat.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Insofern wäre ich an Ihrer Stelle ein ganz bisschen vorsichtig. Den Rest der Debatte führen wir, wenn wir über den Haushalt reden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich wollte verdeutlichen, dass unser Land vor ganz großen Herausforderungen in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Energie steht. Über die Frage, wie wir die Herausforderung annehmen, können wir in den Wettbewerb eintreten.

Ich höre die Angebote, zusammen zu diskutieren. Ich sage Ihnen nur: In Sachen Schulpolitik müssen Sie intern noch viel tun, weil wir bei dieser gemeinsamen Diskussion mit der von Ihnen vertretenen Grundposition nicht weiterkämen. Gleiches gilt für die Felder „industrieller Fortschritt“, „Klimaschutz“, „ökologische industrielle Revolution“. Letzteres Wort können Sie nicht mögen. Aber Köhler hat es gesagt, und der Prozess kommt sowieso. Die Frage ist nur: Holen wir uns die Arbeitsplätze, oder schenken wir sie anderen Ländern? – Wir werden uns bemühen, sie nach hier zu holen, um eine Zukunftsperspektive zu schaffen. – Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Priggen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Papke das Wort. Bitte schön, Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin! Der Landtag debattiert heute Ihre Regierungserklärung für die nächsten fünf Jahre. Wenn ich so auf die Regierungsbänke schaue, stelle ich fest, dass es noch nicht einmal die Hälfte Ihrer Kabinettsmitglieder für nötig hält, dieser Debatte hier zu folgen.

(Beifall von der FDP)

Ich darf aus Sicht des Parlaments sagen, dass das kein Ausdruck guten Stilempfindens ist.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich möchte Sie jetzt nicht überfordern, aber vielleicht sind Sie so nett und schicken einen Mitarbeiter in die Landtagskantine, um den einen oder anderen Minister einzuladen, an dieser Debatte des Parlaments über Ihre Regierungserklärung teilhaben zu können, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP – Zuruf von den GRÜNEN – Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

– Ja, dann müssen Sie doch nicht gleich ... Sie, Herr Kollege, sind neu hier im Parlament.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ich aber nicht! Bei Ihnen saßen noch weniger; da war noch nicht einmal der Ministerpräsident anwesend!)

Wir haben fraktionsübergreifend ein Selbstverständnis als gewähltes Parlament des Landes Nordrhein-Westfalen, und wir erwarten von jeder Landesregierung, dass sie mit dem Parlament so respektvoll umgeht, dass sie, wenn sie ihre Regierungserklärung zur Debatte stellt, auch anwesend ist.

(Beifall von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Bei Ihrer letzten Regierungserklärung war noch nicht einmal Herr Rüttgers da gewesen! – Karl Schultheis [SPD]: Das gilt aber auch für Ihre Partei!)

Nun vom Prozedere zur Sache. Nach monatelangem Warten haben wir gestern, Frau Ministerpräsidentin, Ihre Regierungserklärung gehört. Wir hatten erwartet und erhofft, dass Sie dem Parlament, der Öffentlichkeit, den Menschen in unserem Land endlich verbindlich erklären, was Sie mit Nordrhein-Westfalen vorhaben, wie Ihr Zukunftsplan für Nordrhein-Westfalen aussieht.

Nach Ihrer Regierungserklärung muss man den Eindruck gewinnen, Frau Ministerpräsidentin, dass Sie gar keinen Zukunftsplan für Nordrhein-Westfalen haben. Frau Kraft, Sie haben gestern viel geredet, aber wenig gesagt.

(Heike Gebhard [SPD]: Gucken Sie mal in die Regierungserklärung von Herrn Rüttgers!)

Das war für die Regierungserklärung für das wichtigste Bundesland in unserer Bundesrepublik Deutschland entschieden zu wenig, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dieser Auffassung sind nicht nur wir vonseiten der parlamentarischen Opposition – Herr Kollege Laumann hat heute Morgen darauf hingewiesen: Diese kritische Einschätzung Ihrer gestrigen Regierungserklärung zieht sich wie ein roter Faden durch alle Kommentare heute in den Medien, die über Ihre Regierungserklärung berichten.

(Beifall von der FDP)

Das kommt nicht von ungefähr, sondern daher, dass Sie zu den aktuellen Herausforderungen der Landespolitik beharrlich geschwiegen haben:

kein Wort zu Einsparungen im Landeshaushalt – ganz im Gegenteil –; ich werde gleich noch darauf zurückkommen,

kein Wort zum drohenden Aus für das modernste Steinkohlekraftwerk der Welt, das derzeit in Datteln zu Ende gebaut werden sollte, aber aufgrund rotgrüner Blockademaßnahmen vor Ort momentan nicht zu Ende gebaut werden kann; kein Wort dazu von Ihrer Seite in Ihrer Regierungserklärung, Frau Ministerpräsidentin,

(Beifall von der FDP – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

keine Klarheit über die von Rot-Grün geplante Umwandlung von Realschulen und von Gymnasien in Einheitsschulen; Kein Wort dazu.

Zu diversen Initiativen, die die Mitglieder Ihrer Regierung in den letzten Wochen angekündigt haben, haben Sie in Ihrer Regierungserklärung kein Wort verloren.

Ich will einiges erwähnen: Einschränkung der Ladenöffnungszeiten – dazu kein Wort von Ihnen –, Wiedereinführung der Wassersteuer, Einführung einer Bettensteuer, Ausweitung der Gewerbesteuer auf Freiberufler, auch von Ihnen verabredet.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ganz wichtig!)

– Sie bestätigen das noch einmal, ganz wichtig. Ich darf zu Protokoll geben: Die SPD-Fraktion unterstreicht, sie will die Gewerbesteuer auf die freien Berufe ausweiten. Gut, dass wir das noch einmal klargestellt haben.

Zum Stopp der CO-Pipeline kein Wort, zur Ausweitung der Umweltzone Ruhr mit flächendeckenden Fahrverboten für das gesamte Ruhrgebiet: von Ihnen kein Wort, zum Stopp des Landesstraßenbaus von Ihnen kein Wort, kein Wort zu Einschränkungen und Mehrbelastungen für die NRW-Flughäfen, die Sie planen.

Da war Herr Kollege Priggen gerade offener.

(Karl Schultheis [SPD]: Meinen Sie die Ticketsteuer, oder was?)

Alle diese Maßnahmen, die Sie planen, schaden dem Standort Nordrhein-Westfalen, und obwohl sie bei Ihnen auf der Agenda stehen und öffentlich von Ihren Kabinettsmitgliedern darüber diskutiert wird, verschweigen Sie sie in Ihrem Regierungsprogramm. Das, Frau Ministerpräsidentin, ist keine ehrliche Politik.

(Beifall von der FDP und von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, die christlich-liberale Koalition hat ihre parlamentarische Mehrheit am 9. Mai verloren, weil – das kann jeder mit Blick auf die Zahlen erkennen – die leichten Zugewinne der FDP die starken Verluste der CDU nicht ausgleichen konnten. Unter dem Strich hat es zur Fortsetzung unserer Koalition nicht gereicht.

(Karl Schultheis [SPD]: Halten Sie sich an den Zukunftsplan!)

Dieses Wahlergebnis haben wir selbstverständlich respektiert und sind auf die Oppositionsbänke gewechselt. Wir werden unserer demokratischen Verantwortung als parlamentarische Opposition gerecht werden, die Regierung zu kontrollieren und konstruktive Alternativvorschläge zu dieser Regierung aufzuzeigen;

(Karl Schultheis [SPD]: Dann los! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Dann man tau!)

einer Regierung, meine Damen und Herren – das sage ich nach gründlicher Analyse dessen, was Sie uns gestern vorgetragen haben, was Ihre Kabinettsmitglieder in den letzten Wochen gesagt haben und was Sie in Ihrem Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen festgehalten haben –, die nach unserer Befürchtung unserem Land Nordrhein-Westfalen schweren Schaden zufügen wird.

(Beifall von der FDP und von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, nur eins will ich von vornherein klarstellen: CDU und FDP haben in der Tat keine Mehrheit im Landtag Nordrhein-Westfalen, SPD und Grüne haben aber auch keine Mehrheit im Landtag.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Aber immerhin zehn Stimmen mehr!)

– Knapp verloren, Herr Kollege, ist auch verloren. Sie haben genauso wenig eine parlamentarische Mehrheit wie die Fraktionen von CDU und FDP. Der Unterschied ist nur: Sie haben sich schon am Wahlabend und seit dem Wahlabend so lange eingeredet, Sie hätten eine Mehrheit in Nordrhein-Westfalen, dass Sie das inzwischen selbst glauben. Das ist dieser interessante psychologische Effekt bei Ihnen.

Richtig ist, die SPD hat – ich darf noch einmal darauf hinweisen – unter Ihrer Führung, Frau Ministerpräsidentin, bei der Landtagswahl das schlechteste

Wahlergebnis seit 1954 erzielt, also das schlechteste Wahlergebnis in mehr als 50 Jahren. Weil es deshalb nicht zu einer rot-grünen Mehrheit im Landtag gereicht hat, machen Sie, Frau Ministerpräsidentin, jetzt etwas, was Sie vor und auch nach der Landtagswahl immer von sich gewiesen haben: Sie regieren jetzt in Wahrheit mit Unterstützung der Linkspartei.

(Beifall von der FDP – Lachen von der LINKEN)

Das ist die Situation, vor der wir hier stehen. Sie wären ohne Duldung durch die Linkspartei nicht ins Regierungsamt gekommen. Ihre Regierung wäre ohne Duldung durch die Linkspartei nicht ins Amt gekommen. Sie würden ohne Duldung durch die Linkspartei kein einziges Gesetz hier im Landtag Nordrhein-Westfalen verabschieden können. Das ist die Realität.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Doch, gestern mit Ihnen hier!)

Ich muss daran erinnern, was Sie noch im März dieses Jahres als Oppositionspolitikerin, Frau Kraft, vor dem Parlament dargelegt haben. Sie haben noch im März dieses Jahres, wenige Wochen vor der Landtagswahl, die Duldung einer rot-grünen Regierung durch die Linkspartei klipp und klar ausgeschlossen – vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Im Gegensatz zu Ihnen hat Frau Kraft offensichtlich Einsicht gezeigt!)

Die Zeitungen waren voll mit Überschriften wie die in der „Welt“. Ich zitiere: „SPD schließt in NRW Tolerierung durch Linke aus.“

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Ja, sicher, Frau Ministerpräsidentin. Jetzt versuchen Sie mit diesen semantischen Tricks, so zu tun, als wäre das keine Tolerierung,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das ist Ihr Spezialgebiet, Herr Papke!)

als würde die Linkspartei zufälligerweise – Sie wollen ja alle einladen – immer Ihre Arbeit unterstützen.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Versuchen Sie doch bitte nicht, den Landtag Nordrhein-Westfalen, die Öffentlichkeit, die Menschen in unserem Land für dumm zu verkaufen, Frau Ministerpräsidentin. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Sie haben sogar gut eine Woche vor der Landtagswahl in der „Westfälischen Rundschau“ noch Folgendes zu Protokoll gegeben – das ist noch stärker; ich darf Sie wieder zitieren –: Und wenn ich sage,

ich halte die Linkspartei nicht für regierungs- und koalitionsfähig, ich will nicht mit denen regieren, dann verstehen unsere Wähler diese Sprache. – Vielleicht wollten Sie damit sagen, Frau Kraft, dass die Wählerinnen und Wähler in Deutschland nach Frau Ypsilanti schon wissen, dass die SPD nach einer Wahl immer etwas anderes macht, als sie vor der Wahl sagt. Vielleicht wollten Sie das damit feinsinnig andeuten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Vergeuden Sie nicht Ihre Redezeit!)

Aber Fakt ist – und damit müssen wir uns in dieser Generaldebatte auseinandersetzen –:

(Prof. Gerd Bollermann [SPD]: Wie sieht denn Ihr Zukunftsplan aus?)

Sie sind mit einem schlimmen Wählerbetrug ins Amt gekommen, Frau Ministerpräsidentin. Das ist die Realität. Das ist eine schwere Hypothek, mit der Ihre Regierung von vornherein belastet ist.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich denke, die Frage ist schon berechtigt, ob das die neue politische Kultur ist, über die Sie in Ihren Interviews und auch in Ihrer längeren Regierungserklärung gestern so lang und breit räsoniert haben.

Die Wahrheit ist: Sie haben getäuscht, um mit Unterstützung, mit Duldung der Linkspartei an die Macht zu kommen. Was Frau Ypsilanti in Hessen versucht hat, setzt Frau Kraft in Nordrhein-Westfalen um, meine Damen und Herren. Das ist die Realität zu Beginn dieser Wahlperiode.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie regieren mit Duldung durch eine Partei, die wegen ihrer Vorbehalte gegen unsere freiheitliche Ordnung vom Verfassungsschutz unseres Landes Nordrhein-Westfalen beobachtet wird. Ihr eigener Innenminister, der freundlicherweise inzwischen auch zu uns gestoßen ist – ich freue mich sehr darüber, Herr Innenminister –,

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

erklärt, die Beobachtung der Linkspartei in Nordrhein-Westfalen durch den Verfassungsschutz sei weiterhin nötig. Das erklärt Ihr eigener Innenminister. Ich bin sehr gespannt, meine Damen und Herren, wie lange das so bleibt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir werden das, Herr Innenminister, genau beobachten. Herr Innenminister sagt: so lange, wie es nötig ist. – Ich ahne:

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Bis heute!)

Irgendwann wird sich die Linkspartei

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Herr Papke, kommen Sie doch mal zur Sache, zu Inhalten, und hören Sie auf zu lamentieren!)

als Preis für ihre Unterstützung der Regierung den Verfassungsschutz vom Halse schaffen wollen.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Da haben Sie recht!)

Wir werden abwarten, wie lange das noch dauert.

Herr Zimmermann, ich will gerne ein Wort direkt an Ihre Adresse und an die der anderen Abgeordneten der Linkspartei hier in Nordrhein-Westfalen richten. Wir werden mit Ihnen im Parlament so umgehen, wie es unter kultivierten, höflichen Menschen selbstverständlich sein sollte.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Dann fangen Sie doch mal damit an!)

Aber – auch das sage ich, Herr Kollege Zimmermann – solange sich die Linkspartei nicht zweifelsfrei zu unserer freiheitlichen Verfassung und zur sozialen Marktwirtschaft bekennt, solange die Linkspartei stattdessen sogar noch versucht, das totalitäre Regime der DDR zu verniedlichen und zu verharmlosen, so lange ist die Linkspartei nicht im demokratischen Spektrum angekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das sage ich in aller Deutlichkeit. Das werden wir auch weiterhin so benennen.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Herr Papke, Sie kennen die Verfassung nicht! Da steht nichts von sozialer Marktwirtschaft!)

SPD und Grüne, Herr Kollege Zimmermann, haben sich gerne mit Ihrer Unterstützung die Regierungsmacht gesichert. Aber Sie werden in den nächsten Wochen und Monaten erleben, dass Sie als Abgeordnete der Linkspartei von SPD und Grünen weiter gewissermaßen totgeschwiegen werden. Auch der Ministerpräsidentin ist es in Wahrheit doch peinlich, zuzugeben, dass Sie auf Ihre Stimmen bauen muss.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Das lassen Sie mal unsere Sorge sein!)

Die Ministerpräsidentin, Herr Kollege Zimmermann – das erleben wir doch auch jetzt in der Debatte –, schämt sich der Linkspartei. Deshalb werden Sie sich auch weiterhin nur im Verborgenen mit den Abgeordneten von SPD und Grünen treffen dürfen, um die Abstimmungsprojekte hier im Landtag vorzubereiten. Ihre Stimmen sind SPD und Grünen willkommen, Sie selber nicht. Aber Sie müssen selber entscheiden, wie Sie mit diesem bemerkenswerten Miteinander in Ihrer versteckten Koalition umgehen.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Wenn Sie davon wissen, ist die doch gar nicht so versteckt!)

Ich meine, Frau Ministerpräsidentin, diese verdeckte Unterstützung durch die Linkspartei, ohne die Sie noch nicht einmal ins Amt gekommen wären, ist der Gipfel der Heuchelei. Das hat mit offenen Entscheidungsprozessen im Landtag nichts zu tun.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Auch Ihre angebliche Koalition der Einladung war doch nicht wirklich ernst gemeint. Das müssen wir hier doch einmal so offen debattieren. Das war doch nicht wirklich ernst gemeint. Sie haben noch vor der Sommerpause, sogar noch, bevor Sie ins Amt gewählt worden waren, ganz konzentriert angefangen, wesentliche Reformprojekte der Vorgängerlandesregierung abzuräumen. Das haben Sie ganz gezielt gemacht.

Sie haben sich beispielsweise sofort die marktwirtschaftliche Reform der Gemeindeordnung vorgenommen,

(Hans-Willi Körfges [SPD] und Reiner Priggen [GRÜNE]: Oh!)

mit der wir in der letzten Wahlperiode dem Mittelstand endlich faire Wettbewerbschancen in Nordrhein-Westfalen verschafft haben. Das interessiert Sie nicht, Frau Ministerpräsidentin.

(Widerspruch von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie wollen keine fairen Wettbewerbschancen für mittelständische Betriebe. Das ist auch der Grund dafür, dass Sie in den 44 Seiten Ihres Redemanuskripts zur Regierungserklärung dem Mittelstand nur einige läppische Sätzchen gewidmet haben. Das ist für Sie überhaupt kein Thema.

(Beifall von der FDP)

Für uns bleibt es ein Thema, meine Damen und Herren. Wir sagen, es kann nicht sein, dass kommunale Staatsbetriebe in Nordrhein-Westfalen in Zukunft wieder die Möglichkeit haben, unserem Handwerk mit quersubventionierten Dumpingpreisen die Aufträge wegzunehmen. Dazu werden wir in aller Klarheit stehen. Wenn Sie das unter einer neuen Politik verstehen, werden wir diese Politik mit allem Nachdruck bekämpfen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir haben mit unseren marktwirtschaftlichen Reformen natürlich dazu beigetragen, dass das Vertrauen im Mittelstand wieder gewachsen ist. Weshalb ist denn wieder investiert worden? Unter Rot-Grün galt Nordrhein-Westfalen doch bundesweit als abschreckendes Beispiel für ein Land der Bremsen und Blockierer. Wir haben das Standortvertrauen in

den zurückliegenden fünf Jahren wieder so erhöht, dass gerade im Mittelstand in neue Arbeitsplätze, neue Maschinen und neue Ausbildungsplätze investiert werden konnte. Das alles will Ihre Regierung jetzt ohne Not und aus purer Ideologie wieder in Gefahr bringen, Frau Ministerpräsidentin. Rot-Grün will den Staatsunternehmen freie Hand lassen. Das ist erkennbares Ziel.

Unser erfolgreiches ordnungspolitisches Prinzip „Privat vor Staat“ soll unter Ihrer Regierung jetzt in „Staat vor Privat“ umgedreht werden. Dabei werden wir Sie nicht unterstützen. Eine solche Kehrtwende werden wir mit aller Macht bekämpfen, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wenn Sie von sozialer Marktwirtschaft in Richtung bürokratische Staatswirtschaft wollen, können Sie sich in der Tat besser die Unterstützung bei der Linkspartei holen. Sie wird Ihnen gerne behilflich sein. Wir sind das jedenfalls nicht.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Richtig, das machen wir dann auch!)

– Das ist der richtige Zuruf, Herr Zimmermann: Wir machen das dann gerne. – Sehen Sie, da fügt sich gleich wieder zusammen, wie die tatsächliche Mehrheitsbildung im Landtag Nordrhein-Westfalen aussieht.

In der Sommerpause übertreffen sich der Arbeitsminister, die Grünen und die Linken mit öffentlichen Vorschlägen dafür, wie weit die Ladenöffnungszeiten wieder zurückgedreht werden sollen. Wir haben die Ladenöffnungszeiten in Nordrhein-Westfalen an Werktagen freigegeben, weil wir gesagt haben, es ist Sache der Einzelhändler zu entscheiden, wann sie ihre Geschäfte an Werktagen öffnen wollen. Wir haben gesagt, es ist Sache der Bürgerinnen und Bürger zu entscheiden, wann sie einkaufen gehen wollen.

(Zurufe)

An Sonn- und Feiertagen gibt es gesetzliche Öffnungsverbote. Das haben wir nie infrage gestellt. An Werktagen liegt es in der Entscheidungsfreiheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen, wann sie einkaufen gehen wollen. Es ist ein Stück aus Absurdistan, dass Mitglieder Ihres Kabinetts – unter freundlicher Unterstützung der Grünen – öffentlich darüber diskutieren, wie weit die Landesöffnungszeiten jetzt wieder zurückgedreht werden sollen. Sie haben gleich sicherlich noch die Gelegenheit, auch dazu ein klärendes Wort zu uns zu sprechen. Sind das nur Hirngespinnste? Haben sich Kabinettsmitglieder öffentlich verselbstständigt oder ist es auch Ihre Auffassung als Regierungschefin, dass das Ladenöffnungsgesetz wieder zurückgedreht werden soll?

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Horst Becker [GRÜNE]: Da kann man sehen, wo eure Prioritäten sind!)

– Das ist eben der alte rot-grüne Regulierungswahn, die alte rot-grüne Bevormundungspolitik, unter der Nordrhein-Westfalen schon einmal zehn Jahre gelitten hat, Herr Kollege Becker.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Wir möchten nicht, dass diese Zeiten – möglicherweise in noch verschärfter Form – zurückkehren. Wir brauchen keine grünen oder roten Hausmeister, die den Menschen Einkaufsverbote erteilen.

(Beifall von der FDP)

Wir brauchen sie nicht. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen sie auch nicht.

Ich komme zu einem weiteren Punkt – Stichwort „Koalition der Einladung“. Bereits heute Nachmittag steht die Abschaffung der Studienbeiträge auf der Tagesordnung.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

– Sie können und werden das vonseiten der Grünen unterstützen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Auch das sogenannte Reformprojekt von Rot-Grün ist ohne Sinn und Verstand. Es bedeutet nichts anderes als dass wichtige Reformen für Nordrhein-Westfalen, die bundesweit beispielgebend gewesen sind, aus purer Ideologie wieder zurückgedreht werden.

Das nordrhein-westfälische Studienbeitragsmodell ist ein riesiger Erfolg. Es war bundesweit beispielgebend. Es hat die Qualität der Lehre deutlich verbessert und ist sozialverträglich ausgestaltet. Zwei Drittel der Bafögempfänger sind faktisch von der Rückzahlung der Studienbeiträge befreit.

(Zuruf von der LINKEN: Haben aber 10.000 € Schulden! Ist das sozial gerecht?)

Von der Abschaffung der Studienbeiträge profitieren daher gerade die finanziell besser gestellten Studierenden. Das ist doch die Realität, meine Damen und Herren.

Genauso ist es Realität, dass es natürlich keine vollständige Kompensation der Einnahmeausfälle geben wird. Es wird keine Anpassung an die steigenden Studierendenzahlen geben. Das ist jetzt schon absehbar. Wir werden in Kürze den doppelten Abiturjahrgang mit einem gewaltigen Anstieg der Studierendenzahlen haben. Dafür ist in Ihrem Gesetzentwurf keine Kompensation vorgesehen. Damit brechen Sie von vornherein jetzt schon absehbar das Versprechen, das Sie Hochschulen und Studierenden gegeben haben. Das ist die Realität.

(Beifall von der FDP)

Wenn Sie uns einladen, für solche Dinge die Hand zu heben und ernsthaft mit Ihnen darüber zu diskutieren, dann kann ich Ihnen nur empfehlen, sich für solche Einladungen in Zukunft die Portokosten zu sparen. Wir werden keine Projekte revidieren oder auch nur infrage stellen, die unser Land erkennbar vorangebracht haben.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Frau Ministerpräsidentin, die Wahrheit ist: Sie wollen am liebsten die gesamte Politik der christlich-liberalen Koalition ausradieren. Sie haben offenbar nicht die Souveränität, mit uns eine wirklich offene Sachdebatte über die drängenden Probleme Nordrhein-Westfalens zu führen. Zu einer solchen Sachdebatte sind wir selbstverständlich immer bereit.

Wir haben in den letzten fünf Jahren viel für Nordrhein-Westfalen erreicht.

(Horst Becker [GRÜNE]: Nur die dummen Bürger haben es nicht gemerkt!)

Das heißt aus unserer Sicht aber nicht, dass man die Weiterarbeit an diesen Themen jetzt einstellen müsste. Wir sind offen für Verbesserungen. Verbesserungen zu diskutieren heißt aber nicht, Reformprojekte, die unserem Land weitergeholfen haben, schnellstmöglich aus den Geschichtsbüchern zu tilgen. Das ist etwas, wofür wir nicht zur Verfügung stehen.

In diesem Zusammenhang sage ich auch noch einmal in aller Deutlichkeit: Wir Freien Demokraten waren und sind stolz darauf, was die Regierung Rüttgers/Pinkwart in den zurückliegenden fünf Jahren für Nordrhein-Westfalen erreicht hat.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Diese Regierung hat es geschafft, Nordrhein-Westfalen aus der schlimmsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit herauszuführen. Trotz der Weltwirtschaftskrise hatten wir am Ende der fünfjährigen Regierungszeit 250.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

Sozialdemokraten haben es nie hinbekommen wie wir, die Jugendarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen trotz der Wirtschaftskrise um ein Drittel zu senken. Wir haben über 8.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Wir haben den Unterichtsausfall halbiert. Wir haben die Zahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige von unter 12.000 auf über 86.000 ausgeweitet. Wir können erhobenen Hauptes

(Horst Becker [GRÜNE]: Hui!)

die Bilanz unserer fünfjährigen Regierungszeit in der Öffentlichkeit, im Parlament, aber auch in den Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern zur Diskussion stellen. Es bleibt abzuwarten, wie Ihre Bilanz des Regierungshandelns aussehen wird.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich darf auf einen Punkt, an dem wir in besonderem Maße gearbeitet haben, hinweisen. Wir haben unter der Verantwortung von Innenminister Ingo Wolf 138 Landesbehörden aufgelöst und in der allgemeinen Landesverwaltung mehr als 14.000 Stellen eingespart.

(Horst Becker [GRÜNE]: Und wir haben den Wolf aufgelöst!)

Das war die Voraussetzung dafür, über 8.000 neue Lehrerstellen einzurichten und überhaupt 1.800 zusätzliche Stellen für junge Polizeibeamte finanzieren zu können. Denn wir haben gesagt – auch das unterscheidet die Vorgänger-Landesregierung ganz erkennbar von Ihrer rot-grünen Landesregierung, Frau Ministerpräsidentin –: Wir müssen erwirtschaften, was wir an anderer Stelle investieren wollen. Auch wenn diese Arbeit noch so beschwerlich und mühsam ist, müssen wir im Haushalt Einsparungen vornehmen, um an anderer Stelle vor allem in Bildung und Forschung oder auch in junge Polizeibeamte investieren zu können.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Wo haben Sie denn gespart?)

– Dazu komme ich gleich gerne noch.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Frau Ministerpräsidentin, „Einsparung“ und „Bürokratieabbau“ kommen in Ihrem Vokabular doch überhaupt nicht vor.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Wo haben Sie denn eingespart?)

Sie haben gestern geschlagene zwei Stunden Ihre Regierungserklärung vorgetragen, ohne die Begriffe „Bürokratieabbau“ und „Einsparung“ auch nur ein einziges Mal in den Mund zu nehmen. Das ist schon ein Kunststück.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Es hat bisher noch kein Ministerpräsident dieses Landes geschafft, so lange zu reden und dabei die Herausforderungen und wirklichen Themen teilweise einfach auszublenden nach der Devise: Wenn wir nicht darüber reden, gibt es diese Probleme gar nicht. – Wenn das die Richtschnur Ihres Regierungshandelns werden sollte, werden Sie aber noch viel Spaß mit einer kritischen Debatte nicht nur im Parlament, sondern auch in der Öffentlichkeit bekommen.

(Minister Dr. Norbert Walter-Borjans: Das ist unverschämte!)

Ich will gerade in diesem Zusammenhang noch auf einen weiteren Punkt hinweisen. Uns ist es nach zehn Jahren rot-grüner Misswirtschaft gelungen, die Weichen in Nordrhein-Westfalen in Richtung Konsolidierung zu stellen. Das war eine verdammt harte Arbeit. Ich darf noch einmal daran erinnern, dass

die WestLB in den letzten drei Jahren der rot-grünen Regierung im laufenden Geschäftsbetrieb ein Defizit von insgesamt 4,8 Milliarden € erwirtschaftet hatte.

Damals gab es die Finanzmarktkrise noch gar nicht, Herr Finanzminister. Sie haben die WestLB als Dauerbaustelle einfach mitlaufen lassen frei nach der Devise: Es ist egal, wohin unser Geld fließt, wir haben es eh nicht. – Wir haben uns unter der Führung von Finanzminister Helmut Linssen erstmals mit dieser Baustelle auseinandergesetzt.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Es ist uns gelungen, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Sie sollten wenigstens versuchen, Frau Ministerpräsidentin, die Größe zu haben, das anzuerkennen. Dass sie neue Schwerpunkte setzen wollen, ist verständlich. Dafür sind Sie jetzt neue Ministerpräsidentin. Dass Sie aber nicht die Größe haben, in Ihrer wirklich sehr umfangreichen Regierungserklärung nur mit einem Halbsatz anzuerkennen, was die Vorgängerregierung in schwierigen Fragen geleistet hat, war kein Zeichen von Souveränität und kein Zeichen von Stärke, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Sie starten Ihre Amtszeit in der Haushaltspolitik mit einer Bankrotterklärung. Ich bin ja auch schon ein paar Jahre lang im politischen Geschäft: Dass eine Regierung in der Haushalts- und Finanzpolitik so loslegt wie Sie mit Ihrem neuen Finanzminister, hätte ich mir vorher gar nicht vorstellen können. Die Finanzplanung Ihres Finanzministers ist doch nichts anderes als ein einziger Offenbarungseid.

Die Neuverschuldung soll in diesem Jahr um 35 % erhöht werden: von 6,6 auf 8,9 Milliarden €. Das verkündet der Finanzminister, während der Bundesfinanzminister gleichzeitig der Öffentlichkeit verkündet, dass die Bundesregierung angesichts der erfreulicherweise anziehenden Konjunktur die Neuverschuldung des Bundes in diesem Jahr um mindestens 25 % reduzieren wird. Er sagte: Vielleicht schaffen wir sogar bis zu 35 %. – In diesem Korridor will die Bundesregierung die ursprünglich vorgesehene Neuverschuldung in diesem Jahr zurückführen. In einer Situation, in der die Steuereinnahmen wieder steigen, erhöhen Sie dagegen die Neuverschuldung des Landes um 35 % und sagen: Anders kommen wir überhaupt nicht klar.

(Zuruf von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

– Herr Finanzminister, das wird wirklich nur noch durch die Formulierung Ihrer Ministerpräsidentin getoppt: Diese Landesregierung verpflichtet sich den finanzpolitischen Zielen der Haushaltskonsolidierung und des Schuldenabbaus.

(Minister Dr. Norbert Walter-Borjans nickt.)

Wissen Sie, mit der Nummer können Sie wirklich im Karneval auftreten, Frau Ministerpräsidentin – bei allem Respekt.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Im Vergleich zu Ihrer rot-grünen Landesregierung hat sich Griechenland in den letzten zehn Jahren doch erkennbar als Sparweltmeister hervorgetan.

(Heiterkeit von der FDP und von der CDU)

Sie blenden die Notwendigkeit von Einsparungen im Landeshaushalt komplett aus. Das Einzige, was Sie dann noch transportieren, ist die deklamatorische Bekundung: verpflichtet sich den finanzpolitischen Zielen der Haushaltskonsolidierung. – Ich finde das schon stark. Das ist völlig aberwitzig.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Die Bundesbank hat dieser Tage ihre Wachstumsprognose für Deutschland für dieses Jahr auf 3 % erhöht. Die EU geht von einer Wachstumsprognose von 3,4 % für Deutschland aus. Das ist das höchste Wachstum seit der Wiedervereinigung. Und Sie marschieren in die Öffentlichkeit und erzählen, Herr Finanzminister: Wir haben keine Alternative, als jetzt die Neuverschuldung in Nordrhein-Westfalen um 2,3 Milliarden € in die Höhe zu treiben. – Das ist schon bemerkenswert.

(Zuruf)

– Zur WestLB kommen wir gleich noch, keine Sorge.

Anderer Bundesländer haben auch Landesbanken. Aber kein anderes Bundesland kommt in der derzeitigen konjunkturellen Situation auf die Idee – wir haben herumtelefoniert –, die Verschuldung in diesem Jahr zu erhöhen. Ganz im Gegenteil überlegen einige, die Verschuldung wie der Bund zurückzuführen.

Gestern sagten Sie auch noch, Frau Ministerpräsidentin, wir müssten jetzt den Mut haben – das gehört auch zu den faszinierenden Formulierungen in Ihrer Regierungserklärung – zu investieren. – Was bitte schön ist mutig daran, mit vollen Händen Geld auszugeben, das man nicht besitzt? Was ist daran denn mutig? Nichts anderes machen Sie.

(Zuruf von Ministerin Barbara Steffens)

Mutig wäre es, nötige Zukunftsinvestitionen, über die wir gerne mit Ihnen debattieren – wir würden weiterhin den Schwerpunkt Bildung und Forschung sehen –, an anderer Stelle zu erwirtschaften.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Aber genauso wie in Ihrer gesamten Regierungserklärung die Begriffe „Einsparung“ und „Bürokratieabbau“ fehlen, fehlt in Ihrer gesamten Regierungserklärung auch der Begriff „erwirtschaften“.

(Beifall von der FDP)

Was verteilt werden soll, Frau Ministerpräsidentin, muss erst erwirtschaftet werden. Erwirtschaftet wird nur dann, wenn sich Leistung in unserem Land auch lohnt

(Beifall von der FDP und von der CDU)

und wenn insbesondere die mittelständischen Betriebe Rahmenbedingungen bekommen, mit denen sie wettbewerbsfähig bleiben und Gewinne erwirtschaften können, um in neue Arbeitsplätze zu investieren zu können. Das ist der Zusammenhang: Was verteilt werden soll, muss erst erwirtschaftet werden.

Das alles interessiert Sie nicht. Das kommt in Ihrem politischen Kosmos nicht vor. Wenn ich mir anschau, dass es uns unter Führung von Jürgen Rüttgers und Andreas Pinkwart in den letzten fünf Jahren gelungen ist, bei erheblicher Konsolidierung des Landeshaushalts den Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben des Landes von 36,7 % 2005 auf 40,5 % 2009 zu erhöhen, kann ich Ihnen nur sehr empfehlen, sich daran ein Beispiel zu nehmen, wie man Konsolidierung und sinnvolle Einsparungen mit Zukunftsinvestitionen verbinden kann, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das ist eine Zielvorgabe. Damit war und ist Nordrhein-Westfalen – ich will das noch einmal erwähnen – am Ende unserer fünfjährigen Regierungsverantwortung unter allen deutschen Bundesländern das Bundesland mit den höchsten Bildungsausgaben in prozentualer Relation zu den Gesamtausgaben. Kein anderes Bundesland gibt so viel für Bildung aus wie das Land Nordrhein-Westfalen am Ende der christlich-liberalen Regierungsverantwortung.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Herr Finanzminister, ich komme jetzt, weil Sie da ja so ungeduldig waren, zur WestLB. Sie haben diese Mär in die Welt gesetzt, die Vorgängerregierung habe zu wenig Vorsorge zur Risikoabsicherung bei der WestLB geleistet. Rund 1,2 Milliarden € hat die Vorgängerregierung Ihnen zur Bedienung möglicher Ausfälle hinterlassen.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Es dürfte das erste Mal in der Landesgeschichte sein, dass eine Regierung vor einem Regierungswechsel überhaupt Rücklagen in nennenswerter Höhe hinterlassen hat. Unter Ihrer Regierungsverantwortung, zehn Jahre Rot-Grün, war das Gegenteil der Fall.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Sie haben Haushaltslöcher hinterlassen. Wir haben Rücklagen für die Risikoabsicherung der WestLB in Höhe von knapp 1,2 Milliarden € hinterlassen.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Der Finanzminister hat gestern auf unsere Nachfragen in der parlamentarischen Fragestunde interessanterweise eingeräumt, dass er frühestens 2012 mit Ausgaben rechnet, die die vorhandenen Rücklagen für die WestLB übersteigen könnten. Damit ist völlig überflüssig, die Rücklagen in diesem Jahr nicht nur aufzustocken, sondern mehr als zu verdoppeln. Das ist, Herr Finanzminister, nicht nur überflüssig, sondern nach unserer festen Überzeugung auch verfassungswidrig.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

– Herr Finanzminister, Sie haben damals schon die Landespolitik intensiv beobachtet. 2001 und 2002 hat schon einmal eine rot-grüne Landesregierung den Versuch unternommen, Reserven kassenkreditfinanziert aufzufüllen, um sich so Wurstvorräte für spätere Jahre anzulegen.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das haben Sie doch auch getan!)

Diesen Versuch haben Sie damals unternommen. Der Verfassungsgerichtshof hat Ihnen damals schon einen Strich durch die Rechnung gemacht.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Die Striche bei Ihnen sind aber dicker, Herr Papke! – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Weitere Zurufe)

Diese Trickserie in Ihrem damaligen Landeshaushalt ist durch den Verfassungsgerichtshof unterbunden worden.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Da haben Sie aber mehr vorzuweisen, Herr Papke!)

Ich prophezeie Ihnen, Herr Finanzminister: Bei dieser Frage werden Sie sich Ihre erste krachende Niederlage vor dem Verfassungsgericht abholen – mit Ansage in der Debatte zur Regierungserklärung.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, der Bericht in der „Rheinischen Post“ darüber war doch interessant, dass Sie in der Kabinettsklausur Ihren Finanzminister, der offenbar seine Bedenken – das Finanzministerium ist gut sortiert; man kennt dort die Rechtslage – zu Protokoll geben wollte, barsch zurückgewiesen haben.

(Minister Guntram Schneider: Das war eine andere Sitzung! – Ministerin Svenja Schulze: Herr Papke, sprechen Sie von einer anderen Sitzung? – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

– Sie werden sagen – dafür habe ich Verständnis –, das alles sei Unsinn, die Kabinettsitzungen seien vertraulich und das alles stimme nicht. Aber es gibt schon Hinweise darauf, dass das Finanzministerium das ähnlich kritisch sieht; ich will es diplomatisch formulieren, Herr Finanzminister.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Dr. Papke, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche: Der Abgeordnete Becker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie sie zu?

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Dr. Gerhard Papke (FDP): Möchte der Abgeordnete Becker als Abgeordneter oder als Mitglied der Regierung eine Frage stellen?

(Beifall von der FDP und von der CDU – Lachen von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist bei ihm nicht so klar.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Abgeordneter Dr. Papke, ich habe gerade ausdrücklich gesagt, dass der Abgeordnete Becker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen möchte.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Herr Papke hört doch nicht zu!)

Dr. Gerhard Papke (FDP): Aber er hat so eine schnell wechselnde Identität. Ich bitte um Verständnis, Frau Präsidentin, dass wir dabei nicht immer mitkommen.

(Ministerin Barbara Steffens: Das hätten Sie bei Herrn Palmen in der letzten Legislaturperiode lernen können!)

Da ich Herrn Becker im Zweifel Ihrer Regierung zuordnen möchte – er ist Ihr Staatssekretär, Frau Ministerpräsidentin – wollen wir das doch mal zurückstellen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die gestellte Frage, ob Sie die Zwischenfrage zulassen wollen ...

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielleicht habe ich mich unklar ausgedrückt, Frau Präsidentin. Die Antwort lautete Nein.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Okay, danke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Da wir schon bei den Grünen sind, bringen Sie, Herr Kollege Becker, mich auf eine Idee. Die grüne Parteiführung hat in den letzten Tagen eine Pressekonferenz auch zum Thema Haushaltspolitik gemacht. Ich fand, die hat das Bild wirklich abgerundet.

Dabei haben die Grünen gesagt, es gäbe keine Chance, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen aus eigener Kraft entschulde. Damit ist auch die Begründung komplett, weshalb sich die gesamte

rot-grüne Landesregierung komplett vom Thema Sparen verabschiedet. Denn wenn das Land nach Aussage einer der Regierungsparteien gar nicht in der Lage ist, sich selbst zu entschulden, muss man es gar nicht erst probieren. Das ist mal eine konsequente Haltung, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Die Botschaft ist, meine Damen und Herren: Rot-Grün löst sich offiziell vom Thema „Sparen“ und konzentriert sich ab jetzt nur noch aufs Ausgeben. Das ist in der Tat mal ein bemerkenswerter Ansatz für die Landespolitik der nächsten Jahre. Sie und Ihre Koalition, Frau Ministerpräsidentin, erklären damit gewissermaßen das Schlaraffenland in Nordrhein-Westfalen für eröffnet. Es wird nur noch über das Ausgeben geredet und nicht mehr über das Erwirtschaften. Anstrengung, Fleiß und Leistung werden dann verzichtbar. Das braucht man dann ja auch nicht mehr.

So stellen sich vielleicht linke Utopisten die Zukunft vor. Für alle denkenden, freiheitsliebenden Menschen ist eine solche Mentalität ein Gräuel. Wir werden das auch in der nötigen Klarheit sagen.

(Beifall von der FDP)

Jetzt noch zu einzelnen Punkten in Ihrer Regierungserklärung. – Frau Ministerpräsidentin, Sie werden jetzt – die Zeit der Opposition ist für Sie zunächst einmal vorbei – als Regierungschefin beweisen müssen, dass Sie wirklich in der Lage sind, der Verantwortung für das wichtigste deutsche Industrieland auch gerecht zu werden.

Ihr Parteifreund, der Genosse Werner Bischoff, hier wohl bekannt – er war viele Jahre wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und über Jahrzehnte einer der Topleute der IG BCE –, spricht Ihnen diese Kompetenz, ein Industrieland zu führen und verantwortlich zu gestalten, öffentlich ab. Er wirft Ihnen vor – ich zitiere Werner Bischoff –, „NRW zu einer Versuchswerkstatt für den Aufbau eines Landes ohne fossile Energie“ machen zu wollen, und er sagt weiter: „Ich sehe nicht, wie hier konstruktive Industriepolitik möglich sein soll.“ – So Werner Bischoff.

(Dietmar Brockes [FDP]: Da hat er recht!)

Damit sind wir beim Thema „Steinkohlekraftwerk Datteln“. Meinen Sie denn wirklich, Frau Ministerpräsidentin, Sie können sich beim E.ON-Kraftwerk heraushalten und nur auf die Gerichte verweisen? Meinen Sie denn, dass das funktioniert? Es ist ja hoch interessant, meine Damen und Herren: Wenn man die Verlautbarungen der Landesregierung einmal genau liest, dann erkennt man, dass es einen Schlüsselsatz gibt. Den hat die Kommunikationsabteilung der Staatskanzlei allen, die damit zu tun haben, mit auf den Weg gegeben mit der Botschaft: Das ist der eine Satz, den müsst ihr immer

wieder sagen, dann sind wir raus aus der Sachdebatte.

Dieser Satz lautet: „Die Landesregierung selbst baut keine neuen Kraftwerke und reißt auch keine begonnenen Projekte ab.“ – Das ist der Schlüsselsatz, den man von jedem Kabinettsmitglied zu hören bekommt, wenn man mit ihm darüber diskutiert. Das ist bemerkenswert.

(Norbert Römer [SPD]: Ein sehr guter Satz!)

– Der Satz gefällt Ihnen, Herr Römer. Sie haben ihn ja auch schon verwendet. Das ist ein Satz, der Ihnen bei dem Thema in Fleisch und Blut übergeht. Das Thema, Herr Kollege Römer, erschöpft sich aber nicht in solchen Beschwichtigungsfloskeln. Das ist die politische Herausforderung.

Ich sage deshalb hier auch in aller Deutlichkeit: Wenn das modernste Steinkohlekraftwerk der Welt, das in Datteln derzeit errichtet wird, zur 800-Millionen-€-Investitionsruine wird, dann ist der Ruf des Wirtschaftslandes Nordrhein-Westfalen dauerhaft beschädigt. Das ist der Punkt.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Dann kann sich das Land die nächste Standortkampagne gleich sparen. Dann werden Investoren in Zukunft einen großen Bogen um Nordrhein-Westfalen machen.

(Norbert Römer [SPD]: Jetzt nicht mehr, Sie sind ja weg!)

Wissen Sie, Frau Ministerpräsidentin, was ein solches Signal gerade für das Ruhrgebiet, für die im Strukturwandel begriffene Emscher-Lippe-Region bedeuten würde? Ist Ihnen das eigentlich klar? Schicken Sie dann Herrn Rammel hin, der den Bau von fünf neuen Windrädern verkündet? Ist das Ihre Antwort, wenn dieses gewaltige, fantastische Projekt zur Investitionsruine wird? Ist das Ihre politische Verantwortung?

Nein, ich will Ihnen sagen, was Ihre politische Verantwortung ist, Frau Ministerpräsidentin: Es ist Ihre Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass das Kraftwerk zu Ende gebaut werden kann.

(Beifall von der FDP)

Daran werden Sie gemessen. Das E.ON-Kraftwerk in Datteln ist jetzt Ihr Kraftwerk, Frau Ministerpräsidentin. Das ist die Realität. Und aus dieser Verantwortung werden Sie sich nicht herausschleichen.

Ihr eigener Koalitionspartner, Ihr eigener Umweltminister tragen dieses Projekt öffentlich zu Grabe, und Sie schauen einfach zu. Wo ist in dieser Debatte der Wirtschaftsminister, der eigentlich als Gegengewicht zu den Grünen gebraucht würde, wenn es darum geht, die Identität Nordrhein-Westfalens als Industrieland zu verteidigen?

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Wo ist Ihr Wirtschaftsminister? Ich ahne, das wird bald zu einem geflügelten Wort: Wo ist der Wirtschaftsminister? Wir haben ihn in diesen Schlüsseldebatten über die Zukunft Nordrhein-Westfalens als Industrieland bisher jedenfalls nicht registrieren können.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Aber vielleicht ändert sich das ja noch – hoffentlich ändert sich das. Hoffentlich wird die Befürchtung von Herrn Kollegen Laumann nicht wahr, dass Sie das Wirtschaftsministerium sehr bewusst in einzelne Bereiche zerlegt haben, um damit potenziellen Widerstand gegen grüne Deindustrialisierungspolitik von vornherein im Keim zu ersticken, meine Damen und Herren. Das ist die Befürchtung, die man haben muss.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Noch mal zu Ihnen, Herr Finanzminister,

(Minister Dr. Norbert Walter-Borjans überreicht der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft Unterlagen.)

wenn Sie mir einen kleinen Moment Ihre geschätzte Aufmerksamkeit schenken würden.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Sie können gleich auch noch einmal reden, Frau Ministerpräsidentin.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ich möchte gleich auf Sie antworten! Dazu brauche ich ein paar Informationen!)

– Frau Ministerpräsidentin, ich darf Ihnen versichern, ich habe mich gestern bei Ihrer Rede auch in Geduld üben müssen.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP)

Ich habe geduldig zugehört, ich habe mir meine Notizen gemacht. Jetzt habe ich die Gelegenheit, darauf zu antworten. Ich darf Sie bitten, ähnlich mit meinem Beitrag zu verfahren. Sie können ja jederzeit das Wort ergreifen. Ich werde Ihnen dann wiederum aufmerksam zuhören.

Ich war gerade bei Ihrem Finanzminister; denn der hat sich durch ein weiteres Projekt wirklich einen Namen gemacht. Er ist der inzwischen schon bundesweit bekannte Erfinder der Bettensteuer. Er kommt auf die wirklich irrwitzige, auf die bizarre Idee, als erste Amtshandlung, nachdem er nach Düsseldorf gekommen ist, für die landesweite Einführung der Bettensteuer zu trommeln. Konsequenterweise genehmigt er die jetzt zusammen mit dem Innenminister auch nach wenigen Wochen.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Meine Damen und Herren, ich gebe das ausdrücklich gerne zu Protokoll. Ich prophezeie Ihnen: Diese

Bettensteuer, Frau Ministerpräsidentin, wird zum Rohrkrepierer des Jahres.

(Beifall von der FDP)

Das ist ein bürokratisches Monstrum, mit dem Besucher aus dem Land getrieben werden.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Wir haben gestern in der Debatte darauf hingewiesen: Es liegen mehrere Gutachten vor, die die rechtliche Zulässigkeit der Bettensteuer massiv in Zweifel ziehen. Eine Flut von Klagen betroffener Betriebe ist vorprogrammiert. Der Hotel- und Gaststättenverband hat das bereits angekündigt. Die „Bild“-Zeitung titelte bereits: „Aufstand gegen die neue Bettensteuer“.

(Zurufe von der SPD)

Und so, Herr Finanzminister, wird es auch kommen: Aufstand gegen die neue Bettensteuer. Ja, das ist Ihre Steuer, die haben Sie jetzt an der Backe, Herr Finanzminister. Wenn Sie die plötzlich kritisch sehen, hätten Sie sie nicht genehmigen lassen dürfen. So ist das nun einmal in der Landespolitik.

(Beifall von der FDP)

Ich will Sie gleich ein bisschen vorwarnen; denn wenn Ihre Bettensteuer von den Gerichten erledigt wird, Herr Finanzminister, sind eigentlich auch Sie politisch erledigt.

(Lachen von der SPD – Zuruf von der SPD: Dann ist er politisch tot, genau, dann ist er weg!)

Darauf sollten Sie sich einstellen. Wenn die Bettensteuer danebengeht, wenn die Kommunen in Nordrhein-Westfalen Ihrer Aufforderung Folge leisten ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Er hat doch gar nicht aufgefordert! Wann denn? Wo denn? Erzählen Sie doch mal!)

– Frau Ministerpräsidentin, in einem Interview. Ich leite Ihnen das gerne zu. Ich kann Ihnen in dem Zusammenhang nur sehr empfehlen, sich einmal anzuschauen, was die Mitglieder Ihrer Landesregierung öffentlich verlautbaren. Dann sind Sie da vielleicht genau im Film.

Herr Finanzminister, diese Bettensteuer hätte gar nicht kommen dürfen. Wenn Sie, etwa angesichts eines negativen Gutachtens des Städte- und Gemeindebunds in Baden-Württemberg, zumindest gesagt hätten: „Wir, die Landesregierung, holen zunächst einmal rechtliche Expertise ein, bevor wir das genehmigen“, hätte man noch meinen können, dass Sie mit dem nötigen Sachverstand und mit der nötigen Vorsicht an das Thema herangehen.

Sie haben gesagt: Mensch, das haben wir uns in Köln überlegt, das ist eine tolle Idee, das könnte

doch zu einer schönen Einnahmequelle werden. – Deshalb sage ich Ihnen: Wenn andere Kommunen dieser Einladung folgen, das machen und hinterher vor Gericht krachend damit scheitern, werden Sie die politische Verantwortung dafür tragen müssen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Dr. Papke, der Abgeordnete Börschel von der Fraktion der SPD möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie die zu?

Dr. Gerhard Papke (FDP): Ich ahne, dass der Abgeordnete Börschel, auch ein Unterstützer der Kölner Bettensteuer, diese gerne noch einmal verteidigen möchte. Herr Kollege Börschel, dazu werden Sie hier aber auch bei anderer Gelegenheit das Wort ergreifen können. Ich möchte gern im Zusammenhang vortragen.

(Zuruf von der SPD)

Sonst bekomme ich gleich wieder einen Rüffel von Ihrer Ministerpräsidentin, die so ungeduldig darauf wartet, dass sie endlich auf meine Rede antworten kann.

(Lachen von der SPD)

Die Bettensteuer ist im Übrigen nicht die einzige neue Steuer, die Rot-Grün neu einführen will.

(Zurufe von der SPD)

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass das auf Initiative der FDP abgeschaffte Wasserentnahmentgelt wieder eingeführt werden soll. Zudem soll ein neues Instrument zum Abkassieren mittelständischer Betriebe eingeführt werden: der Kieseuro.

Frau Ministerpräsidentin, ich weiß nicht, ob sie dieses Schreiben ebenfalls gelesen haben: Über diese Pläne der Landesregierung sind die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen bereits hochgradig alarmiert. In einem Schreiben der Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen, das an alle Abgeordneten des Landtags gegangen ist, heißt es: Beide Instrumente – also Wassersteuer und Kiessteuer – sind aus unserer Sicht umweltpolitisch verfehlt und schwächen den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Ich kann Ihnen nur empfehlen, dass Sie, bevor Sie neue Steuern erfinden und einführen wollen, einmal mit Vertretern der Wirtschaft darüber reden, welche Auswirkungen solche neuen Steuern denn auf den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen hätten.

Meine Damen und Herren, dichte Nebelschleier statt klarer Sicht – das ist der letzte Punkt, auf den

ich eingehen möchte –: Das sind leider auch in der Schulpolitik die Aussichten.

Frau Ministerpräsidentin, auch in Ihrer Regierungserklärung haben Sie nämlich wiederum nicht die Frage beantwortet, ob Sie die Schulvielfalt in unserem Land bewahren oder ob Sie doch die rot-grünen Pläne zur Einheitsschule umsetzen wollen. Herr Kollege Laumann hat heute Morgen schon darauf hingewiesen, und ich kann das nur unterstreichen. Wir haben doch, auch nach der Wahl, miteinander gesprochen. Sowohl die SPD als auch die Grünen haben überhaupt keinen Zweifel daran gelassen, dass ihr Ziel die Schaffung einer einzigen Schulform ist, die sie „Gemeinschaftsschule“ nennen, und dass sie keine Realschulen und keine Gymnasien in Nordrhein-Westfalen mehr haben wollen.

(Beifall von der FDP – Ralf Witzel [FDP]: So ist es! Das ist die Wahrheit!)

Das haben Sie doch eingeräumt. Dann stehen Sie auch dazu.

Die entscheidende Frage ist doch jetzt – daran entscheidet sich auch, ob wir eine Dialogplattform für die weitere schulpolitische Entwicklung bekommen –, ob Sie bereit sind, sich von Ihren eigentlichen Plänen, den Einheitsschulplänen, zu lösen und funktionierenden Realschulen sowie den Gymnasien in unserem Land eine klare Bestandsgarantie zu geben. Das ist die Schlüsselfrage, Frau Ministerpräsidentin. Die haben Sie gestern wieder nicht beantwortet. Aber Sie werden um die Beantwortung dieser Frage nicht herumkommen.

Ich sage Ihnen noch einmal: Von unseren 630 Gymnasien in Nordrhein-Westfalen wird keines freiwillig bereit sein, seine Existenz für eine Gemeinschaftsschule zu opfern. Sie werden kein einziges Gymnasium finden, das dazu bereit ist.

(Beifall von der FDP)

Deshalb müssen Sie die Frage beantworten: Was machen Sie dann? Sind Sie bereit, ein solches Votum einer Schule – und wir meinen die Schulkonferenz, nicht die Schulträger – zu respektieren und zu sagen: „Wenn die das nicht wollen, dann akzeptieren wir das; dann darf dieses Gymnasium, dann darf diese leistungsstarke Realschule weiterarbeiten“? Oder ziehen Sie sich letztlich doch auf die Vereinbarung in Ihrem Koalitionsvertrag zurück, bis 2015 mindestens ein Drittel aller weiterführenden Schulen in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln? Damit wären dann Einheitsschulen gemeint. Das ist die Frage, die Sie beantworten müssen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Dr. Papke, bei dem Stichwort „Frage“: Der Kollege Mosto-

fizadeh von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Schon aus Fairnessgründen muss ich das jetzt leider ablehnen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Sonst würde ich mir den Zorn von Herrn Becker zuziehen, und das werden Sie von mir nicht verlangen. Also bei anderer Gelegenheit.

Frau Ministerpräsidentin, ich darf abschließend sagen: Das ist die Schlüsselfrage, die Sie ganz persönlich beantworten müssen. Sie werden um eine Antwort nicht herumkommen.

Wir wollen keinen Schulkrieg in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen den nicht. Wir wollen, dass die Schulen in Nordrhein-Westfalen weiterentwickelt werden. Es kann, gerade mit Blick auf die Hauptschulen, nicht alles so bleiben, wie es ist. Das haben wir Freien Demokraten – mit Andreas Pinkwart an der Spitze – frühzeitig öffentlich erklärt. Hier muss sich etwas verändern, das ist völlig klar.

Aber wir würden niemals den Versuch akzeptieren, funktionierende Realschulen und die Gymnasien infrage zu stellen, sie aus der schulpolitischen Landschaft der Bildungsvielfalt und des begabungsgerechten, differenzierten Schulsystems wegzuharken. Frau Ministerpräsidentin, ein solches Attentat auf die Schulvielfalt in Nordrhein-Westfalen – wenn Ihre Landesregierung so etwas vorhat – werden wir mit aller Macht bekämpfen. Das sage ich Ihnen in aller Klarheit.

(Beifall von der FDP)

Es sind also viele Fragen offen. Darüber werden und müssen wir weiter diskutieren. Frau Ministerpräsidentin, das will ich zum Schluss noch sagen: Sie müssen in Zukunft Antworten geben. Fragen aufzuwerfen, kann man sich als Opposition leisten, im Übrigen aber auch nicht auf Dauer. Auch das fällt auf, wenn sich Oppositionsfraktionen bzw. Oppositionsparteien nicht konstruktiv einbringen. Wir werden uns konstruktiv einbringen, wie wir das schon mit einzelnen Vorschlägen gemacht haben. So etwa mein Kollege Horst Engel, der einen, wie wir meinen, hervorragenden Vorstoß initiiert hat, wie man Kommunen, die bereit sind, sich selbst zu entschulden, durch Leistungsanreize helfen kann. Wir würden uns sehr freuen, wenn über einen solchen und andere Vorschläge hier intensiv fachlich souverän und ideologiefrei debattiert wird. An solchen Debatten werden wir uns gerne beteiligen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Sie aber tragen die Verantwortung für die Regierung Nordrhein-Westfalens und müssen in Zukunft im Regierungshandeln konkreter werden, als das, was Sie dem Parlament, der Öffentlichkeit, den Bürgerinnen und Bürgern im Land Nordrhein-

Westfalen gestern mit Ihrer Regierungserklärung geboten haben. – Ich danke Ihnen und Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Langanhaltender Beifall von der FDP – Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Vielen Dank, Herr Papke. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Frau Beuermann.

(Bärbel Beuermann [LINKE] begibt sich zum Rednerpult. – Fortgesetzt Beifall von der FDP und von der CDU)

Bärbel Beuermann (LINKE): Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP, so viel Beifall für meinen Auftritt hätte ich von Ihnen gar nicht erwartet. Ich danke Ihnen.

(Dietmar Brockes [FDP]: So kann man sich täuschen!)

Sehr geehrte Damen und Herren, der 9. Mai hat den Menschen in NRW den von uns geforderten Regierungswechsel gebracht. Frau Ministerpräsidentin Kraft sprach gestern in ihrer Rede von sichtbaren Veränderungen und Premieren. Jedoch vergaß Frau Kraft ein wichtiges Novum zu erwähnen, nämlich dass es allen Bestrebungen zum Trotz wieder eine linke Kraft, links von der SPD, in diesem Landtag gibt: die Fraktion Die Linke.

(Beifall von der LINKEN)

Ohne die Enthaltung der linken Fraktion – auch das muss gesagt werden – wäre die sichtbarste Veränderung in NRW, nämlich die erste Ministerpräsidentin an der Landesspitze, nicht möglich gewesen. Nicht nur ich als Frau setze Hoffnungen in die beiden Frauen an der Spitze der Minderheitsregierung, dass dieser von Frau Kraft genannte „neue Stil des Regierens“ eine echte Chance für die Menschen in diesem Land ist, eine Chance, die es unter anderem ermöglicht, dass sich Menschlichkeit, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, beste Bildung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, ökologische Erneuerungen und Klimaschutz, am Ende der Legislaturperiode nicht als Worthülsen entpuppen. Aber ich und wir setzen unsere Hoffnungen in Sie.

Viele richtige und wichtige Punkte sind in der Regierungserklärung genannt worden. Ein neuer Geist soll dieses Haus und die Politik bestimmen. Die Linke wird diese Aussagen konstruktiv und kritisch begleiten und einem Realitätscheck unterziehen.

Seit der konstituierenden Plenarsitzung vor hundert Tagen wird NRW von einer Minderheit hier im

Plenarsaal regiert. Es bietet sich an, ein erstes Resümee zu wagen; denn die letzten Wochen haben Klarheit gebracht oder auch nicht: Weder ist von einer tatsächlichen politischen Wende etwas zu spüren, noch von einer tatsächlichen Ankunft im Fünf-Parteien-System. In diesem Zusammenhang spreche ich ganz besonders zwei Fraktionen in diesem Hause an: Weder gibt es bislang Entscheidungen, die CDU und FDP in Angst versetzen müssten, noch solche, die einen Schritt nach links vermuten lassen könnten. Einen wirklichen Bruch mit dem schwarz-gelben Wirtschaftlichkeitsdenken gibt es genauso wenig wie ein klares Bekenntnis dazu, dass SPD und Grüne in Land und Bund zu ihrer Zeit viele der Probleme erst geschaffen haben.

(Beifall von der LINKEN)

Es wird schwer, meine Damen und Herren, einen Bruch in der Fehlergenerierung vonseiten der vorherigen Landesregierung zu schaffen, wenn nicht die Fehler im eigenen Handeln grundlegend analysiert und eingestanden werden. Ich muss sagen: Zwischen all den sanften und freundlichen Worten der Regierungserklärung am gestrigen Tag fand ich dazu nur einen halbherzigen Satz. Aber auch dabei setzen wir die Hoffnung wieder in die Regierung.

Meine Damen und Herren aller Parteien hier im Haus, ja, Sie alle haben in Ihrer Regierungsverantwortung Fehler gemacht. Sie sind dafür jeweils in den darauffolgenden Wahlen abgestraft worden. Letzten Endes sind Sie damit gemeinsam an der Wahlverweigerung bald der Hälfte der aufgerufenen Wähler und Wählerinnen schuld. Es dann so darzustellen, als könne politische Bildung ein Weg aus der Misere sein, ist – Entschuldigung, aber es ist so – eine verlorene Posse. Nur glaubwürdige und radikale Politik wird die Menschen wieder dazu anhalten, sich an der Interessens- und Meinungsfindung und schließlich an den kommenden Wahlen zu beteiligen.

Frau Kraft, Ihre Regierung ist als eine Regierung angetreten, die die übrigen Parteien einladen will. Ich will Ihnen an dieser Stelle klar sagen: Das erreichen Sie nicht durch unstete Kompromisse in dringenden Fragen. Die Menschen, die SPD, Grünen und uns Linken ihre Stimme gegeben haben, erwarten einen klaren politischen Wandel, verlangen konkrete Antworten auf ihre ernstesten Fragen. Es mag einigen Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen inzwischen etwas fremd erscheinen, aber die Menschen verlangen mehrheitlich eine linke soziale Linie für unser Land NRW. Sie verlangen zu Recht, dass endlich Fortschritte erzielt und die Erblasten der verfehlten Politik von Schwarz-Gelb, von denen wir reichlich haben erfahren dürfen, abgebaut werden.

(Beifall von der LINKEN)

Ihre Minderheitsregierung, Frau Ministerpräsidentin, ist gefordert, den vielen links und von uns durchaus überrascht positiv wahrgenommenen und anmutenden Versprechungen aus dem Wahlkampf Taten folgen zu lassen. Der Versuch, es jedem Recht zu machen, geht immer zulasten derjenigen, die jetzt bereits als sozial und finanziell schwach gelten.

Sie sprachen gestern von Steuergerechtigkeit, die Sie voranbringen wollen. Da sind wir bei Ihnen. Das war jedoch nur ein Nebensatz in einer langen Rede. Ich an Ihrer Stelle hätte dieser himelschreienden Ungerechtigkeit, dieser immer weiter auseinandergehenden Schere zwischen Arm und Reich deutlich mehr Raum in einer Regierungserklärung zudenken wollen.

(Beifall von der LINKEN)

Aber dennoch: Ich freue mich, solche Worte von Ihnen vernehmen zu dürfen. Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

Sie führen aus, dass eine auf Prävention angelegte Politik für Kinder wichtig ist, und sagen in dem Zusammenhang, dass sich Prävention finanziell für den kommunalen Haushalt rechnet. Rein rechnerisch ist das für jeden Kämmerer in jeder Kommune richtig. Aber mit Verlaub: Bildung und Ausbildung sind ein Menschenrecht. Sie sollten Kinder und Jugendliche nicht nur als Humankapital betrachten. Das entspricht doch sehr der Betrachtungsweise der FDP.

Die zögerliche und ablehnende Haltung gegenüber unserer Initiative zur Abschaffung der Studiengebühren hat dazu geführt, dass ein schnelles Ende dieser ungerechten finanziellen Belastung verhindert wurde. So viel lässt sich nach fast drei Monaten festhalten: Es gibt durch Ihr Zögern und Lavieren bis dato keinen klaren Zeitplan für ein Ende der Gebühren. Mehrere Hunderttausend junge Menschen haben aber ihre Hoffnung an das Ergebnis der Wahl geknüpft. Gestern haben Sie als Zeitpunkt das Jahr 2011 genannt. Gut klingt das nur, wenn man an dieser Stelle außer Acht lässt, dass bis dahin bereits einige Semester mehr ins Land gezogen sind, als notwendig gewesen wäre. Wir Linke stehen nach wie vor dafür ein, dass die Gebühren schnell und transparent abgeschafft werden, spätestens zum Sommersemester 2011.

(Beifall von der LINKEN)

Werte Kolleginnen und Kollegen der SPD und Grünen, ich kann Ihnen keinen Rat geben, aber lassen Sie es mich trotzdem sagen: Lassen Sie sich nicht von ideologischen Barrieren und Nebelkerzen der konservativen und wirtschaftsliberalen Fraktionen beirren. Die Mehrheiten für einen politischen Wechsel sind immer noch vorhanden. Es darf Ihnen nur nicht an Courage fehlen.

(Bernhard von Grünberg [SPD]: Gilt aber auch umgekehrt!)

Der Politik der Einladung halten wir eine Politik des eindeutigen Auftrages entgegen. Stehen Sie zur Jugend! Lassen Sie Taten folgen! Schaffen Sie die Studiengebühren mit unserer Unterstützung zum Sommersemester 2011 ab! Ich garantiere Ihnen dafür unser Votum.

(Beifall von der LINKEN)

Ähnlich könnte ich von Ihnen Mut, aber nicht Übermut im Bereich der schulischen Bildung einfordern. Aber auch hier geht es nicht um Mut, sondern um die Einsicht, dass das derzeitige Bildungssystem veraltet, ungerecht und immer noch klassenorientiert ist – ein Relikt preußisch-aristokratischer Zeiten, das nirgends auf der Welt mehr Anwendung oder auch nur bildende Beachtung findet. Sie von SPD und Grünen haben im Wahlkampf unisono eine Beendigung der Selektion nach präpubertärem Leistungsniveau in Aussicht gestellt. In diesem Zusammenhang haben die konservativen und neoliberalen Parteien sogar schon einen Schulkrieg heraufbeschworen bzw. mehr oder weniger damit gedroht. Sie erinnern sich an die Worte von Herrn Papke. Dass dieses Gerede Unfug und Hetze war, brauchen wir wohl nicht zu diskutieren. Sie wissen nur allzu gut, dass Sie als Regierungsparteien in Fragen einer tatsächlich neuen Schulstruktur zurückrudern. SPD und Grüne, bitte erinnern Sie sich an Ihre Wahlversprechungen. Erinnern Sie sich an Ihre Ideale. Sie wissen, dass Sie die erklärte Forderung nach mehr Gesamtschulplätzen, wie sie Ihnen im Wahlkampf von zahlreichen Eltern angetragen wurde, aufschieben und unbeachtet lassen.

Insgesamt fehlt bei Ihren Überlegungen zur Schule völlig, dass es in diesem Land Tausende von Eltern gibt, die dringend auf einen Gesamtschulplatz für ihr Kind warten. Herr Priggen, es freut mich, dass Sie ein Verfechter der Gesamtschulen sind und auch zu den Gesamtschulen stehen. Aber die Garantie für einen Gesamtschulplatz hätte in die Regierungserklärung gehört. Frau Kraft, das sind Eltern, die längeres gemeinsames Lernen wollen, an die in der Regierungserklärung leider nicht gedacht worden ist.

Die Gemeinschaftsschulen werden wir beobachten. Wir wissen noch nicht so genau, auch nach der Fragestunde von gestern nicht, wie dieses Modell umgesetzt und konzipiert werden soll. Die sogenannte Gemeinschaftsschule ist kein Ersatz für die Forderung nach einer Gesamtschule, einer Gesamtschule, in der das längere gemeinsame Lernen bis zur zehnten Klasse möglich ist. Diese Schulform muss gefördert und ausgebaut werden. Sie wissen auch, dass das Ideal einer chancengerechten, inklusiven und progressiven Schulform der einen Schule für alle mit Ihrer bildungspolitischen Agenda fast aufgegeben wird.

In Anlehnung an Willy Brandt möchte ich daran erinnern, dass „eine Mehrheit links von der Mitte“ viele Dinge in der Politik bewegen kann, wenn der Mut dazu besteht. Es besteht Rechtsanspruch auf inklusive Bildung. Jedes Kind verdient die bestmögliche individuelle Förderung. Aber wie sieht es aktuell aus? Immer noch werden Kinder weitestgehend aufgrund des Elterneinkommens oder nach unterstellter Verwertbarkeit ihres Intellekts einer bestimmten Schulform zusortiert. Ich weiß mich über alle Parteigrenzen hinweg dieser Einsicht nicht allein. Das dreigliedrige Schulsystem ist antiquiert und ungerecht. Es gehört abgeschafft!

(Beifall von der LINKEN)

Die Wiedereinführung der Grundschulbezirke und die Abschaffung der Kopfnoten sind erste dringende Schritte, die Sie angehen, und wir danken Ihnen dafür. Aber diese Schritte alleine reichen nicht aus. Auch die Schulzeitverkürzung auf 12 Jahre dient nicht den Schülerinnen und Schülern, sondern sie setzt diese unnötig unter Druck. Kinder müssen aber stressfrei und ohne Angst lernen können. Verbindliche Empfehlungen bei der Versetzung stehen diesem Anspruch genauso entgegen wie das sogenannte Turbo-Abitur.

Übrigens, Kollege Guntram Schneider, wir wundern uns, dass diese Landesregierung nicht eine Ausbildungsplatzgarantie herstellen will, die staatlich garantiert, dass jeder junge Mensch eine Ausbildung bekommt und dass diese finanziert wird, auch über Abnehmersysteme. Den wortreichen Erklärungen zur Jugendarbeitslosigkeit wollen wir Taten folgen sehen. Eine weitere Diskussionsrunde über die Situation der mangelnden Lehrstellen- und Ausbildungsbereitschaft folgt dem neoliberalen Konzept voriger Regierungen nach Selbstverpflichtung der Arbeitgeberverbände, die nie eingehalten wurde.

(Beifall von der LINKEN)

Wir Linke wollen keinen Bildungssoli. Wir wollen eine verlässliche, dauerhafte Finanzierung von Bildung und Ausbildung.

Wir sind bei Ihnen, Frau Kraft, wenn Sie erklären, dass es statt Herumdoktern Reformen geben muss, dass Bildung gezielte Investitionen braucht. Wir und die Menschen in diesem Land möchten aber auch die Umsetzung dieser Ankündigungspolitik sehen. Und, Herr Kollege Laumann, nicht nur an dieser Stelle sagen wir Linke ganz klar, was wir wollen und wie wir es umsetzen wollen.

Als Beispiel dafür darf die Debatte um das KiBiz gelten. Die Kolleginnen und Kollegen in der Kindererziehung werden voraussichtlich für ein weiteres Jahr in der Überforderungssituation belassen, weil sich SPD und Grüne Soforthilfen verweigern. Die schwarz-gelben Machenschaften zeugten von mangelnder Fach- und Sachkenntnis in Fragen der frühkindlichen Bildung. KiBiz ist eine Mogel- und

Sparpackung zulasten der Kinder und Erzieher und Erzieherinnen.

(Beifall von der LINKEN)

Ein neues Gesetz, wie es zum Beispiel die Gesellschaft ver.di fordert, ist dringend notwendig.

Meine Damen und Herren, wir Linke fordern selbstverpflichtende Signale ein, auf die sich Betroffene verlassen können. Nein zu Studiengebühren! Ja zu einer Schule für alle! Schluss mit der Mehrfachbelastung der Fachkräfte in den Kindertagesstätten! Schluss mit jeder Politik, die zulasten unserer Kinder und Jugendlichen geht!

Dazu reichen kleine Schritte und anberaumte Konferenzen irgendwann im Laufe der Jahre keinesfalls aus. In der Regierungserklärung fanden sich gestern sogar Prognosen wieder, die auf zehn Jahre angelegt sind – zehn Jahre, um die Zahl der Schulabbrüche zu halbieren. Gut, wenn es schon kein Fünfjahresplan ist, dann ist es eben ein Zehnjahresplan.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf eine Debatte eingehen, die mich als jemand, die viel mit jungen Menschen mit Migrationshintergrund arbeitet, sehr betroffen gemacht hat. In Nordrhein-Westfalen leben mehr als 4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund – Menschen, die das Leben, die Kultur bereichern. Ja, auch wenn sich viele dem verschließen wollen: Wir leben in einer multikulturellen Gesellschaft, und nicht nur ich bin stolz darauf.

Das kommunale Wahlrecht nach dem Motto „Da, wo ich lebe, will ich wählen“ findet unsere Unterstützung. Für uns gehört die Stärkung der Integrationsräte unbedingt dazu, um zu einer echten Integrationspolitik zu kommen.

(Beifall von der LINKEN)

Lassen Sie mich auch sagen, dass Sammelunterkünfte, wie wir sie in vielen Kommunen anfinden, für Menschen, die sich in viel zu langen Asylverfahren befinden, immer noch gang und gäbe sind und abgeschafft werden müssen. Einen ersten Schritt zur Integration von Menschen im Asylverfahren haben wir mit unserem Antrag zur Aufhebung der Residenzpflicht auf den Weg gebracht. Mein Dank gilt den Fraktionen, die diesen Antrag mitgetragen haben.

Haben Sie den Mut, Frau Kraft: Stoppen Sie mit Ihrer Regierung die unmenschliche Abschiebep Praxis.

(Beifall von der LINKEN)

Sagen Sie Nein zu den Rückübernahmeabkommen, zum Beispiel mit dem Kosovo, Syrien und auch anderen Ländern. Das wäre Integration. Das wäre ein Signal an die Menschen.

(Beifall von der LINKEN)

Sie benennen – ebenfalls nur nebenbei –, dass die Diskriminierung von Frauen im Arbeitsleben abgebaut werden muss. Frauen werden aber nicht nur im Berufsleben ungleich behandelt – Equal Pay, gleicher Lohn für gleiche Arbeit –, sondern gerade auch im Alltagsleben. Wie die Partizipation von Frauen beispielsweise in der Politik aussieht, zeigt die Realität hier im Hause, auch hier im Parlament, nämlich in den einzelnen Fraktionen.

Frau Kraft, Sie haben gestern verkündet: Jedes Kind und jede Frau werden einen Rechtsanspruch auf die Sicherheit eines Platzes im Frauenhaus haben. Wir Linke unterstützen diese Initiative, aber wir fordern ganz klar, dass den Frauenhäusern ihre Arbeit in vollem Umfang schnell wieder ermöglicht wird.

(Beifall von der LINKEN)

Veranlassen Sie die sofortige Wiedereinführung der vierten Vollzeitstelle, und sichern Sie diese ab!

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das machen wir!)

– Ich weiß, Geld wird bereitgestellt, aber es geht um die Menschen, also um die Frauen und Kinder in den Häusern, und es geht um die Kolleginnen, die in den Häusern tätig sind.

Frauen in diesem Land sind nicht nur Akademikerinnen oder jene, die qualifizierten Berufen nachgehen. Viele Frauen sind durch männlich geprägte Rollenzuschreibungen von beruflichen Karrieren und höherer Bildung ausgeschlossen worden – nicht im rechtlichen, sehr wohl aber im lebensweltlichen Sinn. Viele Frauen arbeiten in einem oder mehreren Jobs mit geringer Bezahlung. Ihre Arbeitskraft wird aufgrund ihrer sozialen Not ausgebeutet, und ihr Leben ist geprägt von der Sorge um sich und ihre Familie. Ich vermute, dass im Rahmen Ihrer Rede diese Aspekte weiblicher Lebenswelten aus zeitlichen Gründen leider keinerlei Erwähnung gefunden haben. Es ist jedoch höchste Zeit, sich diesen zum Teil verschwiegenen Themen der Emanzipation und vor allen Dingen auch der Selbstbestimmung insgesamt erneut zu widmen.

Ich betone an dieser Stelle nochmals: Menschen haben ein Recht auf schnelle und wirksame Konzepte. SPD und Grüne sind zunächst einmal verpflichtet, für die Menschen einen Schutzschirm aufzuspannen, der sie vor den Folgen der Finanzkrise und der neoliberalen Lobbypolitik beschützt. Das macht Demokratie glaubwürdig. Tragen Sie die Verantwortung dafür, dass die Menschen akute und nachhaltige Hilfe durch Ihre Regierung erfahren, und zwar nicht erst in Jahren, wenn oder nachdem CDU und FDP ihre Scheuklappen oder sogar politische Bedeutung verloren haben. Erkennen Sie bitte die Mehrheitsoptionen an, werte Kolleginnen und Kollegen.

Wir verstehen es durchaus, dass es vielen Genossinnen und Genossen in der SPD nicht leichtfällt, jemanden neben sich zu wissen, der ihr politisches Agieren kritisch begleitet. Wir respektieren es auch, dass es Ihnen schwerfällt, sich vorhalten zu müssen, als Partei der kleinen Leute fast ausgedient zu haben. Vielleicht führt diese Landesregierung zu etwas anderem.

Wir wollen SPD und Grüne in dieser Hinsicht auch beruhigen: Unsere Interessen gehen weiter, als lediglich ein Korrektiv an Ihrer Ferse zu sein. Wir meinen das, was Sie in der Vergangenheit nur versprochen haben. Damit meine ich nicht nur SPD und Grüne, sondern auch die Parteien dort vorne. Ihnen steht eine politische Kraft gegenüber, die mit jeder Verwertungslogistik auf Kosten der Bevölkerung bricht.

Uns fallen durchaus leise Zwischentöne auf, mit denen in der gestrigen Erklärung weiterhin mit der Profitabilität von Bildungsinvestitionen argumentiert wird. Sie verbleiben damit teilweise in der mangelhaften Analyse der Situation; denn es geht in diesen politischen Feldern nicht nur um Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen. Ja, das darf sogar kein Argument sein; denn es geht um unveräußerliche Rechte der Kinder und Jugendlichen auf bestmögliche humanistische demokratische Bildung und Betätigung in Kita und Schule, in Aus- und Weiterbildung sowie an Universitäten.

(Beifall von der LINKEN)

In diesem Sinne will ich Ihnen unsere Oppositionshaltung und unser Arbeiten erklären. Wir kämpfen auch im Landtag Nordrhein-Westfalen für den demokratischen Sozialismus, für eine Verbesserung der Lebenswelten der Menschen in unserem Land. Daran werden sich die SPD und die Minderheitsregierung im etablierten Fünf-Parteien-System messen lassen müssen.

Meine Damen und Herren, das demokratische Parkett lässt sich nun einmal nicht von denen bestimmen, die bereits darauf herumtanzen. Das sei an dieser Stelle auch einmal in aller Klarheit gesagt. Wenn die Herren und die wenigen Damen bei CDU und FDP meinen, sich hier zu den Hütern der Demokratie aufschwingen zu können, verfehlen sie ihr Ziel gehörig. Es ist Wille der Wähler und Wählerinnen, dass wir Linke hier in diesem Haus sind. Diesen Fakt zu ignorieren, ist eine Ohrfeige gegen den Souverän, gegen die Wahlberechtigten in NRW.

Liebe Kolleginnen und Kollegen – „Kollegen“ fällt mir etwas schwer, aber ich sage es trotzdem – von CDU und FDP, der Automatismus, mit dem Sie in uns Linken ein rotes Tuch sehen, ist meines Erachtens ein zutiefst antidemokratischer Akt. Sie sollten sich dieses ideologischen Fundamentalismus entledigen. Die Mauern im Kopf versperren

Ihnen andernfalls das gestern so oft beschworene Augenmaß nachhaltig.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Sie können sich gerne auf die Rednerliste setzen lassen.

(Beifall von der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, es entspricht der liberalen Tradition wie auch der konservativen Etikette, dass auch dem politischen Gegner Achtung und Würdigung gebühren. Ihre bisherige despektierliche Haltung ist hingegen nicht förderlich für einen demokratischen Diskurs im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung. Wir haben bislang aus Ihrer Richtung ein ordentliches Maß an Polemik und Wut erfahren dürfen. Es ergeht hiermit die Einladung an Sie, uns in der Ausschussarbeit ohne Vorbehalte persönlich kennenzulernen. Lassen auch Sie sich die Chance nicht entgehen, die ein politischer Gegner Ihnen bietet, der auf Grundlage klarer Ideale und Werte agiert, auch wenn es nicht konservative und neoliberale Ideale sind.

Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, werden bei dem, was in der Regierungserklärung gesagt worden ist, nicht nur von diesem Haus in die Verantwortung genommen werden. Ich habe nicht zufällig den Begriff des demokratischen Sozialismus benutzt; denn wir und die Menschen unseres Landes haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie Sie zu dieser Idee stehen.

Sehr geehrte Frau Kraft, Sie haben gestern eine lange Erklärung abgegeben. An einigen Stellen werden wir zusammengehen können, wenn Sie es wollen – aber auch nur dann, wenn sich Ihre Versprechungen nicht wieder im Detail verlieren. Wir wollen Sie und die sozialdemokratischen Abgeordneten mit der verkündeten Leidenschaft für Land und Leute agieren sehen. Dass Sie dabei die Unterstützung der Grünen erhalten werden, darf als sicher gelten. Es liegt an Ihnen, Frau Kraft und Frau Löhrmann, ob ein tatsächlicher Politikwechsel in NRW stattfindet. Nutzen Sie die Zeit, die Sie zur Verfügung haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist interessant!)

Ich bitte Sie: Gehen Sie zum Wohle der Menschen respektvoll und verantwortungsvoll mit dieser Aufgabe um. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Beuermann. – Für die Regierung spricht jetzt Frau Ministerpräsidentin Kraft.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da kommt Herr Papke ja wieder.

(Ralf Witzel [FDP]: Er war die ganze Zeit hier!)

Er ist ja derjenige, der mich und uns gerne dafür kritisiert, dass wir nicht hier sind. Ich fand es gestern hochinteressant, als Sie mich dafür kritisiert haben, dass ich bei der Love-Parade-Debatte nicht an meinem Platz saß, obwohl ich ja da vorne stand.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie haben nicht zugehört, Frau Kraft!)

Nachdem Sie geredet hatten, haben Sie den Saal verlassen. Wenn das Ihr Verständnis von demokratischem Umgang miteinander ist, erklärt sich mir schon einiges.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie haben mir den Rücken zugewendet und nicht zugehört!)

Frau Kollegin Beuermann hat gerade darauf hingewiesen, dass ich eine lange Erklärung abgegeben habe. Ja, ich habe in der Tat eine längere Regierungserklärung abgegeben als mein Vorgänger seinerzeit. Er hat nämlich 1:37 Stunden gebraucht, und ich habe 1:38 Stunden gebraucht. Ich bitte, das zu vielmals entschuldigen.

Interessant ist, dass bei der Debatte über diese Regierungserklärung jeder sagt: Es waren schon viele Worte; aber an dieser Stelle hat noch etwas gefehlt, und zu jenem Punkt hätte man unbedingt noch etwas sagen müssen. – Das ist die interessante Erfahrung, die man in solchen Situationen immer macht.

Ich habe mich heute sehr interessiert mit dem beschäftigt, was Sie in Ihren Beiträgen als Erklärungen und Meinungen zu dieser Regierungserklärung transportiert haben.

Ich würde gerne mit Herrn Kollegen Laumann beginnen. Ihren Ausführungen entnehme ich, dass Sie sich offensichtlich entschieden haben, keine reine Fundamentalopposition zu betreiben. Darüber freue ich mich. Ich glaube, dass wir gut daran tun, Probleme gemeinsam zu lösen. Ich habe bei Ihnen auch einiges an gemeinsamen Themen entdecken können, also Punkte, bei denen Sie sagen: Ja, da wäre es gut, wenn wir eine gemeinsame Position erreichen könnten. – Sie haben die Inklusion, den Maßregelvollzug und auch die Integration genannt. Sie haben angeboten, dass wir gemeinsam daran arbeiten, diese Probleme zu schultern und sie zu lösen. Vieles von dem wird sehr viel Geld kosten.

Überrascht hat mich, dass Sie mit keinem Wort auf den Präventionsgedanken, dem ich gestern in meiner Rede breiten Raum gewidmet habe, Bezug genommen haben. Sie haben gesagt: Zusammenhalt und Gerechtigkeit, Zusammenhalt in der Gesellschaft – ich kann es nicht wortwörtlich wiedergeben, weil mir der Text nicht vorlag –, dafür ist die wichtigste Basis Gerechtigkeit. Und Gerechtigkeit ist nur durch Teilhabe zu erreichen.

In der Tat. Aber die Frage ist doch nicht, wie wir Teilnahme sozusagen nur durch Aufstockung von Soziallasten erreichen können, sondern auch, wie wir durch Prävention verhindern können, dass viele Menschen erst in kritische Situationen geraten. Dieser Aspekt ist und bleibt für mich ganz zentral, ich komme darauf gleich noch zurück.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Den einen oder anderen Punkt muss ich aber auch kritisch anmerken. Sie haben hier heute versucht, ein bisschen Geschichtsklitterung zu betreiben. Herr Laumann, Sie waren in den Sondierungsgesprächen dabei. Sie waren dabei, als es um das Thema Bildung ging. Und Sie waren dabei, als wir von SPD-Seite sehr deutlich gesagt haben: Wir wissen, dass wir, um Mehrheiten in diesem Haus zu finden, unsere Positionen zur Bildungspolitik verändern müssen. Und diese Position – auch das wissen Sie – kann dann am Ende nicht die Position einer SPD sein, die auf einem Landesparteitag beschlossen worden ist.

Uns war das sehr klar, das haben wir auch in den Sondierungsgesprächen zum Ausdruck gebracht. Sie waren nicht bereit, sich in diesen Runden auch nur einen Millimeter zu bewegen. Das war einer der wesentlichen Gründe, warum diese Sondierungen nicht erfolgreich waren.

(Beifall von der SPD)

Interessant war auch, wie Sie Bezug auf die Neu- bzw. Umressortierung in der Landesregierung genommen haben. Ich glaube, ich habe gestern deutlich gemacht, dass wir versuchen, Ressortgrenzen zu überwinden, und vernetztes Denken in den Vordergrund stellen wollen. Das wird für manche von Ihnen neu sein. Das wird auch zu Veränderungen führen, wenn etwa ein anderer Minister mit in einen Ausschuss hineingeht. Aber ich glaube, dass wir mit diesem starren Ressortdenken, wie es vorher vorhanden und lange tradiert war, heute an vielen Stellen einfach nicht mehr weiterkommen. Das ist ganz bewusst so gemacht.

Und wenn Sie dann sagen, es wäre schön oder an der Zeit gewesen, ein eigenständiges Integrationsministerium zu machen, ...

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Wir hatten ein sehr starkes!)

– Sie hatten kein eigenständiges Integrationsministerium, Herr Kollege Laumann. Bleiben wir bitte dabei, wie die Bezeichnung des Ministeriums von Herrn Laschet lautete. Ich habe noch mal nachgesehen: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration. Das neue Ministerium heißt Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales. Anders als Sie haben wir in der Spitze eine Staatssekretärin, die selbst Migrantin ist – das ist ein Fortschritt für unser Land, und davon erhoffe ich mir sehr viel.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn wir schon beim Thema Integration sind: Frau Beuermann, ich kann vieles von dem unterstützen, was Sie dazu gesagt haben. Es geht eben nicht mehr nur um warme Worte. Der Kollege Laschet kommt gerade passend. Er hat vieles versucht, aber erkennbar hat er ja in den vergangenen Jahren nicht immer den Rückhalt in der eigenen Partei gehabt. Das war deutlich zu spüren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Armin Laschet [CDU]: Natürlich!)

– Doch, das haben wir doch alle gemerkt. Gehen wir einmal ein Stückchen aus diesen Wahlkampfschützengräben heraus. Wenn wir hier weiter vorankommen wollen – und ich glaube, wir wollen nicht nur, wir müssen es auch –, dann brauchen wir hier klare, neue Positionierungen. Deshalb wollen wir ein Integrationsgesetz auf den Weg bringen. Und wenn wir über Teilhabegerechtigkeit reden, Herr Kollege Laumann, auch in diesem Bereich, dann geht eine Teilhabe für Migrantinnen und Migranten nur durch die Einführung eines kommunalen Wahlrechts; das gehört dann mit dazu, weil es ein wichtiges Symbol ist, auch in diese Community hinein.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und
von der LINKEN)

In Ihrem zweiten Block haben Sie über Bildung und Teilhabechancen geredet. Da gab es eine Menge Übereinstimmungen. In der Analyse – ich stelle das ja immer wieder fest, das war auch in den Sondierungsgesprächen mit allen Parteien hochinteressant – sind wir uns ja alle einig. Dass das, was wir da im Bildungsbereich haben, ungerecht ist, dass es eine soziale Auslese in unserem Bildungssystem gibt, bestreitet in diesem Haus – das kann ich nach den Sondierungsgesprächen und jenseits aller Wahlkampfpolemik sagen – niemand mehr. Die Frage ist: Wie kommen wir dahin?

Dann gehört es dazu – Sie haben das angemahnt –, auch ehrlich zu sein. Ehrlich in dem, was man sagt, und was man bei den anderen auch hört. Es hilft uns nicht weiter, wenn Sie sich auf den Parteitagsbeschluss der SPD beziehen. Jetzt gilt der Koalitionsvertrag von Rot-Grün. Wir mussten unsere Position verändern.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Ja, das ist so, wenn man Koalitionen eingeht. Das ist der Weg, den wir jetzt gehen wollen – der natürlich auch der Situation einer Minderheitsregierung geschuldet ist; auch das gehört dazu –, dass wir Ihnen klar signalisieren: Wir sind gesprächsbereit. Wir wollen mit Ihnen gemeinsam einen Schuldfrieden herstellen, der sicherstellt, dass die soziale Ungerechtigkeit in unserem Bildungssystem beseitigt wird, damit mehr Kinder bessere Abschlüsse

machen. Das ist unser Angebot, und das steht, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Um es noch einmal klar zu sagen: Wir wollen Gemeinschaftsschulen möglich machen. Das ist eine Politik der Ermöglichung, das haben wir oben drübergeschrieben. Sie wollen ja auch – das hört man ja zwischen den Zeilen – so ein bisschen Ascheberg. Da lohnt es sich, auch mit denen einmal zu sprechen. Ascheberg wäre mit den Regelungen, die Sie hatten, nicht klargekommen.

(Armin Laschet [CDU]: Natürlich!)

Ascheberg möchte gern die gymnasialen Standards, die sind denen wichtig. Deshalb wollen sie eine Gemeinschaftsschule werden und nicht das Konstrukt, was Sie sozusagen in Ihrem Schulgesetz noch möglich gemacht haben. Deshalb brauchen wir hier den Schulversuch.

Dann kann ich auch noch auf die Kollegin Beuermann eingehen. Ich hoffe, dass das bisher nicht unklar geblieben ist, Frau Beuermann: Es ist auch weiterhin möglich, Gesamtschulen zu gründen – ausdrücklich. Das werden wir nicht behindern. Aber wir sollten noch einmal darüber reden, wo eigentlich der Unterschied zwischen Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen liegt.

Wir sollten auch darüber reden, dass wir uns zualterererst verpflichtet haben, es rückgängig zu machen, dass Gesamtschulen in Ihrer Regierungszeit daran gehindert worden sind, Ganztags zu machen, um sie sich nicht wirklich entfalten zu lassen. Das werden wir rückgängig machen, damit der Ganztags hier sofort möglich wird. Das ist es, was die Menschen vor Ort von uns erwarten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Kollege Laumann, Sie reden davon, dass wir Dinge zurückdrehen, die Ihre Regierung in den letzten fünf Jahren vorangebracht hat. Herr Kollege Papke hat das auch angesprochen. – Ja, wir haben auch Dinge im Wahlkampf versprochen, an deren Einhaltung wir gemessen werden. Das ist für Sie jetzt eine harte Phase, das sehe ich völlig ein. Dass wir mit den Mehrheiten, die wir dafür in diesem Landtag bekommen, ...

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Mit den Linken!
Mit der Linkspartei!)

– Ja, aber wir werden sie auch mit Herrn Laumann in vielen Punkten des Arbeitsmarkts und der Kommunalpolitik bekommen; da seien Sie mal ganz ruhig. Dazu brauchen wir an manchen Stellen auch die CDU. Ich bin froh, wenn Sie mit ins Boot gehen, wenn es endlich darum geht, die Kommunen in diesem Land wieder besserzustellen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie müssen sich doch vor Ihren Kommunalpolitikern für das rechtfertigen, was ein liberaler Innenminister nach vorne getragen hat. Wir kennen doch die Debatten.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Natürlich will ich die; ich habe es doch gerade gesagt. Ich baue doch sogar darauf.

(Zuruf von der SPD – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

– Ich bitte Sie. Die Menschen da draußen erwarten von uns, dass wir irgendwann mit diesen Wahlkampfphrasen aufhören. Herr Kollege Papke, das war unerträglich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie zitieren mich mit dem, was ich vorher zur Linkspartei gesagt habe. Ich habe gesagt, ich halte sie weder für regierungs- noch für koalitionsfähig, und ich stelle nur sachlich fest: Sie ist weder Regierung noch ist sie Bestandteil der Koalition. Wie Sie daraus einen Wählerbetrug konstruieren wollen, das müssen Sie mal irgendjemandem erklären. Ich kann das jedenfalls nicht erklären. Das ist doch alles völlig verrückt, was Sie uns da erzählen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, wir müssen ein paar Dinge verändern, die Sie auch aus Sicht der Menschen nicht richtig gemacht haben. Sonst hätten Sie nicht ein Ergebnis von minus 10. Sonst wären Sie als Regierung nicht abgewählt worden. Das ist doch logisch, und es hat nicht, wie ein Kollege vorhin immer zwischengerufen hat, nur an Berlin gelegen. Ich wäre sehr dankbar dafür, wenn Sie in Ihren Parteien nicht nur über zukünftige Personalstrukturen reden würden, sondern vielleicht auch darüber, was an inhaltlichen Positionen überarbeitet werden könnte.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich freue mich darauf, dass wir dann auch miteinander darüber reden können, was sich daraus an Positionen ergibt. Ich glaube, da ergibt sich eine Menge an potenziellen Gemeinsamkeiten, allein wenn ich daran denke, dass in Ihrem Beitrag, Herr Laumann, die Hauptschule plötzlich anders als in der gesamten Legislaturperiode gar nicht mehr die Rolle gespielt hat. Vielmehr beklagen Sie jetzt auf der anderen Seite, bei uns hätte es immer eine Bevorzugung von bestimmten Schulformen gegeben. Wenn ich einmal daran erinnern darf: In den letzten fünf Jahren haben Sie die Hauptschule massiv bevorzugt.

(Beifall von der SPD)

Im Übrigen war das der Bestandteil Ihrer Politik, gegen den die Eltern mit den Füßen abgestimmt haben. Das muss man doch einfach realistisch zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vielleicht sollten Sie sich auch den Realitäten stellen, was Studiengebühren und Schulsituation insgesamt angeht. Sie sagen, es sind akzeptierte Projekte, und es gäbe überhaupt keinen Widerstand gegen Studiengebühren. Ich weiß nicht, wo Sie bei den Demonstrationen waren, die hier im ganzen Land stattgefunden haben.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Michael Aggelidis [LINKE])

Es müssen doch auch Ihre Leute sein, Herr Laumann, gerade in der CDA. Das sind doch nicht diejenigen, die ganz wenig Geld haben, sondern diejenigen, die als Facharbeiter ein normales Einkommen haben. Wenn die zwei Kinder im Studium haben, sind die am Ende. Deshalb darf das mit den Studiengebühren nicht weitergehen. Sie sind eine Hürde, und wir brauchen keine Hürden im Schulsystem und im Studiensystem, sondern wir brauchen mehr junge Menschen, die studieren. Das ist doch der Punkt.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Herr Kollege Laschet, schauen Sie doch einmal unverstellt auf die Statistiken! Ja, die absolute Zahl der Studienanfänger hat zugenommen.

(Zuruf)

– Eben nicht. Die relative Zahl, der Prozentsatz eines Jahrgangs, der zum Studium geht, hat nicht zugenommen. Wir haben sehr viele Studierende in Nordrhein-Westfalen, lieber Herr Kollege, die aus anderen Bundesländern kommen.

(Armin Laschet [CDU]: Was ist das für eine Logik?)

Bekanntlich bilden wir ein Viertel der Studierenden Deutschlands aus. Wenn Sie bei uns verfolgen, wie sich die Jahrgänge entwickeln, gehen weniger junge Menschen zum Studium. Diese Geschichten kennen wir doch alle. Nein, wir wollen keine soziale Auslese im Bildungssystem – weder bei der Kita noch bei der Hochschule. Deshalb werden wir das umsetzen, und deshalb werden wir das zurückführen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dass Sie uns jetzt vorwerfen, lieber Herr Kollege Laumann, wir würden mit dem, was wir bei Schule vorhaben, Unruhe in die Schulen tragen, ...

(Zuruf von der CDU: Die ist schon da!)

– Eben, die ist schon da. Danke für den Zwischenruf.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie ist nämlich – das ist einer der wesentlichen Punkte – durch die Umsetzung von „G8“ schon da. Sie können hier nicht sagen, wir hätten damals „G8“ gewollt. Bleiben Sie redlich! Sie wissen, dass wir

„G8“ technisch ganz anders umsetzen wollten. Das ist der Unterschied für die Fachleute zwischen neun plus drei Schuljahren und zehn plus zwei Schuljahren. Sie haben es umgestellt, weil Sie den Bayern blind gefolgt sind, und die Eltern, die Schüler sowie die Lehrerinnen und Lehrer leiden bis heute unter dieser Fehlentscheidung.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist doch die Wahrheit. Da ist doch die Unruhe in den Schulen. Leider werden wir das nicht mehr in Gänze umstellen können. Das kriegen wir ja gar nicht mehr hin. Aber auf uns lastet der Druck. Sagen Sie mir doch nicht, Sie kriegten keine Mails von den Eltern, die es satt haben, dass ihre Kinder in „G8“ hineinmüssen, wenn sie am Gymnasium angemeldet werden. Das sind doch auch Ihre Wählerinnen und Wähler. Die wollen nämlich, dass nach wie vor möglich ist, was in diesem System nicht mehr geht, dass ihre Kinder in der Elf für ein Jahr ins Ausland gehen, und sie sagen: Bitte, bitte, schafft uns die Möglichkeit, dass es auch Gymnasien mit „G9“ gibt!

(Karl-Josef Laumann [CDU] schüttelt mit dem Kopf.)

Deshalb wollen wir diese Veränderung auf den Weg bringen, weil es der Wille der Eltern ist, der da zum Ausdruck kommt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Laumann, wenn das nicht der Wille der Eltern ist, wird sich die Schulkonferenz dagegen entscheiden. Das ist doch ganz simpel. Insofern lassen wir ihnen Zeit bis Jahresende, sich zu entscheiden mit der Schulkonferenz, ob „G8“ oder „G9“. Das ist eine faire Variante. Wir wollen für die Eltern, die möchten, dass ihr Kind auf ein Gymnasium geht – die Position müssten Sie doch eigentlich vertreten – und trotzdem „G9“ macht, diese Möglichkeit schaffen. Darum geht es, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

In dem zweiten Teil Ihrer Rede, lieber Kollege Laumann, sollte es um Industriepolitik gehen. Ich bin etwas betroffen, dass ich gehört habe, dass sich die Industriepolitik des Landes ausschließlich mit dem Problem Datteln beschäftigt. Wenn das die gesamte Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen ist, wäre das in der Tat schrecklich. Sie haben gesagt, man muss Datteln politisch entscheiden. Datteln ist politisch entschieden gewesen. Das war nicht das Problem. Das Problem war die mangelhafte Verwaltung, die bei Ihrer Regierung das Projekt angreifbar gemacht hat. Es lohnt sich – und ich rate es jedem –, sich das Urteil des Verwaltungsgerichtes in dieser Sache noch einmal anzuschauen. Die Ursache liegt im Verwaltungshandeln Ihrer Regierung. Ich kann es nicht ändern.

Dieses fehlerhafte Handeln ist vom dortigen Gericht gerügt worden. Und dann haben Sie es durch diese „Lex E.ON“ noch schlimmer gemacht. Die hat nun wirklich vollständig geschadet. Jetzt von uns zu verlangen, dass wir das, was nun bei Gericht liegt, auf das sich die ganzen Proteste berufen und was die Verwaltung verursacht hat, zurückdrehen sollen, ist mit Verlaub eine schäbige Nummer, die Sie hier abliefern. Das kann so nicht wahr sein.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Der wesentliche Punkt in Ihrer Beschäftigung mit der Regierungserklärung war – das hat mich nicht überrascht – „Haushalt und Schulden“. Deshalb danke ich hier für die Gelegenheit, das noch einmal ein wenig auseinanderzudröseln. Gestern hatte ich dafür nicht ganz so viel Zeit, denn es war mir schon wichtig, auch die anderen wesentlichen Bereiche in einer Regierungserklärung, die auf fünf Jahre ausgerichtet ist, zu benennen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

In dem Nachtragshaushalt 2010, meine Damen und Herren, wird es zu einer Rekordverschuldung kommen. In diesem Nachtrag – der wird nach dem jetzigen Stand der Erkenntnis so bei neun Milliarden liegen – sind keinesfalls unsere politischen Projekte enthalten, um das deutlich zu sagen. Er beinhaltet weder die Abschaffung der Studiengebühren – deshalb können wir das auch nicht eher durchführen – noch die Beitragsfreiheit der Kitas noch den Stärkungspakt Stadtfinanzen.

Diese Erhöhung kommt vielmehr wie folgt zustande – da muss man sich Ihre mittelfristige Finanzplanung einmal auf der Zunge zergehen lassen; ich habe hier wunderbare Grafiken, die stelle ich Ihnen nachher zur Verfügung –:

(Die Rednerin hält nacheinander drei verschiedene Grafiken hoch.)

Das ist der Anstieg der Nettoneuverschuldung nach der mittelfristigen Finanzplanung. Das ist der Anstieg der Neuverschuldung, wenn man die Steuermindereinnahmen, die Sie ja seit Mai bereits kannten, hinzunimmt. Das ist der Anstieg mit den zusätzlichen Belastungen, von denen wir wissen, dass sie durch die WestLB auf uns zurollen.

Dann möchte ich von Ihnen einmal wissen, wo denn Ihr Weg gewesen wäre. Ich bin sehr gespannt darauf, was Sie in den Haushaltsberatungen dazu sagen, wo denn Ihr Weg mit dieser mittelfristigen Finanzplanung gewesen wäre, um nur annähernd den Weg Richtung Nullschuldengrenze einzuschlagen. Das hätte ich gerne einmal von Ihnen gewusst, Herr Kollege Laumann. Darauf bin ich sehr gespannt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Dazu können Sie nichts sagen, weil Herr Linssen weg ist!)

Sie haben in Ihrem Beitrag auch noch darauf hingewiesen – den Satz habe ich mir auf der Zunge zergehen lassen –, Sie hätten den Konsolidierungsweg eingeschlagen; das war der Begriff von Herrn Papke. Und Sie, Herr Laumann, haben sich sogar dazu verstiegen zu sagen, Sie hätten mehr eingenommen als ausgegeben.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Ich empfehle Ihnen sehr eine Durchsicht der Statistiken.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Klar!)

– Ja. Ich kann Ihnen die ganze Nettoneuverschuldung von 2005 an auflisten. Ich mache das dann auch: 2005: 6,656; 2006: 3,240; 2007: 1,864; 2008: 1,15; 2009: 5,643, 2010 bis zur Amtsübergabe: 6,576. Das ist Neuverschuldung. Sie haben in diesem Land keine Schulden abgebaut. Bitte gehen Sie doch auch dahin und seien Sie ehrlich! Das gehört doch zur Wahrheit dazu.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Dann seien Sie doch auch ehrlich, was den Stellenabbau angeht. Sie haben doch nun die Chance. Jetzt sitzt der ehemalige Ministerpräsident auch gerade nicht neben Ihnen. Insofern müssen Sie keine Rücksicht nehmen. Schauen Sie auf die Zahlen und Daten! Das gilt auch für Herrn Kollegen Papke, weil Sie ja glauben, ich hätte Sie hier für die gigantischen Haushaltserfolge, die Sie erzielt haben, loben müssen. Die Wahrheit im Haushalt ist eine etwas andere. Die Wahrheit im Haushalt heißt nämlich, dass Sie in der letzten Legislaturperiode 20,3 Milliarden € mehr Steuern eingenommen haben und nur 4,3 Milliarden € weniger Neuverschuldung produziert haben.

Ich finde, das zeigt schon deutlich, dass die Konsolidierung jedenfalls nicht in dem Maße vorangeschritten ist, wie Sie uns hier immer glauben machen wollen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Ministerpräsidentin, würden Sie ...

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Ich würde das jetzt gerne einmal zu Ende führen.

Ich baue Ihnen jetzt einmal eine Brücke. Wenn wir gemeinsam sagen, das ist schwierig, und das war auch in dieser Phase schwierig, obwohl Sie zumindest in der ersten Hälfte der Legislaturperiode gigantische Steuermehreinnahmen hatten,

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

und wenn wir dann sehen, dass das mit dem Stellenabbau ganz offensichtlich auch schwierig war, und wir alle erinnern uns daran, dass Sie eine Kommission eingesetzt haben, die Ihnen geraten

hat, dass Sie Tausende von Stellen streichen sollen, dann schauen wir uns einmal das Ergebnis der letzten fünf Jahre an. Ich habe hier die Stellenentwicklung 2005 bis 2010. Sie haben eine Stellenzahl von 324.427 übernommen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja!)

Sie haben Stellenabgänge von insgesamt 14.303 produziert. Sie haben aber 11.889 neue Stellen geschaffen.

(Karl-Josef Laumann [CDU] und Armin Laschet [CDU]: Das sind neue Lehrerstellen!)

– Ja, nun warten Sie doch einmal. Ich will Ihnen doch gar nichts. Warten Sie doch erst einmal ab. – Die Differenz, das stelle ich nur sachlich fest: Wir haben 2010 ...

(Zurufe von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Können wir noch einmal sachlich bleiben? Das ist mir wichtig. – Wir haben 2010 im Vergleich zu 2005 insgesamt genau 2.416 Stellen weniger Stellen als 2005.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Davon aber 8.000 neue Lehrerstellen!)

Das sind 480 Stellen pro Jahr. Das ist nicht das, womit Sie einen Landeshaushalt auf Dauer saniert kriegen.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das ist unglaublich!)

Wenn wir uns da nur einig sind! Das sind nämlich 0,7446 %. Jetzt haben Sie einiges an Stellen ausgegliedert. Lieber Herr Kollege Papke, Sie haben das ja alles noch einmal aufgelistet. 138 Landesbehörden haben Sie aufgelöst.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Nun warten Sie doch einmal ab, ich bin doch auf Ihrer Seite. Ich kritisiere Sie dafür nicht. Das verstehen Sie völlig falsch.

(Zurufe von Karl-Josef Laumann [CDU] und Armin Laschet [CDU])

Ich kritisiere Sie dafür gar nicht. Lassen Sie mich doch einmal zu Ende reden. Vielleicht können wir uns da ein bisschen annähern. Ich kritisiere Sie gar nicht dafür. Ich stelle das nur sachlich fest.

(Weitere Zurufe von Karl-Josef Laumann [CDU] und Armin Laschet [CDU])

– Was ist falsch festgestellt? Die Zahlen sind aus dem Haushalt.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: 8.000 neue Lehrerstellen!)

– Ja, ich habe Ihnen auch gesagt, Sie haben 11.889 neue Stellen geschaffen. Das habe ich Ihnen gesagt.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

– 13.611 exakt. Deshalb haben Sie 2010 im Saldo 2.416 Stellen weniger als 2005 bei einer Gesamtstellenzahl von 324.427. Das macht 0,745 %, die Sie abgebaut haben. Mehr stelle ich doch sachlich erst mal gar nicht fest.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

– Das ist nicht falsch, das sind die Zahlen des Haushalts. Auch wenn die Zahlen für Sie bitter sind – sie sind nicht falsch.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Da waren auch neue Lehrerstellen drin!)

– Ich habe Ihnen doch gesagt, dass Sie neue Stellen dabei haben.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

– Entschuldigung, es geht hier um Stellen, nicht um Finanzierung. Ich rede über Stellen. Wir reden doch darüber, dass die allgemeine Haushaltssanierungsvorgehensweise war – das habe ich gestern dargestellt –: Wir streichen Stellen im öffentlichen Dienst und kürzen insbesondere im Sozialbereich, und dann werden wir eine Haushaltssanierung erreichen.

Ich halte fest: Sie haben a) nicht gekürzt, sondern Sie haben über den gesamten Zeitraum neue Schulden gemacht, und Sie haben b) auch nicht wirklich markant Stellen abgebaut.

Ich kritisiere Sie nicht dafür. Denn wenn Sie Lehrerstellen geschaffen haben, hatten Sie uns auch an Ihrer Seite.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Aber ich glaube, das müssen wir hier einmal festhalten. Ich finde es wichtig, das festzuhalten. Denn das führt mich zu der grundsätzlichen Frage: Wie kommt man zu einer Haushaltssanierung, wenn offensichtlich dieser Weg schon über – man kann schon fast sagen – Jahrzehnte in Deutschland gegangen worden ist?

(Lachen von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Wir sind nicht das einzige Land, in dem das immer wieder an der Tagesordnung war, wo immer wieder eine Regierung angetreten ist und gesagt hat: Wir sparen 10.000 Stellen ein, und wir kürzen Millionen € im Landeshaushalt.

Ich habe noch einmal genau nachgedacht, Herr Laumann. Vielleicht können Sie mir helfen. Wo waren Ihre großen Einsparungen im Haushalt? An welchen Stellen, welche plakativen Projekte? Herr Papke hatte früher, als er noch Opposition war, die Einsparungen bei den Kohlesubventionen. Die sind durch den Kohlekompromiss dann anders geregelt worden.

Sie haben die großen Blöcke, die Sie jetzt von mir in meiner Regierungserklärung erwarten – um es Ihnen deutlich zu machen: natürlich werden wir auch Einsparungen im Haushalt vorlegen –, selbst in Ihrer Regierungszeit leider überhaupt nicht erbracht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU]: Sie versuchen es ja nicht mal! – Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

– Nein, Herr Kollege Papke, Sie haben 138 Landesbehörden aufgelöst. Sie haben gesagt, Sie hätten eine erhebliche Konsolidierung des Landeshaushalts vorangebracht. Das habe ich Ihnen gerade, glaube ich, widerlegen können.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Nein! – Günter Garbrecht [SPD]: Nur Schrauber wart ihr!)

– Ja gut, dann können wir das bei Gericht austragen oder wo auch immer.

Ich glaube, die Menschen in diesem Land sind sehr viel weiter als wir alle. Denn die begreifen, dass dieser Weg nicht wirklich dahin führt, wo er uns alle hinführen muss, damit wir die zukünftigen Generationen nicht mehr belasten.

138 Landesbehörden – das kann ich Ihnen nicht ersparen. Vieles davon haben Sie ja rekommunalisiert. Das sind die Hühner, von denen Herr Kollege Finanzminister in den letzten Wochen immer wieder gesprochen hat. Er hat dieses fantastische Bild gefunden. Er hat deutlich machen können, dass Sie, um Ihren Garten sauber zu halten, die toten Hühner über den Zaun geworfen haben,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

damit Sie die Latte der Neuverschuldung von Rot-Grün von 2005 nicht reißen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da liegen sie jetzt!)

– Die liegen da leider nicht nur, Herr Kollege Sagel. Die kommen jetzt einzeln noch verwester zurückgeflogen.

(Heiterkeit von der SPD)

Und eines dieser Hühner – wenn ich das mal so despektierlich sagen kann – ist die Entscheidung des Gerichts, dass Stellen, die wir mit dieser Verlagerung an die Kommunen gegeben haben, jetzt wieder zu uns zurückkommen können, weil das alles nicht rechtmäßig war. Das ist nur eines der Hühner.

Ich kann Ihnen aber noch mehr davon nennen: die Einheitslastenabrechnung, verfassungsrechtliche Verfahren haben Sie nicht mehr in den Haushalt eingestellt, das GFG bei den Kommunen, die Wiederbeteiligung an der Grunderwerbsteuer, die Rücknahme der Befrachtung des GFG, die gutachterlich bereits festgestellte Versorgungslücke, die wir mit 110 Millionen € auffüllen müssen, oder die Lehrerlücke, die Sie selbst in den letzten Jahren

produziert haben, bei der wir Ihnen genau nachweisen können, wo die Stellen gar nicht besetzt waren, weil das Geld damit nicht verbunden war.

Und die Investition, lieber Herr Kollege Laschet, der Investitionsstau, den wir jetzt bei U3 haben, ist noch ein solches Huhn, das zurückgefliegen kommt.

(Armin Laschet [CDU]: Was denn?)

Kollegin Schäfer übernimmt das Amt, und das Erste, was sie erteilt, sind die Klagen der Kommunen, die jetzt vor Bauruinen stehen.

(Armin Laschet [CDU]: Das stimmt doch nicht! Das ist doch Unsinn!)

Sie haben zugesagt, dass für U3 schon mal gebaut werden soll, Sie würden es finanzieren. Aber im Haushalt war leider das Geld nicht vorhanden. Das ist auch ein solches Huhn, das zurückgefliegen kam.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn wir das jetzt alles übereinanderlisten, mittelfristige Finanzplanung Ihrer Regierung für 2011, müssen wir die Dinge, die ich gerade genannt habe, in den Nachtrag 2010 packen. Das ist nur eine Begradigung dessen, was Sie uns sozusagen hinterlassen haben und wovon Sie wussten, dass diese Zahlungen auf uns zukommen.

Der dickste Brocken dabei ist die viel beredete WestLB. Jetzt sagen Sie: Sie dürfen da jetzt keine Rücklage bilden, denn Rücklagen machen den Haushalt verfassungswidrig. Wunderbare Diskussion. Sie haben doch auch eine Rücklage für die WestLB gemacht, Sie haben sie nur nicht groß genug gemacht. Das ist das Problem, mit dem wir jetzt zu kämpfen haben, sonst hätten Sie nämlich die Latte der höchsten Neuverschuldung gerissen. Das war der Grund dafür.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU]: Aus Steuereinnahmen, nicht aus Schulden! – Zuruf von Ministerin Barbara Steffens)

Die Vermutung, die Sie äußern, ist, wir würden uns jetzt einen Sparstrumpf anlegen. Die Debatte kenne ich ja. Lassen Sie uns nicht in diese Gräben verfallen. Dieser Sparstrumpf ist kein Sparstrumpf. Ich kann dazu eine Aussage eines werten Kollegen aus Sachsen heranziehen.

Ich zitiere:

„Späte Rechnung für die Sachsen LB

Die sächsische Landesregierung rechnet wegen ihrer ehemaligen Landesbank offenbar mit dem Schlimmsten. In ihrem gerade vorgelegten Haushaltsentwurf ...“

– Herr Papke, die müssen Sie bei der Abfrage vergessen haben. –

„... für die Jahre 2011 und 2012 will die schwarzgelbe Regierung nicht nur die bisher bekannten

960 Mio. Euro in einen entsprechenden ‚Garantiefonds‘ einzahlen.“

Sie braucht für die Rettung ihrer ehemaligen Landesbank jetzt noch einmal rund 1,8 Milliarden €.

Ich habe gerade mit Entsetzen zur Kenntnis genommen – der Finanzminister hat mir einen Zettel gegeben; das war, während Sie sprachen, aber ich finde es wichtig, dass man eine solche Summe einmal nennt –, dass wir allein in diesem Monat nach den Berechnungen von PIMCO 275 Millionen € für Garantieleistungen zahlen müssen. Das ist die Wahrheit zur WestLB.

(Beifall von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

Dafür wollen wir Rücklagen einstellen. Es muss doch auch in Ihrem Interesse sein, dass wir diese Risiken vernünftig absichern, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, wir machen eine andere Politik aus der Erkenntnis heraus – wenn Sie ehrlich sind, wissen Sie das auch –, dass dieser Weg, den wir alle versucht haben – den haben auch wir versucht –, insbesondere in einem Bundesland nicht funktioniert.

Liebe Frau Beuermann, ich habe eine Regierungserklärung für das Land Nordrhein-Westfalen abgegeben. Ich kann die Steuern auf der Bundesebene in der jetzigen Konstellation nicht erhöhen, auch nicht über den Bundesrat. Deshalb brauche ich das nicht ausufernd in einer solchen Landesregierungserklärung anzusprechen. Aber wir sind doch alle in der gleichen Zwickmühle.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Man muss da Druck machen!)

– Ja sicher mache ich da Druck. Aber das nützt nichts, wenn man nicht regiert. Das ist das Problem. Und über den Bundesrat, Herr Sagel, haben wir leider nur eine verhindernde Mehrheit, keine gestaltende. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da gibt es immer Kompensationen!)

Aber bei den nächsten Landtagswahlen können die Bürgerinnen und Bürger da ja Änderungen mit auf den Weg bringen.

Für mich ist wichtig, dass wir vielleicht einmal in aller Ruhe darüber nachdenken könnten: Wir brauchen einen anderen Weg der Konsolidierung. Der bisherige ist überall versucht worden. Er war nur in den Jahren überhaupt teilweise erfolgreich, in denen es einen konjunkturellen Aufschwung gab. Diese Phasen werden ja leider immer kürzer. Auch das dürfen wir feststellen.

Wir brauchen einen anderen Weg, um wirklich zu einer grundlegenden Konsolidierung unserer Haushalte zu kommen – insbesondere in einem Bundes-

land, das keine oder kaum eigene Steuerhoheit hat. Das heißt, an der Einnahmenseite können wir nichts drehen, jedenfalls nicht maßgeblich. Auf der anderen Seite müssen wir zusehen, die Ausgaben zu senken. Der Weg, den wir bisher versucht haben – Stellen streichen, große Kürzungen von großen Blöcken –, den haben auch Sie in den letzten fünf Jahren nicht geschafft.

Jetzt lassen Sie uns doch in dieser besonderen Situation dieser Regierung einmal darüber nachdenken, wie man mittel- bis langfristig wirklich massiv zu Einsparungen kommt, damit wir die Schuldengrenze tatsächlich noch einhalten können – und nicht wie nach Ihrer mittelfristigen Finanzplanung dramatisch überschreiten. Lassen Sie uns doch gemeinsam darüber reden. Das ist das Angebot.

Ich bin und bleibe zutiefst davon überzeugt, dass wir das nur dann schaffen, wenn wir strukturelle Veränderungen in Gang setzen, und zwar in Richtung Prävention und Vorbeugung, die dafür Sorge tragen, die immensen Kosten, die wir an so vielen Stellen in Form von Reparaturkosten finanzieren müssen, endlich abzusenken. Das ist der richtige Weg, um Haushalte nachhaltig zu konsolidieren. Davon bin ich überzeugt.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Um es noch einmal klar zu sagen: Die Rekordverschuldung, das ist das, was wir bei Ihnen, um es realistisch zu machen, um es wahrhaft zu machen, obendrauf legen müssen. Das ist der Nachtrag 2010. Wir wollen da – ich bitte um Verständnis – bewusst nicht mit Studiengebühren und unserer Politik hineingehen: um das sauber abzutrennen. Das ist einer der Gründe, warum das erst zum Wintersemester klappt. Aber es ist wichtig.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da gibt es noch Alternativen!)

Diese Politik, die wir machen wollen, ist ausgerichtet auf Prävention, auf Bildung, auf die Stärkung unserer Kommunen, weil die im Zentrum von Präventionsbemühungen stehen müssen. Wir wollen, dass unsere Kommunen wieder handlungsfähig sind.

Herr Laumann, über Berlin alleine werden wir das auch nicht erreichen. Auch das Land muss seinen Beitrag dazu leisten. Auch das ist und bleibt wichtig.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, Sie haben gesagt, Sie wollen auch einen starken Staat. Ich möchte ihn auch. Ich möchte mit gutem Gewissen meinem Sohn irgendwann einen Staat hinterlassen, der stark ist. Ich möchte keinen Staat hinterlassen, der in einer verfehlten Haushaltspolitik keine strukturellen Veränderungen in Gang setzt und uns damit langfristig weiter ins Desaster führt. Das werde ich nicht verantworten.

Deshalb müssen wir uns darum bemühen, diese Prävention zu stärken. Wir werden in 2010 die Rekordverschuldung haben, wir werden in 2011 schon wieder nach unten gehen.

(Lachen von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Wir werden dann auf diesem Weg weitergehen.

Noch einmal – ich weiß, dass Ihnen die Zahlen schwerfallen –: Sie wären allein mit Ihrer mittelfristigen Finanzplanung bei über 8 Milliarden € in diesem Land gelandet, wenn Sie drangeblieben wären. 6,7 Milliarden € stehen für 2011 in der mittelfristigen Finanzplanung. Haushaltsanmeldungen lagen vor in Höhe von 800 Millionen € – übrigens vieles unabweisbar, unter anderem auch für die Kommunen. Bei den Steuermindereinnahmen nach der Steuerschätzung Mai, die wir jetzt noch berücksichtigen müssen – ich hoffe, dass sich die Lage verbessert –, liegen sie schon oberhalb von 8 Milliarden €, ohne dass wir irgendetwas dazugetan hätten.

Seien Sie doch bitte realistisch, was diese Daten angeht. Wir sollten uns gemeinsam bemühen, dieses Land haushalterisch auf sichere Füße zu stellen. Daran jedenfalls haben wir einen sehr hohen Interesse, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ein Wort noch, Herr Kollege Laumann, zu den Kommunen. Berlin ist wichtig. Wir sollten und wir werden da, glaube ich, gemeinsam aktiv werden, damit die Dinge, die Sie richtigerweise genannt haben, die ich auch gestern schon in meiner Regierungserklärung vermerkt habe, nämlich die Kosten, die der Bund auf die Kommunen verlagert hat und die den Kommunen die Luft abdrehen, auf den Bund zurückverlagert werden oder dass wir finanziell in diesem Sinne besser ausgestattet werden.

Eines ist mir auch wichtig: Ich habe mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammengesessen. Wir haben eine gemeinsame Erklärung auf den Weg gebracht. Wir wollen nicht, auch nicht im Sinne des von mir beschriebenen Politikstils, dass hier Kommunen gegeneinander ausgespielt werden. Die Situation ist dazu zu ernst, meine Damen und Herren. Das hilft uns nicht wirklich weiter. Wenn Sie sagen, Sie wollten in die Kommunen unterteilen, die gut gespart hätten, und in die, die schlecht gespart hätten, wenn Sie meinen, dass die, die Schulden hätten, auf jeden Fall die seien, die nicht gut genug gespart hätten, dann verkennen Sie die Situation der Kommunen in diesem Land.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Wir wollen den Kommunen helfen, die strukturelle Defizite aufgebaut haben. Dafür lassen wir Kriterien entwickeln. Wir gehen nicht mit der Gießkanne vor. Das wird eine Politik sein, die wirklich an den Stellen hilft, wo ohne diese Hilfe keine vernünftige Ver-

sorgung der Bürgerinnen und Bürger durch die Kommunen mehr möglich wäre. Das ist mir wichtig.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich habe versprochen, dass ich heute ein bisschen Zeit einspare. Deshalb belasse ich es bei diesen Bemerkungen. Mir ist wichtig, dass Sie mitnehmen – Herr Kollege Papke, auch wenn Sie es nicht glauben, es ist ernst gemeint –: Ich gehe hier nicht mit hohlen Phrasen vor, sondern ich sage Ihnen, was die Philosophie unserer Regierung ist. Ich sage Ihnen, worauf sie basiert und welche Daten und Fakten wir zur Kenntnis nehmen und genommen haben, an denen man einfach nicht vorbeireden kann. Ich möchte, dass dieses Land eine gute Zukunft hat. Dafür werde ich gerne sachlich in diesem Parlament streiten. – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Als nächster Redner hat Herr Körfges für die SPD-Fraktion das Wort.

Hans-Willi Körfges (SPD): Liebe Frau Ministerpräsidentin, wir haben gerade ein Beispiel für unterschiedliche Politikstile bekommen. Unsere Ministerpräsidentin hat sehr deutlich gezeigt, dass die neue Landesregierung Probleme im Zusammenhang sieht, Ressortegoismen überwindet und darüber hinaus Interesse daran hat, dass Dinge klar und deutlich auf den Punkt gebracht werden.

Ich nehme auch Herrn Laumann beim Wort. Herr Laumann, Sie haben in Ihrer Einlassung eben dafür geworben, dass wir ehrlich miteinander umgehen. Ich nehme das Ihnen persönlich ab. Dazu gehört dann sicherlich, dass wir bei unserem Herangehen an die Haushaltspolitik die Fakten denjenigen zuordnen, die die Verantwortung tragen und getragen haben.

Herr Kollege Priggen ist heute ganz kurz auf etwas eingegangen. Die von Ihnen kurz vor der Wahl gelieferten Haushaltszahlen lassen sich grob mit der von ihm gewählten Formulierung umschreiben. Fehleinschätzungen und die üblichen Untertreibungen finden sich jährlich wieder. Meine Damen und Herren, Sie haben einfach vergessen, ein paar Dinge zu etatisieren.

Ich denke zum Beispiel an die Kosten für die Kleinkinderbetreuung. Nach unserer Rechnung fehlen dafür 150 Millionen € bei den Kommunen. Sie haben vergessen, in irgendeiner Weise Vorsorge für den aus unserer Sicht nicht unwahrscheinlichen Fall zu treffen, dass auch die erneute Klage der Kommunen betreffend die Einheitslasten erfolgreich ist. Ich erinnere an die Geschichte, die Sie vor dem Verfassungsgerichtshof geliefert haben. Sie haben sich ganz im Gegenteil für die Zukunft sogar

170 Millionen € auf die Guthabenseite geschrieben. Das ist keine Realität. Das ist kein ehrlicher Umgang. Das ist bestenfalls eine Haushaltspolitik, wie man sie sich wünscht. Man muss aber im vom Worst Case ausgehen.

Lassen Sie mich etwas zur Westdeutschen Landesbank sagen. Sie versuchen uns – ich spitze es etwas zu – unterzujubeln, die abgewählte Landesregierung hätte auf die Risiken der WestLB bezogen einen deutlichen Konsolidierungskurs gefahren. Wer das glaubt, kann in den letzten fünf Jahren keine Politik im Parlament von Nordrhein-Westfalen gemacht haben.

Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass Sie überhaupt keinen Plan hatten, wie man an diese Konsolidierung herangeht. Sie hatten keine Vorstellung davon, wie die Risiken der Landesbank überhaupt zu minimieren sind. Wir sind froh darüber, dass jetzt wenigstens eine Limitierung der Risiken zugunsten der Kommunen und der Sparkassenfamilie stattgefunden hat. Das hat doch nichts mit schwarz-gelber Politik zu tun. Das ist im Wesentlichen sozialdemokratischer Vorsorge auf Bundesebene zu verdanken.

Wie Sie in Zukunft mit dem Risikofall WestLB umgehen würden, dazu haben Sie kein Wort gesagt. Das haben Sie uns überlassen. Gegen das, was Sie bisher dazu abgeliefert haben, ist eine Echternacher Springprozession beileibe eine gradlinige Veranstaltung. Sie wussten nicht, ob und zu welchem Zeitpunkt Gespräche – mit welchen Partnern auch immer – nötig waren. Sie haben sich in Richtung Sachsen LB verirrt und dann eine Zusammenarbeit im Bereich der Landesbanken mit Baden-Württemberg in Bausch und Bogen von sich gewiesen. Jetzt drängt die Zeit. Wir als Land Nordrhein-Westfalen haben die Aufgabe, uns bis 2011 in Sachsen „Westdeutsche Landesbank“ aufzustellen.

Ich bin sehr zuversichtlich und froh darüber, dass sich die neue Landesregierung offen und ehrlich dieser Aufgabe stellt und nicht versucht, sich an den Risiken und Fakten vorbeizumogeln, wie Sie es gemacht haben.

Apropos Offenheit und Aufklärung: Ich erinnere an einen gestrigen Tagesordnungspunkt. Ich war es leid, der Finanzpresse kurz vor den Sitzungen des Finanzausschusses zu entnehmen, was uns der abgewählte Finanzminister zur Westdeutschen Landesbank mitgeteilt hat. Auch hier haben wir nun einen neuen Stil erlebt. Frau Kraft hat uns gerade ganz aktuell über eine bedenkliche Entwicklung hinsichtlich der Risiken der ausgelagerten Papiere informiert.

Aufgrund der Informationen, die wir alle gerade bekommen haben, kann ich nur sagen: Vorsorge ist im Sinne der Menschen, die nach uns von den Folgen unserer Politik betroffen sind, allemal besser, als die Augen zu schließen, durchzumarschieren

und sich an alten Mantras festzuhalten, die Sie politisch von sich geben.

Darüber hinaus habe ich voll Freude die Aufregung des Kollegen Papke darüber zur Kenntnis genommen, dass wir in der Kommunalwirtschaft Dinge wieder in Ordnung bringen wollen. Jawohl, wir als die die Koalition tragenden Fraktionen, also Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen, halten es auch unter wettbewerbsrechtlichen Gesichtspunkten für absolut verfehlt, dass die abgewählte Landesregierung unsere kommunalen Unternehmen mit Wettbewerbsnachteilen belegt hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist jetzt keine abstrakte Frage. Es geht nicht um irgendwelche ordnungspolitischen Grundsätze. Es geht darum, dass die Menschen, die für sich eine vernünftige Daseinsvorsorge in Anspruch nehmen können, wollen und müssen, auch die Sicherheit haben, dass die kommunalen Unternehmen funktionieren. Sie benehmen sich zum Teil immer noch – das geht insbesondere in Richtung der FDP und des verehrten Kollegen Papke – wie eine Vorfeldorganisation von ein paar Oligopolunternehmen, die versuchen, die Märkte zu beherrschen. Meine Damen und Herren, so kann man im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes Kommunalwirtschaft nicht organisieren wollen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb stehen wir zu dem, was wir vor der Wahl versprochen haben. Wir werden versuchen – auch in der CDU gibt es eine Reihe interessanter Hinweise –, mit einer breiten Mehrheit zu einer wieder gleichberechtigten Aufstellung unserer kommunalen Unternehmen zu kommen. Denn „Privat vor Staat“ ist gescheitert.

Wenn Sie sich darüber mokieren, dass die Kulturförderabgabe durch das Land genehmigt worden ist, kann ich Ihnen nur zwei Dinge ins Stammbuch schreiben: Diejenigen, die so etwas behaupten, haben womöglich von vielem Ahnung, nicht aber von kommunaler Selbstverwaltung. Wir ermöglichen den Kommunen, die sich für diesen Weg entscheiden, von der Landesregierung zügig die ihnen zustehenden Bescheide zu erhalten.

Es ist Unsinn, dass Kommunen und Staatsunternehmen immer gleichgesetzt werden. Wenn man sich ein bisschen mit Staatsorganisationsrecht auskennt, muss einem doch klar sein, dass zum Beispiel die Stadt Köln nach dem Grundgesetz und dem Kommunalabgabengesetz einen Rechtsanspruch auf die Genehmigung gehabt hätte, was bereits Herr Linssen hätte beachten müssen. Stattdessen fahren Sie eine unsägliche Kampagne gegen eine reine Selbstverständlichkeit.

Meine Damen und Herren, wir wollen es den Kommunen überlassen, ob sie von solchen Mitteln, Einnahmen zu erzielen und gegebenenfalls besondere

Zweckbindungen aufzustellen, Gebrauch machen. Das hat aber auch gar nichts mit der Einführung von neuen Steuern auf Landesebene zu tun. Das ist eine bösartige Unterstellung. Sie wissen das, versuchen aber ganz bewusst, einen falschen Eindruck zu erwecken.

Darüber hinaus ist die Diskussion über den Personalabbau ganz großartig. Wir wissen, dass es richtig und vernünftig ist, in Bildung zu investieren. Jede zusätzliche Lehrerstelle, die nicht nur geschaffen, sondern auch tatsächlich besetzt wird, ist ein Gewinn für die Menschen in unserem Land.

Jetzt aber so zu tun, als hätte die schwarz-gelbe Landesregierung Personalmaßnahmen ergriffen, die zur Konsolidierung beigetragen hätten, ist ein großer Witz.

Ich nenne ein Beispiel: Finanzverwaltung. Meine Damen und Herren, wir bezahlen für Finanzbeamtinnen und -beamte eine Menge Geld, die vor Erreichen der Altersgrenze in Pension gegangen sind. Gleichzeitig fehlt genau die Fachkompetenz in der Finanzverwaltung.

Wir haben uns für den umgekehrten Weg entschieden. Wir wollen die Steuergerechtigkeit stärken und die Einnahmesituation verbessern, indem wir gemeinsam die Voraussetzungen dafür schaffen, dass neue Steuerprüferinnen und -prüfer für Großunternehmen in Nordrhein-Westfalen eingestellt werden, denn Personaleinsatz kann auch etwas sehr Sinnvolles sein.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich weiß, dass das womöglich nicht im Interesse der Unternehmen liegt, die von Teilen des Hauses vorordentlich vertreten werden.

Damit sind wir wieder bei einem Zusammenhang: Wir tun im Augenblick alles dafür, unsere Kommunen vor dem finanziellen Kollaps zu bewahren. Dazu hat Frau Kraft eben sehr viel ausgeführt und intensiv darauf hingewiesen, dass Berlin dabei natürlich eine Rolle spielt.

Aber dass diejenigen, die der kommunalen Familie über fünf Jahre hinweg in einer Größenordnung von mehr als 2 Milliarden € – das war der erwirtschaftete Konsolidierungsbeitrag der alten Landesregierung – in die Tasche gegriffen haben, heute sagen, dass wir eine unseriöse Politik machen, wenn wir der kommunalen Familie einen Teil des zu Unrecht entzogenen Geldes zurückgeben wollen, ist schlechterdings nicht nachvollziehbar.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Körfges, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Laumann zulassen?

Hans-Willi Körfges (SPD): Natürlich, Herr Laumann.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Bitte schön.

Karl-Josef Laumann (CDU): Herr Kollege Körfges, ich möchte Sie fragen, ob Ihnen entgangen ist, dass wir während unserer Regierungszeit rund 8.000 Lehrer mehr eingestellt haben,

(Minister Ralf Jäger: Lehrerstellen!)

als zu Beginn unserer Regierungszeit vorhanden waren. Können Sie sich vorstellen, wie der Landeshaushalt aussähe, wenn wir 8.000 Lehrer mehr eingestellt hätten, ohne in anderen Bereichen der inneren Verwaltung diese Stellen freizuschaukeln?

Was ich damit sagen will: Wir haben uns als Landesregierung bemüht, ...

Hans-Willi Körfges (SPD): Ich glaube, Ihre Frage ist beendet, Herr Laumann. Ich möchte jetzt antworten.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das ist gut!)

Meine Damen und Herren, ich habe eben schon gesagt – vielleicht haben Sie das nicht nachvollzogen –, dass ich für die Ausweisung von zusätzlichen Lehrerstellen dankbar bin und dass das jeder hier im Haus unterschreibt.

(Beifall von Kai Abruszat [FDP])

Ich wäre noch dankbarer, Herr Laumann, wenn die ausgewiesenen Stellen auch tatsächlich besetzt gewesen wären.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE] – Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

An der Stelle möchte ich etwas zu Ihren ach so genialen Personaleinsparungen sagen. Eben ist auf das Urteil des Verfassungsgerichtshofs hingewiesen worden. Dort haben Sie eine richtige Serie hingelegt. Mit einer Art Beschäftigungsprogramm haben Sie es geschafft, den Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen in einer Dauerbeschäftigung zu halten, und zwar sehr erfolgreich: Meiner Einschätzung nach haben Sie mindestens fünf Mal vor dem Verfassungsgerichtshof verloren. Das gilt auch für genau diesen Punkt.

Sie haben nämlich nichts anderes gemacht, als zulasten der Kommunen Aufgaben und Personal zu übertragen. Das Geld aber haben Sie den Kommunen nicht mitgegeben. Jetzt kommt das Personal zurück, und das Problem liegt wieder beim Land. Sie versuchen sich in der Debatte zur Regierungserklärung damit zu rühmen, dass Sie eine hervorragende Verwaltungsstrukturreform betrieben hätten.

Die Abschaffung des Widerspruchs im Verwaltungsverfahren war eine total gigantische Leistung. Sie haben es nämlich geschafft, den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land einen kostenfreien

Rechtsbehelf zu nehmen, und dadurch die Verwaltungsgerichtsbarkeit erheblich belastet, denn die Leute müssen jetzt sofort zum Gericht laufen. Das ist keine Verwaltungsstrukturreform – Herr Laumann, es tut mir leid: Das ist und war Murks.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Horst Becker [GRÜNE]: Bürokratieaufbaugesetz!)

Darüber hinaus will ich noch einmal auf die spezielle Bedeutung unserer Auffassung von konsolidierender Politik eingehen. Ich glaube, dass es absehbar nicht zur Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Hände kommen wird, was schade ist. Im Gegenteil – auch das muss man Ihnen beim Reden über Haushalts- und nachhaltige Finanzpolitik nahebringen –: Sie haben in der Regierungsverantwortung durch Ihre Zustimmung dazu beigetragen, dass dem Land 800 Millionen € und unseren Kommunen 400 Millionen € durch das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz entzogen worden sind. Sie haben nichts anderes gemacht, als zugunsten einer kleinen Klientel von Wohlhabenden Steuergelder zum Fenster hinauszuwerfen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Horst Becker [GRÜNE]: Schuldenfinanziert!)

– Das haben Sie auch noch kreditfinanziert getan; ich bedanke mich, lieber Herr Kollege Becker. – Es fällt schwer, von Ihnen dann auch noch Belehrungen über nachhaltige Haushaltspolitik entgegenzunehmen.

Lassen Sie mich zum Abschluss versuchen – ich möchte den Begriff der Koalition der Einladung nicht überstrapazieren –, auf unsere neue – eigentlich ist der Gedanke gar nicht so neu – Philosophie von nachhaltiger Haushalts- und Finanzpolitik einzugehen. Diejenigen von Ihnen – ich habe eben von einer Kollegin einen Hinweis bekommen –, die beim Sozialforum des VdK waren, haben mitnehmen können, dass Prävention für die Allgemeinheit nicht nur menschlich sinnvoll und gemeinschaftsbildend ist, sondern auch fiskalisch erhebliche Vorteile hat. Das gilt nicht nur für den Landeshaushalt, sondern auch für die Kommunalfinanzen. Man muss sich offen dazu bekennen, dass man das will.

Die wichtigste Investition, die wir leisten können, ist eine Investition in Bildung, in Chancengleichheit, in Integration und in den Abbau von Barrieren beim Zugang zu Bildungseinrichtungen. Das alles kostet sicherlich Geld, meine Damen und Herren. Aber nicht nur wir sind inhaltlich davon überzeugt, dass sich das auf Dauer rechnen wird. Zwischenzeitlich ist auch wissenschaftlich – gerade in der Finanzwirtschaft – Allgemeingut geworden, dass präventive Maßnahmen der öffentlichen Hand auch fiskalisch wesentlich günstiger sind als eine Nachsorge, die die Allgemeinheit bei Jugendhilfe-, Strafvoll-

zugsmaßnahmen und vielem anderem mehr tragen muss.

Insoweit bitte ich darum, dass wir uns die nötige Offenheit auch in den nächsten Monaten gegenseitig zubilligen, dass wir unter Umständen Dinge wie Freiwilligkeit und gesetzliche Verpflichtungen um die Frage ergänzen: Welche mittelfristige nachhaltige Wirkung hat unser gemeinsames Tun? Denn ich bin ganz sicher, dass wir, die Regierungskoalition und alle in diesem Hause, gut damit fahren, den Blick wirklich auf die Zukunft zu richten.

Ich kann verstehen, Herr Laumann – Herr Papke hat sein Pulver offensichtlich schon verschossen und uns verlassen –, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): ... dass Sie die Wunden, die Ihnen die Wählerinnen und Wähler zugefügt haben, erst einmal etwas verheilen lassen müssen. Wir wissen als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass dieser Prozess nicht einfach ist.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Ich kann nur dazu aufrufen, dass Sie vielleicht irgendwann zum Dialog derjenigen zurückkehren, die es gemeinsam anpacken wollen, die Lebensbedingungen auch für künftige Generationen in unserem Land zu verbessern. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Falls noch eine Zwischenfrage vorliegen sollte, bin ich gern bereit, diese zu beantworten.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Genau, Herr Körfges. Herr Laumann hat sich zu einer Zwischenfrage gemeldet.

Karl-Josef Laumann (CDU): Herr Kollege Körfges, ich habe mein Pulver noch nicht verschossen. – Sie haben eben noch einmal gesagt, die Lehrerstellen seien nicht besetzt gewesen. Ich möchte aus der Pressekonferenz von Schulministerin Löhrmann zitieren, die gesagt hat, dass im gesamten Jahr 2010 bis jetzt 6.580 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt worden seien. 674 Stellen seien derzeit nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens noch nicht besetzt, könnten allerdings wieder ausgeschrieben werden. Damit liege die Quote der unbesetzten Lehrerstellen bei einer Gesamtzahl von 152.762 bei nur 0,4 %.

Ich möchte damit festhalten,

(Heike Gebhard [SPD]: Festhalten oder fragen? – Weitere Zurufe von der SPD)

dass Ihre Mär, wir hätten keine Lehrer eingestellt, nicht stimmt. – Jetzt meine Frage: Glauben Sie der Zahl Ihrer Schulministerin oder Ihrer Sinnestäuschung?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Hans-Willi Körfges (SPD): Im Gegensatz zu Ihnen – deswegen habe ich viel Verständnis für die Form der Zwischenfrage – habe ich noch ein bisschen Redezeit.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ach, schön! – Heiterkeit)

Insoweit kann ich mir auch erlauben, ausführlicher darauf einzugehen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das ist sowieso die Beantwortung der Frage!)

Richtig ist, dass ein Teil der Stellen nach wie vor unbesetzt ist. Genauso richtig – damit will ich schließen – ist, dass wir bei Übernahme der Regierungsverantwortung einen noch nicht einmal erfassten Bedarf zum Beispiel bei berufsbildenden Schulen vorgefunden haben, der befriedigt und mit Stellen und Geld belegt werden muss und der den Haushalt auch noch belasten wird.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns darüber einig sind, dass alle ausgewiesenen Lehrerstellen besetzt werden müssen, haben wir Sie hoffentlich an unserer Seite,

(Beifall von Horst Becker [GRÜNE])

wenn es darum geht, die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Sie hätten sich für die Beantwortung der Zwischenfrage alle Zeit der Welt nehmen können, denn sie wird nicht auf Ihre Redezeit angerechnet.

Im Übrigen möchte ich, weil das mehrfach vorgekommen ist, alle Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich bitten, sich noch einmal § 33 unserer Geschäftsordnung zu den Zwischenfragen anzuschauen: „Die Frage ist möglichst kurz zu formulieren.“

In diesem Zusammenhang ist die Sitzungsleitung gehalten, nicht mehr als zwei Zwischenfragen zuzulassen. Daher, Herr Kollege Laumann, hätte ich Ihre dritte Zwischenfrage auch nicht mehr aufgerufen. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Becker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer heute Morgen die Aussprache zur Regierungserklärung der Ministerpräsidentin verfolgt hat, musste zu dem Ergebnis kommen, dass sowohl CDU als auch FDP die Regierung aus einer Position heraus kritisiert haben, die deckungsgleich mit ihren Ausführungen der letzten fünf Jahre war.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Becker, es tut mir leid, dass ich Sie gleich zu Beginn Ihrer Rede unterbrechen muss. Der Kollege Witzel würde gern eine Zwischenfrage stellen.

(Zuruf von der SPD: Jetzt schon? – Hans-Willi Körfges [SPD]: Ihr habt doch noch Redezeit! – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Horst Becker (GRÜNE): Kollege Witzel nicht.

Diese Position war mit dem deckungsgleich, was Sie in den letzten fünf Jahren als Regierung durchgeführt haben. Sie erweckten auf mich jedenfalls den Eindruck, als ob Sie bis jetzt nicht selbstkritisch hinterfragt haben, ob Sie diese Niederlage – es war eine krachende Niederlage, nicht nur bei der CDU, sondern auch bei der FDP; denn die FDP hat im Herbst letzten Jahres, vor ziemlich genau einem Jahr, davon geträumt, die 14 % aus der Bundestagswahl auch bei der Landtagswahl zu erhalten – nicht möglicherweise wegen Ihrer Politik hinnehmen mussten.

Von dieser Niederlage können Sie auch nicht ablenken, indem Sie darauf hinweisen, dass auch Rot-Grün keine Mehrheit hat. Rot-Grün hat zehn Stimmen mehr als Sie. Sie haben nach nur einer Wahlperiode – das ist ausgesprochen selten, kommt so gut wie nie vor – als Regierung die Mehrheit verloren. Sie haben das im Wesentlichen – das war sichtbar, kurz vor der Wahl, als Sie nervös wurden, und kurz nach der Wahl, als Sie nicht wussten, was Sie tun sollten – auf Berlin zurückgeführt. Berlin hat einen Einfluss gehabt. Ich darf Sie aber darauf hinweisen, was Ihre eigene Konrad-Adenauer-Stiftung ausgeführt hat: Berlin und die Krise der Bundesregierung haben bei der Landtagswahl eine untergeordnete Rolle gespielt. Eine herausragende Rolle hat die Bildungspolitik mit 71 % mit weitem Abstand gespielt.

Herr Laumann, Herr Papke, wer sich heute hinstellt und dieser Koalition, die den Kommunen, den Eltern und den Schülern nichts überstülpt, sondern ihnen wirkliche Wahlmöglichkeiten einräumt, vorwirft, sie würde ideologische Schulpolitik betreiben, der hat, wie man so schön sagt, den Schuss nicht gehört. Sie sollten an dieser Stelle noch einmal nachlesen, was Ihnen die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrer Wahlanalyse ins Stammbuch geschrieben hat.

Meine Damen und Herren, ein zweites Feld, auf dem Sie ähnlich versagt haben, ist die gesamte Kommunalpolitik. Das ist das Feld der Kommunalwirtschaft, das ist im Übrigen auch das Feld der kommunalen Finanzen, und das ist das Feld der kommunalen Demokratie.

Zu diesen Feldern möchte ich Ihnen Weniges sagen. – Wer sich hier heute hinstellt und wie Herr Papke die alten tradierten Lieder „Privat vor Staat“ singt, die sich in den letzten Jahren, spätestens seit 2007/2008 in der starken Finanzkrise, als völlig überholt erwiesen haben, der ist nicht fähig, mit den Fragen, die diese Zeit aufwirft, angemessen umzugehen. Er ist auch nicht in der Lage, angemessen mit dem umzugehen, was in den Kommunen in der Praxis abläuft.

Die Kommunen unter Führung von CDU-Bürgermeister, allen voran das CDU-Mitglied Janning, Vorsitzender des Verbands der kommunalen Unternehmen, und dessen Geschäftsführer, Herr Moraing, ebenfalls in der CDU, haben sich unisono gegen den § 107 der Gemeindeordnung gewandt.

Sie wissen, dass es im Zusammenhang mit dem Burgi-Gutachten in Ihrer Koalition einen scharfen Streit über die Frage gegeben hat: Eröffnet man den Stadtwerken wieder mehr Chancen im Wettbewerb, um sie gegen die Oligopolisten bestehen zu lassen, oder nicht? Sie wissen ganz genau, dass Sie das nicht wollten. Sie haben sich dahinter versteckt, dies sei im Bundestag über das Kartellrecht zu regeln.

All das haben Sie wissentlich gemacht, weil Sie Ihre Ideologie befriedigen wollten, angefangen vom Koalitionsvertrag über die letzten fünf Jahre. Sie haben aus dieser abgewählten Position heraus heute nichts anderes zu tun, als diese gleichen Thesen wieder vorzutragen, die kein Mensch mehr hören kann und die der VKU – das sage ich Ihnen voraus – in der Anhörung auch erneut kritisieren wird.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Um Ihr Wort vom politischen Tollhaus aufzugreifen, das auf Sie selber zurückfällt: Es ist ein Stück aus dem politischen Tollhaus, wenn Sie sich in der Schlussphase, im Niedergang Ihrer Regierung und auch jetzt wieder hierhin stellen und von einer Landesschuldenbremse reden, die etwas völlig anderes ist als die Schuldenbremse im Bund, über die man auch trefflich streiten kann; etwas anderes deswegen, weil ein Land eben nicht die gleichen Möglichkeiten hat, Steuern zu erheben, wie eine Bundesregierung.

Diese Bundesregierung, der Sie angehören, für die Sie vor jeder Kamera gestanden haben, als vor der Landesvertretung in Berlin damals verhandelt wurde, ist diejenige, die die kommunale Szene und die Länder mit jeder Maßnahme, die sie im Steuerrecht durchführt, schwächt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Dazu gehört, dass Sie diejenigen sind, die im letzten Koalitionsvertrag vereinbart haben – Sie tragen es bis heute wie eine Monstranz vor sich her –, dass Sie die Gewerbesteuer nicht erhalten, schon gar nicht verbreitern, sondern abschaffen wollen, ohne zu sagen, durch was Sie sie ersetzen wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist die Situation, in der Sie eine Schuldenbremse des Landes fordern, etwas Unverantwortliches vor dem Hintergrund, dass die Länder fast keine eigenen Einnahmen haben. Der Bund kürzt uns sukzessive unsere Anteile bei der Steuer. Die Kommunen haben kein Geld und gehen Stück für Stück in Nothaushalte und bilanziell pleite. Und da wollen Sie dem Land eine Schuldenbremse mit der Folge verordnen, dass die kommunale Familie wie im Fokus, wie in einem Brennglas noch weiter in die Verschuldung getrieben wird?

Das ist nichts anderes als die Fortsetzung Ihrer sogenannten Rückführung der Nettoneuverschuldung der letzten Jahre. Die haben Sie auch im Wesentlichen aus der kommunalen Familie und ihren Haushalten herausgeschnitten. Es ist bezeichnend, dass Sie sich dagegen wehren, dass bei der kommunalen Familie zum Beispiel 180 Millionen €, die Sie ihnen an Grunderwerbsteuer weggenommen haben, heute wieder aufgeführt werden. Im Moment sind es bei den Steuereinnahmen nur 135 Millionen €. Sie wehren sich auch an diesen Stellen dagegen, zum Beispiel die Erhebung der Studiengebühren wieder abzuschaffen – alles Positionen, die weit hinter dem zurückbleiben, was Sie mit einem Federstrich für Ihre Ideologie zum Beispiel bei dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz gemacht haben.

Meine Damen und Herren, Sie sind weder seinerzeit als Regierung in der Wirklichkeit gewesen, noch sind Sie in der Opposition angekommen. Sie haben sich auch nicht die Frage gestellt, warum Sie verloren haben.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Machen Sie Ihre Hausaufgaben! Nehmen Sie Einladungen an und lehnen Sie sie nicht ab! Auch die haben eine Frist und sich nicht für ewig und drei Tage. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Als Nächstes hat für die FDP-Fraktion Herr Prof. Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befinden uns noch in der Aussprache zur Regierungserklärung vom gestrigen Tage. Ich möchte gerne auch für meine Fraktion auf die heutigen Bei-

träge von Frau Kraft reagieren. Sie ist im Moment nicht anwesend. Dass sie auch mal eine Zeit draußen nehmen muss, das kenne ich auch. Es wäre aber schön, wenn Frau Kraft noch die Gelegenheit nehmen würde, an der Debatte teilzunehmen. Sonst muss ich sie so ansprechen und bitte dann, mir das nicht als Unhöflichkeit auszulegen.

Gestern ist hier ein bemerkenswerter Gedanke angesprochen worden, der heute noch einmal bekräftigt wurde. Es geht um den Präventionsgedanken, eine Politik des vorsorgenden Handelns. Damit möchte ich mich in meinem Beitrag gerne auseinandersetzen: Vorsorgendes Handeln beim Thema „Bildung“, vorsorgendes Handeln beim Thema „Chancengerechtigkeit am Start“, vorsorgendes Handeln in der Fragestellung, wie wir als Zivilgesellschaft auch durch staatliches Handeln tatsächlich dazu beitragen können, die Anzahl der Kinder, die auf Heimunterbringung angewiesen ist, weil sie keine geordneten Familienverhältnisse antreffen, zu verringern.

All das gehört zu vorsorgender Politik. Ich hätte gestern sehr gerne gehört, welche konkreten Maßnahmen die neue Landesregierung ergreifen möchte, um zusätzliche vorsorgende Anstrengungen in diesem Bereich zu unternehmen.

(Beifall von der FDP)

Die Aussetzung der Studienbeiträge, so schön das Thema vielleicht in Wahlkampfveranstaltungen war und so viel Beifall Sie bei Ihrer Klientel dafür bekommen mögen, wird jedenfalls nicht dazu beitragen, dass sich die Chancengerechtigkeit am Start verbessert.

(Beifall von der FDP)

Frau Kraft hat sich in ihrer heutigen Replik bemerkenswerterweise nicht mit dem beschäftigt, was sie in Zukunft an Prävention unternehmen will, sondern sie hat sich mit der Vergangenheit auseinandergesetzt. Deshalb möchte ich als Mitglied der Vorgängerregierung festhalten wollen, dass es der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen in den letzten fünf Jahren gelungen ist, massiv in Prävention zu investieren. Wir waren es, die endlich die Sprachprüfung für Vierjährige mit Sprachförderung eingeführt haben.

(Beifall von der FDP)

Das hätte längst vorher passieren können. Dann hätten wir die erhöhte Jugendarbeitslosigkeit dieser Problemgruppen nicht in der Weise zu beklagen, wie Frau Kraft das gestern angesprochen hat.

Bei aller Neigung zur Sachlichkeit muss ich ganz ehrlich sagen: Man muss sich schon sehr zur Ruhe disziplinieren, um den Gepflogenheiten des Hauses gerecht zu werden: Wenn Frau Kraft hier eine Präventionspolitik ankündigt und in den nächsten fünf Jahren in der Weise mit den Stellen umgeht, wie sie das angekündigt hat, darf ich dar-

auf hinweisen: Wir haben mehr als 14.000 Stellen in den Bereichen der Landesverwaltung abgebaut, wo sie nicht mehr notwendig waren, um mehr als 8.000 zusätzliche Lehrer an die Schulen zu bringen. Das ist Präventionspolitik. Sie reden darüber, wir haben gehandelt!

(Beifall von der FDP)

Wir haben – das betrifft den anderen Bereich der Präventionspolitik – natürlich Konsolidierungsanstrengungen unternommen, und zwar wirksam. Sie haben jahrelang verfassungswidrige Haushalte fahren müssen. Was haben Sie in der Not getan, als Sie im Aufschwung waren, aber immer noch verfassungswidrige Haushalte hatten und Ihnen das Verfassungsgericht sagte, sie dürften keine zusätzlichen Schulden mehr aufnehmen? – Sie haben im Bildungsbereich gekürzt. An Hochschulen sind in der Verantwortung der rot-grünen Vorgängerregierung Stellen abgebaut worden. An Schulen sind Stellen nicht in der Weise besetzt worden, wie es notwendig gewesen wäre.

(Karl Schultheis [SPD]: Die haben Sie doch weiter abgebaut!)

Das haben Sie auch nicht gerne gemacht. Wir haben Ihnen nie unterstellt, dass Sie das gerne gemacht hätten. Aber Sie sahen sich gezwungen, weil die Haushaltslage so war, dass Sie selbst im Aufschwung einen nicht mehr verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen konnten. Das war doch Ihre Regierungserfahrung.

Sie hätten aus den letzten fünf Jahren lernen und sagen können: Jetzt ist wieder Aufschwung in Nordrhein-Westfalen. Die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts können Sie für Ihren Nachtrag jetzt doch gar nicht mehr als Argument anführen. Also wäre es das Gebot der Stunde, keine zusätzlichen Schulden zu machen, sondern die Verschuldung weiter zurückzuführen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Frau Präsidentin, ich möchte meinen Beitrag umfassend darstellen können.

Im Übrigen ist das genau das, was die Bundesregierung in Berlin macht. Bundesfinanzminister Steinbrück hat in der Not des vergangenen Jahres für 2010 noch eine sehr hohe Neuverschuldung eingeplant. Das hat er sicherlich sehr verantwortungsvoll getan. Das will ich ihm überhaupt nicht abstreiten. Aber die Rahmenbedingungen haben sich jetzt Gott sei Dank jetzt so verändert, dass die Verschuldung im Bundeshaushalt um bis zu 25 % durch den Nachtrag in diesem Jahr reduziert werden kann. Erklären Sie vor diesem Hintergrund

doch bitte einmal einem einigermaßen bei Vernunft befindlichem Bürger dieses Landes, warum Sie bei gleicher Konjunkturlage in Nordrhein-Westfalen die von uns seriös geplante Neuverschuldung nicht absenken, sondern sogar um 35 % erhöhen wollen.

(Beifall von der FDP – Dietmar Brockes [FDP]: Wahlgeschenke!)

Zu dem aus den Reihen der Grünen vielfach angesprochenen Wachstumsbeschleunigungsgesetz! Ja, das sind diese Wortungetüme der Mediendemokratie, die auch gestern in weiten Passagen der Regierungserklärung anzutreffen waren. Davon sind wir leider auch dort, wo wir handeln, nicht befreit. Politik formuliert immer schönere Begriffe, um die Inhalte zu verpacken. Nicht immer stimmen Überschriften mit dem Inhalt von Gesetzen überein. Aber hier, beim Wachstumsbeschleunigungsgesetz, liefert das Gesetz wenigstens das, was es verspricht. Denn so viel Wachstum wie jetzt hatten wir seit der deutschen Einheit nicht. Dazu hat auch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz beigetragen.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD: Das glaubt Ihnen kein Brüderle!)

– Lieber Herr Priggen, ich weiß, dass Sie darauf abstellen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Ich möchte meinen Beitrag gerne zusammenhängend vortragen, wie das andere vor mir auch getan haben. Dafür bitte ich um Verständnis.

Sie haben sich mit der Familiensituation des CDU-Referenten auseinandergesetzt, Herr Priggen. Fairerweise hätten Sie dann hier vor dem Hohen Hause und den Besuchern darlegen können, dass die dreiköpfige Familie des CDU-Referenten wie jede andere dreiköpfige Familie durch dieses Wachstumsbeschleunigungsgesetz eine ganz erhebliche Anhebung ihres Familieneinkommens wegen der Erhöhung des Kindergeldes erhalten hat, und zwar in einer Höhe, wie es sie lange Zeit in Deutschland nicht gegeben hat.

(Beifall von der FDP)

Wenn die Kinder dann nach unserer Lesart zum Studium gehen und in Nordrhein-Westfalen ein qualitativ hochwertiges Studium für sich in Anspruch nehmen können, haben wir jedenfalls ein Gesetz in Kraft gesetzt, das es – anders als Ihr Langzeitstudienkontenmodell – den Studierenden – auch denjenigen, die etwas länger brauchen – ermöglicht hat, den Studienbeitrag erst dann zurückzahlen zu müssen, wenn sie erfolgreich im Berufsleben stehen. Dann sind sie auch leistungsfähig genug, um diesen Beitrag zu zahlen.

Das ist Präventionspolitik, Frau Ministerpräsidentin: dass man sich schon Gedanken darüber macht, was im Land verbessert werden muss, wo wir ansetzen müssen.

Wir haben nie behauptet, dass Nordrhein-Westfalen in allen Fragen der Zukunftsgestaltung schon am Ziel aller Träume angelangt sei. Wir haben vielmehr immer gesagt, dass wir bei der frühkindlichen Bildung noch besser werden müssen.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Wir haben uns in dieser Frage mühselig nach vorne gearbeitet, aber es gibt Bundesländer, die auch im Jahre 2010 – das will ich durchaus einräumen – ganz andere Standards haben als Nordrhein-Westfalen. Wir haben also noch eine Menge zu tun.

Wenn wir die PISA-Studien lesen, dann wissen wir, dass Nordrhein-Westfalen in solchen Rankings unter anderem deshalb eine schwierigere Ausgangslage hat, weil unsere Schülerschaft eine andere Zusammensetzung mit anderen Problemlagen aufweist und weil wir trotz der Anstrengungen, die wir in den letzten fünf Jahren unternommen haben, deutschlandweit nach wie vor die schlechteste Schüler-Lehrer-Relation haben.

Wenn wir also mehr Chancengerechtigkeit am Start schaffen und nicht nur eine bildungsideologische Debatte über die Schulform führen wollen, dann hat das Land nur eine ganz große Herausforderung zu meistern: Wir müssen den Landeshaushalt so umbauen – durch mehr Schulden werden wir das auf lange Sicht nämlich nicht durchhalten –, dass wir mehr für Bildung

(Beifall von der FDP)

und weniger für Gegenwartskonsum und Vergangenheitsverlängerung ausgeben. Das ist ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ich bin auf Ihre Vorschläge gespannt!)

– Einen Moment, liebe Frau Kraft! Nein, nein, so geht das nicht. Sie können sich nicht mit einer Wohlfeilregierungserklärung des „Wünsch-dir-was-auf-Pump“ hierhin stellen und dann der Opposition sagen, sie solle doch ein paar Sparvorschläge unterbreiten. Das finde ich schon beachtlich.

Als wir in der Regierung waren, haben wir hier wahrlich eine Vielzahl von Konsolidierungsbeiträgen geleistet

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Wo denn?)

und erheblich zur Absenkung der Neuverschuldung in Nordrhein-Westfalen beigetragen.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Wo haben Sie denn gespart?)

– Ganz konkret: Wir haben – Sie waren eben nicht anwesend; ich hatte es bereits vorgetragen, wiederhole es in Ihrer Gegenwart aber gerne ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Entschuldigung, ich war essen!)

– Nein, bitte verstehen Sie das nicht falsch. Ich habe mich zu Beginn meiner Rede dafür entschuldigt, dass ich Sie auch anspreche, während Sie nicht da sind.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist die angebliche neue Wertschätzung für das Parlament! – Gegenruf von Karl Schultheis [SPD]: Herr Witzel, Sie sind selbst dann nicht da, wenn Sie da sind!)

Sie haben gesagt, wir hätten über 14.300 Stellen abgebaut. Sie haben aber das Bild vermittelt, wir hätten in der Differenz nicht genügend gespart. Nein, ich plädiere hier dafür, nicht über höhere Schulden, sondern durch Umschichtungen im Haushalt die Prioritäten richtig zu setzen.

(Beifall von der FDP)

Das haben Sie schon früher unter Ihrer rot-grünen Verantwortung nicht geschafft. Und wenn Sie hier so wirtschaften wollen, wie Sie uns das vorgetragen haben, dann werden Sie das erneut nicht schaffen.

Folgendes sage ich Ihnen nicht nur als Mitglied dieses Hauses, sondern als Bürger dieses Landes Nordrhein-Westfalen, der hier geboren und groß geworden ist: Ich mache mir Sorgen um unser Land. Ich habe mir diese Sorgen auch während unserer Regierung gemacht.

(Heike Gebhard [SPD]: Das sollten wir alle miteinander tun!)

– Ja, weil die Ausgangslage gar nicht so einfach ist. Es ist ein tolles Land, aber dieses Land hat sich aufgrund von Strukturveränderungen und politischer Einflussnahme eine gewisse Last aufgebürdet,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Nach Ihrer Abwahl ist es noch toller geworden!)

die es diesem Land immer schwerer machen wird, in den nächsten Jahren unter dem Druck des demografischen Wandels Schritt halten zu können.

Ich rate der neuen Regierung: Konzentrieren Sie sich bitte darauf, jeden Cent, den Sie im Landeshaushalt auf der Ausgabenseite haben, dreimal umzudrehen und zu prüfen, ob sie ihn wirklich ausgeben müssen

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das muss gerade die Klientelpartei FDP sagen!)

oder ob er nicht besser für den Schuldenabbau und Investitionen in Bildung und nachhaltige Prävention verwendet werden könnte.

(Beifall von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben doch jahrelang Klientelpolitik gemacht!)

Diesen Nachweis müssen Sie liefern und hier vortragen. Wir sind gerne bereit, Sie dabei zu unterstützen, wenn Sie ihn seriös erarbeiten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Hilfe!)

Das geht aber nicht, liebe Frau Kraft, wenn Sie die Neuverschuldung schon im Vorlauf in einer Weise erhöhen wollen, die vor dem Verfassungsgericht nicht Bestand haben wird.

Herr Becker, der in einer Mischung aus Parlaments- und Regierungsbeitrag hier eben vorgetragen hat, hat die Schuldenbremse angesprochen. Ich weiß gar nicht, wo Herr Becker jetzt ist. Ist er gegangen? – Das ist auch schön. Er hat gesprochen und ist gegangen. Er hat jedenfalls versucht, den Eindruck zu erwecken, wir wollten jetzt die Schuldenbremse. Er sagte, die Schuldenbremse sei etwas ganz Schreckliches und Sie wollten sie gar nicht.

Es stellt sich aber gar nicht die Frage, ob Sie sie wollen oder nicht. Sie haben Sie im Deutschen Bundestag und im Bundesrat mit beschlossen.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: So ist das!)

Sie gilt für Nordrhein-Westfalen. Und auch die Landesverfassung gilt. Die Landesverfassung gibt nun einmal jeder Regierung vor, dass eine Neuverschuldung, die höher ist als die Investitionen, die geplant sind, nur dann zulässig ist, wenn die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorliegt.

Die WestLB-Vorsorge, Herr Finanzminister, die wir 2008 in Höhe von 900 Millionen € getroffen haben, haben wir zu einem Zeitpunkt beschlossen, als die Verschuldung nur ein Drittel der Schuldengrenze ausgemacht hat. Sie überschreiten mit Ihrer Planung die Schuldengrenze jetzt aber um 140 %. Das ist nicht in Ordnung, und ich sage Ihnen ganz klar: Wir werden damit nach Münster gehen, und Sie werden von Münster gesagt bekommen: Wenn Sie eine solche Haushaltspolitik machen, dann ist das keine vorsorgende Haushaltspolitik, sondern eine Haushaltspolitik, die dieses Land in eine tiefe finanzwirtschaftliche Krise hineinführen wird. – Und genau vor dieser tiefen finanzwirtschaftlichen Krise wollen wir Sie, aber vor allen Dingen unser Land bewahren.

(Beifall von der FDP)

Lassen Sie mich zwei weitere Bereiche ansprechen, wo wir nach meiner festen Überzeugung weiterhin präventiv wirken müssen, zu denen wir aber in Ihrer Regierungserklärung, Frau Ministerpräsidentin, wenig bis nichts gehört haben.

Vorsorgende Politik meint vor allen Dingen wohl auch Standortpolitik. Das heißt, neben bester Bildung für die eigenen Landeskinder bei rückläufiger

Bevölkerungsentwicklung und einem weiter steigenden Fachkräftemangel dafür Sorge zu tragen, dass wir eine hinreichende Zahl von qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Nordrhein-Westfalen und eine hinreichende Zahl von Unternehmerinnen und Unternehmern haben, die bereit sind, hier in Nordrhein-Westfalen für die Schaffung von Arbeitsplätzen Sorge zu tragen.

Frau Kraft, Sie haben in Ihrem Bekenntnis zum Industriestandort einen Satz gesagt – es war ein Satz, der mir in Erinnerung geblieben ist –: Die Unternehmer erfüllen ihre Pflicht. – Sie haben von Technologietransfer zum Mittelstand gesprochen. Darüber hinaus haben Sie aus meiner Sicht aber viel zu wenig dazu gesagt, wie Sie als Landesregierung der Wirtschaft hier in Nordrhein-Westfalen die zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen notwendigen Rahmenbedingungen geben wollen, die unser Standort braucht, um dauerhaft sicherstellen zu können, dass wir über hoch qualifizierte Arbeitskräfte und hoch qualifizierte Arbeitsplätze verfügen. Denn nur eine Politik, die dort hinein investiert, ist präventiv. Ohne Arbeit und damit ohne Wohlstandserwirtschaftung hier in Nordrhein-Westfalen werden wir unseren sozialen Verpflichtungen in Zukunft nämlich überhaupt nicht nachkommen können.

(Beifall von der FDP)

Hier fehlt mir in Ihrer Regierungserklärung ein ganz wesentlicher Impuls.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Mittelstandsgesetz!)

– Mittelstandsgesetz? Frau Kraft, ob wir noch ein weiteres Gesetz brauchen, sei dahingestellt. Es geht mir um die Grundhaltung in dieser Fragestellung.

Dazu gehört auch ein weiterer Punkt. Sie haben gesagt, wir bräuchten bei den Hochschulen Klasse und Masse; Sie wollten sich an dieser Diskussion nicht beteiligen. Aber wir brauchen auch eine stärkere Anerkennung der Leistung des Einzelnen. Wir können nicht den Eindruck vermitteln – diesen Eindruck habe ich jedenfalls gestern bekommen –, als hätten wir den allumsorgenden Staat; die Landesregierung könne jetzt alles hier in Nordrhein-Westfalen irgendwie regeln, und dann werde alles schon besser. Ich sage Ihnen: Hier in Nordrhein-Westfalen wird es bei immer noch schwieriger Gesamtlage nur dann eine gute weitere Entwicklung geben, wenn die Bürgerinnen und Bürger hier ihre Begabungen und Talente zur Entfaltung bringen und sich weiter tatkräftig für dieses Land einsetzen.

(Beifall von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das haben Sie doch gerade verhindert!)

Das ist die Kernvoraussetzung für eine weitere gute Entwicklung dieses Landes.

Dazu gehört auch – letzter Gedanke –, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern die Bildungseinrichtungen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen anbieten, die ihre unterschiedlichen Talente und Begabungen auch wirklich zur Entfaltung bringen. Dazu braucht es ein differenziertes Angebot, das auch begabungsgerecht ist und individuelle Entwicklungschancen bietet.

Wir sind gerne bereit – Gerhard Papke hat das heute Morgen gesagt –, uns auch über die Entwicklung unserer Bildungsangebote mit der Regierung auszutauschen. Ich hatte den Eindruck – ich habe mich auch öffentlich dazu geäußert –, dass Frau Löhrmann vielleicht kurzzeitig auch mal einen Gedanken aufgegriffen hat, über den man hier reden könnte.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Erlaubt Ihnen Herr Papke das denn überhaupt?)

– Einen Moment! Er hat sich heute Morgen doch ganz klar dazu geäußert. – Ich sage Ihnen ganz klar. Das ist auch meine Sorge für Nordrhein-Westfalen; denn das spüre ich in vielen Gesprächen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Herr Papke will doch Opposition machen!)

Frau Kraft, dazu haben Sie gestern leider auch nichts gesagt. Sie hätten es ja mal konkretisieren können. Sie haben auch heute Nachmittag nichts dazu gesagt.

(Ralf Witzel [FDP]: Das kann sie ja jetzt noch machen!)

Vielleicht können Sie es ja noch machen.

Wenn es Ihnen darum geht, dass Sie Haupt- und Realschulen im ländlichen Raum demografiebedingt anders zusammenführen wollen – etwa nach dem Mittelstufenmodell Hessens oder anderer Bundesländer –, dann gibt es dort sicherlich einen Weg, den man gehen kann.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Da sind wir sicherlich auch gesprächsbereit. Wie Sie gestern zum Ausdruck gebracht haben, wollen Sie aber ganz offensichtlich einen ideologischen Ansatz des längeren gemeinsamen Lernens mit der Gemeinschaftsschule umsetzen.

(Renate Hendricks [SPD]: Niemand hat das gesagt!)

– Das müssen Sie klären.

(Renate Hendricks [SPD]: Das brauchen wir nicht zu klären! Das wurde doch dargestellt!)

Viele Menschen sind nämlich in Sorge. Ich sage Ihnen: Die notwendigen Qualifizierungen des künftigen Nachwuchses sowie die Standortqualität und die Wohnortqualität von Nordrhein-Westfalen werden Sie nur dann erhalten, sichern und weiter ausbauen können, wenn Sie in Nordrhein-Westfalen

starke Schulen zulassen und – das füge ich ausdrücklich auch in meiner früheren Funktion hinzu – wenn Sie sicherstellen, dass Nordrhein-Westfalen dauerhaft leistungsfähige Gymnasien behält. Wir müssen sie fördern und ausbauen und dürfen sie nicht schlechterstellen; denn das sind die Schulen, die die Eltern wollen. Diese Schulen sind nicht demografiebedingt benachteiligt. Sie könnten sie nur politisch benachteiligen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Pinkwart, Ihre Redezeit ...

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Ich sage ganz klar – auch für die FDP-Fraktion und sicher für viele in Nordrhein-Westfalen –: Wenn Sie hier die Axt anlegen, dann handeln Sie nicht präventiv, sondern schaden dem Land Nordrhein-Westfalen nachhaltig. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Pinkwart. – Als Nächster hat Herr Zimmermann für die Linke das Wort.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Papke, gestatten Sie mir eine Bemerkung zu Ihrem Vortrag heute Morgen. Sie haben in Ihrem Beitrag viel Zeit auf das Verhältnis unserer Fraktion Die Linke zur Verfassung verwendet. Ich musste mich schwer zurückhalten. Als Vertreter einer Partei, die permanent den Sozialstaat angreift und aushöhlt, als Vertreter einer Partei, die permanent die in der Verfassung niedergelegte Sozialverpflichtung des Privateigentums aushöhlt, steht es Ihnen nicht an, andere anzugreifen und zu testen, welches Verhältnis sie zur Verfassung haben.

(Beifall von der LINKEN)

Frau Ministerpräsidentin, ich muss leider sagen, dass Ihre gestern vorgetragene Regierungserklärung für mich ein wenig enttäuschend war. Ich sehe zwar gute Ansätze. In vielen Teilen waren und sind es aber Absichtserklärungen.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das sind Regierungserklärungen nun einmal!)

– Es gab nur wenig Konkretes; das meine ich damit. Das kann sehr schnell zu einer Politik der Beliebigkeit werden.

Sie müssen sich als Minderheitsregierung entscheiden: Wollen Sie eine neoliberale Politik, wie sie von CDU und FDP in den vergangenen fünf Jahren betrieben worden ist? Oder wollen Sie Ihr Wahlversprechen einhalten und wirklich einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen umsetzen und einleiten?

(Beifall von der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD und der Grünen, wenn Ihre Wahlprogramme umgesetzt werden sollen, dann geht das in der Tat nur mit uns. Es geht nicht mit den beiden anderen Fraktionen, die nichts anderes im Sinn haben, als ihre Politik der Vergangenheit weiter fortzuführen.

(Beifall von der LINKEN)

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben richtigerweise angemerkt, dass die größte Partei in NRW die Partei der Nichtwählerinnen und Nichtwähler ist. Politikverdrossenheit und Demokratiefeindlichkeit haben aber eine Ursache: die neoliberale Einheitspolitik auf Basis der Agenda 2010 von allen Parteien – SPD, CDU, FDP und Grünen, bedauerlicherweise. Während nach Jahren des Sozialabbaus unter SPD und Grünen in zwei Legislaturperioden unter Schröder und Fischer, und dann unter einer Großen Koalition 70 % der Menschen in Deutschland der Meinung sind, dass es in unserer Gesellschaft ungerecht zugeht und die Zustimmung zur Demokratie auf einen historischen Tiefpunkt gesunken ist, verschärft jetzt die Merkel-Westerwelle-Regierung noch diesen Unmut in der Bevölkerung.

Und immer wieder werden erneut die Gewinner – die großen Unternehmen – beschenkt, und die Verlierer sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Erwerbslosen, die Rentnerinnen und Rentner. Sie werden durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Kürzung von Steuervergünstigungen und die Erhöhungen der Renten- und Krankenkassenbeiträge bei gleichzeitigen Renten-Nullrunden und Reallohnverlusten nochmals stärker belastet. In dieser Frage – es tut mir leid, das sagen zu müssen – sind Sie alle gleich gewesen und ich hoffe für die Zukunft, dass das nicht mehr der Fall sein wird. Es liegt jetzt an Ihnen zu zeigen, ob Sie zumindest hier in Nordrhein-Westfalen dieser asozialen Politik ein Ende setzen wollen oder nicht.

In diesem Zusammenhang, Herr Laumann, möchte ich Sie kurz ansprechen, der Sie heute Morgen davon gesprochen haben, man müsse sich parteiübergreifend um behinderte Menschen kümmern und ihnen zur Seite stehen. – Im Übrigen haben Sie noch einiges zu lernen in Bezug darauf, wichtige Fragen auch parteiübergreifend zu handeln. Ich lasse mir das nicht von dem Vertreter einer Partei sagen, die sich seit Jahrzehnten massiv am Sozialkalkuschlag in dieser Republik beteiligt und ihn gar initiiert hat,

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

denn diese Politik des Sozialkalkuschlags führt unter anderem auch dazu, dass behinderte Menschen darunter zu leiden haben.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von der CDU: Da können Sie keinen Fall belegen!)

Da müssen Sie erstmal beweisen, dass Sie dann gewillt sind, das rückgängig zu machen.

Eines der zentralen Ziele der Landesregierung ist, das Prinzip der guten Arbeit in Nordrhein-Westfalen und Gesamtdeutschland durchzusetzen. Bei Ihrer Erklärung bekomme ich den Eindruck, als wären Sie in den letzten 20 Jahren weder in NRW noch im Bund an der Regierung gewesen. Heute prangern Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Tatsache an, dass immer mehr Menschen aus ihrem Einkommen nicht mal das Existenzminimum finanzieren können, obwohl sie Vollzeit arbeiten. Es ist doch grotesk: Sie waren es, die Hartz IV eingeführt haben.

Hartz IV hat dafür gesorgt, dass 20 % mehr Menschen in den Niedriglohnsektor abgerutscht sind. Und das haben Sie von der CDU und der FDP natürlich munter mitgemacht. Immer mehr Menschen verdienen so wenig, dass sie auf Sozialleistungen angewiesen sind. Im Jahre 2007 – ich beziehe mich auf Nordrhein-Westfalen – erhielten bereits fast 219.000 Erwerbstätige neben ihrem Lohn Hartz-IV-Leistungen. 2008 stieg diese Zahl auf fast 270.000. 22 % der Hartz-IV-Bezieherinnen und -Bezieher sind erwerbstätig. Das ist ein Skandal in diesem Lande, liebe Kolleginnen und Kollegen, und dem muss Abhilfe geschaffen werden.

(Beifall von der LINKEN)

Der Staat subventioniert so nur Unternehmen, die schlechte Löhne zahlen. Das ist die Bilanz dieser neoliberalen Einheitspolitik. Und jetzt, wo Sie nach 11 bzw. 7 Jahren in der Bundesregierung auf der Oppositionsbank sitzen, erzählen Sie uns, dass Sie die Lohnspirale nach unten stoppen wollen. – Wir bleiben dabei: Hartz IV ist Armut per Gesetz, Hartz IV muss weg. Und eine Bundesratsinitiative in dieser Richtung unterstützen wir selbstverständlich.

(Beifall von der LINKEN)

Lassen Sie uns das doch gemeinsam tun! Aber davon ist in der Regierungserklärung leider nichts zu lesen. Ich bin jedoch immer guter Hoffnung, und hoffe, dass das noch nachgeschoben wird. Lassen Sie uns das doch im Interesse der Menschen in diesem Lande gemeinsam angehen.

Sie werfen der Bundesregierung vor, dass sie keine klaren Regelungen zur Zeitarbeit und Leiharbeit geschaffen hat. CDU und FDP haben die Liberalisierung in diesem Bereich zweifellos vorangetrieben. Aber es war die rot-grüne Bundesregierung, die 2001 das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz in wesentlichen Punkten geändert hat. Sie haben das besondere Befristungsverbot, das Synchronisationsverbot – nämlich das gesetzliche Verbot, Arbeitsverträge für Zeitarbeitnehmer zeitlich mit der Dauer des bevorstehenden Einsatzes zu synchroni-

sieren –, das Wiedereinstellungsverbot – das bislang untersagt hatte, einen Leiharbeiter zu feuern und ihn bei Bedarf innerhalb von drei Monaten wieder einzustellen –, und die Beschränkung der Überlassungsdauer auf höchstens zwei Jahre aufgehoben und damit der Vernichtung regulärer Arbeitsplätze durch Leiharbeit Tür und Tor geöffnet. Und jetzt zu fordern, wir bräuchten ein neues Synchronisationsverbot, ist erst einmal unglaublich.

Die Maßnahmen Ihrer Partei im Bundestag haben dazu geführt, dass die Zahl der Leih- und Zeitarbeiter sich zwischen 2002 und 2008 mehr als verdoppelt hat. Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind Beschäftigte in Deutschland im internationalen Vergleich besonders schlecht geschützt. Der Sprecher der OECD in Deutschland, Matthias Rumpf, sagte im Februar 2010: „International fällt Deutschland durch eine Zweiklassengesellschaft am Arbeitsmarkt auf.“ Sie können jetzt beweisen, dass Sie einen Politikwechsel wollen – und für einen solchen Politikwechsel brauchen wir ein gesetzliches Verbot von Leiharbeit, das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall von der LINKEN)

Aber Sie fordern lediglich einen Mindestlohn für Leih- und Zeitarbeiter zur Eindämmung des Missbrauchs. Ein Mindestlohn für Leih- und Zeitarbeit ist der falsche Weg, um Lohndumping zu bekämpfen. Wer gleichen Lohn für gleiche Arbeit will, muss seine politische Kraft darauf konzentrieren, Lohndumping durch ausufernde Zeitarbeit in den Unternehmen zu verhindern.

Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass immer mehr Unternehmen nach den regulären Tarifen Beschäftigte entlassen, um sie dann als Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter zum halben Lohn dieselbe Arbeit verrichten zu lassen – das Beispiel Essen sollte uns eine Warnung sein. Das ist nichts anderes als Profitmaximierung auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ein Mindestlohn für Zeitarbeit ändert nichts an diesem Skandal. Und der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss auch und gerade für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter uneingeschränkt gelten. Wer wie die Landesregierung einen Mindestlohn für Leiharbeit fordert, zementiert den Zustand moderner Sklaverei, den die Leiharbeit darstellt.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das habe ich in meiner Rede nicht gefordert! Ich habe sie dafür an den Pranger gestellt, dass es das einzige ist, was sie wollten, und dass sie es nicht geschafft haben! Dafür habe ich sie an den Pranger gestellt! Ein Missverständnis!)

– Okay, sorry.

Auch beim gesetzlichen Mindestlohn verhält es sich ähnlich. In Ihrer Regierungszeit haben Sie im Bundestag jeden Antrag – damit spreche ich die

Bundespartei an; aber ich weigere mich und wir weigern uns, Bundespolitik und Landespolitik mechanisch zu trennen –, der die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns enthielt, konsequent abgelehnt. Jetzt fordern Sie eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines Mindestlohns. Da stehen wir in der Tat voll auf Ihrer Seite. Lassen Sie uns das gemeinsam tun.

Lohndumping hat in Deutschland seit über zehn Jahren Konjunktur. Die Zahl der Beschäftigten, die vom Lohn ihrer Arbeit nicht leben können, ist stark gestiegen. Stundenlöhne von 5 € und weniger finden wir nicht nur im Osten des Landes, sondern sie sind mittlerweile auch im Westen keine Seltenheit mehr. In Deutschland arbeiten in 2007 bereits 6,5 Millionen Menschen – das ist fast jeder vierte Beschäftigte – zu Niedriglöhnen. Zwischen 1995 und 2007 – ich betone das, in den zehn Jahren der Regierungszeit der SPD mit den Grünen im Bund – ist die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten um 2,1 Millionen gestiegen. Insbesondere Frauen werden oft schlecht bezahlt. Dieser Zustand ist einer reichen Gesellschaft unwürdig.

Wenn hier in Nordrhein-Westfalen damit Schluss gemacht werden soll, finden Sie unsere Partei und unsere Fraktion Die Linke konsequent an Ihrer Seite. Von Arbeit muss man leben können. Nur ein gesetzlicher allgemeiner Mindestlohn in einer Höhe von mindestens 10 € kann dem Lohndumping eine Grenze setzen.

Wir begrüßen die Initiative, dass Sie das durch die abgewählte CDU/FDP-Regierung gegen die Widerstände der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften zerschlagene Landespersonalvertretungsgesetz novellieren wollen. Die entscheidende Frage aber, Frau Ministerpräsidentin, den Zeitpunkt, haben Sie ausgeklammert. Im Wahlkampf haben Sie angekündigt, das LPVG innerhalb der ersten 100 Tage zu novellieren.

Ich zitiere aus einer Pressemitteilung des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei von Nordrhein-Westfalen, Frank Richter, vom gestrigen Tage:

Was die Ministerpräsidentin heute zur Mitbestimmung gesagt hat, war eindeutig zu dünn. Die 100 Tage sind zum Handeln da, nicht nur zum Nachdenken darüber, was die Regierung irgendwann möglicherweise machen will.

(Beifall von der LINKEN)

Ich fordere Sie an dieser Stelle auf: Halten Sie Ihre Wahlversprechen! Wir brauchen wieder Mitbestimmung im öffentlichen Dienst – jetzt und nicht erst Mitte oder Ende des Jahres 2011. Das wäre ein unverantwortliches Vorgehen gegenüber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Durch die Novellierung im Jahre 2007 hat die arbeitnehmerfeindliche ehemalige Landesregierung

die Mitbestimmungsrechte in den Kommunen, Landeseinrichtungen, Universitäten faktisch so gut wie beseitigt und die meisten Mitbestimmungstatbestände durch Anhörungsrechte ersetzt. Mit dieser Novellierung hat die Rüttgers/Wolf-Regierung ein großes Stück an Demokratie im Bereich des LPVG Nordrhein-Westfalens abgeschafft.

Das nordrhein-westfälische Landespersonalvertretungsgesetz – das muss man deutlich sagen – war eines der fortschrittlichsten Landespersonalvertretungsgesetze im Bund. Sie haben der widerstandslosen Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, dem rasanten Abbau von Personal – meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, hören Sie zu! –, der willkürlichen Versetzung und Umsetzung der Beschäftigten sowie der Schließung öffentlicher Einrichtungen Tür und Tor geöffnet. Herr Laumann, dass Sie das als Vorsitzender der christdemokratischen Arbeitnehmerschaft mitgemacht haben, ist meines Erachtens besonders verwerflich.

(Beifall von der LINKEN)

Es reicht aber nicht aus, lediglich die Verschlechterungen der abgewählten Landesregierung zurückzunehmen. Ich fordere die jetzige Landesregierung auf: Wir brauchen endlich ein modernes Landespersonalvertretungsgesetz, welches den strukturellen Veränderungen und der Ökonomisierung im öffentlichen Dienst angepasst ist.

(Minister Ralf Jäger: Darüber reden wir doch längst mit den Gewerkschaften!)

– Wir auch. – Dazu gehören unter anderem die Einführung der Mitbestimmung bei Privatisierungen, Teilprivatisierungen, Investorenmodellen bezüglich der Vergabe an Fremdfirmen sowie die Einführung der Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Angelegenheiten. Diese Regelungen sind im Betriebsverfassungsgesetz bereits gang und gäbe. Es freut mich, wenn das schon Bestandteil der Gespräche ist. Dann kommt es offensichtlich letztendlich darauf an, dass wir den Zeitpunkt noch einmal konkreter diskutieren.

Auch Ihre Äußerungen zur Einführung eines Tariftreuegesetzes zur Verhinderung von Lohndumping bei der Vergabe öffentlicher Aufträge enthalten wenig Konkretes. Das Vergaberecht wurde durch die abgewählte CDU/FDP-Regierung mit der Begründung abgeschafft, dass die Kontrollen unzureichend gewesen wären. Es ist zwar richtig, dass die Kontrollen nicht funktioniert haben, aber das ist so, als wenn die Straßenverkehrsordnung abgeschafft würde, weil die Menschen bei Rot über die Ampel fahren.

Noch im Koalitionsvertrag hat unsere neue Landesregierung verkündet, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Landes und seiner Behörden die Möglichkeiten zu nutzen, stärker auf ökologische und soziale Kriterien sowie Genderaspekte zu achten. Davon ist in Ihrer Regierungserklärung nichts mehr

zu finden. Ich hoffe, ich irre mich da nicht wieder. Stattdessen bekommen wir nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Wir brauchen keine Kann- oder Sollbestimmungen, Frau Ministerpräsidentin, sondern ein Vergabegesetz, welches garantiert, dass öffentliche Aufträge nur an die Firmen vergeben werden, die soziale, ökologische und genderspezifische Standards einhalten und einen angemessenen Mindestlohn bezahlen. Da stehen wir für die 10 €.

(Beifall von der LINKEN)

Das Bundesverfassungsgericht hat übrigens 2006 zu dem Berliner Vergabegesetz ausdrücklich festgestellt: Tariftreue Regelungen verhindern die Benachteiligung tariftreuer Unternehmen im Wettbewerb, sie wirken Lohndumping entgegen, sie dienen dem Erhalt wünschenswerter sozialer Standards und stabilisieren damit die Tarifautonomie.

All das sind gute Gründe, mit einem Vergabegesetz für fairen Wettbewerb und Rechtssicherheit zu sorgen. Wir fordern Sie deshalb auf, die Förderung von betrieblicher Ausbildung und Langzeitarbeitslosen, die ökologische Beschaffung, den fairen Handel, Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und die Zahlung eines angemessenen Mindestlohns verbindlich in das Vergabegesetz aufzunehmen.

Zum Schluss möchte ich noch einmal auf die mehr als dürftigen Ausführungen zur Gesundheitspolitik kommen. Sie operieren leider auf einer halben Seite mit Schlagworten wie „Wir wollen den Menschen in den Mittelpunkt stellen“ oder „Im Interesse der Betroffenen müssen wir hier ganz neue Antworten finden.“ Eine Antwort, wie Sie die katastrophalen Zustände in der Gesundheitslandschaft angehen wollen, haben wir leider vermisst.

Seit Beginn der 90er-Jahre findet ein Paradigmenwechsel in der Gesundheitspolitik statt. Unübersehbar hält die Kommerzialisierung Einzug. Aus einem Zweig der Sozialversicherung wird mehr und mehr ein Wirtschaftszweig, der dem Wettbewerbskalkül unterworfen ist. Die Verlierer dieses Wettbewerbs sind eindeutig die Patientinnen und Patienten, die im ständig wachsenden Umfang Leistungen aus eigener Tasche finanzieren oder erhebliche Zuzahlungen und Praxisgebühren leisten müssen.

Die flächendeckende Versorgung mit Praxen und Krankenhäusern weist immer mehr weiße Flecken auf. Der „Arzt um die Ecke“ wird zur Ausnahme, das nächste Krankenhaus ist immer weiter entfernt. Das Land kommt seiner Verpflichtung nicht nach, beziehungsweise ist bisher seiner Verpflichtung nicht nachgekommen, ausreichend Mittel für die Modernisierung und Ausstattung der Krankenhäuser zur Verfügung zu stellen. Mittlerweile gibt es einen Investitionsstau von 14,8 Milliarden in Nordrhein-Westfalen.

Die Budgets sind so knapp bemessen, dass Tarifsteigerungen und die Kosten für Energie nicht

gegenfinanziert werden können. Zahlreiche Krankenhäuser stehen deshalb vor dem Aus oder werden privatisiert. Die Kommerzialisierung der Kliniken verlangt von den Beschäftigten eine Fließbandmentalität. Das muss aufhören, und da brauchen wir Antworten, gerade in Bezug auf die Krankenhauspolitik.

(Beifall von der LINKEN)

Das Gesundheitswesen der Zukunft muss entsprechend der WHO-Definition aus dem Jahre 1984 ein präventives Gesundheitswesen sein. Das System der sozialen Sicherung darf nicht zu einem reinen Reparaturbetrieb verkommen, sondern muss das Gestalten selbstbestimmter Lebensführung ermöglichen. Die Gesundheitsförderung muss an der Spitze dieses umgestalteten Gesundheitswesens stehen.

In NRW müssen wir in den vom Land betriebenen Universitätskliniken gegen Outsourcing und Leiharbeit vorgehen und uns in diesem Bereich für Forschung und Lehre unabhängig von finanziellen Interessen einsetzen.

Die wichtigste Baustelle – noch einmal zum Krankenhaus – ist in NRW der Krankenhausplan. NRW ist eines der Bundesländer mit dem niedrigsten Anteil an Krankenhausinvestitionen pro Bett. Dabei wird es vor allem darum gehen, von der zum großen Teil pauschalen Förderung – 2008 waren es 58 %, die von der CDU/FDP-Regierung eingeführt wurde – ganz schnell wieder abzurücken. Die Wiedereinführung der antragsbezogenen Einzelförderung und die Abstimmung des Krankenhausplans im Landesparlament sind dabei unabdingbar.

Ich fasse noch einmal zusammen: Es gibt zu viele Lippenbekenntnisse, aber zu wenig Konkretes. Die Landesregierung scheint in der Arbeitsmarktpolitik erfreulicherweise in einer Reihe von Punkten der Politik der Agenda 2010 und Hartz IV abzurücken zu wollen, wenn wir das richtig verstanden haben. Aber die Menschen wollen Taten sehen und nicht nur Worte hören.

In vielen Bereichen wollen Sie die Zeit offenbar lediglich um fünf Jahre zurückdrehen. Wenn das der Fall ist, wäre das mit uns nicht machbar. Denn die Politik der Landesregierung der letzten 20 Jahre war geprägt von einer Politik, die nicht im Interesse der Menschen in Nordrhein-Westfalen war. Wir wollen einen realen Wechsel in der Politik, und das nicht nur auf der Regierungsbank.

Sie, Frau Ministerpräsidentin Kraft, haben alle Fraktionen in diesem Landtag eingeladen, Ihre Politik mit zu gestalten. Aber glauben Sie wirklich, dass Sie diese Politik, die Sie im Wahlkampf versprochen haben, mit der CDU- oder FDP-Fraktion durchsetzen können?

Kollege Römer, Sie haben mehrfach betont, Sie haben Ihre Lektion gelernt. Dann setzen Sie bitte Ihre Wahlprogramme um. Das ist mit diesen Fraktionen nicht möglich. Das ist nur mit unserer Fraktion möglich. Wir haben schließlich auch gemeinsam die Regierung der CDU und FDP aus dem Amt am 14. Juli entlassen. Und mit diesen beiden Fraktionen würden Sie höchstens – wenn Sie auf diese bauen – die alte Politik weiterbetreiben. Das wäre nicht im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen. – Ich danke vielmals.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Zimmermann. – Als Nächstes spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Zimmermann, Sie jammern jetzt ein bisschen, dass Sie nicht Teil der Regierung sind. Zu Beginn der Debatte heute Morgen hat Herr Laumann ein bisschen gejammert, dass er nicht Teil einer großen Koalition geworden ist. Das ist offensichtlich die Ausgangslage.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Ich habe nicht gejammert!)

– Sie haben nicht gejammert, genau. Das zeichnet Sie aus, Herr Pinkwart. Aber beklagt haben Sie sich auch ein bisschen.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Ich will an der Stelle noch einmal daran erinnern, was der Charakter einer Minderheitsregierung ist.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Und Sie jammern, dass Sie keine Mehrheit haben!)

Der Charakter einer Minderheitsregierung ist, dass erstens wir beide, SPD und Grüne, als Partner eine Regierung gebildet haben, sonst wären auch andere Partner im Kabinett dabei. Das haben wir nicht getan.

Wir haben eine Tolerierung ausgeschlossen. Dafür wäre ein Kabinett aufgrund einer festen Vertragslage mit einem zusätzlichen Partner notwendig. Das haben wir vor der Wahl ausgeschlossen. Auch das haben wir nicht getan. Deswegen will ich das in aller Deutlichkeit feststellen, weil ja gerade die FDP und Herr Papke versucht haben, Frau Kraft einer Wahlüge zu bezichtigen. Ich finde das unerhört, weil es nicht stattgefunden hat, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn ich mir dann die Umfragen, wissend, dass es nur Stimmungsbilder sind, ansehe, habe ich nicht den Eindruck, dass die Zustimmung zu dieser Regierungskonstellation, SPD und Grüne, in dieser Minderheitsregierung abgenommen hat. Ich habe

vielmehr den Eindruck, dass die Zustimmung dazu zugenommen hat.

Insbesondere die Werte von Frau Kraft –

(Zuruf von der LINKEN: Wo?)

sie ist bundesweit sozusagen ab wie eine Rakete unter die Top Ten gestartet – zeigen doch das gute Bild und dass sich die Leute offensichtlich durch das Handeln von Frau Kraft nicht getäuscht sehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich kann mich nicht erinnern, dass Herr Rüttgers jemals diese Werte erreicht hätte, die Frau Kraft schon nach so kurzer Zeit hier erzielt hat. Das macht uns zuversichtlich, dass dieser Weg hier im Parlament, der, wie es Herr Priggen am deutlichsten gesagt hat, schwierig ist und uns vor neue Herausforderungen stellt, von den Menschen durchaus als neuer, aber auch als gehbarer Weg wahrgenommen wird. Deswegen fühlen wir uns ermutigt, genau diesen Weg weiterzugehen. Es ist mir wichtig, das direkt zu Beginn meines Beitrags zu sagen.

Wenn ich dann die Wortbeiträge besonders von Herrn Laumann, aber auch von den Kollegen der FDP höre, dann fällt mir auf, dass Sie im Grunde genommen den Menschen vorwerfen, dass sie bei der Wahl am 9. Mai ungerecht entschieden hätten,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Haben wir nicht gesagt!)

weil Sie sagen – Herr Laumann hat das verräterischerweise in einem Interview sogar wörtlich gesagt –: Wir haben die Wahl zu Unrecht verloren.

(Christof Rasche [FDP]: Das haben wir gar nicht nötig!)

– Ich verstehe ja, dass Sie das anders wollten. Das ist auch völlig in Ordnung. Das hat Herr Priggen auch deutlich gemacht. Das zeigt aber, dass Sie offenbar gar nicht erst versuchen zu erkennen, warum Sie jetzt nicht weiter an der Macht sind. Das ist das, womit Sie sich – so finden wir zumindest – auch auseinandersetzen müssten, und Sie sollten nicht nur sagen: Das war Berlin; das hat mit unserer Regierungspolitik nichts zu tun.

Vor fünf Jahren haben Sie sich ganz lange an der Vorgängerregierung abgearbeitet, weil Sie nicht so richtig in der Regierung angekommen sind. Aber ich glaube, Sie müssen jetzt relativ schnell wahrnehmen, dass Sie die Wahl verloren haben, damit wir in einen konstruktiven Dialog um die besten Konzepte für Nordrhein-Westfalen kommen. Das ist zumindest das, was wir uns für die politische Auseinandersetzung wünschen.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP] – Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Dann sagen Sie doch mal, was Sie vorhaben! – Ralf Witzel [FDP]: Beantworten Sie doch mal die Fragen!)

– Ja, die Fragen beantworte ich gern.

Ich möchte bezogen auf das Thema „Schule“ eines in Erinnerung rufen, weil Herr Laumann so sehr dafür geworben hat, dass es einen Schulfrieden geben soll und dass man sich zusammensetzt.

2007, nachdem die FDP eine Kurskorrektur vorgenommen hat, hatte ich mir erlaubt, alle Fraktionen des Hauses und auch den Ministerpräsidenten und den stellvertretenden Ministerpräsidenten anzuschreiben, weil mit Ihrer Entscheidung ganz deutlich war, dass es in diesem Parlament keine Mehrheit für die einfache Fortsetzung des bisherigen Schulsystems mehr geben würde.

Die CDU und der damalige Ministerpräsident haben es aber nicht für nötig gehalten, den Weg einer solchen Bildungskonferenz überhaupt zu gehen, weil sie sich so sicher waren, dass sie die Macht ein für alle Mal haben. Deswegen hatten sie es nicht nötig, auf die Opposition zuzugehen.

Das wollen wir zum Unterschied anders machen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Dann beantworten Sie doch endlich mal unsere gestellten Fragen!)

Herr Pinkwart war der Einzige, der mir geantwortet hatte. Das will ich an dieser Stelle gern einräumen. Aber Sie haben als Regierung insgesamt nicht entschieden, eine solche Bildungskonferenz einzuberufen, wie ich es mir gewünscht hatte und es zum Beispiel der Verband Bildung und Erziehung auch vorgeschlagen hat.

(Ralf Witzel [FDP]: Jetzt zu den Inhalten!)

Als ich heute die „Rheinische Post“ aufschlagen habe – das werden Sie wahrscheinlich alle getan haben –, fand ich dort aufgezeigt, dass in allen Regionen und allen Schulformen ein massiver Schülerrückgang zu erwarten ist. Das zwingt zum Handeln, wenn wir ein vielfältiges, wohnortnahes und leistungsfähiges Schulsystem für unsere Kinder und Jugendlichen aufrechterhalten wollen. Das zwingt jetzt – endlich! – zum Handeln, weil Sie es fünf Jahre lang verweigert haben, sich dieser Herausforderung des demografischen Wandels im Bereich „Schule“ zu stellen. Das haben Sie verschlafen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn ich mir die Entwicklungszahlen der Hauptschule ansehe, der man einen Rückgang von 31 % prognostiziert hat und der Anteil der Hauptschüler an allgemeinbildenden Schulen nur noch 9 % beträgt, dann zeigt das doch, dass die Hauptschuloffensive, die Sie angegangen sind, gescheitert ist.

Ehe Sie von uns verlangen, ein für alle Mal etwas zu erklären, würde ich mir wünschen, dass Sie sagen: Ja, unsere Hauptschuloffensive ist gescheitert.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben dort viel Geld investiert. Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten die Hauptschule abgewirtschaftet. Das haben Sie insbesondere Frau Kollegin Schäfer immer wieder vorgeworfen,

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

obwohl wir darauf verwiesen haben, dass die Entwicklung der Hauptschule in allen Bundesländern ähnlich verläuft wie in Nordrhein-Westfalen, es also überhaupt nichts mit der politischen Farbe der Regierung zu tun hat. Trotzdem haben Sie Nein gesagt. Wir haben vorher gesagt, dass wir den Weg der Gemeinschaftsschule gehen. Sie waren nicht lernfähig, neue Entwicklungen aufzunehmen.

Ich finde, es gehört zu einer ehrlichen Debatte, dass Sie solche Fehler – Sie müssen nicht zu Kreuze kriechen – anerkennen, damit man auf der Grundlage vernünftig überlegen kann, wie wir die Zukunft des Schulsystems angehen. Das ist das, was wir uns vorstellen.

Wenn Herr Laumann heute Morgen dann doch wieder von der Einheitsschule spricht, auf die Plakate verweist und indirekt mit Volksbegehren droht, dann ist er im Wahlkampf. Ich erwarte, dass man fragt: Wo stehen wir eigentlich, und wohin wollen wir kommen? Uns eint das Ziel, eine gute Schule für unsere Kinder zu schaffen. Ich habe aber die Wahrnehmung, dass Herr Laumann noch dabei war, die Schlachten der Vergangenheit zu schlagen, statt die Schule der Zukunft mitzugestalten. Dazu laden wir Sie ein.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich wiederhole gern, dass wir von Landesseite keine Schule schließen und auch keine Schulform abschaffen. Das sage ich gern immer wieder. Das haben wir auch im Wahlkampf schon gesagt, weil wir um die Sensibilität von Schulentwicklungsprozessen wissen und nicht mit der Brechstange vorgehen.

Ich sage ausdrücklich an die Adresse der Linken: Sie können nicht einfach hinter Entwicklungen zurückfallen und ignorieren, wie wichtig und sensibel der Bereich der Schule ist und wie behutsam wir mit den Menschen umgehen müssen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber Vorsicht an der Bahnsteigkante!)

Herr Pinkwart, Sie haben gesagt, Ihr Modell steht. Okay. Damit setzen wir uns gern auseinander. Wir hören aber aus den Kommunen, dass die Beteiligten vor Ort, damit sie eine attraktive Schule schaffen, ausdrücklich gymnasiale Standards in dieser Schule haben wollen. Das ist der Punkt, an dem wir sagen: Ja, das machen wir, weil das Gymnasium auch in Nordrhein-Westfalen keinen Alleinvertretungsanspruch auf gymnasiale Bildung hat.

Wir haben gymnasiale Standards in der Gesamtschule, und wir wollen gymnasiale Standards auch

in der Gemeinschaftsschule, damit es eine attraktive Schule ist, die von den Eltern der Kinder angenommen wird, weil die Eltern für ihre Kinder den Bildungsweg offenhalten und die Perspektive haben wollen, dass ihre Kinder ein Abitur machen können. Wir gehen dabei von den Entwicklungsperspektiven von Kindern und Jugendlichen aus, wobei klar ist, dass man natürlich nicht schon im Alter von zehn Jahren weiß, ob sie Abitur machen.

Meine Damen und Herren, ich möchte einen weiteren Punkt nennen. Sie tun so, als hätten Sie uns im Bereich der Schule sozusagen ein geordnetes Haus hinterlassen. Wenn ich auf das Thema „G8“ und „G9“ zu sprechen komme, dann muss ich sagen, dass Sie uns einen Scherbenhaufen hinterlassen haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir gehen jetzt daran, diesen Scherbenhaufen – so gut es geht – zu beseitigen. Da ist die Ansage nicht: Zurück auf Los! Alle Gymnasien sollen jetzt wieder auf den Stand vor 2005! – Das geht nicht, das wäre nicht zumutbar.

Aber es geht auch nicht, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass man sagt: Basta! Jetzt ist das einmal so entschieden, jetzt müssen wir da durch. – Wir setzen uns vielmehr mit allen Betroffenen auseinander und versuchen, hier eine gute Lösung zu erarbeiten, damit wir in den Gymnasien mehr Frieden schaffen und mehr Akzeptanz von Entscheidungen, die wir anders getroffen hätten, weil wir ein viel, viel besseres Modell hätten.

Da wünsche mir ein bisschen mehr Selbsterkenntnis, dass Sie die Unzufriedenheit, die beim Thema „Turbo-Abitur“ jetzt da ist, zu verantworten haben. Sie sollten mich und diese Regierung dabei unterstützen, dass wir daran arbeiten. Darauf kommen wir im Verlaufe dieses Tages noch zurück. Es war mir wichtig, das an dieser Stelle deutlich zu sagen.

Ein Letztes, Herr Zimmermann: Ich finde, Schwarz-Weiß-Malerei und einfache Rechts-links-Schemata helfen nicht weiter, wenn es darum geht, möglichst breite Zustimmung für eine Politik in Nordrhein-Westfalen zu bekommen.

Was das Thema „Mitbestimmung“ angeht, kann ich Ihnen in Absprache mit der Ministerpräsidentin sagen, dass der Arbeitsminister und das Innenministerium in Gesprächen mit den Gewerkschaften sind, weil uns natürlich daran gelegen ist, möglichst bald ein gutes Mitbestimmungsgesetz in diesem Hause vorzulegen, das zustimmungsfähig ist und ein bisschen mehr Frieden zu den Beschäftigten des Landes Nordrhein-Westfalen bringt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Als Nächster hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Mir ist es schon ein Bedürfnis, zumindest zu zwei oder drei billigen Geschichten, die hier im Parlament vorgetragen wurden, ein paar Takte zu sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, Frau Löhrmann hat es eben vorgetragen: Schwarz-Weiß-Malerei ist immer ein bisschen schwierig. Es war das Bundesland Berlin, das als Erstes aus dem öffentlichen Arbeitgeberverband ausgetreten ist, um niedrigere Löhne zahlen zu können.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie haben einen deutlichen Personalabbau in Berlin gemacht, und Sie haben auch sehr viele öffentliche Einrichtungen, unter anderem Schwimmbäder, geschlossen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich weiß, dass das in vielen Fällen notwendig war. Aber das haben Sie getan. Deswegen müssen Sie sich schon der Realität der jeweiligen politischen Ebene stellen. Das wäre meine dringende Bitte an der Stelle.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –
Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dann zur FDP-Fraktion! Sie schaffen es, trotz ausführlicher Reden der Regierung in der Debatte – die Ministerpräsidentin hat Ihnen dezidiert die Zahlen zum Personalbereich, zum Haushaltsbereich vorgelegt –, Herr Pinkwart, in Ihrem Wortbeitrag danach das Gegenteil zu behaupten, obwohl offizielle Statistiken das widerlegen. Das finde ich schon ein starkes Stück an der Stelle.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Dann zum Thema Hauptschulen. Das hat mich gestern schon gefuchst; der Kollege Witzel kommt ja aus Essen und ist auch noch im gleichen Wahlkreis wie ich angetreten; er ist Parteivorsitzender der FDP in Essen: Die FDP hat im Verbund mit der CDU, den Grünen und dem Bürgerbündnis just im Juni drei Hauptschulstandorte auslaufen lassen, weil der demografische Wandel dazu führt, dass die Eltern ihre Kinder in Essen nicht mehr an der Hauptschule anmelden. Ähnliches gilt für andere Großstädte. Dann so zu tun, als wenn die Landesregierung an dieser Entwicklung schuld wäre, ist, finde ich, ein genauso starkes Stück an der Stelle.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Als Vater von drei Kindern, die jetzt die fünfte, die siebte und die neunte Klasse mitmachen – zumin-

dest im Hinblick darauf, was das Kind in der neunten Klasse zum Teil zu ertragen hat –, muss ich Ihnen ins Stammbuch schreiben, was haben Sie da verzapft haben, nämlich genau das gegenteilige Konzept: Sie haben die Mittelstufe völlig verdichtet und die Oberstufe unangetastet gelassen. Das geht vollständig zulasten der Kinder am Gymnasium. Das ist ein Skandal. Das müssen unsere Kinder ganz konkret jetzt in ihrer Schulzeit ausbaden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –
Ministerin Barbara Steffens: Herr Witzel hat ja keine Kinder!)

Noch etwas, weil auch Herr Kollege Laumann das in der Debatte angesprochen hat, zum Thema „Integration“: Ich nehme ihm ab, dass er dort den Schulterschluss mit den anderen Fraktionen und auch der Regierung machen will. Trotzdem hat er direkt im zweiten Satz wieder Vorwürfe in den Raum gestellt. Er hat gesagt, wir müssten lernen, dass die Multikulturalpolitik gescheitert sei. Ich will mir nur ganz kurz, weil das morgen noch Thema sein wird, an der Stelle erlauben zu sagen: Multikulti heißt nicht Friede, Freude, Eierkuchen. Multikulti heißt unter anderem – man kann über das Konzept streiten –, Respekt voreinander zu haben, unterschiedliche kulturelle Identitäten in einem Land zuzulassen und nebeneinander existieren zu lassen. Multikulti heißt nicht, die Augen vor den Problemen in Großstädten oder in anderen Bereichen zu schließen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall
von der SPD)

An dieser Stelle sage ich auch noch – ein bisschen als Ankündigung, weil mich das auch persönlich betrifft –: Ich werde sehr wachsam sein, wenn jemand das politische Klima in solchen Fragen vergiften möchte. Ich habe im Essener Stadtrat den damaligen Ordnungsdezernenten bei der Staatsanwaltschaft angezeigt, weil er unter anderem gedroht hat, Flüchtlinge, die illegal eingewandert sind, notfalls auch mit dem Flugzeug hinauszufiegen und dort abwerfen zu lassen. Das hat ein längeres staatsanwaltschaftliches Verfahren wegen Volksverhetzung zur Folge gehabt.

Ich sage Ihnen: Bitte lassen Sie uns das in Ruhe und angemessen lösen. Aber ich werde mich wehren und werde auch andere dazu aufrufen, wenn das politische Klima vergiftet wird. Das geht nämlich zulasten auch von Familien, die so einen Namen tragen wie ich.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall
von der SPD)

Ich erspare Ihnen jetzt allen, noch einmal nachzurechnen, was der Finanzminister gestern zur WestLB vorgetragen hat. Ich will Ihnen nur eine Zahl nennen, die der alte Finanzminister mir freundlicherweise während der Koalitionsverhandlungen mit auf den Weg gegeben hat. In einem Vermerk

steht, dass die Berechnung der WestLB selber – nicht von PIMCO – davon ausgeht, dass in den nächsten drei bis fünf Jahren Risiken in Höhe von bis zu 8,5 Milliarden € schlagen können. Die WestLB selber befürchtet das für ihre Papiere. Dann sagen dieser Finanzminister und diese Landesregierung: Wir machen 1 Milliarde € zusätzlich Vorsorge. – Und Sie werfen uns vor, das sei unverantwortlich. Das verstehe ich nicht. Das Gegenteil ist der Fall: Wir sind verantwortlich, dass wir überhaupt mit dieser Summe da hineingehen.

(Beifall von Andrea Asch [GRÜNE])

Letzter Punkt an der Stelle – weil das mit den Haushaltszahlen hier so kunterbunt durcheinandergeht –: Ich erlaube mir, zumindest zwei Haushaltsjahre miteinander zu vergleichen. Die Frau Ministerpräsidentin hat sehr ausführlich anhand der Kurven dargelegt, wie die tatsächliche Situation ist.

Ich nenne Ihnen die Steuereinnahmen des Jahres 2004. Das waren 33,9 Milliarden €. Im Jahr 2009, also einem absoluten Krisenjahr, waren es 39,5 Milliarden €. Im Jahr 2004 hat die Landesregierung 6,7 Milliarden € Schulden gemacht. Im Jahr 2009 waren es 6 Milliarden €. Das waren also gerade einmal 700 Millionen € weniger. Gleichzeitig hat sie aber 6 Milliarden € mehr eingenommen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, jetzt möchte ich gerne einmal wissen, welche Regierung wohl sparsamer umgegangen ist. Ich glaube, das ist sehr eindeutig. Die Mär, das Schwarz-Gelb in der Vergangenheit verantwortlich mit Geld umgegangen sei, muss ich ganz klar zurückweisen. Wir haben in der Kommunaldebatte sehr ausführlich dargestellt, zu wessen Lasten das gegangen ist. Diese schwarz-gelbe Landesregierung hat nicht besser gewirtschaftet, sondern mehr eingenommen und deshalb auch mehr ausgegeben. Sie hat nicht konsolidiert, sondern Lasten auf eine andere Ebene verschoben. Das ist keine verantwortliche Haushaltspolitik, sondern Täuschen und Tricksen. Sie wollen jetzt absahnen. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Sagel von der Fraktion Die Linke.

Rüdiger Sagel^{*)} (LINKE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erlaube mir zunächst zwei Vorbemerkungen zu den Gepflogenheiten dieses Hauses, da insbesondere CDU und FDP einen schlechten Stil im Hause angesprochen haben.

Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass Ministerpräsident Rüttgers bei seiner letzten Regierungserklärung schon vor dem Mittagessen

verschwunden und nicht wieder aufgetaucht ist. Das möchte ich als Information an die vielen neuen Abgeordneten geben und denjenigen, die damals noch dabei waren, in Erinnerung rufen. Ich kann nur bewundern, dass Frau Kraft immer noch hier sitzt und sich in Ruhe teilweise so viel Unsinn von CDU und FDP angehört hat.

(Beifall von der LINKEN und von der SPD)

Ich möchte aber zumindest auch ein kritisches Wort an die Grünen und an die Landesregierung richten. Ich finde es unverständlich, dass Herr Abgeordneter und Staatssekretär Becker eine Rede für die grüne Fraktion hält und zwei Minuten später wieder auf der Regierungsbank sitzt. Ich denke, Sie sollten es schaffen, aus den Reihen Ihrer 23 Abgeordneten einen kommunalpolitischen Sprecher zu benennen, der nicht Mitglied der Landesregierung ist. Das sollten Sie doch wohl schaffen.

(Beifall von der LINKEN)

Es ist viel gesagt worden. Ich möchte zumindest auf zwei Aspekte noch einmal eingehen. Liebe Sylvia Löhrmann, von Jammern kann überhaupt keine Rede sein. Im Gegenteil. Wir sind eine sehr muntere Opposition, übrigens im Gegensatz zu der traumatisierten Opposition dort. Bei denen ist es offensichtlich tatsächlich so, dass sie dringend eine politische Therapie brauchen; denn das Drama löst das Trauma nicht auf. Man hat heute bei sehr vielen Exministern sehr deutlich gemerkt, dass sie in der realpolitischen Wirklichkeit der Opposition im Landtag Nordrhein-Westfalen noch nicht angekommen sind.

(Beifall von der LINKEN)

Eine weitere Bemerkung sei mir noch erlaubt. Sie richtet sich an Kollegen Mehrdad von den Grünen. Ich kann mich noch sehr gut an Debatten aus der Vergangenheit erinnern. Es bringt uns nicht weiter, wenn wir uns jetzt über Berlin oder über das Saarland und die dortige Jamaika-Koalition äußern. Wir könnten jetzt auch über Hamburg und darüber diskutieren, was Schwarz-Grün dort alles für einen Unsinn verzapft. Das bringt uns für die Debatte in Nordrhein-Westfalen auch nicht weiter. Lassen Sie uns lieber über die Situation in Nordrhein-Westfalen diskutieren und darüber, was hier politisch notwendig ist.

Lassen Sie mich zumindest noch ein paar Worte zur Haushalts- und Finanzpolitik aus Sicht der Linken sagen. Das ist auch der Grund, warum ich heute hier stehe. Auch zur Haushalts- und Finanzpolitik gibt es einiges zu sagen. Ich denke, das wird mit dem Nachtragshaushalt und möglicherweise alsbald mit dem Haushalt 2011 eines der beherrschenden Themen in den nächsten Monaten sein.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Sagel, wären Sie bereit, eine Zwischenfrage zuzulassen?

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Ja, vielleicht am Ende. Ich möchte jetzt zunächst ein paar Aspekte in die Diskussion bringen.

Die Finanzplanung der Landesregierung ist ein sehr interessantes Thema. Wir haben uns den Koalitionsvertrag sehr genau angesehen. Im Koalitionsvertrag gibt es keine einzige Zahlenangabe im gesamten Kapitel Finanzen. Ein solches Finanzkapitel habe ich ehrlich gesagt noch nie gelesen. Die einzige Zahl im Finanzkapitel des Koalitionsvertrages war, dass man mit 3,5 Milliarden € weniger an Steuereinnahmen rechnet.

Leider habe ich auch in der gestrigen Regierungserklärung sehr wenig Konkretes gehört. Natürlich ist die Lage des Landeshaushalts dramatisch oder hat sich „dramatisch verschärft“, wie es im Koalitionsvertrag steht. Doch was soll wirklich konkret dagegen getan werden? Alle Fragen bleiben eigentlich offen.

Natürlich sind wir für eine transparente Haushaltsentwicklung. Das ist das Thema. Wir haben fünf Jahre lang erlebt, wie sich Finanzminister Linssen jedes Mal hinter einer Mauer des Schweigens versteckt hat. Er hat uns wirklich eine karge Linssen-Suppe serviert. Er gab immer nur Zahlen heraus, die er zugeben musste. Dies galt insbesondere für die WestLB. Es war wirklich eine Salomitaktik, die sich gewaschen hat.

Wir haben gerade noch einmal sehr deutlich vom Kollegen der Grünen gehört, dass uns die schlagenden Wetter weiterhin bedrohen. Die Zahl 8,5 Milliarden € wurde gerade schon einmal genannt. Ich habe schon vor längerer Zeit gesagt: Auch ich rechne damit, dass es mehr als 5 Milliarden € werden könnten.

Natürlich muss man sehen, wie man landespolitisch mit der ganzen Problematik umgeht. Die WestLB und alles, was in dieser Hinsicht noch auf uns zukommt, ist aber nicht das einzige Thema. Im Kontext der gestrigen Regierungserklärung und in der Debatte, die anschließend noch zum Thema unseres Antrags stattgefunden hat, ist deutlich geworden, dass ich als Abgeordneter, der schon in der letzten Wahlperiode im Landtag vertreten war, bestimmte inhaltliche Papiere und Informationen von der WestLB nicht bekommen habe. Ich fordere ein, dass wir diese inhaltlichen Papiere nachgereicht bekommen, damit wir auch voll informiert sind. Diese Transparenz muss im Hause gegeben sein, damit auch die Fraktion der Linken informiert ist.

(Beifall von der LINKEN)

Weiterhin gilt: Wir wollen Haushaltsklarheit und -wahrheit. Es ist daher notwendig, dass vonseiten

der Landesregierung tatsächlich deutlich gemacht wird, was im Einzelnen passiert und was passieren muss. Natürlich gibt es richtige Schritte. Das will ich gar nicht verhehlen. Es sind 200 Steuer- und Finanzprüfer eingestellt worden. Das ist eine alte Forderung, die ich als einzelner Abgeordneter als Erster damals in den Landtag eingebracht habe. Ich habe damals 300 oder 500 Prüfer gefordert. Das ist schon ein paar Jährchen her. Zuletzt habe ich 500 gefordert. Wir haben auch einen entsprechenden Antrag eingebracht. 200 hat der Finanzminister jetzt aufgenommen. Das ist schon einmal ein erster Schritt. Das ist auch positiv; denn wir werden dadurch einige Millionen Euro mehr in den Landeshaushalt bekommen.

Es ist natürlich viel mehr notwendig, insbesondere auch, dass bei der Ausbildung eine Menge mehr gemacht wird. Aber es müssen auch wesentlich mehr Leute dort einen Job bekommen. Denn dadurch kann das Land Nordrhein-Westfalen ganz konkrete Einnahmen generieren. Das ist also ein wichtiger Punkt.

Klar ist auch: Wenn CDU und FDP heute von Haushaltskonsolidierung reden, weiß ich schon fast nicht mehr, was ich dazu sagen soll. Sie haben mit 106,9 Milliarden € Schulden im Landeshaushalt angefangen und sind bei 130 Milliarden € gelandet. Sie haben einen Schuldendienst von weit über 4 Milliarden € jährlich verursacht.

Wir haben die mittelfristige Finanzplanung von Herrn Linssen bis zum Jahr 2013 noch auf dem Tisch liegen. Am Ende wären wir bei 150 Milliarden € Gesamtverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen mit einem jährlichen Schuldendienst von 6 Milliarden € angelangt.

Das ist Ihre Geschichte der letzten fünf Jahre, in denen Sie Landespolitik gemacht haben. Sie haben über 20 % der Gesamtschulden des Landes Nordrhein-Westfalen in fünf Jahren verursacht. Wenn das Haushaltskonsolidierung ist, weiß ich es nicht mehr.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich möchte noch auf einige generelle Aspekte eingehen. Dass im Haushalts- und Finanzteil keine Zahlen stehen, ist natürlich auch Ausdruck dafür, dass zwischen SPD und Grünen in vielen Punkten noch nicht die große Klarheit herrscht. Das sieht man auch an anderen Stellen im Koalitionsvertrag, an denen viel von Formelkompromissen und Prüfungsaufträgen die Rede ist. Ich muss ehrlich sagen: Das ist für das, was man von einer neuen Landesregierung erwarten kann, relativ wenig.

Die Linke erwartet jedenfalls klare Zahlen, klare Fakten und klare Programme, was Sie tatsächlich inhaltlich machen wollen. Wir werden sehr konkrete Anträge stellen und Sie konkret fordern.

An uns soll es nicht scheitern, dass das Land Nordrhein-Westfalen tatsächlich sozial und ökologisch verbessert wird. Aber wir erwarten auch von Ihnen, dass Sie konkrete Schritte unternehmen. Ich bin sehr gespannt, was in den nächsten Wochen insbesondere schon im Nachtragshaushalt konkret gemacht wird. Einige Themen sind von meinen Kolleginnen und Kollegen angesprochen worden.

Aus meiner Sicht jedenfalls ist ein dringender Korrekturbedarf gegeben. Denn in den letzten fünf Jahren haben wir eine Klientelpolitik erlebt, die wir vorher noch nie in diesem Land hatten. Sie haben Landwirtschaftskammern und den Flughafenausbau gefördert, was zuvor nicht gefördert worden war. Sie haben neue Subventionstatbestände geschaffen, die dringend abgeschafft werden müssen.

Die Linke ist nicht für eine radikale Verschuldungspolitik. Wir müssen uns jeden einzelnen Haushaltstitel sehr genau anschauen und überprüfen, was Schwarz-Gelb in den letzten Jahren gemacht hat. Denn Sie haben neue Tatbestände geschaffen. Da gibt es durchaus Sparpotenzial und Möglichkeiten der Umverteilung und der Umschichtung. Auch diese Potenziale müssen wir nutzen.

Wir sind also nicht nur diejenigen, die fordern, mehr Einnahmen zu generieren, obwohl das natürlich das wesentliche Thema ist. Sie wissen selber, dass die Steuerkompetenzen in vielen Bereichen in Berlin liegen. Deswegen habe ich vorhin noch einmal deutlich gesagt: Wir wollen Bundesratsinitiativen. Man weiß, wie das im Bundesrat läuft. Das ist ein Geben und Nehmen. Es werden Dinge ausgehandelt. Ich glaube, dass steuerpolitisch einiges möglich ist. Genauso ist dringend eine Länderfinanzreform notwendig. Ich erwarte vom Land Nordrhein-Westfalen, dass Akzente gesetzt werden, damit unser Land Nordrhein-Westfalen in Zukunft besser dasteht.

Wir haben viele Potenziale, nicht nur bei den Einnahmen, bei denen wir selber handeln können, Stichwort: Steuerprüfer, Steuerfahnder usw., oder auch durch Abbau von Subventionstatbeständen. Wir müssen natürlich auch steuerpolitisch noch andere Akzente setzen.

Dabei will ich es an dieser Stelle bewenden lassen. Es ist spät genug. Wir haben schon in Kürze noch genügend Zeit, über den Nachtragshaushalt usw. zu diskutieren. – Bis dahin wünsche ich Ihnen Glück auf.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Sagel. – Für die Landesregierung spricht der Finanzminister, Herr Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am Tag der Wahl der Ministerpräsidentin sprachen mich Journalisten an und sagten, sie hätten vorher mit meinem Amtsvorgänger Linssen gesprochen. Er habe ihnen gesagt, er sei froh, die nächsten Haushalte nicht mehr aufstellen zu müssen. Ich habe mich gefragt: Wie kann das sein? Bislang hatte ich immer gehört, dass alles in bester Ordnung und dass man bei der Konsolidierung auf dem besten Weg sei.

(Lachen von den GRÜNEN)

Ich war noch nicht lange im Amt, nur wenige Tage, als ich mir die Unterlagen anschaute und feststellte: Es gab gute Gründe für die Einstellung, die nächsten Haushalte besser nicht mehr zu verantworten. Denn vorher hatte man zusammen mit der Regierungskoalition ein wunderschönes Bild gezeichnet, das in Wahrheit in Bezug auf die Zahlen völlig anders aussah.

Ich halte viel davon, dass man sich hart auseinandersetzt. Ich halte aber nicht viel davon, dass man sich vom ersten Tag an sagt: Wir haben keine Inhalte. Da ist das Thema Schulden das einzige, mit dem man den Leuten Angst machen kann. Das wird gebetsmühlenartig wiederholt. Irgendwo wird es schon geschrieben. Irgendetwas bleibt davon schon hängen. – Gestatten Sie mir deswegen ein paar Richtigstellungen, die vielleicht irgendwann einmal Allgemeingut für eine harte, aber faire Auseinandersetzung werden.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Finanzminister, darf ich Sie an dieser Stelle fragen, ob Sie vielleicht eine Zwischenfrage des Kollegen Pinkwart zulassen möchten?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ja, gerne.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Ganz herzlichen Dank, Herr Walter-Borjans. Haben Sie mit Ihrem Vorgänger, Helmut Linssen, darüber gesprochen, ob die Aussagen der Journalisten zutreffen? Ich habe nämlich gestern mit ihm draußen gesprochen und hatte den Eindruck, er hätte im Interesse des Landes gerne weitergemacht, akzeptiert aber das Wählervotum genauso wie wir anderen auch.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Wir haben darüber gesprochen. Bei der Amtsübergabe wurde schon deutlich, dass es eine schwierige Situation ist. Wenn man ihn heute hört, klingt es wieder ein bisschen anders.

(Lachen von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Ich glaube, dass es schon einen gewissen Amputationsschmerz gibt. Das will ich gerne zugestehen. Ich kann nur noch einmal sagen: Das sind verbrieft Aussagen. Es gibt auch Aussagen mir gegenüber, die das nahelegen. Dass er am Schluss lieber Finanzminister geblieben wäre, bezweifle ich nicht. Die Frage ist nur: Was sagt das denn aus?

(Zuruf von Ilka von Boeselager [CDU])

Es sagt aus, dass eine extrem schwierige und gegenüber den vorherigen Aussagen zu rechtfertigende Situation vorliegt. Das will ich an ein paar Zahlen darstellen.

Was Sie uns ständig als 35 % Steigerung der Kreditaufnahme für das Jahr 2010 vorwerfen, ist bei 2,1 von 2,3 Milliarden € erhöhte Vorsorge. Selbst der Stabilitätsrat rechnet das nicht als Neuverschuldung, sondern als Vorsorge für spätere Ausgaben. Wir haben gestern lange genug darüber reden können, dass diese Ausgaben so oder so auf das Land zukommen werden.

Wir haben eben von Herrn Becker gehört, dass PIMCO nicht diejenigen sind, die die schlimmsten Schätzungen anstellen. Es gibt eine Reihe düsterer Prognosen als diejenigen, an denen wir uns orientiert haben.

Ich frage auch: Was ist das für eine Konsolidierung? Wenn ich mir diese Zahlen anschau, stelle ich fest, dass von 2009 bis 2013 mit 5,6, 6,6, 6,6, 6,5 und 6,4 Milliarden € eine Nettokreditaufnahme geplant war, die überhaupt keinen Ansatz zeigte, im Zeitverlauf in irgendeiner Weise zu sinken.

Was ist das für eine Konsolidierung, wenn bei der Regierungsübergabe von Ihrer Seite bekannt war, dass wir Steuermindereinnahmen in einer Größenordnung von deutlich über 1 Milliarde € – im Jahr 2013 sogar 1,8 Milliarden € – gehabt hätten, was dazu geführt hätte, dass Sie die 8-Milliarden-€-Marke locker gerissen hätten. Wenn noch diese PIMCO-Garantien dazu gekommen wären, wären im Jahr 2012 die 9 Milliarden € nicht einmal mehr die Grenze gewesen.

(Beifall von der LINKEN)

Wenn Sie heute davon sprechen, dass jetzt alles mit den Steuereinnahmen viel besser laufe, ist das sicherlich eine gute Entwicklung, die wir angemessen einsetzen sollten, um diese horrenden Zahlen wieder zurückzuführen. Nur möchte ich darauf hinweisen, dass diese Verbesserung, über die wir gerade reden, eine Reduzierung der Mindereinnahmen ist. Wir reden nicht von zu erwartenden Steuermehreinnahmen.

Wenn wir das Steueraufkommen in diesem Jahr hochrechnen, werden wir mit etwas Glück bei dem Betrag auskommen, der auch im verabschiedeten Haushalt steht. Allerdings gebe ich gern zu: Zwischendurch glaubte die Vorgängerregierung, es seien sogar 200 Millionen € weniger. Aber diese

200 Millionen € jetzt als geschenkte zusätzliche Mittel anzusehen, ist meines Erachtens ein bisschen vermessen.

Was ist das für eine Konsolidierung, die bei 20,3 Milliarden € höheren Steuereinnahmen mit Spitzenwerten von weit über 40 Milliarden € gerade einmal eine um 4,3 Milliarden € geringere Nettokreditaufnahme in der Legislaturperiode hinbekommen hat?

Was ist das für eine Konsolidierung, die Lasten auf die Kommunen verschoben hat? Wir haben davon gehört. In der vergangenen Woche ist uns zu Ohren gekommen, dass 860 Stellen einfach den Kommunen zugeschoben worden sind. Jetzt stellen wir fest: Die betroffenen Kommunen haben geklagt. Jetzt werden sie zurückgeführt. Das ist eines dieser toten Hühner, von denen die Ministerpräsidentin eben gesprochen hat, die plötzlich über den Zaun zurückfliegen.

(Heiterkeit von der SPD)

Wir erfahren, dass es am 12. Oktober ein Urteil des Verfassungsgerichts über die Fragen geben wird, ob die KiföG-Mittel weitergegeben werden müssen und ob das Konnexitätsprinzip verletzt worden ist. Sollte das Gericht zu einer aus unserer Sicht negativen Auffassung kommen, drohen uns Zahlungsverpflichtungen, die an die Milliardengrenze gehen.

Wir haben von den 300 Millionen € aus einbehaltenen Grunderwerbsteuer – Anteil: vier Siebtel für die Kommunen – schon gesprochen.

Sie sagen, dass bei Ihnen natürlich Kürzungen immer auf die Sicherung der Zukunft gerichtet sind. Dadurch sollen Chancen produziert werden.

Dann hört man heute von Frau Flach, der stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, die steuerliche Forschungsförderung falle aus. Wir erfahren, dass das Sparpaket des Bundesfinanzministers Leistungen zur Eingliederung in Arbeit statt mit 6,6 Milliarden € nur noch mit 5,3 Milliarden € bedenkt. Wir hören weiterhin, dass der Wegfall des Elterngeldes für Langzeitarbeitslose 450 Millionen € für den Bund einspart und dass die Streichung des Heizkostenzuschusses für Hartz-IV-Empfänger jährlich etwa 100 Millionen € einspart.

Meine Damen und Herren, mir ist wichtig, dass wir das Ziel, unsere Aufgaben sparsam zu erfüllen, im Auge behalten. Dazu gehören aber zwei Dinge: einerseits die Sparsamkeit und andererseits die Aufgabenerfüllung. Wenn ich diese Aufgaben nicht mehr für die Menschen in diesem Land wahrnehmen kann und wenn das Sparen an sich als die einzige Größe angesehen wird, bei der ich bei denen abschneide, die für unsere Zukunft auch eine wichtige Größe sind, bei Menschen, die in diesem Land leben, machen wir etwas falsch.

Die Herausforderung an uns alle liegt darin, dass wir zusammenbekommen, dass es einerseits eine

schwierige finanzielle Situation gibt, dass es auf der anderen Seite aber Erwartungen von Menschen gibt, die viel mit der Zukunft dieses Landes zu tun haben. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Jetzt hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Asch das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ministerpräsidentin hat es gestern sehr deutlich gesagt: Ein Markenzeichen unserer rot-grünen Koalition wird sein, dass wir Kinder konsequent in den Mittelpunkt unserer Politik stellen.

Der Unterschied zu Schwarz-Gelb besteht darin: Schwarz-Gelb hat immer davon gesprochen, es wie eine Monstranz vor sich hergetragen und damit ganz viel Symbolpolitik gemacht. Aber wir werden handeln, gestalten und dieses Land kinderfreundlich machen. Damit werden wir uns von dem absetzen, was Sie immer nur verbal geäußert haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Um das zu ermöglichen, müssen wir ganz viel vom dem aufräumen, wodurch Sie Eltern, Kinder und das Land zurückgeworfen haben. Wir fangen an und werden uns um die von Ihnen vorgenommene Kürzung bei der Familienhilfe kümmern und dafür wieder mehr Geld zur Verfügung stellen, weil wir das ernst nehmen. Denn wir wollen die Eltern darin unterstützen, diesen schwierigen Erziehungsauftrag umzusetzen. Wir werden die Familienberatung, die Erziehungsberatung und die Familienbildung wieder besser finanzieren, damit Eltern ihren schwierigen Job machen können.

Meine Damen und Herren, wir werden auch die Eltern materiell entlasten. Wir werden das eine Kindergartenjahr freistellen und damit den Einstieg in den Ausstieg bei der Elternbeitragsfreiheit insgesamt vornehmen. Das bedeutet, dass wir die Forderung ernst nehmen, dass Bildung vom Elementarbereich an umsonst sein soll und die Eltern nichts kosten darf.

Ein zweiter ganz wesentlicher Punkt ist, dass Rot-Grün es nicht hinnimmt, dass jedes vierte Kind in Nordrhein-Westfalen arm ist. Das heißt, wir werden ganz konkrete Maßnahmen in Angriff nehmen, diese bedrückende Kinderarmut zu lindern. Dabei müssen wir aber feststellen, dass uns der Bund dabei permanent in den Rücken fällt. Schwarz-Gelb im Bund führt im Moment mit den Sparbeschlüssen, die insbesondere auf Kosten von Alleinerziehenden, von sozial Schwachen und von den Benachteiligten in dieser Gesellschaft gehen, dazu, dass die Kinderarmut zunehmen wird. Dabei hätten Sie die

Möglichkeit, konkret an dieser Stelle das zu tun, was Sie heute Morgen und den ganzen Tag lang verkündet haben, nämlich Kinder ebenso in den Mittelpunkt Ihrer Politik stellen zu wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie wirklich konkret etwas für Kinder tun wollen, dann treten Sie ein gegen diesen Irrsinn, der sich da im Moment in Berlin vollzieht, wonach ausgerechnet den Hartz-IV-Empfängerinnen – es sind vor allen Dingen alleinerziehende Mütter, die das auszubaden haben – das Elterngeld gestrichen wird!

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist ein Skandal sondergleichen. Damit produzieren Sie Armut. Rechnen Sie es einmal durch! Das bedeutet, dass den Hartz-IV-Empfängerinnen 20 % ihres Einkommens gestrichen werden. Es sind also die Kinder, auf deren Rücken das ausgegtragen wird. Das ist eiskalte Politik. Das wird Ihnen unisono auch von allen Wohlfahrtsverbänden im Land bescheinigt. Wenn Sie etwas tun wollen für die Kinder auch hier in Nordrhein-Westfalen, dann fangen Sie da an und tragen Sie diese Beschlüsse nicht mit!

Meine Damen und Herren, wir werden ganz viel von dem, was uns Schwarz-Gelb vor die Füße gekippt hat, reparieren müssen. Wir müssen den Schutt, der da entstanden ist, wegtragen.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Frau Ministerpräsidentin hat es heute noch einmal gesagt: Ein großer Komplex sind die U3-Mittel. Der jetzige Geschäftsführer Ihrer Fraktion hat, als er noch Minister für diesen Bereich war, sehenden Auges, obwohl wir ihm als Opposition seit 2009 immer wieder erklärt haben, dass die Mittel für die nötigen Investitionen im U3-Bereich schon verausgabt sind, weiterhin alle Bewilligungsbescheide ausstellen lassen. Resultat ist, dass die Einrichtungen heute vor Bauruinen stehen, weil sie im Vertrauen auf die schwarz-gelbe Landesregierung die Maßnahmen begonnen haben. Jetzt ist kein Pfennig mehr in der Kasse, um das Angefangene weiterzuführen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wenn Sie uns jetzt vorwerfen, wir würden neue Schulden auf diesem Feld machen, dann sind das zum großen Teil Schulden, die Sie uns sozusagen vor die Füße gekippt haben, die wir jetzt im Interesse der Kinder, im Interesse der Einrichtungen machen müssen, damit die Maßnahmen ausfinanziert werden können.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Das ist Ihre Politik. Ich finde das verlogen. Das ist Chaos, das Sie angerichtet haben. Noch verlogener finde ich es, wenn Sie jetzt in die Kommunen gehen

und, wie etwa im Kreis Coesfeld und in Lüdenscheid geschehen, schreien „Haltet den Dieb!“ und das jetzt skandalisieren. Sie vergessen dabei, dass Sie mit Ihrer Politik die Verantwortung für die Situation tragen, dass Sie es waren, die das Chaos angerichtet haben.

Meine Damen und Herren, wir haben noch einen weiteren Bereich, in dem wir jetzt finanziell das ausbaden müssen, was Sie uns in der Kinderpolitik eingebrockt haben. Das ist die anhängige Konnexitätsklage. Wenn Sie klug gehandelt hätten, wenn Herr Laschet als Familienminister klug gehandelt hätte, dann hätte er sich mit den Kommunen an einen Tisch gesetzt und hätte Konnexitätsgespräche geführt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Stattdessen hat er sich einfach auch den Bundeszuschuss für die Betriebskosten einverleibt. Dann ist es doch verständlich, dass die Kommunen vor das Landesverfassungsgericht gehen unter der Überschrift: Das ist nach dem Konnexitätsprinzip unser Geld. – Minister Laschet also hat uns das eingebrockt.

Wir wissen nach allen Verlautbarungen vonseiten der zuständigen Richtern, dass uns das als Land teuer zu stehen kommen wird.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin.

Andrea Asch (GRÜNE): Das sind Kosten, die wir zu tragen haben, was Sie wieder kommentieren mit: Ihr häuft Schulden an. Ihr geht unverantwortlich mit der Zukunft unserer Kinder um. – Das sind aber Kosten, die Sie verursacht haben. Ich bin gespannt, ob Sie bereit sein werden, im Nachtrag dafür geradezustehen und die Hand dafür zu heben, dass das auch ausfinanziert wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Weisbrich?

Andrea Asch (GRÜNE): Gerne, Herr Weisbrich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Frau Kollegin Asch, das U3-Ausbauprogramm umfasst 480 Millionen plus 30 Millionen gleich 510 Millionen €. 480 Millionen € kommen vom Bund, 30 Millionen kommen vom Land.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Exakt!)

Davon ist zurzeit die Hälfte ausgegeben. Können Sie mir einmal erklären, wo Sie konkret 150 Millionen € Mehrbedarf sehen? Wollen Sie eventuell die Bundesmittel durch Landesmittel aufstocken? Was haben Sie sich vorgestellt?

Wenn ich richtig informiert bin – sonst korrigieren Sie mich! –

(Andrea Asch [GRÜNE]: Herr Weisbrich ...)

– Entschuldigung, ich bin noch nicht ganz fertig. Wir haben 100.500 Plätze in den Betriebskosten im Landeshaushalt finanziert. Von den Kommunen angemeldet wurden bis zum Sommer 88.000. Da ist noch Luft für 12.000. Können Sie mir sagen, wo da eine Unterfinanzierung ist, wenn die Mittel für die Kinderbetreuung insgesamt von 820 Millionen € auf 1,23 Milliarden € in den letzten drei Jahren gestiegen sind? Können Sie mir einmal erklären, wo die 150 Millionen € fehlen?

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Weisbrich, ich freue mich außerordentlich über Ihre Frage, weil sie mir Gelegenheit gibt – meine Redezeit ist jetzt abgelaufen –, das noch einmal genauer auszuführen und Ihnen vorzurechnen, dass diese 512 Millionen € an Bundesmitteln, die uns mit den 30 Millionen € zur Verfügung stehen, Mittel sind – das sollten Sie wissen! –, die bis zum Jahre 2013 ausreichen müssen, um im Land Nordrhein-Westfalen 32% an Bedarfsdeckung für den U3-Bereich sicherzustellen.

Wir wissen – auch Sie sollten es wissen; ich verstehe allerdings, dass Herr Laschet, der es selber nicht verstanden hat, es Ihnen nicht weiter vermittelt hat –, dass von diesen Mitteln jetzt schon 523 Millionen € durch bewilligte Anträge in diesem Jahr, in 2010, gebunden sind, die Mittel also schon überzeichnet sind.

Fragen Sie Ihre Landesjugendämter! Fragen Sie das Ministerium! Das Interessante ist, dass Herr Laschet auf eine Frage von mir im April des Jahres 2009, als ich mich erkundigt habe, wie hoch der Bedarf für die Investitionsmittel sei, gesagt hat – das ist im Protokoll des Ausschusses nachzulesen; ich hab ihn auch einmal plenar gefragt, sodass Sie es auch im Plenarprotokoll nachlesen können –: Der Bedarf übersteigt 1 Milliarde € bis zum Jahr 2013.

Herr Weisbrich, wir müssen diese Mittel haben, um dem Rechtsanspruch der Kommunen nachkommen zu können. Das muss bis 2013 reichen. Da ist es völlig unbefriedigend, wenn wir jetzt feststellen müssen, dass die Mittel schon in diesem Jahr durch Anträge gebunden sind, dass sie schon überzeichnet sind. Das ist die Situation.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Damit ist die Frage beantwortet und Ihre Redezeit zu Ende.

Andrea Asch (GRÜNE): Ich finde die Frage aber auch noch unter einem anderen Aspekt interessant: Wenn Vertreterinnen Ihrer Fraktionen uns in den Kommunen demnächst vorwerfen, dafür sei zu wenig Geld vorhanden, dann werde ich denen schriftlich Ihre Stellungnahme dazu vorlegen, nach der Sie der Meinung sind, es sei genug Geld vorhanden, wir bräuchten ja gar nicht mehr. Von daher finde ich Ihre Frage interessant und danke Ihnen ausdrücklich dafür.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin Asch, wir bedanken uns für die Antwort. Ihre Redezeit ist abgelaufen. Die Frage ist ausreichend beantwortet.

Andrea Asch (GRÜNE): Meine Damen und Herren, so viel Zeit muss noch sein. Mein Schlusssatz.

Vizepräsident Oliver Keymis: Eigentlich bestimme ich, Frau Asch, wie viel Zeit noch zur Verfügung steht. Sie kommen jetzt bitte zum Schluss.

Andrea Asch (GRÜNE): Wenn wir gemeinsam dieses Land kinderfreundlich gestalten wollen, müssen wir ehrlich an diese Aufgabe herangehen und die Berechnung ernst nehmen. Dann kommen wir ein Stück weiter. Dann müssen Sie die Bereitschaft zeigen, mit uns gemeinsam die Haushalte so zu gestalten, dass dieses Geld den Eltern, den Kommunen und damit den Kindern zur Verfügung steht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Asch. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich **schließe** die **Aussprache**. Wir haben damit den ersten Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung abgearbeitet.

(Vereinzelter Beifall)

– Sie haben recht, Kolleginnen und Kollegen, dafür kann man sich schon einmal selber gratulieren.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, muss ich eine **Rüge** aussprechen, die den Kollegen **Rüdiger Sagel** betrifft. Rüdiger Sagel hat sich in der Sitzung gestern unparlamentarisch geäußert. Damit niemand auf die Idee kommt, das nachzusprechen, werde ich nicht sagen, was er gesagt hat. Aber er hat den ehemaligen Finanzminister Dr. Linssen in diffamierender und herabsetzender Weise unparlamentarisch titulierte. Deshalb wird er für diese Äußerung gerügt.

Wir kommen zu

2 Gesetz zur Verbesserung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/97

erste Lesung

In Verbindung mit:

Studienbeiträge in Nordrhein-Westfalen: Sichere Qualität, faire Bedingungen, gute Chancen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/126

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Landesregierung als Antragstellerin Ministerin Schulze das Wort.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zentrales Thema der neuen Regierung ist ein gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem. Unser Ziel ist es, beste Bildung für alle zu gewährleisten. Deswegen bringen wir heute diesen Gesetzentwurf ein. So haben wir es vor der Wahl angekündigt, und so will es die Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Bei diesem Gesetzentwurf sind uns drei Punkte ganz wichtig:

Der erste Punkt. „Beste Bildung“ heißt für uns, dass bei uns in Nordrhein-Westfalen kein Talent verloren gehen darf. Wir stehen in diesem Land vor großen Herausforderungen: vor sozialen Herausforderungen, vor wirtschaftlichen Herausforderungen, ökologischen Herausforderungen. Auch angesichts der demografischen Veränderungen und des Fachkräftemangels brauchen wir jede Begabung in Nordrhein-Westfalen. Sie sind der Schlüssel für die wirtschaftliche Stärke. Sie sind der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Sie sind der Schlüssel für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Sie sind nicht zuletzt auch ein Standortfaktor – um es vielleicht einmal in der Sprache der FDP zu formulieren.

Es ist nicht nur der Einzelne, sondern die gesamte Gesellschaft die davon profitiert, wenn wir viele gut ausgebildete Menschen haben.

Die Abschaffung der Studiengebühren ist dabei für uns nur ein allererster Baustein in einem Gesamtkonzept der Landesregierung. Wir werden Bildungswege ebnen. Wir werden Hürden absenken. Das werden wir in den nächsten Monaten und Jahren tun.

Diese Potenziale und Talente zu fördern, ist eine Kernaufgabe des Staates. Wir haben die Pflicht, ein

hochwertiges Bildungssystem für alle zu gewährleisten. Der Staat muss für die finanziellen Rahmenbedingungen sorgen.

Diese Ausgaben zahlen sich aus. Nach der letzten Studie der OECD rechnen sich die Investitionen für ein Studium für jeden Einzelnen und für den Staat. Der einzelne Studierende bringt für uns Steuerzahler später rund 150.000 € an Plus, weil er oder sie seltener arbeitslos ist und meistens höhere Steuern zahlt. Investitionen in Bildung sind also gut angelegtes Geld.

Ein zweiter Punkt ist uns wichtig: Die Studierenden und die Hochschulen brauchen auch nach Abschaffung der Studiengebühren Verlässlichkeit und Sicherheit in der Finanzierung. Wir haben eine Verantwortung dafür, dass Forschung und Lehre verbessert werden, dass es mit den Hochschulen weitergeht. Dem tragen wir mit diesem Gesetzentwurf ganz ausdrücklich Rechnung.

Die zuverlässige Kompensation der Mittel ist für die Landesregierung eine Voraussetzung für die Reform des Gesetzes. Die Studierenden brauchen weiter längere Öffnungszeiten an den Hochschulen, in den Bibliotheken. Sie brauchen die zusätzlichen Tutorien. Sie brauchen die Lehrkräfte an den Hochschulen.

Die Hochschulen brauchen Planungssicherheit. Das müssen wir als Landesregierung gewährleisten. Für die Beschäftigten, die bisher aus den Studienbeiträgen bezahlt werden, ist eine Anschlussfinanzierung existenziell.

Im Gesetzentwurf ist deshalb festgelegt, dass eine Summe von 249 Millionen € jedes Jahr zum Ersatz der Studiengebühren aufgebracht wird. Das sind genau die Mittel, die die Hochschulen nach Jahresabschluss 2009 von den Studierenden erhalten haben.

Es gibt nur ganz wenige Gesetze, die dieses Parlament verabschiedet hat, in denen eine Summe festgeschrieben ist. Das letzte Mal war das beim Landesjugendplan der Fall. Damals haben wir mit großer Mehrheit hier im Parlament eine Summe in ein Gesetz hineingeschrieben. Das wollen wir jetzt wieder tun und den Betrag von 249 Millionen € im Gesetz ganz konkret festlegen. Dieses Geld soll den Hochschulen zur Verfügung stehen.

Es gibt einen dritten wichtigen Punkt, den wir mit diesem Gesetz erreichen wollen: Wir haben im Gesetzentwurf ein gerechtes Verteilungssystem für das Geld vorgeschlagen. Denn die Verteilung folgt einem ganz zentralen Grundsatz: Das Geld folgt den Studierenden. Jeder Studierende ist uns gleich viel wert. Deshalb bekommen alle Hochschulen Kompensationsmittel, auch diejenigen, die keine Gebühren erhalten haben.

Von interessierter Seite wird nun versucht zu vermitteln, das sei eine Diskussion, die zu Gewinnern

und Verlierern führe. Ich sage es Ihnen ganz deutlich: Gewinner der Abschaffung der Studiengebühren sind die Studierenden in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Durch die neuen Regelungen werden die Hochschulen zukünftig selber dafür sorgen, dass die Studienbedingungen so gut sind, dass jeder in der Regelstudienzeit durch ein Studium kommen kann. Bisher ist das jedem Einzelnen aufgebürdet worden, ohne dass die Studierenden die Rahmenbedingungen wirklich beeinflussen konnten. Jetzt sind die Hochschulen dafür wieder verantwortlich.

Die knappen öffentlichen Mittel, die wir haben und den Hochschulen zur Verfügung stellen, sollen dann natürlich zeitnah ausgegeben werden. Wir wollen nicht, dass die Hochschulen damit einen Sparstrumpf anlegen. Das Geld soll den Studierenden unmittelbar zur Verfügung stehen.

Außerdem müssen die Kompensationsmittel natürlich zum Zweck der Verbesserung der Qualität der Lehre und der Studienbedingungen eingesetzt werden. Die Hochschulen erhalten damit zusätzlich zu der bestehenden Grundfinanzierung ausdrücklich Mittel für die Qualität der Lehre.

Was das insgesamt bedeutet, möchte ich hier im Parlament noch einmal sehr deutlich machen: Die Hochschulen erhalten jährlich rund 3 Milliarden €. Das sind die Zahlen aus dem Jahr 2009. Das ist die Grundfinanzierung, die wir den Hochschulen geben. 249 Millionen € kämen als Ersatz für die Studiengebühren hinzu, wenn der Landtag diesen Gesetzentwurf verabschiedet.

Dazu kommen in den nächsten Jahren für den Hochschulpakt rund 400 Millionen € ausdrücklich für die Verbesserung der Qualität der Lehre und noch einmal 1,8 Milliarden €, mit denen wir auf die steigenden Studierendenzahlen infolge des doppelten Abiturjahrgangs reagieren.

Also, die Studiengebühren müssen hier nicht alles auffangen. Vielmehr gibt es noch weitere Mittel, die wir den Hochschulen zur Verfügung stellen werden.

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Gewinner des Gesetzes sind alle Studierenden hier in Nordrhein-Westfalen. Denn es gibt Geld für die Qualitätsverbesserung an den Hochschulen, wenn die Studiengebühren jetzt entfallen. Diese Mittel werden wir kompensieren. Damit senken wir eine wichtige Hürde für die Aufnahme eines Studiums.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Erhebung von Studiengebühren ist im Moment in vielen Bundesländern ein Gegenstand ständiger Diskussionen und auch ständiger Revisionen; Sie wissen das. Das Beispiel Hessen zeigt dabei meines Erachtens, wie man es nicht machen soll:

CDU und FDP haben den Hochschulen Kompensationsmittel versprochen, dann aber die Globalmittel, also das, was die Hochschulen als Grundfinanzierung bekommen, gekürzt.

Das ist nicht unsere Politik, und das hat die Frau Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung auch sehr deutlich gemacht. Wir werden uns nicht an CDU und FDP in Hessen orientieren, sondern halten es da lieber mit der FDP in Schleswig-Holstein. Ich möchte Ihnen ein sehr schönes Zitat, das die Debatte hier bei uns vielleicht befruchten kann, nicht vorenthalten. Die FDP in Schleswig-Holstein hat Folgendes gesagt – ich zitiere –:

„Bildung ist ... ein Bürgerrecht. Bildung ermöglicht die Entfaltung individueller Talente und Fähigkeiten. Sie ist die Grundlage für ein Leben in Selbstbestimmung. Durch Bildung gewinnt der Einzelne die Voraussetzung, sein Leben selbst gestalten und auch Verantwortung für sich und andere übernehmen zu können. ... Aus all diesen Gründen ergibt sich, dass die Finanzierung von Bildung in erster Linie eine öffentliche Aufgabe ist. Das Studium an staatlichen Hochschulen soll daher grundsätzlich frei von Studiengebühren sein.“

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich denke, für diese wegweisende Position aus Schleswig-Holstein ist ein Applaus angebracht.

Diese Position hat die FDP in Schleswig-Holstein auf einem Parteitag im März 2009 beschlossen. Es wäre sehr schön, wenn diese auch Anregung für die Debatte hier im Landtag sein könnte. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Schulze. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon interessant, was Sie unter einer Einladungscoalition verstehen. Ich hätte mich ja gefreut, wenn Sie hier einladen würden, um über die Frage zu diskutieren, wie wir die Qualität an unseren Hochschulen gewährleisten und das bestehende gute System weiter verbessern können. Stattdessen laden Sie hier ein, um darüber zu sprechen, wie wir Ihr ideologisches Wahlversprechen am besten in die Tat umsetzen können. Das hat für mich nichts mit einer Einladungscoalition zu tun.

(Beifall von der FDP)

Frau Schulze, Sie haben gesagt, Sie würden hier die Mehrheit der Studierenden vertreten. – Ich glau-

be, das ist nicht der Fall. Schauen wir doch einmal an die Universitäten, und schauen wir doch einmal, wer bislang wo Kritik an Ihrem Gesetzentwurf geübt hat: Es sind die ASten in Aachen, in Düsseldorf und – das ist heute bekannt geworden – das Aktionsbündnis der Studierenden, die Ihr Gesetz kritisieren. Insofern können Sie nicht behaupten, Sie sprächen hier im Namen aller Studierenden.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben es schwarz auf weiß: Sie haben Ihr Versprechen gebrochen. Die Einnahmen aus den Studiengebühren werden nicht voll kompensiert. Sie spielen sich hier als die großen Wohltäter auf. Aber in Wirklichkeit nehmen Sie allen etwas weg.

Zuerst nehmen Sie den Hochschulen etwas weg. Sie nehmen ihnen die Mittel weg, die für die Qualität der Ausbildung dringend gebraucht werden.

Zweitens. Sie nehmen den Studierenden etwas weg. Sie haben gesagt, die Studierenden seien die Gewinner. In Wirklichkeit sind die Studierenden die Verlierer Ihres Gesetzentwurfes. Weniger Mittel für die Hochschulen machen sich für die Studierenden bemerkbar. Daraus resultieren nämlich weniger Tutorien und weniger Berufsvorbereitung, und auch andere Unterstützungsangebote werden wegfallen.

Drittens nehmen Sie allen Bürgerinnen und Bürgern etwas weg, weil Sie Ihre halbherzige Kompensation nur über Schulden finanzieren wollen. Die Bürgerinnen und Bürger und gerade die Studierenden als Vertreter der jungen Generation werden Ihre unverantwortliche Politik bezahlen müssen. Sie machen Politik nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“ oder „Was kostet die Welt?“.

Sie finden jetzt angeblich überall Löcher im Haushalt, die Ihnen von der alten Landesregierung überlassen worden sein sollen. Wie lange werden Ihnen das die Menschen Ihrer Meinung nach wohl noch glauben? – Es ist doch offenkundig, dass Sie mit dem Geld nicht auskommen und nur noch über mehr Schulden regieren.

Die Löcher befinden sich meines Erachtens vielmehr in Ihrer Argumentation. Sie wollen nur Ihre ideologischen Wahlversprechen umsetzen, und dabei machen Sie auch noch gravierende Fehler.

Der erste Fehler ist: Die Kompensation ist unzureichend. Die Summe, die an die Hochschulen geht, ist insgesamt festgelegt. Diese 249 Millionen € spiegeln nur den Ist-Zustand wider. Die Mittel werden eingefroren. Die Verteilung erfolgt nach der Studierendenzahl auf Basis des vorletzten Wintersemesters und nicht nach der realen Studierendenzahl. Dass da etwas fehlt, ist doch offensichtlich.

Auch wenn Sie es jetzt noch nicht sehen: Ihr Systemfehler wird spätestens mit dem doppelten Abiturjahrgang deutlich. Denn die steigenden Studieren-

denzahlen werden nicht angemessen durch mehr Mittel für die Lehre belohnt.

(Beifall von der FDP)

Frau Ministerin, damit widerlegen Sie doch Ihr eigenes Motto. Sie sagen ja – und wiederholen es immer wieder ganz stolz –: Das Geld folgt den Studierenden. – Ihr eigentliches Motto müsste aber lauten: mehr Schein als Sein.

Die Verteilung ist weiterhin ungerecht. Auch Hochschulen, die bisher keine Studiengebühren erhoben haben, bekommen Geld. Verlierer sind die Hochschulen, die bislang den Höchstsatz in die Lehre investiert haben. Sie werden für ihre guten Angebote bestraft.

Sie stellen die Hochschulen wieder in die Abhängigkeit – in die Abhängigkeit von Ihrer Haushaltsführung, von der Kassenlage der Landesregierung. Wer so hemmungslos Versprechen und Schulden macht, erweckt kein Vertrauen in die Haushaltsführung. Es ist einfach traurig, dass in Zukunft die Regierung nach Kassenlage die Qualität an den Unis bestimmt.

Die fehlende Kompensation ist Ihr inhaltlicher Fehler. Die Kapazitätsneutralität ist Ihr rechtlicher Fehler. Das kann doch keine verantwortungsvolle Politik sein: mit einem Gesetz aufzuschlagen, das von vornherein rechtlich auf wackligen Beinen steht, in der Hoffnung, dass schon keiner klagen wird, weil Ihnen alle so dankbar sind. Ich würde mich an Ihrer Stelle nicht darauf verlassen.

Das größte Problem in Ihrer Argumentation ist die soziale Ungerechtigkeit. Als ob Sie es herbeireden wollten, wiederholen Sie stur, Studiengebühren seien sozial ungerecht. Noch einmal: Es wird nicht wahrer. Alle Studien zeigen, dass Studiengebühren nicht vom Studium abschrecken.

Und das hat einen guten Grund: Mit der BAföG-Verrechnung und dem nachgelagerten Darlehen haben wir die soziale Balance gehalten; das haben auch alle Experten bestätigt.

Was aber stimmt, ist, dass viele Studierende verunsichert sind und Angst vor der Aufnahme eines Studiums haben. Insofern muss folgende Frage an Sie gestattet sein: Was haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der rot-grünen Seite, dazu beigetragen? – Sie sagen ständig, dass Studierende aus ärmeren Haushalten vor großen Problemen stünden. – Ja, wenn man sie ständig vor dem Abgrund warnt, dann ist klar, dass sich Ängste breitmachen. Und gerade das ist das Schlimme an Ihrem Vorgehen: Sie schüren eher diese Ängste.

Wir sehen doch am BAföG, dass eine moderate Verschuldung nicht das Hauptproblem ist. Das BAföG wird sehr gut angenommen. Bei monatlichem Höchstsatz führt auch der BAföG-Bezug zu einer großen Summe an Schulden. Er geht aber

mit weniger Angst einher. Also ist vielleicht doch die Rückzahlung der größere Angstfaktor.

Die Studierenden sind bereit, einen kleinen Teil zu einer guten Ausbildung beizusteuern, so wie das in anderen Berufen die Regel ist. In jeder Handwerksausbildung ist das üblich. Damit sind auch alle einverstanden. Sie erhalten nämlich im Gegenzug eine gute Ausbildung. Dafür sind sie dann auch bereit, einen entsprechenden Beitrag zu leisten.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Marcel Hafke (FDP): Nein, danke.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie möchten keine Zwischenfrage zulassen. Bitte fahren Sie fort.

Marcel Hafke (FDP): Wir haben diese Sorgen der Studenten auch ernst genommen. Deswegen haben wir hier einen neuen Vorschlag vorgelegt. Wir glauben, dass man das bestehende System weiterentwickeln muss, um diesen Ängsten vorzugreifen, und zeigen hier Möglichkeiten auf, wie man sie umgehen kann.

Erstens. Ich glaube, dass wir die Möglichkeit für die Hochschulen erhalten müssen, sozialverträglich Studienbeiträge zu erheben. Wir wollen auch prüfen, ob der Ausfallfonds haushaltsneutral vom Land finanziert werden kann. Warum wollen wir das machen? Weil wir den Hochschulen mehr netto geben wollen, damit sie noch mehr Kapital für die Verbesserung ihrer Lehre zur Verfügung haben.

Zweitens. Gleichzeitig wollen wir den Studierenden entgegenkommen und ihre Belastung weiter vermindern. Dazu soll das Darlehensprogramm zur Rückzahlung noch weiter ausgebaut werden. Wir wollen, dass die Studenten ihre Studienbeiträge nachgelagert zurückzahlen müssen, und zwar zinsfrei und einkommensabhängig. Damit wird die Belastung vermindert und in die Phase finanzieller Leistungsfähigkeit verschoben. Gerade haben wir ja die Zahlen gesehen, aus denen hervorgeht, wie sehr sich ein Hochschulstudium finanziell lohnt. Die Bezüge von Universitätsabsolventen liegen mittlerweile 67 % über denen von Berufstätigen mit klassischer Berufsausbildung. Dann kann auch ein nachgelagertes Beitragsmodell eine tragbare Belastung sein. Das ist eine gute Lösung.

(Serdar Yüksel [SPD]: Was ist mit dem Spitzensteuersatz? – Gunhild Böth [LINKE]: Spitzensteuersatz erhöhen!)

Wir haben gezeigt, wie es aus unserer Sicht weitergehen sollte. Jetzt müssen Sie zeigen, wie es weitergeht.

Wir stellen fest, dass Sie sich der gesamten Diskussion über mögliche Verbesserungen verschließen und stur Ihre Wahlversprechungen umsetzen wollen. Aber das ist eben Ihr politischer Fehler. Die „Koalition der Einladung“ hat offenbar vergessen, wie man einlädt. Vielleicht muss man Ihnen dazu das Prinzip noch einmal erklären. Der gute Gastgeber hat etwas anzubieten. Insofern sind wir heute auch einmal gespannt, wie Die Linke sich hier verhält.

Wen interessieren diese politischen Spielchen aber am allerwenigsten? – Am wenigsten interessieren sie die Hochschulen, die nämlich wollen, dass eine vernünftige finanzielle Ausstattung vorherrscht, und die Beschäftigten, die um ihre Jobs an den Universitäten bangen. Am allerwenigsten interessieren diese politischen Spielchen die Studierenden; denn sie werden am Ende die großen Verlierer sein. Das können wir nicht zulassen.

Das sind die finanziellen, bildungspolitischen und sozialen Kosten Ihres Gesetzentwurfs. Sie reden über die 249 Millionen €. Wichtiger wäre es aber, über diese Kosten zu sprechen. Sie können die Einnahmen aus den Studienbeiträgen nicht kompensieren – und diese Kosten erst recht nicht. Aber die Rechnung kommt bestimmt. Diese Rechnung geht dann an Sie, liebe Minderheitsregierung. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Dr. Brinkmeier.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin Schulze, heute haben Sie nun den ersten konkreten Gesetzentwurf der rot-grünen Minderheitsregierung hier vorgelegt, dem in dieser Wahlperiode noch einige andere Gesetzentwürfe folgen werden, wie Sie angekündigt haben.

Sie haben diesen Gesetzentwurf mit Ihren Argumenten begründet. Ich darf Ihnen aber sagen – das ist Ihnen auch nicht neu –: Die von Ihnen vorgebrachten Argumente waren alle wolkig, unbestimmt und vor allem, was die Frage der Akzeptanz und der Abschreckung betrifft, durch keinerlei empirische Daten und Fakten untermauert. Es ist alles wolkig und unbestimmt.

(Beifall von der CDU)

Wenn man sich den Gesetzentwurf genauer anschaut, stellt man fest, dass sich unsere Befürchtungen, die wir schon vor Längerem vorgetragen haben, bewahrheitet haben; denn dieser Gesetzentwurf ist sozial ungerecht. Dieser Gesetzentwurf ist sozial nicht gerecht, er steht rechtlich auf wackli-

gen Füßen, und er nimmt den Hochschulen Geld weg. Das steckt in diesem Gesetzentwurf.

Man kann es auch auf den Punkt bringen. Wenn dieser Entwurf tatsächlich Gesetz wird, haben Sie als neue Landesregierung im Wesentlichen zwei Dinge erreicht. Sie haben dann nämlich mehr Schulden gemacht, aber für weniger Bildung. Dies ist das Resultat dieses Gesetzentwurfes. Das werden wir garantiert nicht befürworten.

Ich darf auch daran erinnern, dass dieser Entwurf ohne rot-grünen parlamentarischen Segen auf die Welt gekommen ist. Erinnern wir uns einmal an die letzte Plenarwoche vor der Sommerpause! Damals hatten Sie versucht, hier ein großes Zeichen zu setzen. Es gab den von Rot-Grün eingebrachten Antrag, mit dem die Landesregierung gebeten werden sollte, so etwas auf den Weg zu bringen. Dafür haben Sie dann aber gar keine Mehrheit bekommen. Also haben Sie Ihren Antrag auch zurückgezogen. Das war ein sehr klägliches Scheitern.

(Karl Schultheis [SPD]: Wir haben den Antrag nicht zurückgezogen!)

Daher musste die Landesregierung sozusagen zu Fuß diesen Gesetzentwurf vorlegen. Das hat aber auch nicht viel genutzt. Es zeigt nur, dass Sie jetzt tatsächlich in den Niederungen der Politik angekommen sind.

Wir müssen jetzt tatsächlich einmal darüber sprechen, welche Folgen dieser Gesetzentwurf hätte, wenn er so durchkäme, wie Sie das gerne hätten. Die für ihn sprechenden Argumente sind nämlich schon sehr schwach. Von vielen Gruppen wird das im laufenden Gesetzgebungsverfahren dann auch noch einmal sehr deutlich gemacht werden. Daher sollten Sie sich tatsächlich besinnen.

Ich will einmal an einigen Beispielen verdeutlichen, wie sich das Ganze tatsächlich an den Hochschulen auswirken wird. Fangen wir – darauf ist Herr Kollege Hafke auch schon eingegangen – noch einmal beim Geld an! In Art. 2 § 1 des Gesetzentwurfs, Mittelgarantie, schreiben Sie – das haben Sie eben auch betont, Frau Ministerin –, dass durch das Land jährlich 249 Millionen € zur Verfügung gestellt werden. Das entspricht – so ist die Rechnung – den Einnahmen aus den Studienbeiträgen abzüglich der Abführungen an den Ausfallfonds.

Gleichzeitig bedeutet das aber auch 0,25 Milliarden € mehr Schulden pro Jahr. Sie werden das ja schuldenfinanzieren; wenn nicht, können Sie mich gerne korrigieren. 0,25 Milliarden € mehr Schulden pro Jahr mal eben so! Das ist schlecht, das ist sozial ungerecht, und das trifft dann tatsächlich alle. Das ist nichts anderes als ein kleines Wahlgeschenk an die eigene Klientel, die dies ja gefordert hat. Dabei machen wir nicht mit.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

– Es handelt sich um nichts anderes als ein Wahlgeschenk an Ihre Klientel. Die hat das ja gefordert.

(Karl Schultheis [SPD]: Ach du Schandel! Das finde ich ja gut, dass alle Studierenden auf unserer Seite sind!)

Die angenommene Summe entspricht auch nicht, wie Sie behauptet haben, den Bedarfen dieser Hochschulen. Da diese 249 Millionen € den Studierenden folgen – das haben Sie auch gesagt; diese schönen Begriffe kennen wir ja –, erhalten alle Hochschulen diese Mittel. Damit bekommen – das ist das Ungerechte – die Hochschulen, die jetzt schon Studienbeiträge erhoben haben, weniger. Für sie ist es eine Bestrafung. So empfinden die Hochschulen das auch. Die Hochschulen sagen: Sie bestrafen uns dafür, indem wir weniger Geld bekommen. – Das ist eine große Ungerechtigkeit. Die jetzt vorhandenen tatsächlichen Bedarfe werden dadurch auch nicht finanziell gedeckt.

Interessanterweise stehen diese 249 Millionen € in diesem Gesetzentwurf und nicht im Haushaltsgesetz, was wir dann jährlich festhalten sollten. Das könnte man positiv interpretieren und sagen, dadurch haben wir es dann ja für die nächsten Jahre festgelegt. Aber das berücksichtigt dann eben nicht die Konsequenz, dass wir steigende Studierendenzahlen haben werden, sondern die bleiben gleich. Das heißt, die pro Studierenden gerechnete Kompensation wird von Jahr zu Jahr geringer. Und Sie werden es durch kein Haushaltsgesetz dieser Welt wieder verbessern wollen. Das ist ungerecht, das ist Verschleierung. Sie haben keinerlei Recht, hier einfach zu sagen: „Wir kompensieren was“, und tatsächlich ist es dynamisch gesehen keine Kompensation, sondern es wird einfach weniger.

Dann gucken wir uns das Jahr 2013 an, wenn der doppelte Abiturjahrgang kommt. Wir haben hier oft genug über die Zahlen gesprochen, wie viele Studierende mehr dann da sind. Wenn Sie die 249 Millionen € so ins Gesetz schreiben, dann kommt das einer drastischen Reduzierung der Studienmittel gleich. Denn wenn man es mal überschlägig berechnet – und wir sollten das ruhig mal im Detail im Ausschuss tun –, werden wir etwa 50 Millionen € Deckungslücke haben, also etwa 20 %. Das sind 20 % weniger Ausstattung, 20 % weniger Tutorien, 20 % weniger Arbeitsplätze im hochschulischen Bereich. Und das nennen Sie dann im Gesetzentwurf eine Verbesserung der Qualität oder Gesetz zur Verbesserung der Chancengleichheit? – Das ist ja wohl eher das Gegenteil. Das Geld fehlt, und Sie haben keinerlei Recht zu behaupten, Sie würden die Qualität irgendwie verbessern.

Zusätzlich ist nach wie vor nicht sichergestellt, dass den Hochschulen die ihnen zugewiesenen Mittel – aus Sparzwängen, so wird es in den nächsten Jahren heißen – wieder abgenommen

werden. Frau Ministerpräsidentin Kraft hat in Ihrer Regierungserklärung gesagt – ich zitiere –: An der Grundfinanzierung werden wir nichts ändern. – Auch Sie, Frau Ministerin Schulze, haben das eben gesagt.

(Ministerin Svenja Schulze: Ja!)

Ich gehe aber davon aus – das werden wir natürlich vor allem in dem kommenden Haushaltsgesetzentwurf sehen –, dass Sie an den anderen Finanzierungsquellen sicherlich hier und da noch schrauben werden. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie vielleicht auch einmal etwas zum Thema „leistungsorientierte Mittelvergabe“ sagen; denn ich habe den Verdacht, dass Sie an der Schraube noch kräftig drehen wollen und nicht unbedingt geneigt sind, die Höhen dort weiter aufrechtzuerhalten. Aber vielleicht können Sie dazu gleich etwas sagen, eventuell ist das ja sozusagen eine Kompensation für den Finanzminister, die Sie machen sollen.

Wir haben übrigens auch organisatorische und qualitative Schwierigkeiten, wenn dieses Gesetz Gesetzeskraft erlangt; denn Sie erzeugen Unruhe an den Hochschulen. Das tun Sie jetzt schon seit Monaten. Wegen der faktischen Kürzung, die an vielen Hochschulen der Fall sein wird, ist Unruhe beim dortigen Personal entstanden – und zwar gewaltige Unruhe. Sie haben das auch durch Ihre eigenen Netzwerke nicht deckeln können. Die sagen alle: Wir wissen nicht, was mit unseren Arbeitsplätzen geschieht. – Denn man kann einfach nicht sagen, wer, wenn es spätestens im Wintersemester zu diesen Kürzungen kommen wird, entlassen und keine Arbeitsvertragsverlängerung mehr haben wird.

Gerade die Menschen, die sich in den letzten Jahren ganz aktiv, ganz fantasievoll dafür eingesetzt haben, dass das Lernumfeld für die Studierenden verbessert wird, versetzen Sie für die nächsten Monate weiter in große Unsicherheit. – Wie gehen Sie mit diesen Menschen um? Seien Sie doch einmal die Partei für die Arbeiterinnen und Arbeiter und geben ihnen Garantien. Geben Sie das Geld, damit die Arbeitsplätze erhalten werden können. Das wäre sozial ausgewogen. Aber unterm Strich kürzen und vernichten Sie Arbeitsplätze.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Von den Verhältnisse an den Hochschulen verspreche ich mir im Rahmen der Umstellung auch einiges an Chaos, denn man macht sich ja nichts vor: Dieser Gesetzentwurf wird – das werden wir sicher gleich von den Linken hören – so nicht durchkommen. Sie werden irgendwelche Kompensationen und Zugeständnisse an die Linken machen müssen. Da sind wir natürlich sehr gespannt, was das sein wird. Mich würde übrigens in diesem Zusammenhang interessieren, Frau Ministerin, ob es schon erste Kontaktaufnahmen und Gespräche mit Vertretern der Linken gegeben hat.

(Karl Schultheis [SPD]: Fragen Sie mal den Landtagspräsidenten!)

Ich würde auch gerne, Herr Schultheis, von der SPD-Fraktion und von der Grünen-Fraktion wissen – ich bitte in den Redebeiträgen gleich um Antwort –: Hat es schon irgendwelche konkreten Gespräche gegeben, inwieweit man sich da aufeinander zubewegt?

(Minister Johannes Remmel: Jeden Tag ab 12 Uhr!)

Ich bin natürlich auch dankbar, wenn die Linken das selber erläutern. Klären Sie uns doch auf; viele draußen im Lande möchten einfach wissen, wo denn Ihr Kompromiss dann wohl sein wird. Das wäre sicherlich sehr hilfreich. Die Vermutung steht an, dass ein Kompromiss irgendwie im Rahmen des Sommersemesters laufen wird. Auf das dadurch erzeugte bürokratische Gewusel bin ich schon sehr gespannt.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage vom Kollegen Klocke?

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Ja, bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Brinkmeier, ich wollte Ihnen nur schnell auf Ihre Frage antworten: Es hat noch kein offizielles Gespräch mit den Linken gegeben, aber wir haben uns, so wie auch mit Vertretern anderer Fraktionen, schon über den Gesetzentwurf ausgetauscht. Es gibt dabei Gemeinsamkeiten und Differenzen, die heute hier in der Debatte ausgetragen werden. Aber es gibt noch keine entsprechende Festlegung, was da passieren soll.

(Zuruf von der CDU: Wo ist die Frage?)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Klocke, ich nehme mal an, dass Sie fragen wollten, ob Herr Brinkmeier das zur Kenntnis nehmen möchte.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und von der FDP)

Arndt Klocke (GRÜNE): Ja, genau, so wollte ich fragen. Ich hatte es in meiner parlamentarischen Unerfahrenheit falsch formuliert.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Vielen Dank, Herr Klocke. Ich nehme das dankbar zur Kenntnis, auch wenn es im Inhalt noch nicht erkenntnisreich war. Aber ich würde mich natürlich freuen, wenn auch

die anderen Fraktionen den Mut hätten, sich einfach zu bekennen. Vielen Dank, Herr Kollege.

Zum Thema „Kapazitäten“ – auch das hat der Kollege Hafke angeführt –: Das ist rechtlich unsicher. Sie wissen genau: Wenn ein Student, eine Studentin mit einer Klage erfolgreich sein wird, dann bricht Ihr Finanzierungssystem zusammen. Sie sollten hier erklären, was Sie in so einem Fall machen werden. Oder sagen Sie: „Nein, für solche Fälle haben wir keinen Plan B“? – Es wäre katastrophal, wenn so etwas käme. Aber es ist Ihre Schuld, wenn so etwas kommt. Und es wird kommen; da kann man sich ziemlich sicher sein. Das betrifft Hessen übrigens genauso wie Nordrhein-Westfalen; da mache ich keinen Unterschied. Sie brauchen nicht darauf zu verweisen, Herr Schultheis. Das ist nicht richtig. Öffentliche Mittel sind kapazitätswirksam, und Sie können da nicht einfach so herauskommen.

Eine Sache, die durchaus noch interessant bis pikant ist: Mit diesem Gesetzentwurf gehen Sie ja hinter Ihr eigenes Gesetz aus der 13. Wahlperiode zurück, nämlich das Gesetz zu den Langzeitkontengebühren. Ich kann mich noch an die Beiträge von Frau Kollegin Seidl erinnern, die das mitmachen musste und auch immer offen gesagt hat, dass sie das im Nachhinein vielleicht anders sieht. Von daher werden Sie das jetzt ja bejubeln. Aber es ist schon sehr bemerkenswert, dass ein Gesetz, das unter der Ägide von Frau Kraft seinerzeit verabschiedet worden ist, noch weiter zurück abgewickelt wird. Und damit fallen Sie wirklich weit, weit zurück in die Vergangenheit.

Dass es dann sicherlich mehr Langzeitstudenten gibt und Personen, die sich aus anderen Gründen wieder einschreiben wollen, weil es ja nichts kostet, werden wir dann zur Kenntnis nehmen. – Mein Verdacht ist, dass Sie gar nichts dagegen haben, da sich die nominelle Studierendenzahl steigert und Sie sagen können, wir hätten wieder mehr Studierende. Aber der Sache werden wir dann schon auf den Grund gehen. Vielleicht sollten Sie sich zumindest an der Stelle doch ein bisschen an Ihre eigenen Zeiten erinnern und ein bisschen reell werden.

Also: Die Einführung von Studienbeiträgen hat sich im Vergleich zu Bundesländern, in denen keine Studienbeiträge erhoben worden sind, nicht auf die Studierendenzahlen und die Studierendenquoten hier in Nordrhein-Westfalen ausgewirkt. Das ist Fakt. Das können Sie nachlesen. Das hat das Hochschulinformationssystem ebenfalls festgestellt. Auch das 2009 veröffentlichte Monitoring der Studierenden der Ruhr-Universität Bochum hat klar nachgewiesen, dass die These, wonach Studierende aus einfachen sozialen Milieus durch Studienbeiträge vom Hochschulzugang abgehalten würden, auf Basis der empirischen Daten nicht haltbar ist. Das, was Sie immer dazu sagen, ist alles nur wolkige Behauptung. Das halten wir mal fest.

Abgesehen davon, dass dieses gesamte Projekt, das von den linken Parteien hier im Parlament vorangetrieben wird, nicht nur den Studierenden, sondern auch den Menschen im Land auf Dauer schaden wird, sollten Sie sich wenigstens die Mühe machen, die vielen Fallstricke und offenen Fragen, die hier angesprochen sind – nicht nur von uns, sondern auch von den Betroffenen –, im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens wirklich zu beantworten. Dann lohnt sich auch eine spannende Debatte im weiteren Gesetzgebungsverfahren. Der werden wir uns mit Lust und Leidenschaft widmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Brinkmeier. – Für die SPD-Fraktion spricht unser Kollege Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich will zunächst mit einigen Anmerkungen auf die beiden Vorredner eingehen.

Zunächst auf Herrn Hafke. Herr Hafke, ich habe Sie zum ersten Mal hier erlebt und noch nicht im Ausschuss. Ich finde es schade, dass Sie die Linie von Christian Lindner und – noch schlimmer – von Herrn Witzel weiterverfolgen wollen, anderen Ideologie vorzuwerfen, aber selbst ideologisch zu argumentieren.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Das ist zwar erlaubt, aber der Ideologievorwurf – das ist mittlerweile wissenschaftlich nachgewiesen – trifft immer denjenigen, der ihn erhebt. Das ist halt so.

Die einzelnen Fragen will ich im Kontext zu dem, was Herr Dr. Brinkmeier gesagt hat, beantworten.

Zunächst zum Antrag, den wir letztes Mal hier im Landtag beraten haben, Herr Dr. Brinkmeier: Er ist nicht zurückgezogen, sondern an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie überwiesen worden. Dort werden wir ihn – davon gehe ich aus – im Kontext dieses Gesetzesentwurfs und des Antrags der FDP beraten.

Herr Hafke – das habe ich gerade vergessen –, das ist seit fünf Jahren das erste Mal, dass ich eine Fleißarbeit seitens der FDP in diesem Ausschuss als Antrag erlebe, wenn ich auch die Feststellungen, die Sie dort treffen, nicht teile. Zum Beispiel lautet eine Ihrer Feststellungen, dass Studiengebühren keine Auswirkungen auf das Studieverhalten haben.

Ich will Ihnen deshalb aus dem Protokoll vom 4. März 2010 ein Zitat vom Hochschulinformationssystem, von Herrn Prof. Leitner, vorlesen, den Sie

auch in Ihrem Antrag anführen, um Ihre Argumentation zu stützen. In diesem Protokoll heißt es – ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten –:

„Eine abschreckende Wirkung, was das Studieverhalten betrifft, ist auf individueller Ebene dennoch ablesbar. Diese abschreckende Wirkung ist auf Frauen stärker als auf Männer, auf Studienberechtigte mit Fachhochschulreife stärker als auf solche mit allgemeiner Hochschulreife und auf Studienberechtigte aus bildungsfernen Schichten stärker als auf solche aus bildungsnahe Schichten. Hieran wird deutlich, dass Studienverzicht auch eine mentale Angelegenheit ist. Das von mir gerade Gesagte bedeutet zum Beispiel, dass Frauen unter ansonsten gleichen Bedingungen deutlich eher der Meinung sind, sich ein Studium nicht leisten zu können, als Männer.“

Das sind Aussagen des Professors, den Sie hier als Kronzeugen heranziehen. Er hat natürlich sehr differenziert zu dem Thema Stellung genommen und gesagt: Ich kann es nicht statistisch nachweisen. – Es gibt aber auch statistische Hinweise; denn Prof. Leitner hat auch gesagt – ich bitte um Genehmigung des Präsidenten, das auch zitieren zu dürfen –:

„Der Anteil der Studienberechtigten, die gemäß eigenen Angaben wegen Studiengebühren auf ein Studium verzichten, liegt in Nordrhein-Westfalen zwischen 2,4 und 6,5 %, also in Absolutzahlen, wie in der schriftlichen Stellungnahme ausgeführt, zwischen 2.600 und 7.100 Studienberechtigten.“

Das ist eine große Zahl von Studienberechtigten, die kein Studium aufnehmen. Diese Tendenz soll und wird der Gesetzesentwurf und dann das beschlossene Gesetz unterbrechen. Wir wollen möglichst viele junge Leute zu einem erfolgreichen Studienabschluss führen und Hindernisse abbauen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Außerdem ist gesagt worden, wir nähmen den Bürgern etwas weg. Sind die Studierenden, die jungen Frauen und Männer, denn keine Bürgerinnen und Bürger? Diese Frage muss ich doch stellen. Sind deren Eltern, die die Steuern zahlen, keine Bürgerinnen und Bürger? Betten Sie das doch bitte mal systemisch in Ihr sonstiges politisches Programm ein! Wenn ich an die Steuergesetzgebung denke, wenn es darum geht, Steuergerechtigkeit herzustellen, sind doch Ihre Maßnahmen, die Sie auf Bundesebene treffen, genau das, was Sie hier kritisieren. Sie nehmen den Menschen an der falschen Stelle etwas weg, und anderen legen Sie noch etwas drauf.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Schließen Sie sich uns an! Erhöhen Sie den Spitzensteuersatz auf Bundesebene! Dann sorgen wir

dort für größere Gerechtigkeit, aber nicht über die Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen. Das ist albern, meine Damen und Herren.

Zum Personal – weil mir das auch ein großes Anliegen ist, Herr Dr. Brinkmeier –: Über diese fünf Jahre hinweg, als es darum ging, das sogenannte Hochschulfreiheitsgesetz hier zu diskutieren, die Stellung des Personals, der Personalräte, waren es doch gerade Sie, CDU und FDP, die die Personalrechte, die Mitwirkung und damit auch die Qualität der Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen beschädigt haben. So viele prekäre Arbeitsverhältnisse im wissenschaftlichen und im nichtwissenschaftlichen Bereich wie zurzeit haben wir an unseren Hochschulen noch nie gehabt, Herr Dr. Brinkmeier.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Fragen Sie die Personalräte und die Verwaltung der Hochschulen!

Es geht auch um Gleichheit vor dem Gesetz. Das ist doch eine ganz alberne Diskussion. Wenn wir hier als Landtag beschließen, die Studiengebühren abzuschaffen, eine Kompensation bereitzustellen, dann können wir doch nicht zwischen Hochschulen unterscheiden, die Studiengebühren erhoben haben, und solchen, die es nicht getan haben, oder solchen, die 300 € genommen haben, und solchen, die 500 € genommen haben. Vor dem Gesetz – das ist dann auch ein Gesetz, das hier beschlossen wird – sind die Bürgerinnen und Bürger gleich. Von daher kann es dort überhaupt keine Differenzierung geben. Geld folgt Studierenden, eben jeder Person, die sich an einer Hochschule einschreibt. Das ist das einfache Prinzip.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kaiser?

Karl Schultheis (SPD): Selbstverständlich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kaiser.

Klaus Kaiser (CDU): Herr Kollege Schultheis, Sie hatten eben davon gesprochen, welche Unsicherheit durch die Änderungen der Mitbestimmungstatbestände an den Universitäten entstehen. Können Sie meine Überlegung nachvollziehen, dass die Unruhe bei den zeitlich befristet Eingestellten insbesondere dadurch gegeben ist, dass sie nicht wissen, ob weiter Studiengebühren erhoben werden und damit die Finanzmittel zur Verfügung stehen, und dass das bei Weitem die Angst vor mangelnder Mitbestimmung überwiegt?

Karl Schultheis (SPD): Herr Kaiser, die Angst können wir den Kolleginnen und Kollegen nehmen. Als dieses Studienbeitragsgesetz hier im Landtag beschlossen worden ist, ist seitens der damaligen Koalition behauptet worden, dass daraus kein Personal finanziert wird. Das war der Ausgangspunkt. Über die Strecke hinweg wurde alles Mögliche aus diesen Studiengebühren finanziert.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

– Ja, ich sage Ihnen das nur einmal. Das war der Ausgangspunkt hier bei den Beratungen, Herr Kaiser. Schauen Sie sich das noch einmal genau an. Es sollte eben kein Personal damit finanziert und keine Investitionen, die eigentlich der Grundfinanzierung zuzurechnen sind, damit vorgenommen werden. Das war der Ausgangspunkt.

Es ist richtig, dass es deswegen eine Verunsicherung gibt, weil jetzt Klarheit hergestellt wird, dass die Studiengebühren abgeschafft werden. Es wird eine Kompensation geben. Das wird zu mehr Sicherheit führen, weil dann die Hochschulen in der Lage sind, längerfristig Personal, auch zu anderen Konditionen, die eben nicht prekäre Arbeitsverhältnisse widerspiegeln, einzustellen, meine Damen und Herren.

Mit der Einbringung dieses Gesetzes zur Verbesserung der Chancengleichheit beim Hochschulzugang in Nordrhein-Westfalen löst die von SPD und Grünen getragene Landesregierung eines ihrer zentralen Wahlversprechen an die junge Generation unseres Landes ein, nämlich die schnellstmögliche Abschaffung dieser Studiengebühren und gleichzeitig auch den finanziellen Ausgleich für unsere Hochschulen. Ich sage, dass dies zwei Seiten einer Medaille ist. Das gehört zusammen und ist für uns untrennbar miteinander verbunden. Es besteht ein Junktum zwischen der Abschaffung dieser Studiengebühren und der Kompensation für unsere Hochschulen.

Ich darf mich bei Frau Ministerin Schulze und dem Ministerium bedanken, dass in so schneller Zeit dieser Gesetzentwurf auf dem Tisch des Parlaments liegt und beraten werden kann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Mit diesem Gesetz korrigieren wir in der Tat die Entscheidung von CDU und FDP der letzten Wahlperiode, die junge Generation und ihre Familien mit Studiengebühren zu belasten. Hier verbinden sich in der Tat – das merken Sie auch an der Debatte – fünf Jahre Kampf um dieses Thema im Plenum und im Fachausschuss.

Zum Thema „soziale Gerechtigkeit“, das auch angesprochen worden ist: Es geht bei der Abschaffung der Studiengebühren nicht nur darum, Studierenden und Familien aus unteren Einkommenschichten zu helfen und dafür zu sorgen, dass mehr junge Leute aus diesen Schichten ein Studium auf-

nehmen. Nein, diese Abschaffung der Studiengebühren richtet sich an die Mitte unserer Gesellschaft. Frau Ministerpräsidentin Kraft hat das auch heute sehr deutlich in der Antwort auf die erste Debatte gemacht, dass es darum geht, gerade den Personenkreis, der nicht BAföG-berechtigte Kinder hat, aber immer hart die Grenzen schrappt – wenn ich das einmal so salopp sagen darf – hier zu unterstützen

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

und ihnen Möglichkeiten zu geben, auch wenn sie zwei, drei oder vier Kinder haben, dass all diese Kinder entsprechend ihren Begabungen in Nordrhein-Westfalen studieren können.

Hier geht es nicht darum, diejenigen, die Privilegien haben, weiter zu privilegieren. 90 % der Eltern in Nordrhein-Westfalen unterstützen ihre Kinder bei der Finanzierung des Studiums mit einem durchschnittlichen Beitrag von 443 €. Das ist für ein normales Einkommen eine Menge Geld. Und 63 % der Studierenden jobben nebenher. Daran können Sie sehen, dass das keine kleine Minderheit ist, die ihr Studium und ihren Lebensunterhalt verdienen muss, um ein vernünftiges Studium zu absolvieren.

Gleichzeitig haben wir jetzt die Situation, dass das Bachelor-Studium die Möglichkeit, nebenher Geld zu verdienen, weiter schmälert. Das Studium ist verschulter, es bietet weniger Möglichkeiten, nebenher tätig zu werden. Damit gehen auch Einkommensmöglichkeiten verloren.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Es geht darum, dem Aufstieg junger Menschen aus unteren und mittleren Einkommensschichten in akademische Berufe und akademisch-nahe Berufe – da ist ja mittlerweile die Grenze zwischen wissensbasiert und nichtwissensbasiert auch fließend – weiter zu ermöglichen. Deshalb wollen wir die Hürde Studiengebühren abbauen.

Meine Damen und Herren, auf den Fachkräftemangel wurde bereits in den Wortbeiträgen von Frau Ministerin Schulze und Frau Ministerpräsidentin Kraft hingewiesen. Es geht auch darum, jetzt nicht nur den einzelnen jungen Menschen und ihren Familien zu helfen, sondern es geht insgesamt um unsere Gesellschaft. Es ist ein Beitrag, Bildungspotenzial für Gesellschaft, für Wirtschaft, für Kultur und für alle Bereiche zu heben. Das ist Teil der Zukunftsfähigkeit von Nordrhein-Westfalen und auch Teil der präventiven Politik, die Frau Ministerpräsidentin Kraft in Ihrer Regierungserklärung vorgegeben hat und der wir mit diesem Gesetzentwurf auch folgen werden.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass wir drei bis vier Punkte sicherlich noch intensiv im Ausschuss diskutieren werden müssen – einmal natürlich die Höhe, die jetzt festgelegt ist.

Herr Brinkmeier, seien Sie doch nicht so ängstlich; das ist nicht gut.

(Zuruf von Dr. Michael Brinkmeier [CDU])

Ich kann nicht immer den Menschen sagen: „Seht in die Zukunft, ihr habt alle Möglichkeiten“, und dann hier vorne stehen und Ängste schüren; das ist einfach schlecht. Angst ist ein schlechter Berater.

Wir werden bis 2013 noch eine Reihe von Haushalten beschließen müssen. Daran können Sie gerne mitwirken. Ich sage mal: Mit den 249 Millionen befinden wir uns – wie auch bei anderen Etatpositionen – nicht im Endzustand der Geschichte. – Das zur Höhe dieser Summe.

Dass sich die Studierendenzahlen verändern, wissen wir auch. Wir werden aus dem Hochschulpakt II auch Mittel haben, um die zusätzlichen Studienplätze zu finanzieren. Die Summe werden wir auch noch ein bisschen erhöhen müssen zu dem, was Sie, Herr Pinkwart, schon eingeplant hatten, wenn ich das einmal sagen darf. Das sieht auch so für andere Positionen des Wissenschaftshaushalts aus.

Das Folgende sage ich auch in Richtung der Fraktion Die Linke; mit einzelnen Personen habe ich schon gesprochen, wie ich auch mit Herrn Prof. Pinkwart am Rande der Bundesversammlung gesprochen habe. Ich halte es für normal, dass man im Parlament miteinander spricht

(Armin Laschet [CDU]: Zur Nachhaltigkeit!)

– Wir haben auch schon miteinander gesprochen. – Hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Finanzierung ist uns wichtig, dass auf der gesetzlichen Grundlage, die wir hier beschließen werden, der Haushalt 2011 durch die Landesregierung aufgestellt wird. Deshalb auch – ich sage es jetzt mal so – die Eile, die wir hier an den Tag legen, dass das Gesetz den Landtag passiert.

Dass die finanzielle Grundlage auch in der mittelfristigen Finanzplanung ihren Niederschlag findet, also Planungssicherheit für die Studierenden und die Hochschulen hergestellt wird, ist aus unserer Sicht ein ganz wichtiger Punkt, den wir bei den weiteren Beratungen berücksichtigen müssen.

Was die Frage der Qualität der Lehre angeht, werden wir mit einer entsprechenden Verordnung dafür sorgen, dass die Mittel an den Hochschulen zweckgerichtet eingesetzt werden. Wir werden dafür eintreten, dass die Studierenden eine entscheidende Mitwirkungsmöglichkeit beim Einsatz dieser Mittel haben und die Teilprivatisierung der Hochschulfinanzierung, die durch das Studienbeitragsgesetz zu Beginn der Wahlperiode der letzten Regierung eingetreten ist, zurückgenommen wird. Denn wenn Sie sich die Globalhaushalte und die Steigerungsraten anschauen und einmal die Bundes- und Europamittel herausrechnen, gibt es kaum Steigerungsraten in

den Haushalten der vergangenen Jahre. Wie gesagt: Diese Teilprivatisierung nehmen wir zurück.

Wir freuen uns auf eine intensive Diskussion, auf ein zügiges Verfahren bei der Beratung des Gesetzes im Interesse der Studierenden, damit dann, wenn das Gesetz beschlossen ist, auch keiner mehr Angst haben muss. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Als nächste Rednerin spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Dr. Seidl.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann ja gut verstehen, Herr Hafke, dass Sie Ihrem neoliberalen Lieblingskind der vergangenen Legislaturperiode, den Studiengebühren, noch ein wenig nachtrauern. Es ist sicher noch ein bisschen Phantomschmerz dabei. Das kann man verstehen.

Aber es wäre ein außerordentlich gutes Signal für die Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wenn Sie uns heute bei der Einbringung dieses Gesetzentwurfs unterstützen würden.

Im Übrigen, Herr Brinkmeier: Wir werden mit allen reden. Mit den Linken haben wir geredet, und heute reden wir auch mit Ihnen allen.

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Oi!)

Wir werben dafür, wieder staatliche Verantwortung zu übernehmen für mehr Bildungsbeteiligung und mehr Bildungsgerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen, für bessere Studienbedingungen und für eine hohe Qualität in der Lehre.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hafke?

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Das tue ich gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank. – Ich habe die Frage, ob die Grünen in Hamburg eigentlich neoliberal sind. Meines Erachtens haben sie dort ein nachgelagertes Studienbeitragsgesetz mit auf den Weg gebracht.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Die Grünen in Hamburg sind in einer anderen Regierungsbeteiligung. Wir

können unsere Vorstellungen, wie wir sie diskutiert haben, voll und ganz in dieser Koalition umsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich kann gut verstehen, dass Sie, Herr Hafke, dachten, mit der sozialen Abfederung der Studiengebühren auch eine verantwortbare Linie vertreten zu haben. Aber unser Verständnis von Bildungsgerechtigkeit sieht anders aus.

Deshalb kann ich zu der These, in Nordrhein-Westfalen seien die Studiengebühren sozialverträglich – das wurde eben vom Kollegen der CDU-Fraktion, Herrn Brinkmeier, auch ausgeführt – nur Folgendes sagen: Sie haben Studiengebührendarlehen eingeführt. Wer die Studiengebühren nicht aus der Tasche bezahlen kann, der muss einen Kredit aufnehmen. Wer die Studiengebühren bezahlen kann, bezahlt zum Beispiel für zehn Semester zehnmal 500 €, also 5.000 €. Wer sie jedoch nicht sofort bezahlen kann und einen Kredit benötigt, bezahlt mit Zins und Zinseszins 12.000 bis 13.000 €, also deutlich mehr. Ich frage Sie: Was ist daran sozial gerecht?

Wenn man nun darüber philosophiert, ob Studiengebühren die soziale Selektion verschärfen oder nicht, sollte man sich zumindest eines vor Augen führen: Von 100 Akademikerkindern studieren 83, von 100 Kindern aus Familien ohne akademische Tradition gerade einmal 23. Wenn Sie meinen, wir sollten diese Tradition weiterhin pflegen, dann sind Studiengebühren sicherlich der richtige Weg.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, Sie blenden die sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen des Studiums schlichtweg aus. Dabei wissen wir doch: Nach der jüngsten Sozialerhebung von Studentenwerk und HIS, dass insgesamt 63 % aller Studierenden neben dem Studium arbeiten müssen. Das ist bundesweit so. Ich glaube, der Anteil in Nordrhein-Westfalen ist noch größer; da sind es 70 %. Die Hälfte davon sagt, dass sie ohne Jobben gar nicht studieren kann. Ich frage Sie noch einmal: Was ist daran sozialverträglich?

Anstatt die Hochschultüren auch für Kinder aus Nichtakademikerfamilien weit zu öffnen, haben Sie mit Ihrer „Campusmaut“ eine neue soziale Hürde aufgebaut.

Ich will noch einmal auf die Zahlenspiele eingehen, mit denen Sie in Ihrem Antrag nachweisen wollen, dass Studiengebühren keine abschreckende Wirkung haben. Fakt ist – Herr Pinkwart, ich sage das an dieser Stelle auch in Richtung FDP, weil Sie das im Wahlkampf immer behauptet haben –: Die Studienanfängerquote hat sich zu Zeiten Ihrer Regierung nettomäßig nicht erhöht. Während es international – das haben wir in der letzten OECD-Studie nachlesen können – eine dramatisch positive Ent-

wicklung gegeben hat, sind die Studienanfängerzahlen in Nordrhein-Westfalen nur mühsam und nur mit Unterstützung der Bundesmittel aus dem Hochschulpakt nach oben geklettert.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abrusatz?

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Nein, was die Zahlen angeht, möchte ich das zu Ende erklären.

Was definitiv nicht stimmt, ist Ihre Behauptung, die Studienanfängerzahlen seien stärker gestiegen als die der Studienberechtigten. Das ist nicht so, Herr Pinkwart. Hier gehen Sie eindeutig mit falschen Vergleichszahlen um. Sie benutzen eine falsche Zahl, um den Ausgangswert für die Entwicklung künstlich kleinzurechnen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Denn die 108.000 Studienberechtigten, die es am Ende des Schuljahres 2005/2006 gab, haben ihr Studium nicht 2005 aufnehmen können, sondern frühestens im Jahr 2006. Wenn Sie hier stattdessen die richtige Vergleichszahl aus dem Vorjahr ansetzen würden, dann sieht man, dass das Gegenteil der Fall ist: Die Studierendenquote ist definitiv nicht gestiegen. Ob das nun Absicht war oder nicht Absicht war, will ich mal im Raum stehen lassen, ob Sie mit falschen Zahlen operieren oder nicht – auf jeden Fall stimmt Ihre Rechnung nicht.

Dann möchte ich gerne noch auf die Studie der Universität Bochum eingehen, die ja angeblich belegt hat, dass die Studiengebühren zu keiner sozialen Selektion geführt haben. Sieht man sich diese Studie genauer an, stellt man fest, dass sich zwar die soziale Zusammensetzung der Studierendenschaft in Bochum nicht verändert hat, dass aber gleichwohl Studierende aus den unteren oder mittleren Einkommensgruppen deutlich mehr neben dem Studium arbeiten müssen und damit zusätzlich belastet sind. Außerdem geben 8 % der im Rahmen dieser Studie Befragten an, aus diesem Grunde möglicherweise ihr Studium abbrechen zu müssen. Ich frage noch einmal: Was ist daran eigentlich sozial gerecht?

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns Grüne ist Bildung eine hoheitliche Aufgabe. Bei uns, bei diesem Parlament liegt die Verantwortung für eine zukunftsorientierte Finanzierung aller Bildungseinrichtungen.

Wenn Sie sagen, das Beispiel Hessen zeige, dass die Hochschulen mittelfristig nicht auf eine Kompensation der Beitragseinnahmen durch Landesmittel vertrauen könnten, dann möchte ich Sie gerne fragen: Wer regiert denn eigentlich in Hessen?

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Für uns ist klar: Solche Taschenspielertricks wird es mit uns nicht geben.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Alles in allem blanker Populismus, was wir in Ihrem Antrag an Argumenten finden! Es fehlt eigentlich nur noch die platte Nummer von der Krankenschwester, die das Studium des Chefarztsohnes finanziert. Das habe ich heute nicht gehört, deswegen brauchen wir es jetzt auch nicht zu diskutieren.

Ich fände es richtig, wenn Sie sich einen Ruck geben und sagen würden: Wir nutzen heute die einmalige Chance, das vorliegende Angebot zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit beim Hochschulzugang sowie von Studium und Lehre, weil es hier um viel Geld geht, anzunehmen.

(Marcel Hafke [FDP]: Das wird doch schlimmer!)

Ich erwähne noch einmal, was der Kollege Schultheis eben auch gesagt hat: Stellschraube für eine bessere Bildungsfinanzierung muss eine gerechte Steuerpolitik sein. Denn wenn nicht diejenigen, die selbst kostenfrei studiert haben und davon dauerhaft profitieren, einen Teil davon in Form von Steuern an die nächste Generation zurückgeben, dann reproduzieren sich die Eliten immer wieder, wie der Soziologe Michael Hartmann sagt, aus demselben Milieu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Als Nächste spricht für die Fraktion Die Linke Frau Abgeordnete Böth.

Gunhild Böth (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hafke, Sie kommen wie ich aus Wuppertal. Sie sind genauso wie ich neu in diesem Parlament. Ich kenne Sie aus Wuppertal, und ich habe Sie bisher immer für eine integre Person gehalten. Da bin ich jetzt ein bisschen erschüttert.

(Zuruf von der CDU: Jetzt ist Schluss!)

– Nein, Schluss ist noch nicht. Jeder kriegt eine zweite Chance.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich bin jetzt ein bisschen erschüttert, weil Sie vorhin eine Sache richtig benannt haben, nämlich die Deckelung von 249 Millionen – diese Kritik ist richtig, ich stimme Ihnen vollständig zu –, dann aber einen Schlenker gemacht haben, der unredlich ist. Es ist uns heute allen, allen in diesem Haus – das haben Sie vielleicht noch nicht gesehen, weil wir schon den ganzen Tag hier sitzen und Sie daher Ihren Mailverkehr noch nicht abrufen konnten –, vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren die Kritik an diesem Gesetzentwurf zugestellt worden.

(Die Abgeordnete hält Unterlagen hoch.)

Die Kritik an diesem Gesetzentwurf entspricht aber überhaupt nicht dem, Herr Hafke, was Sie hier gesagt haben. Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren kritisiert vielmehr, dass der Zeitpunkt nicht früh genug ist, dass die Studiengebühren früher abgeschafft werden müssen. Es ist nicht so, wie Sie versucht haben mit dieser Volte klarzumachen, dass das irgendeine Art von Unterstützung für Ihr Modell sei.

(Marcel Hafke [FDP]: Nein! Das ist die Kompensierung!)

Ich finde, Herr Hafke, wir sollten noch einigermaßen redlich sein und auch wirklich nur die zitieren und als Beleg hinzufügen ...

(Marcel Hafke [FDP]: Lesen Sie doch mal weiter!)

– Ich habe das alles gelesen, Herr Hafke. Das müssen Sie mir dann schon mal zeigen, wo das steht. Jedenfalls sollten wir nicht die als Quelle hinzuziehen, die nun wirklich überhaupt keine darstellen. Herr Hafke, ein bisschen sollten wir uns hier an die Wahrheit halten.

Jetzt waren Sie ja schwer gespannt, was wir dazu sagen würden. Ich will Ihnen das liefern.

Erstens finden wir zwei Punkte in dem Gesetzentwurf der Landesregierung wirklich gut. Das entspricht auch dem Antrag, der an den Ausschuss überwiesen worden ist, wie Herr Schultheis das vorhin gesagt hat. Zum einen ist es nicht kapazitätswirksam, denn wenn es kapazitätswirksam wäre, hätten wir überhaupt nichts davon, und zum anderen ist das Prinzip „Geld folgt den Studierenden“ eingehalten worden. Jetzt werde ich etwas zögerlich, weil genau da die Kritik beginnt. Es ist in Ihrem Gesetzentwurf davon die Rede, dass Sie die Studis innerhalb der Regelstudienzeit zählen und dann sozusagen die Gewichtung vornehmen wollen, wer wie viel bekommt.

Bei der RWTH Aachen gibt es erheblich weniger Studierende, die über der Regelzeit sind, als an der Uni Bochum. Das würde bedeuten, dass insbesondere die Hochschulen, an denen mehr studieren, die benachteiligt sind, die ihr Studium selbst finanzieren müssen und deshalb über die Regelstudienzeit kommen, dass also ausgerechnet die Hochschulen, die mehr Unterstützung bräuchten, um solche unterstützende Maßnahmen – keine festen Stundenpläne, keine Einmalmöglichkeit usw. – zu gewähren, benachteiligt werden gegenüber einer Universität, in der das alle „rappzapp“ in der Regelstudienzeit machen. Daran muss noch dringend gearbeitet werden, sonst haben Sie nämlich nicht die gefördert, die Sie unbedingt fördern wollen. Insofern schlagen wir vor, alle Studierenden in die Berechnung einzubeziehen.

Zweitens. Der Betrag darf natürlich nicht gedeckelt werden. Das ist eine merkwürdige Idee. Zu der hat Herr Hafke hier ja schon eine Menge gesagt.

Ich möchte nur noch einmal auf die Regierungserklärung von Frau Kraft gestern eingehen. In dem Manuskript steht auf Seite 22: Wir brauchen an den Universitäten nicht nur Masse, sondern wir brauchen Masse und Klasse. – Ich habe die Landesregierung so verstanden, dass sie selbstverständlich die Zahl der Studierenden im Land Nordrhein-Westfalen erhöhen möchte. Jetzt brauchen wir aber doch nicht wie gestern, als ich der FDP das vorgezeichnet habe, die Finger. Es ist doch klar: Wenn man mehr Masse hat, dann braucht man auch mehr Geld. Insofern muss da eine Anpassungsklausel hinein. Deshalb darf es nicht bei den 249 Millionen Deckelung bleiben.

Drittens. Der Beitrag, den Sie vorsehen, ist insofern zu gering, als dass Sie nämlich dem Prinzip „Geld folgt Studierenden“ folgen. Das bedeutet – das haben wir auch vor den Sommerferien schon gesagt –, dass natürlich die, die die Studis bisher mit 500 € geschröpft haben, weniger erhalten als die, die weniger genommen haben. Ich glaube, darüber müssen wir im Ausschuss dringend noch einmal reden. Das scheint mir ein Konstruktionsfehler zu sein.

Dann kommen wir zu dem Terminproblem. Ich sage in aller Öffentlichkeit – wir verhandeln nicht hinter geschlossener Tür –, dies wird mit uns nicht im Wintersemester 2011/12 gehen, um das ganz deutlich zu sagen. Wir haben verstanden, dass Sie diesen Nachtragshaushalt jetzt unbedingt als Abrechnung mit CDU und FDP gestalten wollen. Ob man das so nachvollziehen kann und teilen muss, weiß ich nicht. Nehmen wir es einmal an.

Wir können anbieten, zu akzeptieren, dass Sie das so machen. Das würde aber allerspätestens eine Umsetzung im Sommer bedeuten. Wenn Sie keine Umsetzung zum Sommer machen wollen, wie es das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren fordert, wie es die grüne Jugend fordert und wie es bei den Jusos auf der Landesseite steht, kann ich nur sagen: Wir werden diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Sie haben gerade die BAföG-Erhöhung im Bundesrat aus Gründen durchfallen lassen, die in der Misslichkeit dieses Gesetzes liegen. Das können wir hier auch.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schulze.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Meine Damen und Herren!

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit will ich jetzt nicht mehr auf alle Argumente eingehen. Wir werden im Ausschuss noch die Gelegenheit haben, das ausführlich zu diskutieren. Wenige Punkte möchte ich aber noch einmal herausgreifen.

Herr Hafke und Herr Brinkmeier, Sie haben gefragt, was nun mit dem Angebot darüber zu diskutieren und zu reden sei. Meinem Haus ist es gelungen, den Gesetzentwurf in einer wirklich unglaublichen Geschwindigkeit zu erstellen. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle schon einmal bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wissenschaftsministerium bedanken.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Damit Sie aber auch die Möglichkeit haben, den Gesetzentwurf wirklich wahrzunehmen, haben wir ihn Ihnen direkt zugeschickt, nachdem er durch das Kabinett gegangen ist. Ich habe allen Fraktionen angeboten, Rede und Antwort zu stehen. Es gibt Fraktionen, die davon Gebrauch gemacht haben; andere bisher noch nicht. Das Angebot steht aber. Wir wollen in diesem Parlament eine Mehrheit für dieses Gesetz bekommen. Ich bin als Person gerne bereit, mit allen Fraktionen darüber zu sprechen.

Es gibt eine gesellschaftliche Mehrheit für die Abschaffung der Studiengebühren. Das ist in den Wahlen deutlich geworden. Ich bin mir ganz sicher, dass es gelingen wird, dieser gesellschaftlichen Mehrheit auch im Parlament zu einer Mehrheit zu verhelfen.

Sie haben gesagt, es sei insgesamt zu wenig Geld. Es ist so viel Geld, wie die Hochschulen bisher aus den Studiengebühren eingenommen haben. Es gibt jetzt endlich Sicherheit, dass dieses Geld wirklich bleibt. Damit fällt keine Stelle weg. Damit muss keine Bibliothek früher schließen. Wir sagen den Betrag zu, der bisher im System war.

Herr Brinkmeier, es ist nicht redlich, wenn Sie sagen, wir würden Arbeitsplätze vernichten. Das tun wir nicht. Wir sichern das Geld. Wir sichern den Hochschulen auch zu, dass wir dort nicht kürzen werden. Das hat Frau Ministerpräsidentin Kraft gestern Morgen deutlich gemacht. Dieses Wort steht. Wir sind nicht in Hessen. Wir sind in Nordrhein-Westfalen. Wir werden den Hochschulen das Geld nicht kürzen.

Es gibt eine erhebliche Unruhe an den Hochschulen. Da haben Sie Recht. Diese Unruhe ist aber von Ihnen in die Hochschulen getragen worden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie hatten nämlich nicht die Chuzpe, hier im Parlament zu sagen, wir nehmen jetzt landesweit 500 € Studiengebühren. Das haben Sie nicht getan. Diese Verantwortung wollten Sie nicht übernehmen. Das haben Sie sich als CDU und FDP nicht getraut. Sie haben die Verantwortung an die Hochschulen ge-

schoben. In jeder einzelnen Hochschule gab es Kämpfe um die Studiengebühren.

Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie es in Münster war. Der Beschluss zur Einführung der Studiengebühren in Höhe von 275 € musste gesichert auf dem Gelände der Bundeswehr stattfinden, weil es so viele Proteste in Münster gab. Das war Ihre Politik. Das hat jetzt ein Ende.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Hochschulen haben mir noch einmal bestätigt, welches Chaos es bei der Einführung der Studiengebühren gab und welche Klimavergiftung im Weiteren die Folge war. Natürlich haben sich die Studierenden dagegen gewehrt, wie die Mittel eingesetzt wurden. Es gab zum Teil Obstruktionspolitik, weil man die Studiengebühren nicht wollte. Das hat jetzt alles ein Ende.

Was mich wirklich beeindruckt und sehr nachdenklich macht, ist Ihre Art und Weise, damit umzugehen wie die Studiengebühren wirken. Sie sagen, Studiengebühren schrecken gar nicht ab. Ich kann Ihnen nur empfehlen, einmal zu einer normalen Familie mit einem Durchschnittseinkommen zu gehen. Das Durchschnittseinkommen in der Bundesrepublik beträgt laut Statistischem Bundesamt 34.500 €. Wenn Sie vom diesem Durchschnittseinkommen zwei Kinder studieren lassen wollen, dann sind Sie 2.000 € im Jahr los. Das sind 6 % dessen, was die Familie überhaupt zur Verfügung hat. 2.000 € sind eine wirkliche Ansage. Das schreckt ab. Da muss man sich gar nichts vormachen.

(Karl Schultheis [SPD]: Nur für die Gebühren!)

– Das sind nur die Gebühren. Die Kinder müssen natürlich noch etwas zu essen bekommen, müssen noch Bücher bezahlen und was alles darüber hinaus noch anfällt.

Allein für die Gebühren 2.000 €! Das ist abschreckend. Bei einkommensschwachen Familien geht man von einem Einkommen in Höhe von rund 23.000 € aus.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Berger zulassen?

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Gleich gern. Lassen Sie mich den Gedanken eben ausführen.

Viele Studierende aus einkommensschwachen Familien nehmen zusätzlich zum BAföG Kredite auf, um das Studium finanziert zu bekommen. Je nach Zinsentwicklung haben diese Studierenden am Ende ihres Studiums doppelt so viel für das Studium bezahlt wie jemand, der es von seinen Eltern finan-

ziert bekommt. Doppelt so viel! Was ist daran gerecht? Das ist nicht gerecht.

Ich würde Ihnen empfehlen: Gehen Sie einmal zu diesen Familien. Reden Sie mit den Menschen.

Studiengebühren schrecken ab. Wir haben weniger Studierende in NRW, als wir brauchen. Das ist der maßgebliche Grund dafür, warum wir die Studiengebühren jetzt abschaffen wollen.

Jetzt lasse ich gerne die Zwischenfrage zu.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Dr. Berger.

Dr. Stefan Berger (CDU): Frau Ministerin, wie erklären Sie die Tatsache, dass die Studienanfängerzahlen seit dem Jahre 2005 Semester für Semester gestiegen sind?

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Ganz herzlichen Dank für diese interessante Frage. Das ist ganz einfache Mathematik.

Es gibt mehr Menschen, die eine Studienberechtigung haben. Diese gehen auch an die Hochschulen. Die prozentualen Zahlen pro Jahrgang nehmen aber ab. Von den Studienberechtigten gehen also weniger an die Hochschulen. Das ist Mathe; das ist ein bisschen schwierig.

(Heiterkeit von der SPD)

Ich hoffe aber, dass Sie sich diese Zahlen vergegenwärtigen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die absoluten Zahlen nehmen zu, aber die Anzahl der Menschen, die könnten, nimmt ab. Das heißt, weniger von denjenigen, die studieren könnten, gehen auch wirklich an die Hochschulen. Das lässt sich nachweisen.

Meine Damen und Herren, wir haben im Wahlkampf zugesagt, dass wir die Studiengebühren abschaffen. Wir haben dafür eine gesellschaftliche Mehrheit, die sich auch in diesem Parlament widerspiegelt. Sie haben das eben als Klientelpolitik bezeichnet. Das ist eine ziemlich große Klientel. Wir haben rund 375.000 Studierende, also grob 750.000 Eltern, die das Studium zum größten Teil finanzieren. Wir haben die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, die einen Standortvorteil davon hat, wenn hier keine Studiengebühren mehr zu zahlen sind.

(Marcel Hafke [FDP]: Das ist Unsinn!)

Diese Gruppe bezeichnen Sie als Klientel? Dann machen wir gerne Klientelpolitik, wenn es nämlich Klientelpolitik für Nordrhein-Westfalen, für unser Bundesland ist. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Kaiser das Wort.

Klaus Kaiser (CDU): Herr Präsident, Sie zu begrüßen, ist mir eine besondere Freude. Zudem freue ich mich, Herrn Hafke zu seiner Jungferrede zu gratulieren, die ich sehr gut vortragen fand.

(Gunhild Böth [LINKE]: Das ist gar nicht wahr! Er hatte schon einmal geredet!)

Ich fand sie auch argumentativ gut. Man muss nicht jedem Argument zustimmen.

(Beifall von der CDU)

Vielleicht haben andere Redner, die danach geredet haben, den Wechsel von der Schule ins Parlament noch nicht ganz nachvollzogen. Das macht deutlich, dass wir in Richtung Lehrerfortbildung noch eine ganze Menge tun müssen.

(Beifall von Dr. Michael Brinkmeier [CDU] – Widerspruch von der SPD und von den GRÜNEN)

Der Gesetzentwurf trägt den Titel „Gesetz zur Verbesserung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang in Nordrhein-Westfalen“. Wie ist denn die Steuerungswirkung des Gesetzes, das Sie verabschieden wollen? Wird dadurch erreicht, dass mehr Kinder aus bildungsungewohnten Zusammenhängen ein Studium beginnen?

Die zweite Frage lautet: Wird durch dieses Gesetz mehr Qualität in die Bildung gebracht? Frau Kraft hat in Ihrer Regierungserklärung davon gesprochen, wenn ich mich richtig erinnere, dass Sie mehr Qualität in die Bildung bringen will. Das ist gut. Diese beiden Fragen muss man in dem Kontext stellen.

Wir reden über die Kleinigkeit von 1 Milliarde € im Laufe dieser Legislaturperiode. Von Herrn Schultheis haben wir gehört: Dann legen wir noch ein bisschen nach. – Es ist ganz erstaunlich, wie Sie mit den Millionen jonglieren.

(Karl Schultheis [SPD]: Sie haben den Menschen die Millionen aus der Tasche gezogen!)

Ich sage Ihnen aus meiner eigenen Erfahrung: Nur 8 Millionen € im Bildungsetat zusätzlich bereitzustellen, ist schon nicht ganz ohne.

Frau Schulze hat sehr emotional geladen

(Gunhild Böth [LINKE]: Sie ist nicht geladen!)

über die Situation einer Familie mit einem Bruttoeinkommen von ungefähr 34.000 € berichtet, wenn ich das richtig gehört habe.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Ich habe hier eine Modellrechnung für eine Familie mit 35.000 € bei zwei Kindern. Sie hat einen Vorteil: Sie zahlt überhaupt keine Studiengebühren.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Deshalb wären sie vielleicht richtigerweise zu uns gekommen, damit wir sie beraten und ihnen gesagt hätten: Ihr habt Anspruch auf rund 428 € BAföG und werdet in der Folge überhaupt nicht mit Studiengebühren belastet. Bei 23.000 € ist das noch extremer. Tun Sie mir bitte einen Gefallen: Bleiben Sie redlich!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Gehen Sie nicht davon aus, dass es sozial ungerecht ist.

(Ministerin Svenja Schulze: Es schreckt ab, bevor sie studieren!)

Die Steuerungswirkung ihres Gesetzentwurfs wird nichts verbessern, um mehr Bildungsungeübte in die Universitäten zu bringen, weil die Anreize ganz anders sein müssen, weil für sie ausreichend materielle Anreize vorhanden sind. Es müssen andere Dinge wirken. Das wird nicht erfolgreich sein.

Wird denn die Qualität verbessert? Auch hier ist man relativ schnell am Ende: Die Qualität wird nicht verbessert, weil Sie nämlich die Unis, die bisher Studiengebühren erhoben haben, und die anderen zusammenpacken, sodass es landesweit faktisch zu einer Kürzung kommt, was zu Unsicherheiten führt.

Im Resümee richtet sich dieser Gesetzentwurf nur an Besserverdienende, an Ärztekinder, an Juristenkinder und an Kinder von Landtagsabgeordneten.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Ich selbst habe zwei Töchter, für die ich Studiengebühren bezahle. Das wird nächstes Jahr wegfallen.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Das ist nicht sozial und bringt nicht mehr Qualität, sondern ist schlichtweg Klientelpolitik für Besserverdienende.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Lachen von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kaiser. – Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Es ist schon interessant, wie manche Tatsachen verdreht werden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Es war gar nicht Ihre Jungferrede, nicht?)

Ich möchte nur noch eine Zahl in Erinnerung rufen: Im letzten Semester haben sich 5 % mehr Studierende eingeschrieben als zuvor. Immer zu behaup-

ten, es seien weniger Studenten, macht die Annahme nicht richtiger. Sie haben die Tatsachen verdreht.

Ich möchte das Argument widerlegen, dass unser System sozial ungerecht ist. Wir haben mit der BAföG-Verrechnung extra für eine soziale Balance gesorgt, die bundesweit gelobt worden ist. Herr Kaiser hat das sehr ausführlich dargestellt. Immer etwas Unwahres zu behaupten, macht Ihr Modell nicht besser.

(Beifall von der FDP)

Die Studierenden werden das noch feststellen, weil die Qualität an den Universitäten zurückgehen wird. Die Universitäten werden eben nicht so viel Geld bekommen, wie ihnen nach unserem Modell zustehen würden. Sie können drum herum reden, wie Sie wollen: Es wird dadurch nicht besser. Ich bin gespannt, ob Sie es wirklich lösen können und werden. Ich glaube das nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hafke. – Für die Fraktion Die Linke hat sich jetzt doch noch einmal Frau Demirel gemeldet.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich in Anbetracht der Zeit auf den Wortbeitrag verzichten. Aber nun sind doch einige Worte gefallen, die ich nicht unkommentiert lassen will.

Zunächst zu Ihrer Rechnung, Herr Kaiser. Sie haben davon geredet, dass BAföG-Empfängerinnen im Grunde gar keine Studiengebühren bezahlen und sich nicht überschulden würden. Ich kann Ihnen sagen: Das stimmt einfach nicht. Das ist eine Schönrechnung von Ihnen. Ich kann Ihnen das sogar konkret sagen: Ich habe studiert, war BAföG-Empfängerin und habe 10.000 € Schulden.

(Armin Laschet [CDU]: Die können Sie doch jetzt zurückzahlen!)

Was Sie gesagt haben, stimmt einfach nicht. Studiengebühren sind sozial ungerecht. Studiengebühren sind abschreckend.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Laschet zulassen?

Özlem Alev Demirel (LINKE): Ja.

Armin Laschet (CDU): Sie haben gerade ein Beispiel an sich selbst geschildert. Glauben Sie nicht, Frau Kollegin – wir stimmen gleich über Diäten ab –, dass Sie von Ihrer Diät etwas zurückzahlen

könnten, damit andere die Chance auf gute Studienbedingungen erhalten?

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD: Oh! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Özlem Alev Demirel (LINKE): Herr Laschet, damit hat mit Sicherheit kein einziger Abgeordneter meiner Fraktion ein Problem. Ich kann jederzeit auf diese Diäten verzichten.

(Armin Laschet [CDU]: Zurückzahlen!)

Aber meine Fraktion und ich können nicht darauf verzichten festzustellen, dass Bildung in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist. Deshalb drängen wir darauf, dass die Studiengebühren abgeschafft werden – spätestens zum Sommersemester.

(Beifall von der LINKEN – Armin Laschet [CDU]: Ihr seid unsozial!)

– Herr Laschet, heute Morgen hat Herr Laumann einen Satz gesagt. Er schwebt mir gerade noch vor den Augen. Er meinte: Wir haben nicht versprochen, die Studiengebühren abzuschaffen, um die reichen Familien zu entlasten.

(Zurufe von der CDU)

Das zeigt doch, wie die Situation im Moment ist: Derzeit können wirklich nur Kinder und Jugendliche aus wohlhabenden Familien studieren.

(Widerspruch von der CDU)

Das liegt unter anderem auch am Schulsystem, das Sie so vehement verteidigen. Vielleicht müssen wir auch stärker beim Schulsystem anpacken und wirklich Möglichkeiten für Kinder aus sozial benachteiligten Familien schaffen, höhere Bildungsgrade zu erreichen.

(Beifall von der LINKEN – Armin Laschet [CDU]: Sie sollen zurückzahlen!)

Ich richte einige letzte Sätze an Sie, Frau Ministerin Schulze, weil meine Redezeit fast am Ende ist. Sie sagten am 10. September 2010 in der „Bild“-Zeitung, dass sich Ihre Familie keine Studiengebühren leisten konnte und dass sie mit Studiengebühren nicht hätten studieren können.

(Zustimmung von Ministerin Svenja Schulze)

Frau Ministerin, ich möchte Sie konkret fragen: Warum warten Sie noch zwei Semester? Warum möchten Sie Jugendlichen, die jetzt mit dem Studium anfangen könnten, noch weitere zwei Semester den Zugang zur Hochschule versperren oder sie in die Schuldenfalle treiben? Wenn Sie das aus eigener Erfahrung wissen, müssten Sie doch auf der Seite der Studierenden stehen. Dann müssten Sie doch eigentlich mehr Druck in die Landesregierung und in

Ihre Partei bringen können, damit Studiengebühren spätestens zum Sommersemester abgeschafft werden. Denn 500 € sind nicht wenig Geld für junge Menschen.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Demirel. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Schultheis das Wort.

Karl Schultheis (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur zwei kurze Bemerkungen machen. Von Armin Laschet wurde ein interessantes Stipendienmodell vorgeschlagen, nämlich das Abgeordnetenmandat zur Finanzierung der Studiengebühren zu nutzen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Gunhild Böth [LINKE]: 100.000 Mandate im Landtag! – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Ich finde super, dass du das anbietest.

(Weitere Zurufe)

Wichtig ist, dass 80.000 Studierende ein Darlehen in Anspruch nehmen.

(Zustimmung von Ministerin Svenja Schulze)

Das sind bestimmt nicht nur Ärztekinder und Kinder von Höchstverdienern.

(Armin Laschet [CDU]: Die verdienen hinterher mehr! – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Wenn sie nachher ein hohes Einkommen haben – das sage ich noch einmal –, bin ich für einen hohen Spitzensteuersatz, um Gleichheit zu erzeugen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Die Studiengebühren sind eingeführt worden, um damit die Qualität der Lehre zu verbessern – nicht als sozialpolitische Maßnahme.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

80 % des Ausfallfonds, der derzeit rund 130 Millionen € beträgt, müssen für notleidende Kredite genutzt werden. Damit bezahlen alle Studierenden für diejenigen, die leider nicht in der Lage sind, ihr Studium selbst zu finanzieren, da sie unter anderem durch Studiengebühren belastet werden. Das kann nicht sein. Das ist vom System her falsch angelegt. Hier werden durch eine Maßnahme Studiengebühren dem tatsächlichen Zweck entzogen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Klocke das Wort.

Arndt Klocke (GRÜNE): Danke, Herr Präsident. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich zu diesem Punkt – wenn auch nur kurz – einige Aspekte in meiner ersten Rede nennen kann, weil mich dieses Thema sehr intensiv schon zu Zeiten meines Studiums und auch bei meiner späteren politischen Arbeit umgetrieben hat.

Ich möchte zuerst etwas zur FDP und zu Ihnen, Herr Kaiser, sagen. Sie haben gesagt, man treibe Unruhe in die Universitäten.

(Zustimmung von Klaus Kaiser [CDU])

Größere Unruhe hatten wir im Frühjahr und Herbst letzten Jahres beim Bildungsstreik. Ich glaube, Herr Pinkwart erinnert sich noch gut an seinen Auftritt im überfüllten Hörsaal in Duisburg,

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP] – Heiterkeit von Dr. Carolin Butterwege [LINKE])

wo er von einigen Tausend Studierenden ausgebuht und am Reden gehindert wurde; das fand ich auch nicht fair.

Wir hatten Zehntausende von Studierenden auf der Straße im Bildungsstreik. Das waren nicht irgendwelche dahergelaufenen ASten oder irgendwelche Hochschulzusammenschlüsse, sondern es waren die Studierenden, die sich geknebelt und in einer Zange zwischen Bachelor-/Master-Studiengängen fühlten, also unter dem Druck zwischen einem verkürzten Studium und den Studiengebühren.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Heutzutage ist das Studium völlig anders als noch zu unseren Studienzeiten mit Diplom, Magister und ohne Gebühren. Selbst bei meinem Studium war es so.

Ich hatte Eltern, die mir das Studium finanziert haben, weil mein Vater als kleiner Beamter knapp unter der BAföG-Grenze lag. Meine Eltern haben dafür 30.000 € gezahlt. Meine Schwester konnte ihr Studium erst aufnehmen, nachdem ich fertig war. Das war vor den Gebühren. Zusätzlich zu den heutigen Gebühren trifft es gerade die Mittelschicht.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Widerspruch von der CDU)

Das hat auch die Shell-Studie in dieser Woche klar herausgebracht. Auch wenn die Studienanfängerzahlen gestiegen sind, ist doch ganz klar: Dabei handelt es sich um die geburtenstarken Jahrgänge. Wir wollen mehr Leute an den Hochschulen. Wir wollen mehr Leute mit Abschlüssen. Wir wollen vor allen Dingen, dass die Abbrecherquote sinkt. Die

Abbrecherquote ist in den letzten Jahren nicht gesunken, lieber Herr Pinkwart.

(Ralf Witzel [FDP]: Die Studienzeiten sind doch kürzer geworden! – Weitere Zurufe von der FDP)

Erlauben Sie mir noch einige Sätze zur Linken; ich weiß, dass ich zum Ende kommen muss. Ich werde hoffentlich morgen früh zum Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses gewählt werden. Viele Punkte sind angesprochen worden, die wir im Ausschuss intensiv beraten werden. Beispielsweise sind die Summe oder Verfahrensschritte wichtige Punkte.

Einige Sätze möchte ich zu Ihnen sagen, Frau Böth. Sie haben eben ausgeführt, dass Sie diesem Gesetzentwurf mit der Perspektive Sommersemester nicht zustimmen werden.

(Zuruf von Gunhild Böth [LINKE])

Ich bin gespannt, ob Sie, wenn wir den Gesetzentwurf durchberaten und noch einige Punkte aufgenommen haben, zusammen mit CDU und FDP in diesem Landtag der Abschaffung der Studiengebühren nicht zustimmen werden.

(Zuruf von der LINKEN: Abwarten! – Marcel Hafke [FDP]: Da bin ich auch gespannt! – Weitere Zurufe)

Werden Sie einem Gesetz nicht zustimmen, das die Studiengebühren ab dem Wintersemester abschafft? Ich bin sehr gespannt; das können Sie dann den Studierenden erklären.

(Zurufe von der SPD und von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, ich muss Sie auf die Redezeit hinweisen.

Arndt Klocke (GRÜNE): Wir lassen uns überraschen. Wir hoffen, dass Sie noch zu einer anderen Erkenntnis kommen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende des Tagesordnungspunktes 2.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 15/97**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Gesetzentwurfs an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer der Überweisung seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung

geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung angenommen.

Zweitens stimmen wir über den **Antrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 15/126** ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer auch hier der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist auch diese Drucksache überwiesen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

3 Bundesregierung muss Kürzung der KfW-Programme bei der Gebäudesanierung zurücknehmen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/141

Ich möchte Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben, dass nicht der Block II bei den Redezeiten zum Tragen kommt, sondern Block I. Das sind dann jeweils nur fünf Minuten. Ich darf auch heute Abend an die Redner appellieren, sich möglichst kurz zu fassen, weil wir in der Tagesordnung ein ganzes Stück zurück sind und auch noch einen parlamentarischen Abend haben.

Meine Damen und Herren, für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Schmelzer das Wort.

Rainer Schmelzer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema „Kürzung der KfW-Programme bei der Gebäudesanierung“ ist nicht das erste Mal Thema hier im nordrhein-westfälischen Landtag.

Die derzeitige Situation ist die, dass ca. drei von vier Wohnungen in Deutschland energetisch sanierungsbedürftig sind. Hinzu kommen weiterhin unzählige Schulen, Kindergärten und andere öffentliche Gebäude. Liest man die alten Protokolle alleine aus dem nordrhein-westfälischen Landtag, beobachtet man die Presselandschaft, hört man auf die Kommunen, hört man auf die Wirtschaft, die Handwerker – um nur einige zu nennen –, stellen wir fest, dass alle der Meinung sind, dass diese Kürzungen in jeder Beziehung kontraproduktiv sind – kontraproduktiv, wenn es um das Erreichen der Klimaschutzziele geht, aber auch kontraproduktiv, wenn es um die Wirtschaft, um Investitionen, um die Sicherung, den Erhalt, ja sogar um die Schaffung von

Arbeitsplätzen geht. Jede in energetische Gebäudesanierung investierte Milliarde Euro schafft beziehungsweise sichert rund 20.000 Arbeitsplätze.

Einzelmaßnahmen wie zum Beispiel der Austausch von Nachtspeicheröfen sollen auch nicht mehr gefördert werden. Gerade viele, insbesondere kleinere Wohnungsunternehmen in unserem Lande, bei denen es finanziell nicht immer zum Besten steht, können diese unter energetischen Gesichtspunkten so wichtige und umfangreiche Aufgabe nicht mehr aus eigener Kraft lösen.

Wohnungseigentümer wie auch Wohnungsunternehmen tragen mit diesen Maßnahmen nicht nur zur Konjunktur im Baubereich bei, nein, durch solche energetischen Maßnahmen wird zum einen die Lebensqualität in den Häusern und Wohnungen gesteigert und zum anderen ein wesentlicher Beitrag zur Energieeinsparung geleistet.

Dabei dürfen wir auch die soziale Funktion der energetischen Sanierung von Wohngebäuden nicht vergessen, denn sie hilft Wohnkosten zu begrenzen. Hier trägt sie insbesondere dazu bei, die sogenannte zweite Miete, die Nebenkosten, nicht ins Unermessliche steigen zu lassen.

Fakt ist, meine Damen und Herren, dass die Bundesregierung zum wiederholten Mal innerhalb knapp eines Jahres ihren eigenen Koalitionsvertrag bricht. Dort haben CDU und FDP noch verheißungsvoll davon gesprochen, die CO₂-Gebäudesanierung wirkungsvoller auszugestalten und die derzeitige Sanierungsquote steigern zu wollen.

In einem dem Bauausschuss des Deutschen Bundestages im Januar dieses Jahres vorgelegten Bericht heißt es:

Ein etabliertes Werkzeug, dessen Wirksamkeit und Effizienz stets verbessert wird, ist das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm. Neben der Energieeinsparungsverordnung ist das die wichtigste Maßnahme der Bundesregierung für Energieeinsparung und Klimaschutz im Gebäudebereich.

Ich frage mich: Wie soll das funktionieren, wenn die Bundesregierung den Investoren die entsprechende Grundlage entzieht? Als die Bundesregierung einen Bericht zur Lage der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft vorlegte, haben CDU und FDP im Deutschen Bundestag hierzu einen Antrag eingebracht, in dem der Baubranche eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung des Klimawandels zugesprochen wurde.

Ich sage Ihnen: Angesichts der angekündigten Kürzungen ist dieser Antrag wie auch die Mitteilung im Bauausschuss des Deutschen Bundestages als nichts anderes als Zynismus zu bezeichnen.

Da in der Vergangenheit hier im nordrhein-westfälischen Landtag alle im Landtag vertretenen

Fraktionen die Förderung der energetischen Sanierung von Wohngebäuden als sinn- und wirkungsvoll bezeichnet haben, dürfte es eigentlich bei dem vorliegenden Antrag keine Gegenstimmen geben. Ich verweise insbesondere auf den Redebeitrag des Kollegen Rasche vom gestrigen Tage zur Städtebauförderung, der auch darauf hingewiesen hat, dass sich alle sechzehn Landesbauminister gegen diese Kürzungen ausgesprochen haben, auch die vier FDP-Landesbauminister. Herr Rasche hatte gestern großen Wert darauf gelegt. Ich will das gerne wiederholen.

Ich bin mir sicher: Im Ausschuss werden wir im Sinne Nordrhein-Westfalens zu einer positiven Bewertung dieses Antrags kommen. Ich möchte Ihnen die Befürwortung erleichtern mit einem Zitat vom 10. März – mit Erlaubnis des Präsidenten. Ich zitiere nämlich den damaligen Umweltminister Uhlenberg, der in Vertretung des Wohnungsbauministers geredet hat:

„Als Umweltminister, der jetzt in Vertretung des Wohnungsbauministers spricht, sage ich auch: Sie“

– die Kürzung –

„ist klimapolitisch nicht zu vertreten und wirtschaftspolitisch kontraproduktiv.“

– Recht hatte der Minister.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter, insbesondere für das Zitat. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Brems das Wort.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In einem allseits bekannten Koalitionsvertrag heißt es:

„Wir werden das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm wirkungsvoller ausgestalten, um die derzeitige Sanierungsquote zu steigern.“

Dieser Satz steht im Berliner Koalitionsvertrag von CDU und FDP des letzten Jahres, der ja – so hört man – immer noch gelten soll. Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung handelt ganz anders: Sie reduzierte in den Sommerferien klammheimlich das KfW-Programm „Energieeffizient sanieren“ und strich den Programmbereich „Einzelmaßnahmen“. Damit werden Maßnahmen wie Dämmung, Heizungserneuerung, Fensteraustausch oder Lüftungseinbau nicht mehr unterstützt und auch die Förderung zum Austausch von Nachtspeicheröfen gestoppt.

Wir machen jetzt mal eine kleine Rechenaufgabe. Denn die Zahlen sprechen eine klare und unmissverständliche Sprache:

Im Jahr 2009 flossen 1,8 Milliarden € aus KfW-Programmen für die energetische Gebäudesanierung nach Nordrhein-Westfalen. Damit wurden übrigens mehr als 135.000 Wohneinheiten saniert. Jeder Förder-Euro löste weitere 8 € Investitionen aus. Also multiplizieren wir jetzt 1,8 Milliarden € mit neun. Das ergibt 16,2 Milliarden € Investitionen in Nordrhein-Westfalen. Jeder investierte Milliarde Euro – das haben wir eben auch schon gehört – erzeugt nach Expertenberechnungen 18.000 bis 21.000 Arbeitsplätze. Multipliziert man 16,2 Milliarden mit – ich bin so nett und nehme die kleinere Zahl – 18.000 Arbeitsplätzen, ergibt das 291.200 neu geschaffene Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Diese und die bestehenden Arbeitsplätze setzen CDU und FDP mit ihrer Politik in Berlin bewusst und fahrlässig aufs Spiel.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

291.200 Arbeitsplätze sind so schwer vorstellbar. Ich vergleiche es einmal: In Nordrhein-Westfalen gibt es 185.000 Beschäftigte im Hotel- und Gaststättengewerbe, einer Branche, die vor gar nicht allzu langer Zeit mit einem Milliardensteuerpaket beschenkt wurde. Ich gebe es zu: Ich lerne hier viel. Eines habe ich aber bei der Vorbereitung auf diese Sitzung auch gelernt: Die FDP hat Wahrnehmungsstörungen und leidet unter einem massiv verzerrten Selbstbild.

Auf der einen Seite wirft sie uns Grünen Industrie-feindlichkeit vor, zum Beispiel ganz konkret mit dem morgigen Antrag zu Datteln 4. Auf der anderen Seite kürzt sie Förderungen, die der regionalen Baubranche zugute kommen. Damit wird gerade der Mittelstand massiv geschwächt. Das ist eine Wahrnehmungsstörung, die ihresgleichen sucht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ein aktueller Brief des Bundesumweltministers an die Abgeordneten von CDU und FDP zum Energiekonzept der Bundesregierung macht deutlich, wie wichtig die energetische Gebäudesanierung ist. In dem Brief heißt es zunächst: Unser größter Handlungsbedarf liegt in der Gebäudesanierung. – Später heißt es: Ohne eine deutliche Reduzierung des Energieverbrauchs im Gebäudebereich wird Deutschland seine Klimaziele und seine energiepolitischen Absichten deutlich verfehlen.

Nicht zu vernachlässigen sind daneben weitere positive Folgen: Gesunkene Energiekosten in Niedrigenergiehäusern kommen den Verbrauchern zugute. Und die Investitionsquote könnte wieder auf ein Niveau erhöht werden, das auch in Zukunft die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft sichert.

Diese Beispiele zeigen, dass bei der Bundesregierung zwischen politischen Lippenbekenntnissen und der tatsächlichen Umsetzung offensichtlich eine große Diskrepanz besteht.

Auch wenn sich die rot-grüne Landesregierung ein ehrgeiziges Ziel bei der Unterstützung der energetischen Gebäudesanierung gesteckt hat – Frau Ministerpräsidentin Kraft hat es gestern ja erläutert –, so können diese Mittel doch die Bundesmittel nicht ersetzen. NRW braucht zur Umsetzung der Klimaschutzziele auch die Anstrengungen der Bundesregierung. Daher möchte ich hier eindringlich dafür werben, die Bundesregierung mit allen uns möglichen Mitteln zur Vernunft zu bringen, die fatalen Kürzungen zurückzunehmen.

Erste Mitglieder der Bundesregierung scheinen allerdings – das las ich soeben – zur Vernunft zu kommen: FDP-Staatssekretär Mücke und Bauminister Ramsauer sprachen sich soeben für eine Erhöhung der Mittel auf bis zu 3 Milliarden € aus. Hoffen wir, dass das nicht wieder nur Bekenntnisse sind.

Die Förderung durch die KfW und die daraus resultierenden Investitionen sichern Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen und tragen einen großen Teil zum Klimaschutz bei.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Darum fordern wir die Bundesregierung auf, die Kürzungen zurückzunehmen und sich auf ihre eigenen Bekenntnisse zu besinnen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, ich bin gespannt, auf welche Seite Sie sich nun schlagen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brems. Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Schemmer das Wort.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, dass die heutigen Diskussionen um die Regierungserklärung und das, was im Weiteren gesagt worden ist, äußerst rückwärtsgewandt waren. Neuverschuldung wird als Fortschritt verkauft. Es gibt keine Ideen für die Zukunft. So um 18 Uhr kommt dann immer Kritik in Richtung Berlin, weil man selbst nichts auf der Pfanne hat.

Dabei teile ich durchaus die Kritik, die daran geübt wird, dass die KfW-Fördermittel zu stark gekürzt worden sind. Gleichzeitig empfehle ich das Lesen der Papiere aus Berlin darüber hinaus. Die schwarz-gelbe Koalition hat reagiert und Anfang September ein äußerst zukunftsorientiertes Energiekonzept vorgelegt. Sie will konstruktiv nach vorne gehen. „Konstruktiv nach vorne“ sind für Rot-Grün natürlich Fremdworte.

Mich freut natürlich, dass Sie zumindest unseren Antrag ansonsten loben. Die bisherigen KfW-Programme waren nämlich ein glänzendes Beispiel dafür, wie energetische Sanierung auch im Eigen-

heimbau in der Vergangenheit funktioniert hat. Das war eine Erfolgsgeschichte, wie es sie in Europa kein zweites Mal gibt. Insgesamt sind von 2006 bis 2010 31 Milliarden € zur Verfügung gestellt worden. Gerade noch im ersten Quartal dieses Jahr erlebten wir bei der KfW einen Zusage rekord bei Förderkrediten in allen Bereichen. Wir haben ein ausgezeichnetes Ergebnis.

Das untermauern Sie eigentlich auch durch die eindrucksvollen Zahlen und Fakten, die sich ergeben. Insofern haben wir eine Bundesregierung erlebt, die in der Vergangenheit vieles gut gemacht hat. Gleiches gilt auch für die nordrhein-westfälische Landesregierung, die – was Ihnen fremd ist – beim Sparen trotzdem notwendige Investitionen gemacht, Kräfte gebündelt und das soziale Wohnraumförderungsprogramm den neuen Herausforderungen angepasst. Mit dem Programmbaustein „Bestandsinvest“ sind wir nach vorne gegangen. Kurzum: Wir haben sowohl Haushaltssanierung betrieben als auch Investitionen in diesem Bereich gefördert.

Ihr Antrag vom 07.09. ist insofern überholt. Fortschrittlich ist das Energiekonzept, das die schwarz-gelbe Bundesregierung auf den Weg gegeben hat. Ich will daraus nur einige Passagen zitieren:

„Die Bundesregierung wird die energetische Modernisierung des Wohnungsbestands durch eine verbesserte und kontinuierliche Förderung beschleunigen. Das bewährte CO₂-Gebäudesanierungsprogramm wird deutlich besser ausgestattet.“

Für die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien im Gebäudebestand wird weiterhin das Marktanreizprogramm zur Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien auf hohem Niveau mit zusätzlichen Mitteln von 200 Millionen € pro Jahr fortgeführt.

Steuerliche Anreize für die Sanierung im Gebäudebestand waren in der Vergangenheit besonders wirksam. Die Bundesregierung wird deshalb die Wiedereinführung einer Sonderabschreibung nach dem Muster des alten § 82a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung prüfen.“

Ich könnte noch anderes zitieren, aber Sie haben Gelegenheit, dieses neue Energiekonzept in Ruhe durchzulesen.

Insofern gilt auch hier wieder: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Ihr Antrag ist wieder einmal eigentlich völlig überflüssig. Kurzum: Ihr Antrag wird in Kürze durch die Dinge, die in Berlin beschlossen werden, erledigt sein. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schemmer. – Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den ganzen Tag über verfolgen wir die Regierung, wie sie die Fraktionen in diesem Hohen Hause unter der Überschrift „Koalition der Einladung“ einlädt.

Gestern haben wir über städtebauliche Fördermittel vom Bund debattiert; diesbezüglich gab es einen breiten Konsens. Und gerade erlebe ich wieder, wie ernst Sie diese Koalition der Einladung meinen, an der heute schon drei Fraktionen, nämlich die CDU, die FDP und die Linke, ständig zweifeln, weil Sie es offensichtlich gar nicht ernst meinen.

Der Kollege Schmeltzer lobt meinen gestrigen Redebeitrag zu städtebaulichen Fördermaßnahmen und dem Angebot, zu einem Konsens zu kommen, ausdrücklich, und zwei Minuten später spricht die Kollegin der Grünen, Frau Brems, und wirft mir Wahrnehmungsstörungen vor. Ich erwarte von Ihnen, liebe Frau Brems, und von den Grünen, wenn wir konstruktiv miteinander umgehen wollen, einen anderen Redebeitrag.

Ich bin auch bei vielen anderen großen Infrastrukturprojekten, die für das Land Nordrhein-Westfalen wichtig sind und bei denen es wichtig ist, dass wir uns gemeinsam verhalten, damit wir im Wettbewerb in Berlin gegen Niedersachsen, gegen Bayern und gegen andere Bundesländer überhaupt eine Chance haben, zu einem breiten Konsens bereit. Dazu bin ich allerdings nicht bereit, wenn Sie mir einfach so platt Wahrnehmungsstörungen vorwerfen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Das ist völlig lächerlich.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Vielleicht lernen Sie noch ein bisschen dazu, Frau Asch. Sie müssten es eigentlich besser wissen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Genau! Ich weiß es auch besser!)

Ich komme zum Thema. – Der Erhalt der KfW-Mittel, meine Damen und Herren, ist selbstverständlich für alle Fraktionen – und damit auch für die FDP-Landtagsfraktion – ein wichtiges Ziel: wichtig für die energetische Gebäudesanierung in Nordrhein-Westfalen, wichtig für Arbeitsplätze im Baugewerbe und im Handwerk in Nordrhein-Westfalen.

Ihr Antrag – und das wurde gerade beim Beitrag von Frau Brems deutlich – kommt reichlich spät. Der Deutsche Bundestag berät bereits morgen in seiner Haushaltsdebatte über diesen Punkt. Morgen kommen die Vorschläge, die schon seit Tagen bekannt sind, offiziell auf den Tisch. Deswegen haben Sie Ihre Strategie gewechselt: weg von dem Konsens, weg von der Koalition der Einladung. „Wenn das in Berlin sowieso schon in unserem Sinne läuft, dann geben wird der FDP in Nordrhein-Westfalen mal eben einen mit“ – das ist Ihre Art von Politik.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Andrea Asch [GRÜNE]: Das ist falsch!)

CDU und FDP, meine Damen und Herren, werden morgen beschließen, dass das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ganz erheblich aufgestockt wird. Damit ist dieser Antrag in der Tat überflüssig. Trotzdem möchte ich nicht verhehlen: Dass diese Reduzierung der Ansätze im Haushaltsentwurf vom Grundsatz her falsch war, da bin ich bei Ihnen. Nur, das Problem ist gelöst, und im Grunde wissen das schon alle fünf Fraktionen hier in diesem Haus. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rasche. – Für die Fraktion Die Linke hat der Abgeordnete Aggelidis das Wort.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Die Kürzung der KfW-Programme für die Gebäudesanierung von 2,2 Milliarden € in 2009 auf 1,35 Milliarden € für das laufende Jahr und die geplante Kürzung auf unter eine halbe Milliarde Euro sind ein Schlag gegen den Klimaschutz. Die Politik ist ökologisch unververtretbar und im Übrigen ökonomisch widersinnig. Damit werden Arbeitsplätze vernichtet, die nicht nur Existenzen, sondern auch die Durchführung gesellschaftlich wichtiger Arbeiten sichern.

Es wird kaum überraschen, dass alles, was an Verbänden und Organisationen in Sachen Umweltschutz Rang und Namen hat, gegen diese Maßnahme der schwarz-gelben Bundesregierung protestiert hat; vielleicht hat es Auswirkungen. Es gibt aber auch die gemeinsame Positionierung der Gewerkschaften und der Umweltschutzverbände; in der Vergangenheit war das durchaus nicht immer selbstverständlich.

Klaus WieseHügel, der Vorsitzende der IG BAU, erklärte dazu:

„Wer die CO₂-Gebäudesanierung um mehr als zwei Drittel kappt, der leistet den umweltpolitischen Offenbarungseid. Gleichzeitig ist dies ein Bugschuss für die Beschäftigung im Handwerk und für den Mittelstand insgesamt.“

Bereits im Vorfeld der Sparklausur der Bundesregierung hatte WieseHügel in einem gemeinsamen Brief mit dem BUND Frau Angela Merkel Folgendes ins Stammbuch geschrieben:

„Drei von vier Wohnungen in Deutschland sind energetisch sanierungsbedürftig. Das sind rund 29 Millionen Wohnungen bundesweit. Dazu kommen noch einmal 150.000 Schulen und Kindergärten, die umweltgerecht saniert werden müssen.“

Diese Kürzung bedeutet den Abschied vom Klimaschutz und den Verlust vieler Tausend Arbeitsplätze, wenn jetzt nicht korrigiert wird.

Ich zitiere wieder aus dem gemeinsamen Brief von IG BAU und BUND:

„Ein Förder-Euro zieht ein Vielfaches an privater Investition nach sich.“

Nun verlangen SPD und Grüne in ihrem Antrag, die Kürzungen zurückzunehmen. Wir Linken werden diesem Antrag zustimmen – allerdings nur zähneknirschend. Wissen Sie, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen: Wir waren schon gezwungen und wir werden wohl auch in Zukunft hier und da gezwungen sein, Ihren Halbheiten und Unzulänglichkeiten zuzustimmen, damit überhaupt etwas in die richtige Richtung bewegt wird. Aber die Rücknahme der Kürzungen reicht nicht.

(Ralf Witzel [FDP]: Welche Arroganz!)

Ich kann Ihnen nicht ersparen, zu hören, dass in dieser Frage – wie in vielen anderen auch – Gewerkschaften und Umweltschutzbewegungen unsere Position und nicht die Ihre teilen. IG BAU und BUND sprechen sich nämlich gemeinsam für eine Aufstockung der Bundeszuschüsse für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm aus.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist genau unsere Meinung.

Ich werde konkret: Wir schlagen eine Verdoppelung dieser Zuschüsse gemessen an 2009 vor, also eine Erhöhung auf 4,4 Milliarden € vor. Geld ist ja genug da. Man kann es den Superreichen durch eine entsprechende Besteuerung wegnehmen, und man kann getrost auf die Produktion von Kriegsgerät verzichten, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, Sie sollten wirklich darüber nachdenken und unseren Vorschlag aufgreifen. Vielleicht können Sie ja an Ihrer eigenen gesellschaftlichen Basis, wo Sie sich wegen jahrelanger unsozialer und ökologisch unverantwortlicher Politik einen rabenschwarzen Ruf erwirtschaftet haben, wieder ein wenig Boden gutmachen.

Nun haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, vielleicht das unbehagliche Gefühl, ich redete an Ihnen vorbei. Das täte mir leid. Darum wende ich mich jetzt direkt an Sie. Denn auch Ihre gesellschaftliche Basis rebelliert gegen die Politik der von Ihren Parteien getragenen Bundesregierung.

Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis stellvertretend für viele Herrn Prof. Robl, Geschäftsführer der Bundesvereinigung Bauwirtschaft:

„Nachdem der Haushalt 2011 ohnehin nur noch die Hälfte der ursprünglichen Summe für die

energetische Gebäudesanierung vorgesehen hatte, ist das ein weiterer, schwerer Schlag gegen den Klimaschutz. Die Bundesregierung hat sich damit von ihren eigenen Zielen verabschiedet.“

Die Deutsche Energie-Agentur – dena – fordert übrigens genau wie die Gewerkschaften, die Umweltschutzbewegungen und wir Linken – so der Vorsitzende ihrer Geschäftsführung Stephan Kohler –:

„Statt zu kürzen sollte die Bundesregierung die Förderung für Gebäudesanierungen aufstocken.“

Ich weiß nicht, wie man sich fühlt, wenn man alle Teile der Gesellschaft gegen sich hat, meine verehrten Damen und Herren von der CDU. Wer steht denn in diesem Punkt noch hinter Ihnen, wenn Sie die Arbeitnehmerschaft, die Umweltschutzbewegung, den Mittelstand und den Unternehmerverband gegen sich haben?

Es gibt die modernen Kommunikationsmittel. Mailen Sie, faxen Sie, telefonieren Sie und, was die Bundeskanzlerin angeht, simsen Sie nach Berlin und mahnen Sie zu einer gründlichen Umkehr. Verlangen Sie mit uns gemeinsam nicht bloß weg mit den Kürzungen; stattdessen die Aufstockung der Programme zur Gebäudesanierung. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht Minister Rempel.

Johannes Rempel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man die Substanz der heutigen Debatte zusammenfasst, muss man feststellen: Zumindest in der Vergangenheit ist das KfW-Programm zur Gebäudesanierung nicht als Feld der großen ideologischen Auseinandersetzung aufgefallen. Im Gegenteil: Gebäudesanierung und die Unterstützungsleistungen hierfür sind jedenfalls bisher im großen politischen Konsens diskutiert worden.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht; ich erinnere mich in diesem Zusammenhang aber an die Figur bei Asterix, die Tullius Destructivus hieß. Überall, wo sie auftauchte, gab es Streit. Wie weit sind wir in der Bundesrepublik gekommen, wenn es sogar auf diesem Feld, das bisher nicht durch politischen Streit, sondern durch großen politischen Konsens aufgefallen ist, Streit gibt, sobald die Bundesregierung dort auftaucht? Diese Frage steht im Raum. Bei dem wichtigen Feld Klimaschutz und dort dem wichtigen Feld Gebäudesanierung mit dieser Kürzung Streit zu provozieren, ist sowohl gegen den Standort Nordrhein-Westfalen wie auch gegen den

Klimaschutz und gegen die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wie widersinnig und widersprüchlich die Positionen der Bundesregierung sind, will ich Ihnen deutlich machen. In der Tat hat die Bundesregierung am 6. September dieses Jahres ihr Energiekonzept veröffentlicht. In diesem Energiekonzept geht es aber nicht um mehr Klimaschutz, sondern darum, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist doch aktiver Klimaschutz!)

Darin heißt es auch, dass eine umfassende energetische Sanierung des Gebäudebestandes zwingend notwendig ist. An anderer Stelle wird ausgeführt, dass finanzielle Anreize zur Gebäudesanierung unumgänglich sind. Letztlich mündet das Ganze darin, dass der private Energieverbrauch bis 2050 – so das Ziel der Bundesregierung – um 48 % reduziert werden muss.

Das heißt in der Konsequenz, dass wir zur Erreichung dieser Ziele pro Jahr einen Sanierungsgrad von 3 % der Gebäude erreichen müssten. Das sagt die Bundesregierung selber. Das sagen wir auch. In dieser Zielsetzung liegen wir gar nicht auseinander. Faktisch bedeutet die Kürzung aber ein Absinken der Sanierungsquote auf 0,5 %. Daher müssen wir doch fragen, wie wir die Ziele insgesamt erreichen wollen. Hier wird deutlich, wie Anspruch und Wirklichkeit auseinander liegen. Deshalb bedarf es einer Initiative aus Nordrhein-Westfalen.

Wir in Nordrhein-Westfalen sind gut aufgestellt. Durch die Energie-Agentur und die Verbraucherzentrale finden insgesamt über 30.000 Beratungen statt – mit den entsprechenden Ergebnissen.

Insgesamt sind 1,8 Milliarden € an Fördermitteln nach Nordrhein-Westfalen geflossen. Die Zahlen der damit verbundenen Arbeitsplätze haben die Kolleginnen und Kollegen eben schon erläutert.

Ich will aber deutlich machen, dass es sich auch – Herr Laumann ist leider nicht mehr da –

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Schon länger nicht!)

um eine Frage der ökologischen Industriepolitik handelt. Beispielsweise die chemische Industrie in Nordrhein-Westfalen ist auch massiv in der Frage der Gebäudesanierung unterwegs. Sie entwickelt und produziert entsprechende Dämmstoffe. Die Gebäudewirtschaft und die Bauwirtschaft profitieren insbesondere im Bereich Klimaschutz von der Gebäudesanierung in Nordrhein-Westfalen.

Insofern ist die Unterstützung der Gebäudesanierung für den Klimaschutz wichtig, aber auch eine Standortfrage für Nordrhein-Westfalen. Deshalb wäre es ein gutes Zeichen, wenn wir in dieser Frage eine einheitliche Position des Hauses in die Diskus-

sion des Bundeshaushaltes einbringen könnten, um die Mittel wieder auf den Stand zu bringen, auf den sie gehören, damit wir das Ziel zu erreichen, tatsächlich 3 % des Gebäudebestandes pro Jahr zu sanieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die Landesregierung spricht auch Herr Minister Voigtsberger.

(Zuruf)

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident, hier wurde gerade gesagt, dann müssten alle Fraktionen auch noch einmal das Wort bekommen. Herr Kollege Rempel hat mir nur eine Minute Redezeit überlassen.

Ich möchte noch auf einen wichtigen Zusammenhang hinweisen. Wir haben gestern das Thema „Kürzungspläne der Bundesregierung für die Städtebauförderung“ debattiert. Dabei handelt es sich um 300 Millionen €. Wir wissen alle, dass es in Bezug auf den Niederschlag in der Wirtschaft einen Hebel etwa von eins zu acht gibt.

Heute diskutieren wir die Kürzung von KfW-Mitteln. Sie sollen von 2,2 Milliarden € im Jahr 2009 auf 430 Millionen € im Jahr 2011 zurückgehen.

Insgesamt stehen in den Jahren 2010 und 2011 also 12,5 Milliarden € weniger Mittel zur Verfügung, die in die gleiche Betroffenengruppe – Architekten, Planer, Handwerk und Mittelstand – hineinwirken. Stellen Sie sich das einmal vor. Einen so gewaltigen Hebel kann in Deutschland und vor allem in Nordrhein-Westfalen niemand verkraften.

Schauen Sie sich einmal die Zuordnung an. Man schätzt nach einer KfW-Untersuchung, dass 1 Milliarde € etwa 20.000 Arbeitsplätze sichern. Bei 12,5 Milliarden € geht es also um 250.000 Arbeitsplätze in Gesamtdeutschland. Wenn wir für unser Land eine Quote von 20 % unterstellen, sind das 50.000 Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Das schlägt also nicht nur bei den Unternehmen durch, sondern ganz konkret in die Arbeitsplätze.

Deswegen muss man diese Kürzungen zum Wohle des Landes abwehren. So kann man das nicht steuern; das wird sich dramatisch bei den Belegschaften und bei den Arbeitsplätzen auswirken. Wir müssen das gemeinsam verhindern. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 15/141** an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung angenommen.

Ich rufe auf:

4 Investitionssicherheit für Handwerksbetriebe schaffen – Einfahrt in die Umweltzone weiterhin mit Handwerkerparkausweis ermöglichen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/128

Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem wir gestern im Bereich Verbraucherschutz und auch bei den Kormoranen eine ganze Reihe von Übereinstimmungen festgestellt haben, hoffe ich sehr, dass wir uns auch bei diesem Thema interfraktionell, zumindest in weiten Teilen, einigen können.

Politik beginnt mit der Wahrnehmung der Realität, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Realität ist nicht nur, dass wir die Umweltzonen haben und wir einer Evaluation im Herbst dieses Jahres entgegensehen, sondern Realität ist auch, dass viele kleine und mittlere Betriebe aus Handwerk, Gewerbe und Handel noch nicht in der Lage sind, ihren Fuhrpark umzustellen. Deswegen haben wir uns veranlasst gesehen, heute diesen Antrag einzubringen und mit Ihnen darüber zu diskutieren.

Warum ist das so, meine Damen und Herren? Warum ist das Handwerk in einer Situation, die sich im Verhältnis zur Situation, als die Umweltzonen eingeführt wurden, noch nicht verändert hat? – Nun, das Handwerk hat natürlich in den letzten Jahren den Fuhrpark nicht regelmäßig umstellen können. Das ist der eine, wesentliche Grund. Viele Fahrzeuge, die angeschafft worden sind, sind noch längst nicht abgeschrieben. Es wäre jedenfalls auch volkswirtschaftlich völlig unvernünftig, Fahrzeuge quasi zwangsweise außer Betrieb stellen zu lassen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Darüber hinaus müssen wir feststellen, dass auch die Produktpalette der neuen Euro-6-Norm noch nicht in ausreichender Zahl auf dem Markt ist, sondern erst in Zukunft kommen wird.

Deswegen brauchen wir eins – genauso, wie wir das bei den Verbraucherzentralen gestern auch

gemacht haben –: Wir brauchen Planungssicherheit. Planungssicherheit für Betriebe: Das bedeutet Planungssicherheit für Arbeitsplätze, das bedeutet Planungssicherheit für die Menschen, das bedeutet soziale Sicherung, die vielen hier im Hause ja sehr wichtig ist, und insofern werben wir sehr für diesen Antrag.

Politik beginnt, so sagte ich vorhin, mit der Wahrnehmung der Realität. Wer die Realitäten wahrnimmt, muss diesem Antrag zustimmen. Ich freue mich über eine spannende Diskussion, spätestens im Ausschuss. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Abruszat. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Golland.

Gregor Golland (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist heute meine erste Rede vor diesem Hohen Hause.

(Allgemeiner Beifall)

– Danke schön, das macht mir Mut. Es ist mir eine Freude und Ehre, auch in der Opposition für unser schönes Nordrhein-Westfalen zu arbeiten. Heute diskutieren wir hier ein wichtiges umwelt- und wirtschaftspolitisches Thema.

Ich möchte mich zunächst bei der antragstellenden FDP-Fraktion für ihre Initiative bedanken. Der Antrag lenkt das Augenmerk bei der Diskussion über die Luftreinhalteplanung in Nordrhein-Westfalen auf das Rückgrat unserer Wirtschaft: auf den Mittelstand und das Handwerk. Es ist richtig, heute im Plenum darüber zu diskutieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU-geführte Landesregierung hat im Jahr 2008 mit dem Luftreinhalteplan Ruhrgebiet einen ambitionierten Ansatz zur Verbesserung der Luftqualität auf den Weg gebracht. Bei der Aufstellung des Luftreinhalteplans wurden die betroffenen Kommunen und Interessenverbände durch ausführliche Gespräche in die Planungen einbezogen. Herausgekommen ist ein regionaler Luftreinhalteplan für das ganze Ruhrgebiet. Zur Verfügung steht dafür ein breites Maßnahmenbündel mit mehr als 80 verschiedenen Minderungsmaßnahmen.

Eingebunden sind dabei unter anderem die Bereiche der Industrie und der Gebäudemodernisierung. Ein Großteil der Maßnahmen betrifft allerdings den Verkehrsbereich. So sind zum Beispiel der Einsatz besonders schadstoffarmer Fahrzeuge im ÖPNV, die Verstärkung des Verkehrsflusses, die Wegweisung für Lkw-Verkehr, die Optimierung der ver-

kehrabhängigen Steuerung von Ampeln oder Lkw-Durchfahrverbote vorgesehen.

Als weitere Maßnahme steht schließlich das Instrument der Umweltzone zur Verfügung. Verkehrsverbote in Umweltzonen müssen zum Unterschreiten der Grenzwerte erforderlich und verhältnismäßig sein. Diese Voraussetzungen sind durch die CDU-geführte Landesregierung für jedes betroffene Gebiet fachlich geprüft worden. Auf der Basis dieser Auswertungen wurden mehrere Umweltzonen im Luftreinhalteplan eingerichtet, wobei sich die Größe nach den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten richtet.

Mithilfe unbürokratischer Übergangs- und Ausnahmeregelungen wurde den Betroffenen Gelegenheit gegeben, sich auf die Situation einzustellen. Wirtschaftliche und soziale Härten wurden damit vermieden. Die damalige CDU-Landesregierung hat bei der Einrichtung des Luftreinhalteplans stets darauf geachtet, dass die Maßnahmen zum Umweltschutz wirkungsvoll sind und gleichzeitig in einem angemessenen Verhältnis zu anderen Belangen stehen.

Die für das Handwerk wichtige Ausnahmeregelung des Handwerkerparkausweises als Einfahrtsberechtigung zu den Umweltzonen geht auf Initiative unserer Fraktion in enger Abstimmung mit den Handwerkskammern zurück. Die CDU-geführte Landesregierung hat mir ihren damaligen Beschlüssen insbesondere den Handwerksbetrieben die notwendige Planungssicherheit gegeben. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass diese Ausnahmeregelung richtig und wichtig war. Der Handwerkerparkausweis entlastet die mittelständische Wirtschaft und hilft, Arbeitsplätze zu sichern. Niemandem ist geholfen, wenn eine Firma pleite geht, nur weil sie ihren Fuhrpark nicht schnell genug erneuern kann.

Nachdem der Luftreinhalteplan Ruhrgebiet nun seit zwei Jahren in Kraft ist, steht die Evaluierung der Auswirkungen an. Ich bin gespannt darauf, welche Ergebnisse uns die neue Landesregierung präsentieren und welche Schlüsse sie daraus ziehen wird.

Wenn ich die Aussagen des Koalitionsvertrags und die des Umweltministers zum Maßstab nehme, wird die Evaluierung zu massiven Verschärfungen führen. Der Koalitionsvertrag ist sehr allgemein formuliert und lässt Spielraum für alles: von der Abschaffung der Luftreinhaltepläne und Umweltzonen bis zur ihrer massiven Ausweitung. In der „WAZ“ vom 07.09.2010 wird berichtet, dass Rot-Grün über eine zusammenhängende Umweltzone nachdenke. Herr Remmel, Klarheit sieht anders aus.

Meine Damen und Herren, es ist interessant, dass das Ergebnis der Evaluierung schon festzustehen scheint, bevor die Ergebnisse überhaupt bekannt

sind. Verschärfungen, ohne Fakten abzuwarten, ist schlichtweg unseriös. Außerdem werden die Menschen und die Wirtschaft in unserem Land mit solchen Aussagen verunsichert. Dies gefährdet wieder einmal Arbeitsplätze in unserem Land Nordrhein-Westfalen.

Für die CDU-Fraktion ist klar: Wenn die Umweltzonen in ihrem Zuschnitt verändert werden sollen, müssen als Grundlage für die Diskussionen und Entscheidungen objektive Daten zur Verfügung stehen.

Die CDU-Fraktion unterstützt daher die Verlängerung der Ausnahmeregelungen des Handwerkerparkausweises über den 31.12.2010 hinaus. Die Diskussion hierüber werden wir im Fachausschuss weiterführen. Der Überweisung stimmen wir daher zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Goland. – Nachdem Sie schon so nett selbst darauf hingewiesen haben, dass das Ihre erste Rede war, dürfen wir Sie dazu beglückwünschen.

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD])

Für die SPD spricht Herr Stinka.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Projekte, deren Name nicht unbedingt sofort ihre Bedeutung wiedergibt. Die Umweltzone ist so ein Projekt. Bei der Umweltzone handelt es sich im Grunde um eine Gesundheitszone. Geschützt werden sollen die Menschen in Ballungszentren vor Dieselabgasen.

Meine beiden Vorredner haben sehr stark auf die mittelständische Wirtschaft abgestellt – das ist sicherlich richtig –, aber diesen Aspekt völlig vergessen. Vor dem Hintergrund kann die SPD-Fraktion diesen Antrag nicht nachvollziehen. Es geht um Millionen Menschen, die unter dieser Belastung leiden und den Dieselruß der Fahrzeuge, die häufig veraltet sind, einatmen müssen.

Wir haben in der vergangenen Wahlperiode erlebt, wie die Koalition versucht hat, diesen Gesundheitsschutz in Ballungszentren zu ermöglichen. Allerdings haben wir festgestellt, dass die häufig gegenläufigen Interessen des Umweltministeriums und des Wirtschaftsministeriums in Nordrhein-Westfalen zu einem Flickenteppich geführt haben.

Es kann nach unserer Einschätzung – Sie haben von Realitätswahrnehmung gesprochen, Herr Abgeordneter Abruszat – nicht sein, dass diejenigen Mittelständler, die ihre Kraftfahrzeuge umgerüstet und investiert haben, jetzt die Leidtragenden sind, weil wir die Frist erneut verlängern. Diejenigen, die sich bemüht haben, etwas für die Umwelt zu tun, haben also falsch investiert, weil diejenigen, die sich

gegen eine Investition entschieden haben, nun einen deutlichen Vorteil bekommen sollen.

Für mich ist es sehr wichtig, klarzumachen: Wir sagen Nein zu einer weiteren Verlängerung der Ausnahmegenehmigung, sagen aber auch, dass die Umweltzonen reformbedürftig sind, weil es ein Gesetz ist, das zum Schutz der Menschen deutlich hervorgehoben werden muss.

Die Investitionssicherheit, die Sie angesprochen haben, ...

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Stinka, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Prof. Pinkwart zulassen?

(Zuruf: Das ist Karriere! – Heiterkeit)

– Entschuldigung, verzeihen Sie bitte. Ich weiß, Sie sitzen auf dem Platz von Herrn Prof. Pinkwart, sind aber Herr Abrusatz.

André Stinka (SPD): Ja.

Kai Abrusatz (FDP): Ganz herzlichen Dank, Herr Stinka, dass Sie mir die Gelegenheit geben, einmal nachzufragen. – Im Hinblick auf die von Ihnen angesprochenen Investitionen, die von vielen Betrieben getätigt worden sind – das ist unbestritten –, möchte ich fragen: Sind Sie bereit, mir zuzustimmen, dass aufgrund der größten Wirtschafts- und Finanzkrise, die wir je hatten, viele Betriebe aus den Bereichen Handwerk, Mittelstand und Gewerbe, gerade kleine Betriebe, diese Investitionen schlichtweg nicht tätigen konnten und es deswegen geboten ist, über eine Verlängerung, wie wir es beantragt haben – Stichwort: Realitätswahrnehmung – zu diskutieren?

André Stinka (SPD): Vielen Dank für die Frage, Herr Abrusatz. Wenn ich – Stichwort: Realitätswahrnehmung – mir die Neuzulassungen in dem Bereich betrachte, sehe ich, dass sich Unternehmen trotz Wirtschaftskrise für neue Kraftfahrzeuge entschieden haben und dass gerade die des Schutzes bedürfen, die sich für diese Zukunftsinvestition entschieden haben. Wir hatten heute häufig das Thema Energie auf der Tagesordnung. Ich kenne viele Mittelständler, die ihre Betriebskosten sehr stark im Blick haben, und sich aus zweierlei Gründen für diese Investition entschieden haben: einmal zur Senkung der Betriebskosten und zum anderen zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit der Menschen.

Zum Abschluss: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es macht Sinn, diese Übergangsfristen zu beenden, um Planungssicherheit zu geben. Ich freue mich auf die Diskussion im Handwerk. Ich möchte, weil Herr Papke heute Morgen darauf ein-

gegangen ist, noch mal deutlich machen, dass Planungssicherheit gerade für den Mittelstand eine ganz entscheidende Größe ist. Eine dauernde Verlängerung stellt keine Planungssicherheit dar. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Stinka. – Für die Fraktion Die Grünen spricht Herr Markert.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die FDP will mit ihrem Antrag, anders als der Titel es vermuten lässt, nicht die Investitionssicherheit stärken. Es geht vielmehr darum, jenen, die auf Investitionen in umweltfreundliche Fahrzeuge verzichtet haben, die Einfahrt in die Umweltzonen auch zukünftig und offensichtlich für einen längeren Zeitraum zu ermöglichen. Sehen Sie, Herr Abrusatz, das unterscheidet uns eben.

Wir wollen als Koalition der Einladung einen fairen Ausgleich zwischen Nutz- und Schutzinteressen herbeiführen und damit die Zukunftsfähigkeit dieses Landes stärken. Sie wollen einmal mehr – die CDU offensichtlich auch; Herr Golland hat das deutlich gemacht – Ihren Ruf als Lobbyparteien der Zukunftsverweigerer festigen.

(Zurufe von der FDP: Och! – Zuruf von der FDP: Quatsch!)

Seit Frühjahr 2007 gilt die Verordnung zur Kennzeichnung emissionsarmer Fahrzeuge. Danach haben Städte die Möglichkeit, Umweltzonen einzurichten, in denen nur noch Fahrzeuge mit einem geringen Feinstaubausstoß fahren dürfen. Keine Plakette erhalten vornehmlich Dieselfahrzeuge mit einer Abgasnorm schlechter als Euro-Norm 2 und Benzinern ohne geregelten Katalysator; nur damit wir wissen, um welche Fahrzeuge es sich handelt.

Seit etwa einem Jahr polemisiert unter anderem der ADAC gegen die Wirksamkeit von Umweltzonen. Seitdem mehren sich auch Stimmen aus Städten, wo man prüfen will, ob die Umweltzonen abgeschafft werden.

Auch die neue Bundesregierung ist dann immer vorne mit dabei und will laut Koalitionsvertrag – ich zitiere – „Einfahrverbote dort lockern, wo die Einschränkungen in keinem vernünftigen Verhältnis zur erzielten Feinstaubreduzierung stehen.“

Natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP als Antragsteller, bei dieser Kampagne gegen Umwelt und Gesundheit dürfen auch Sie nicht fehlen.

Aber damit befinden Sie sich ja – der Kollege Stinka hat darauf hingewiesen – in einer fatalen Tradition. Schon in der kurzen Episode der schwarz-

gelben Landesregierung haben Sie die gebotenen Schritte bei den Umweltzonen aktiv behindert und dazu beigetragen, dass wir hier eher ein Stückwerk im Stile eines Flickenteppichs vorfinden, als wirklich ein zusammenhängendes Raster an Umweltzonen.

Dabei zeigt die Praxis: Umweltzonen sind im Sinne einer deutlichen Verbesserung der Luftqualität unverzichtbar. Alleine in Berlin senkte die Umweltzone den Dieselruß aus dem Straßenverkehr bereits im ersten Jahr um 24 %.

Auch bei den nicht minder gefährlichen Stickstoffdioxiden wirken die Umweltzonen. Hier wurde in Berlin ebenfalls bereits im ersten Jahr der Ausstoß um 14 % reduziert.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Markert, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Deppe zu?

Hans Christian Markert (GRÜNE): Aber gerne.

Rainer Deppe (CDU): Herr Markert, ich finde es ja wirklich bemerkenswert, welchen Eindruck Sie von Familien- und Handwerksbetrieben haben. Ich kann mir das nur so erklären, dass man sich halt im öffentlichen Dienst um das monatliche Einkommen nicht so große Sorgen machen muss, wie vielleicht Betriebe, die das jeden Tag erwirtschaften müssen.

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Stellen Sie ruhig Ihre Frage!)

Wenn Sie so genau die Zahlen kennen, dann können Sie uns sicher auch sagen, zu welchem Prozentsatz die Handwerksbetriebe, die noch mit Ausnahmegenehmigung unterwegs sind, zur Luftschädigung oder Luftverpestung in den Städten beitragen. Vielleicht können Sie das dann einmal in den Kontext setzen, wie gewichtig doch der Schutz der Luft vor diesen Fahrzeugen ist. Vielleicht können Sie das ja etwas genauer erklären.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herr Deppe, ich würde jetzt ungern der Landesregierung vorgreifen und hier schon Zahlen präsentieren, zumal wir den Antrag der FDP noch ausgiebig diskutieren wollen. Es geht hier um eine Überweisung. In der weiteren Beratung werden wir diese Zahlen auch gerne mit Ihnen zusammen erforschen.

Allerdings möchte ich schon darauf hinweisen, dass ich anfangs gesagt habe, es geht um einen fairen Ausgleich zwischen Nutz- und Schutzinteressen. Auf die Nutzinteressen, die Interessen der Handwerksbetriebe, komme ich gleich noch zu sprechen. Ich war mit meiner Rede erst halb fertig. Wenn Sie sich noch einen Augenblick gedulden könnten, finde ich vielleicht auch noch eine Antwort auf Ihre Frage.

Im Übrigen ist es kein Problem, wenn man sich nicht als Handwerker verdingt hat. Ich weiß nicht, welchen Beruf Sie bis jetzt ausgeübt haben. Vielleicht waren Sie schon längere Zeit hier im Landtag. Ich habe elfeinhalb Jahre in der Umweltverwaltung gearbeitet und habe dort auch einen Dienst an diesem Land getan. Man sollte nicht alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst so pauschal verunglimpfen, auch wenn das an Ihren Stammtischen vielleicht gut kommt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich komme noch einmal auf den gesundheitlichen Aspekt kurz zurück. Feinstäube in unserer Atemluft sind diejenigen Luftverunreinigungen, die die größten Auswirkungen auf unsere Gesundheit haben. Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation zeigen, dass mit Feinstaub belastete Luft die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland um etwa zehn Monate verkürzt.

Ich darf daran erinnern, dass immerhin das Bundesverwaltungsgericht im September 2007 bekräftigt hat, dass Anwohnerinnen und Anwohner einen Anspruch darauf haben, vor den schädlichen Wirkungen von Feinstäuben geschützt zu werden, etwa im Rahmen von Umweltzonen oder insgesamt einer Luftreinhalteplanung.

Um ein dauerhaft gesundes Stadtklima zu etablieren, sind natürlich noch weitere, langfristige Maßnahmen, wie etwa die Förderung von Fahrrad, Bus und Bahn, Tempolimits und die Verstärkung des Verkehrsflusses notwendig.

Nun machen sich aber die FDP und offensichtlich, wenn ich das richtig verstanden habe, auch die Kollegen der CDU zum Fürsprecher jener, die weiterhin Vorfahrt für die alten Dreckschleudern gewähren wollen.

(Kai Abruszat [FDP]: Quatsch!)

Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass immerhin zwei Drittel des Handwerks und der Unternehmen ihren Fuhrpark inzwischen erneuert haben.

(Zuruf von Rainer Deppe [CDU])

Die haben die grüne Plakette. Mit der grünen Plakette können Sie in die Umweltzonen einfahren. Was, verehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP und der CDU, sagen Sie eigentlich diesen Handwerksunternehmen? Mehrheitlich wurden Investitionen zugunsten umweltfreundlicher Fahrzeuge getätigt.

Folgte man Ihrem Antrag, dann hätte die große Mehrheit des Handwerks einen wirtschaftlichen Nachteil zu erleiden, weil sie mit ihren Investitionen in Vorleistungen getreten ist und letztendlich das europäische Umweltrecht rechtzeitig umgesetzt hat.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Markert, ...

Hans Christian Markert (GRÜNE): Weitere Zwischenfragen gerne am Schluss, damit ich das jetzt einmal zu Ende führen kann.

Weitere Möglichkeiten für die Handwerker, die Sie im Auge haben, die kleinen Familienbetriebe, bieten unter anderem die Förderangebote der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Es gibt Möglichkeiten, auch denen, denen es wirtschaftlich aus Gründen, die sie selber nicht zu vertreten haben, schlecht geht, durchaus unter die Arme zu greifen.

Es bleibt also dabei, meine Damen und Herren: Sie machen Lobbyarbeit ohne gesundheits-, umwelt- und nicht zuletzt wirtschaftspolitischen Sachverstand.

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Dummes Zeug!)

Vielleicht erklärt das ja auch, warum bei der letzten Landtagswahl so viele Handwerkerinnen und Mittelständler ihr Kreuz bei den Grünen gemacht und Ihnen die rote Karte gezeigt haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Markert, wollten Sie noch die Zwischenfrage – jetzt mehr eine Endfrage – von Herrn Abruszat zulassen?

Hans Christian Markert (GRÜNE): Von Herrn Abruszat immer gerne.

Kai Abruszat (FDP): Vielen Dank, Herr Markert. Ich finde es sehr freundlich von Ihnen, dass Sie mir die Gelegenheit geben, und möchte Sie Folgendes fragen: Sie haben zu Recht ausgeführt, dass im Jahr 2007 die Umweltzonen eingeführt worden sind. Sind Sie mit mir der Auffassung, dass es für kleine und mittlere Betriebe unüblich ist, im Abstand von zwei, drei Jahren den Fuhrpark zu erneuern? Oder sind Sie der Auffassung, dass dieser Zeitraum ausreicht, um sich auf solche Neuerungen einzustellen?

Hans Christian Markert (GRÜNE): Die Einführung von Umweltzonen im Jahr 2007 ist ja nicht wie das Manna vom Himmel gefallen, sondern es war von vornherein klar, dass diese Maßnahme kommen würde. Dieser Maßnahme war ähnlich wie bei anderen europäischen Umweltrechtsvorgaben eine langjährige Debatte vorausgegangen. Offensichtlich haben zwei Drittel der Handwerksbetriebe diese Debatte verfolgt und sich rechtzeitig umgestellt.

Das Problem an Ihrem Antrag ist, dass Sie sich zum Fürsprecher derer machen, die das Ende der Kolonne markieren; bei der Tour de France würde man sagen, die „rote Laterne“ tragen. Das kann nicht der Ansatz von moderner und zukunftsorientierter Politik sein. Es war nicht so, dass es 2007 völlig überraschend kam.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Markert. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Frau Akbayir.

Hamide Akbayir (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die FDP will, dass Fahrzeuge mit Handwerkerparkausweisen über den 31. Dezember 2010 hinaus in Umweltzonen einfahren dürfen, auch wenn sie nicht über die entsprechende Plakette verfügen. Zur Begründung führt sie die Höhe der anfallenden Kosten für die Handwerksbetriebe an.

Meine Damen und Herren, wir, Die Linken, lehnen den vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion ab. Er wird sowieso an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Dort werden wir ausführlich debattieren und eine Lösung finden bzw. darüber abstimmen.

Dieser Antrag begründet die Verlängerung der Ausnahmeregelungen in Sachen „Umweltzonen“ mit Vertrauensschutz, obwohl alle – Privatpersonen, gewerbliche Selbstständige und Unternehmen – schon seit geraumer Zeit wissen, was auf sie zukommt, und sich darauf einstellen konnten. Wir sind strikt dagegen, hier eine Ausnahme zu machen.

(Beifall von der LINKEN)

Denn, meine Damen und Herren, Ausnahmeregelungen für abhängig Beschäftigte mit geringem Einkommen, die auf das Auto angewiesen sind, werden von den Antragstellern nicht erwogen. Es gibt viele Menschen, die kein Geld übrig haben, um ihr Fahrzeug umweltgerecht umzurüsten bzw. sich ein neues anzuschaffen. Diesen muten wir trotzdem die Kosten zu, daher auch den Handwerksbetrieben.

Wenn sich das Parlament dazu durchringt, Ausnahmeregelungen nach Kriterien der sozialen Gerechtigkeit vorzuschlagen, dann fangen wir an, darüber nachzudenken, ob wir zu einem zustimmungsfähigen Antrag kommen. Was Sie aber machen, ist eine reine Klientelpolitik, und dafür bekommen Sie – leider – unsere Unterstützung nicht.

Umweltpolitisch ist der FDP-Antrag in jedem Fall kontraproduktiv. Falls er angenommen wird, bedeutet das faktisch eine Verzögerung der Ausrüstung von Handwerksbetrieben mit umweltverträglichen Autofuhrparks. Wir möchten gerne hören, wie die FDP-Fraktion das umweltpolitisch rechtfertigen will.

Falls kleine Betriebe und Selbstständige wirklich durch die Umrüstung heftige Engpässe bekommen, soll es natürlich eine Lösung geben. Daher regen wir an, darüber nachzudenken, wie diese Betriebe entlastet werden können. Besser als Ausnahmeregelungen wäre die Einrichtung eines Landesfonds, aus dem kleine Selbstständige Zuschüsse für die Umrüstung ihrer Fahrzeuge zum Erhalt der grünen Plakette bekommen können. Wir sind aber auch

dafür, dass kleine Selbstständige zu besseren Konditionen an die Kredite herankommen.

Lassen Sie mich abschließend die Gelegenheit dieser Debatte nutzen, um klarzustellen, dass wir bei der Behandlung dieses Antrags hier an den wirklichen und drängenden Problemen vorbeireden.

Auch die Umweltzonen sind bloß eine kurzfristige Maßnahme. Ökologisch geboten sind in Wirklichkeit die Zielrichtung „autofreie Städte“ und der großzügige Ausbau des Schienenverkehrs, wobei der öffentliche Nahverkehr den Mobilitätsbedürfnissen der Bevölkerung genügen und gleichzeitig kostengünstig sein muss. Erst einschneidende Schritte weg von der Automobilität verdienen das Gütesiegel „ökologisch verantwortliche Politik“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns lieber daran arbeiten. Das werden wir auch in den Ausschüssen tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Akbayir. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele umweltpolitischen Debatten, auch diese umweltpolitische Debatte, krankten daran, dass man immer versucht, die Debatte vom Ende her aufzurollen und nicht vom Anfang. Man fragt sich: Worum geht es eigentlich? Ich bin dankbar, dass die Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen darauf hingewiesen haben.

Der Kern der Luftqualitätsrahmenrichtlinie der EU ist die Frage des Gesundheitsschutzes; die ist nun einmal evident und wird gar nicht bestritten. Feinstaub und Stickoxide machen – das ist erwiesen – krank und sind verantwortlich für Herz-Kreislauf-Krankheiten und Atemwegserkrankungen. Eine jüngere Studie aus Düsseldorf stellt auch den Zusammenhang mit Diabetes fest. Es gibt Signifikanzen in diesem Bereich. Das dürfen und können wir nicht ignorieren. Deshalb darf man sich diesem Begründungszusammenhang nicht entziehen. So einfach darf man es sich nicht machen.

Das Zweite, das Erwähnung finden muss, ist, dass wir uns hier in einem rechtlichen Rahmen befinden, den wir nicht einfach ignorieren können. Die Luftqualitätsrahmenrichtlinie gibt es seit 1996. Und es ist gerade die Qualität der Rahmengesetzgebung durch die EU, der Richtliniensetzung, dass langfristig Ziele entwickelt werden, die dann auch umgesetzt werden müssen.

Vielleicht an die Adresse der Antragsteller: Wir befinden uns in einer aktuellen Auseinandersetzung mit der Europäischen Kommission. Wir haben an

mehreren Stellen Ausnahmeanträge gestellt, um die Ziele zu erreichen. Deshalb müssen wir nachweisen, dass wir mit aller Konsequenz die Ziele der Luftreinhaltepläne umsetzen wollen. Sonst bekommen wir die Ausnahmen nicht.

Das heißt, wir stehen auch hier unter Beobachtung, und beispielsweise bezogen auf Krefeld ist auch ein Vertragsverletzungsverfahren in der Diskussion. Deshalb kommt man nicht so einfach an eine Ausnahme heran.

Deshalb ist es wichtig, den Zusammenhang herzustellen zwischen Schadstoffminimierung einerseits und dem Instrument „Umweltzone“ andererseits sowie natürlich der Luftreinhalteplanung, die ja nicht nur aus der Umweltzone besteht, sondern ein Bündel von Maßnahmen beinhaltet.

Es war daher konsequent, dass die Landesregierung diese Ausnahme befristet hat. Das ist im Übrigen auch gang und gäbe und wird von den Unternehmensverbänden gefordert. Wir wollen strenge Umweltmaßstäbe. Aber sie müssen Investitionssicherheit gewährleisten. Und das ist hier der Fall. Die Ausnahmeregelung gilt und war befristet bis zum 31. Dezember.

Darüber hinaus – das wird vergessen – hat sich Nordrhein-Westfalen mit Erfolg beim Bund für die Ausweitung der Förderprogramme der KfW-Bank eingesetzt. Also: Es gibt diese Förderung von Neuanschaffungen von Nutzfahrzeugen bereits.

Zudem ist das Förderprogramm am 1. Januar 2009 für die Beschaffung emissions- und lärmärmer leichter Nutzfahrzeuge bis 12 t für diesen Bereich geöffnet worden.

Und der Bund fördert auf Initiative der Länder bis zum 31. Dezember 2010 auch die Nachrüstung von leichten Dienstfahrzeugen mit Partikelfiltern mit 330 €.

Insofern würde eine weitere einfache Verlängerung der Ausnahmegenehmigung in mehrfacher Hinsicht der Politik der EU, der Politik für Umwelt und Gesundheit widersprechen. Jede Aufweichung schränkt die Wirksamkeit von Umweltzonen ein. Jede Aufweichung würde die Verlässlichkeit einmal getroffener Regelungen infrage stellen. Und es wäre auch gegen den Wettbewerb. Denn bisher war klar: Am 31. Dezember laufen die Genehmigungen aus. Eine Reihe – wahrscheinlich die Mehrzahl – der Unternehmen hat daraufhin investiert. Denen würde man mit einer Verlängerung der Ausnahmeregelung einen Tottun.

Wir wollen gleichwohl – da sind einige Bundesländer mit uns in der Diskussion – gerade bei Betrieben mit sozialer und wirtschaftlicher Härte schauen, ob wir eine weitere Ausnahmemöglichkeit gestalten können, aber sehr begrenzt. Diese Diskussion findet mit Vertretern der Länder Berlin, Baden-Württemberg, Niedersachsen und auch dem Bund

statt. Wir hoffen, im Herbst dieses Jahres möglichst schnell zu einer Regelung zu kommen. Aber diese Ausnahme kann nur begrenzt sein auf Fälle von wirtschaftlichen und sozialen Härten.

Wir bedauern, dass wir bisher zu keiner Einigung gekommen sind, und überlegen – gegebenenfalls können wir das im Rahmen der Ausschussdebatte klären –, solche Ausnahmeregelungen dann explizit für Nordrhein-Westfalen, aber sehr begrenzt, zuzulassen. Allen muss klar sein: Irgendwann – und das wird in naher Zukunft so sein – brauchen wir aufgrund der Evaluierung der Umweltzonen eine deutliche Verbesserung der Anstrengungen für Umwelt, für Gesundheit im Rahmen der Luftreinhaltung.

Ich will der Evaluierung der Umweltzonen nicht vorweggreifen. Aber es ist klar: Umweltzonen wirken. Sie brauchen jedoch eine stärkere Unterstützung und auch eine höhere Wirksamkeit. Dies ist bereits jetzt den ersten Erkenntnissen der Evaluierung zu entnehmen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schuss.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich habe in meinen öffentlichen Äußerungen, um auch das klarzustellen, auf bereits vorhandene Konsense im Ruhrgebiet verwiesen. Der Vorschlag, eine einheitliche große Umweltzone im Ruhrgebiet zu machen, ist von den Kommunen, ist von den Räten, ist von den Umweltdezernenten und Bürgermeistern gerade vor dem Hintergrund „Flickenteppich“ und „Schilderwald“ entwickelt worden. Diese Diskussion steht erneut an. Ich würde mich freuen, auch da eine breite Unterstützung im Parlament zu bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages** der Fraktion der FDP **Drucksache 15/128** an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – federführend –, an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisung zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt

5 Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

Mitteilung
nach § 15
des Abgeordnetengesetzes NRW
Drucksache 15/62

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/188

Der Präsident hat die Daten zur Ermittlung eines Anpassungsbedarfs der Abgeordnetenbezüge mit der Drucksache 15/62 veröffentlicht. Die Daten sind damit dem Landtag zugeleitet worden.

Ich eröffne die Beratung. – Es spricht für die SPD-Fraktion Frau Altenkamp.

Britta Altenkamp (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 28. Juli dieses Jahres hat der Präsident nach § 15 Abgeordnetengesetz dem Landtag den sogenannten Angemessenheitsbericht vorgelegt. Das ist richtig. Das ist Bestandteil des Verfahrens, das wir seit 2005 und dann 2008 in veränderter Form miteinander verabredet haben.

Die zweite Anmerkung, die ich machen will, ist: Das Verfahren in NRW ist ein sehr transparentes Verfahren. Es ist genau festgelegt, welche Bemessungswerte zu wie viel Prozent zur Anpassung der Abgeordnetenbezüge herangezogen werden. Das ist vielleicht auch wichtig in Richtung Öffentlichkeit: Es gibt also keine Rosinenpickerei.

Drittens. Politiker entscheiden nach der Verfassung über die Höhe der Bezüge. Wir können in NRW deutlich machen, dass wir diese Macht nicht missbrauchen, sondern mit Augenmaß vorgehen. Über die Bezüge selber zu entscheiden ist angesichts des öffentlichen Interesses für uns Sozialdemokraten kein Privileg, sondern Verpflichtung zu größtmöglicher Transparenz.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Viertens. Wir haben in NRW keine steuerfreien Pauschalen oder andere Kostenerstattungen, sondern alle unsere mandatsbedingten Aufwendungen sind mit den Abgeordnetenvergütungen abgegolten und werden voll versteuert. Dies unterscheidet uns entscheidend von allen anderen Landesparlamenten und vom Bundestag.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Deshalb ist es auch überhaupt nicht hilfreich, wenn das Bundesverfassungsgericht feststellt, dass steuerfreie Pauschalen bei den Aufwendungen der Bundestagsabgeordneten verfassungsgemäß sind. Das wiederum führt dazu, dass der Eindruck entsteht, wir hätten zu unserem eigenen Nachteil

entschieden. Das ist mitnichten so. Wir haben ganz bewusst entschieden und wollten Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger schaffen. Das ist mit unserer Regelung auch gelungen.

Fünftens. Darüber hinaus kommen wir Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen selbst für unsere Altersvorsorge auf. Das ist eine Besonderheit gegenüber allen anderen Parlamenten, für uns aber selbstverständlich. Das wird in der Öffentlichkeit gern unterschlagen.

(Beifall von der SPD, von der CDU und von der LINKEN)

Sechstens. Keine Frage: 10.093 € sind mehr, als viele Bürgerinnen und Bürger als Einkommen in Nordrhein-Westfalen haben. Wie es zu diesem Betrag kommt, ist aber in sich nachvollziehbar. Es ist nachvollziehbarer als so manches Gehalt, das in NRW bezahlt wird.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Siebtens. Weil wir Sozialdemokraten von den Regelungen, die wir 2005 getroffen haben, überzeugt sind, haben wir auch kein Problem damit, unsere Haltung hier im Parlament zu vertreten. Dazu hätte es keiner Initiative der Linken bedurft.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Achtens. Deshalb nehmen wir als SPD-Fraktion die Unterrichtung des Präsidenten zustimmend zur Kenntnis. Den Entschließungsantrag der Fraktion der Linken lehnen wir als SPD-Fraktion ab.

Wir haben es hier mit einer Initiative zu tun, die in ihrer politischen Absicht durchsichtig und erklärbar ist. Sie richtet sich wohl vor allen Dingen an die eigene Klientel und die eigenen Mitglieder.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und von der CDU)

Das kann man durchaus verstehen, wenn man die Diskussion um ihren Co-Vorsitzenden Herrn Ernst beobachtet. Wir können für uns als Sozialdemokraten des nordrhein-westfälischen Landtags sagen: Wir sind froh und stolz auf diese Regelung. Wir müssen uns nicht verstecken. Wenn Sie es möchten, können wir jedes Jahr darüber diskutieren.

In diesem Jahr nehmen wir den Bericht zustimmend zur Kenntnis. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, von der CDU, von den GRÜNEN und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Altenkamp. – Für die Fraktion Die Grünen spricht Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seitdem ich in

den Landtag gewählt worden bin, haben wir in jedem Jahr einen Redebeitrag zu den Abgeordnetenbezügen. In jedem Jahr wird darauf hingewiesen, dass unser System in Nordrhein-Westfalen Modellcharakter hat. Das ist richtig; denn in NRW zahlen die Abgeordneten selbst für ihre Altersversorgung ein. In NRW gibt es keine Aufwandspauschalen, sondern wir gehen jedem ausgegebenen Cent nach.

In der letzten Legislatur haben sich die Grünen vehement dafür eingesetzt, ein transparentes Verfahren mit objektivierbaren Kriterien einzuführen, die die Erwerbsstrukturen und die Lohn- und Gehaltsentwicklung der tariflich Beschäftigten im öffentlichen Dienst, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich ebenso einbeziehen wie die Entwicklung der Regelleistungen beim Arbeitslosengeld II oder der Rentenbezüge. Dazu werden noch die Lebenshaltungskosten über den Verbraucherpreisindex berücksichtigt.

Das NRW-Modell ist einzigartig in der Bundesrepublik und vielfach positiv kommentiert. Es ist mehr als überfällig, dass endlich auch andere Parlamente diesem Diätenmodell folgen.

Alle fünf Fraktionen haben am 13. Juli dieses Jahres einstimmig beschlossen, das Verfahren zur Anpassung der Abgeordnetenbezüge und der Mitarbeiterpauschale für die Legislatur in Kraft zu setzen. Nach Vorlage des Anpassungsberichts hat sich der Landtag getrennt davon mit der Frage der Anpassung zu befassen. Ich habe es übrigens noch nicht erlebt, dass in diesem Bereich nicht noch einmal kritisch durch die Presse berichtet worden wäre.

Bei der vorgesehenen Erhöhung in Höhe von 1,14 % habe ich auch angesichts des objektivierbaren Berechnungsverfahrens bisher keine Stimme – auch in der Presse nicht – vernommen, die die Angemessenheit bezweifelt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gerade weil wir das NRW-Modell in Kraft gesetzt haben und Abgeordnete nicht unverhältnismäßig in Bezug auf die Altersversorgung alimentiert werden, ist die Anpassung für die Abgeordneten in dieser Höhe in Ordnung. Sie findet ihren Niederschlag auch in den Einzahlungen in das Versorgungswerk.

Das Verfassungsgericht hat uns aufgegeben, dass wir als Abgeordnete selbst über unsere Bezüge befinden müssen. Die Kollegin hat das schon ausgeführt. Gerade weil wir in NRW keine Versorgung „über den Durst“ mehr haben, will ich dafür werben, dass wir auch selbstbewusst zu der Arbeitsleistung der Abgeordneten stehen. Wir müssen unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Wir machen transparent, was wir arbeiten und leisten. Wir tun dem Parlament keinen Dienst, wenn wir das infrage stellen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der CDU und von der SPD)

Ich kenne darüber hinaus auch keinen Abgeordneten der Grünen – in vielen anderen Fraktionen ist das genauso –, der nicht ohnehin seit Beginn seines Mandats einen Spendentopf hätte, um zum Beispiel soziale oder kulturelle Initiativen und Projekte vor Ort zu sponsern oder um Jugendlichen in der Entwicklungs- und Friedensarbeit im Auslandsjahr eine Unterstützung zu geben.

Es ist und bleibt aber selbstverständlich eine individuelle Entscheidung, wie mit der Anpassung umgegangen wird. Das betrifft auch das individuelle Votum, ob man der Anpassung zustimmt oder nicht. Zur Kenntnis nehmen wir die Unterrichtung natürlich.

Unsere Fraktion hat die Unterrichtung zur Kenntnis genommen und stimmt dem Vorschlag der Anpassung mit großer Mehrheit zu. Eine geringere Zahl von Abgeordneten nimmt die Unterrichtung selbstverständlich zur Kenntnis, stimmt zum jetzigen Zeitpunkt aber nicht zu.

Der Entschließungsantrag der Fraktion Die Linken, der die Anpassung für ein gesamtes Jahr aussetzen möchte, findet allerdings nicht unsere Zustimmung. Das ist vor allem deshalb der Fall, weil die Linken auf dem Weg bis zum heutigen Tag auf verschiedenen Ebenen sehr differenzierte Äußerungen von sich gegeben haben. Sie haben erst jetzt die populistische Kehrtwende gemacht und äußern sich in entsprechender Art und Weise. Das kann kein ernst gemeinter Umgang mit diesem Vorgang sein.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Beer. – Das Wort für die Fraktion Die Linke hat Herr Michalowsky.

Ralf Michalowsky (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mir ist klar, dass viele von Ihnen es lieber sehen würden, wenn ich hier nicht stehen würde; doch ich kann Ihnen das nicht ersparen.

Frau Altenkamp, Sie sprachen davon, dass wir mit diesem Antrag unsere eigene Klientel bedienen würden. Ich muss Sie enttäuschen: Der größte Teil der Klientel, die wir damit ansprechen, gehört zu Ihrem Wählerlager. Ansonsten hätten wir bei der letzten Wahl ungefähr 30 % der Stimmen der prekären Bevölkerung bekommen.

Wenn Sie Klaus Ernst ansprechen, kann ich Ihnen nur sagen: Die Abzocker sitzen nicht im Deutschen Bundestag, sie sitzen zum Teil hier.

(Zuruf von der CDU: Frechheit! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ganz vorsichtig! – Weitere erregte Zurufe)

– Auf den schwarzen Block komme ich gleich. Ich will erst einmal auf Frau Altenkamp antworten.

Ich glaube, dass 50 % der hier Anwesenden ein höheres Bruttoeinkommen haben als Klaus Ernst, weil Sie neben den 10.000 €, die es hier gibt, ihre Kommunalmandate haben, Fraktionsvorsitzende sind und zum größten Teil noch ihre alten Berufe ausüben. Das ist Abzocke.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Ich weiß wirklich nicht, wie man neben dieser Tätigkeit hier noch einen Beruf ausführen kann. So viel dazu.

(Zuruf: Das ist eine Unterstellung! – Zurufe)

Wenn der schwarze Block da drüben meckert, muss ich Ihnen sagen: Sie haben in den letzten Jahren eine Schneise der Verwüstung in das Beziehungsgeflecht des Bürgers zum Parlament geschlagen.

(Widerspruch von der CDU und von Rainer Schmeltzer [SPD] – Unruhe)

Das Wort „Verwüstung“ lassen Sie sich mal auf der Zunge zergehen. Ich will nicht mit Herrn Leisler Kiep, mit seinem Unterschriftenautomaten anfangen. Aber Sie haben einen Abgeordneten in Ihren Reihen, der als Rechtsanwalt über Jahre hinweg den doppelten Krankenversicherungszuschuss kassiert hat. Sie hatten eine Präsidentin, die für anderthalb Stunden Tätigkeit mehr bekommen hat, als ein großer Teil der Bevölkerung im Jahr erhält.

(Manfred Palmen [CDU]: Das ist etwas anderes! Kommen Sie mal zum Thema! – Fortgesetzt Unruhe)

– Lassen Sie mich zu meiner Rede kommen.

Ich weiß, dass Sie in der letzten Wahlperiode eine Regelung beschlossen haben, die es zulässt, dass dieser Tagesordnungspunkt ohne Aussprache und ohne Abstimmung sozusagen durchläuft. Doch da draußen sitzen Millionen Menschen, die überhaupt kein Verständnis dafür haben werden, wenn die Abgeordneten dieses Landtags klammheimlich eine Diätenerhöhung genehmigen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Klammheimlich? – Christian Möbius [CDU]: Das ist Transparenz pur! – Weitere Zurufe)

– Klammheimlich deshalb, weil Sie nicht darüber reden und darüber abstimmen wollten.

Auch wenn wir am 13. Juli dem Berechnungsverfahren zugestimmt haben, gefällt es meiner Fraktion überhaupt nicht, dass daraus jetzt zwangsläufig eine Erhöhung resultieren soll.

(Christian Möbius [CDU]: Aber einstecken tut ihr es gerne!)

Dort draußen gibt es Millionen von Menschen, die von den Parteien halblinks bis rechts an den Rand des Existenzminimums getrieben wurden, Familien, die Monat für Monat jeden Euro zweimal umdrehen müssen, Menschen, die immer neuen Repressionen ausgesetzt werden, die sich die Politiker der Agenda-Parteien, die vor mir sitzen, einfallen lassen.

(Zuruf von der CDU: Es kann nicht jeder Porsche fahren!)

– Zum Thema „Porsche“ kann ich Ihnen etwas sagen. Gehen Sie mal durch die Landtagstiefgarage: 80 % der Autos haben einen höheren Wert als das Auto von Klaus Ernst.

(Lachen von der CDU – Zurufe von den GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wissen Sie eigentlich, wie lächerlich Sie sich machen? – Weitere lebhafte Zurufe)

Wir sind der Auffassung, dass es diesem Parlament gut zu Gesicht stehen würde, wenn es so lange Nullrunden beschließt, wie die prekäre Lebenssituation eines Großteils der Bevölkerung anhält.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Michalowsky, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Markert?

Ralf Michalowsky (LINKE): Ja.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Lieber Kollege Michalowsky, ich wollte mich eigentlich bei diesem Punkt nicht zu Wort melden, möchte Sie aber doch etwas fragen. Sie sprachen unter anderem Leute an, die zum Beispiel noch Kommunalmandate haben. Ist Ihnen bekannt, dass viele von denen ihre Aufwandsentschädigungen für das Kommunalmandat spenden? Und ist Ihnen bekannt, dass es auch Abgeordnete gibt – ich beziehe mich ausdrücklich ein –, die zum Beispiel Fahrzeuge fahren, die schon zehneinhalb Jahre alt sind und möglicherweise nicht dem Wert eines Porsche entsprechen? Ist Ihnen bekannt, dass es gut ist, in solchen Debatten sachlich vorzugehen?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das scheint ihm nicht bekannt zu sein!)

Ralf Michalowsky (LINKE): Ich würde gerne sachlich bleiben, aber bei diesen Zwischenrufen verbietet sich das geradezu.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die haben Sie doch provoziert!)

Sie werden in der Presse sicher nachgelesen haben, dass das Auto von Herrn Ernst 16 Jahre alt ist. Ich habe nicht davon gesprochen, dass alle hier neue Autos fahren. Ich habe davon gesprochen,

dass 80 % der Autos in der Tiefgarage einen höheren Wert haben als das Auto von Klaus Ernst.

(Zurufe)

Über die Spendenpraxis einzelner Parteimitglieder bin ich nicht informiert, aber ich kenne einzelne Beispiele, die ich nennen könnte, die dem widersprechen, was Sie gerade gesagt haben.

(Widerspruch von Christian Möbius [CDU] – Weitere Zurufe)

Den Text unseres Antrags haben Sie alle vor sich. Für den Fall, dass Sie unseren Antrag ablehnen und es doch zu einer Erhöhung kommt, kündigen wir hiermit an, dass alle Mitglieder unserer Fraktion den zu erwartenden höheren Betrag für die Dauer der Wahlperiode einem sozialen Zweck zukommen lassen werden.

(Beifall von der LINKEN – Fortgesetzt Zurufe)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Michalowsky. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte mich zu dieser fortgeschrittenen Stunde eigentlich nicht mehr zu Wort melden. Aber es ist schon wichtig, dass durch den Entschließungsantrag der Linksfraktion kein falscher Eindruck vermittelt wird.

(Lachen von der LINKEN)

Sie wissen ganz genau, dass Ihr Entschließungsantrag völlig wirkungslos ist.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Das ist ja das Problem!)

Sie haben selber zugestimmt, als dieses Parlament aus guten Gründen, wie meine Vorredner darstellt haben, diesen Erhöhungsautomatismus nach einem sehr detaillierten, differenzierten, wirklich repräsentativen und sehr verfeinerten Verfahren der Ermittlung, in die alle Sozialindikatoren eingehen, beschlossen hat. Dieses Verfahren ist mit Ihnen so geregelt worden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wir haben keinen Automatismus beschlossen!)

Sie wissen, dass somit Ihr Antrag purer Populismus ist.

(Beifall von der FDP, von der CDU, von der SPD und von den GRÜNEN)

Ob dieser Antrag beschlossen wird oder nicht, ändert an der von Ihnen mit beschlossenen Erhöhung nichts. Dabei handelt es sich um eine Anpassung, die je nachdem, wie die Indikatoren sind, mal positiv und mal negativ ausgehen kann. Das ist das mit Ihnen allen gemeinsam aus guten sachlichen Grün-

den vorbesprochenen und abgestimmten Verfahren, das dieses Haus vor der Sommerpause einstimmig auf den Weg gebracht hat.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber kein Automatismus!)

Jetzt jedes Jahr Entschließungen vorzulegen, deren rechtliche Wirkungslosigkeit man schon zu dem Zeitpunkt kennt, zu dem man sie vorlegt, ist keine seriöse Politik.

(Beifall von der FDP, von der CDU, von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Witzel. – Für die Fraktion Die Linke spricht noch einmal Herr Michalowsky.

Ralf Michalowsky (LINKE): Ich habe noch etwas Redezeit übrig und möchte nicht, dass Märchen im Raum stehen bleiben, die Herr Witzel verbreitet.

(Ralf Witzel [FDP]: Bitte?)

Wir haben am 6. Juli die Drucksache 15/38 beschlossen,

(Zustimmung von Ralf Witzel [FDP])

in deren letzten Absatz es heißt:

„Mit einer solchen Beschlussfassung ist keine Entscheidung über die Frage verbunden, ob, wann und in welchem Umfang die Abgeordnetenbezüge und die Mitarbeiterpauschale angepasst werden. Mit einer Anpassung hat sich der Landtag – getrennt von der vorliegend beschriebenen Verfahrensentscheidung – nach Vorlage der jeweiligen Anpassungsberichte zu befassen.“

Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Michalowsky. – Wir sind am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/188**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, CDU, FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der Entschließungsantrag **abgelehnt**.

(Beifall von der CDU)

Die **Unterrichtung Drucksache 15/62** ist damit **zur Kenntnis genommen**.

Wir kommen zu:

6 Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in den Gymnasien und Gesamtschulen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/134

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes
Rücknahme des sog. „Turbo-Abiturs“ G8 in
der Sekundarstufe I**

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/135

erste Lesung

Entgegen der Tagesordnung haben sich die Fraktionen darauf verständigt, den **Antrag Drucksache 15/134** und den **Gesetzentwurf Drucksache 15/135** ohne Debatte an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** ohne Debatte zu **überweisen**.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt der Überweisung zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit sind Antrag und Gesetzentwurf einstimmig überwiesen. Die abschließende Beratung und Abstimmung über den Antrag erfolgt im Plenum nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses.

Wir kommen zu:

7 Erzieher und Tagesväter: Attraktivität und Nachfrage müssen gestärkt werden!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/118

Entgegen der Tagesordnung haben sich die Fraktionen darauf verständigt, den **Antrag Drucksache 15/118** an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** ohne Debatte zu **überweisen**.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt der Überweisung zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag einstimmig überwiesen.

Dann kommen wir zu:

8 Ausbau der Kindertagesbetreuung noch weiter vorantreiben – Engagement der privat-gewerblichen Träger honorieren

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/100

Ich eröffne die Beratung. – Das Wort hat für die antragstellende Fraktion Herr Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen für die Tagesbetreuung von Kindern ist eine wesentliche Voraussetzung für kinder- und familienfreundliche Lebensverhältnisse. Wir alle sagen immer wieder, wie wichtig eine gute und bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung ist.

Wir sollten aber auch gute Lösungen finden. Wir als FDP-Fraktion legen heute einen entsprechenden Vorschlag vor.

Unter Schwarz-Gelb haben sich die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheidend verbessert. Aufgrund der verbesserten finanziellen Bedingungen stehen heute achtmal so viele Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung als noch 2005.

(Unruhe)

Wir müssen das weiter ausbauen – nachfrageorientiert und an den jeweiligen örtlichen Bedarf angepasst. Wir brauchen noch einige Anstrengungen, um die angestrebte Quote von mindestens 35 % bis 2013 zu erreichen.

Dabei müssen wir feststellen: Ohne das Engagement privater Anbieter können die ehrgeizigen Ausbauziele nicht erreicht werden. Gerade berufstätige Eltern sind aber darauf dringend angewiesen, und sie profitieren von einem pluralen Angebot bei den Kinderbetreuungseinrichtungen.

Aus diesem Grunde sollten private Träger in den Geltungsbereich des Kinderbildungsgesetzes einbezogen werden – selbstverständlich nur dann, wenn sie die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen für den Betrieb der Einrichtungen erfüllen.

(Anhaltend Unruhe)

Die Erfahrungen mit privat-gewerblichen und unternehmensnahen Anbietern zeigen: Neben öffentlichen Anbietern können sie leistungsfähig sein. Sie erkennen spezielle Bedarfe von Familien etwa bei den Öffnungszeiten oder bei der Entwicklung von attraktiven Platzsharing- und Teilzeitmodellen.

Daher hat das Kinderbildungsgesetz auch die Arbeit und Rolle der privaten Träger bei der Leistungserbringung ausdrücklich gewürdigt. Eine Möglichkeit zur öffentlichen Mitfinanzierung dieser Angebote ist aber bislang nicht im Gesetz vorgesehen. Dabei könnten Kommunen erhebliche finanzielle Aufwendungen sparen, wenn ein großer Teil des vor Ort vorhandenen Bedarfs bereits durch privat-gewerbliche Träger abgedeckt ist.

(Beifall von der FDP)

Daher sollte auch im Kinderbildungsgesetz klargestellt werden, dass Kommunen privat-gewerbliche Einrichtungen fördern können, wenn sie die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen für den Betrieb der Einrichtungen uneingeschränkt erfüllen. Wer ein qualitativ hochwertiges Angebot zuverlässig bereitstellen kann, sollte auch öffentliche Zuschüsse bekommen können.

Hinzu kommt, dass viele kleinere private Anbieter aufgrund der Wirtschaftskrise bedroht sind. Viele Eltern und Unternehmen können nicht mehr in ausreichendem Maße für die Kosten der Betreuungsplätze aufkommen. Gleichzeitig sind aber besonders erwerbstätige Eltern auf die betrieblichen Kindertageseinrichtungen angewiesen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Hafke, entschuldigen Sie bitte. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Ihre Gespräche nach draußen zu verlegen. Alle Anwesenden könnten dann Herrn Hafke zuhören.

(Beifall von der CDU)

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich möchte Ihnen ein Beispiel dafür nennen, wie es tatsächlich in den Unternehmen nach der Wirtschaftskrise aussieht.

Es gibt einen betriebseigenen Kindergarten der Firma Hengst in Münster. Dieser Fall sollte auch der Ministerin bekannt sein. Diese Firma hat im August 2008 einen eigenen Betriebskindergarten gegründet. Die Kinder – ein Drittel ist unter drei Jahren – werden betriebsnah, zeitlich flexibel und ganzjährig betreut.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Die Firma Hengst hat nach eigenen Angaben ca. 1 Million € investiert. Zwei Jahre lang wurde Hengst durch Mittel vom Europäischen Sozialfonds unterstützt. Seit August dieses Jahres muss das Unternehmen allein für die gesamten Betriebskosten aufkommen.

Da die Firma Hengst noch immer mit den Auswirkungen der Finanzkrise und Kurzarbeit zu kämpfen hat, ist offen, wie lange sie den Kindergarten noch allein tragen kann. Sollte er geschlossen werden, sind die Eltern und vor allem die Kinder die Leidtragenden. Sie würden aus gewohnten und bewährten Strukturen gerissen.

Die Firma Hengst hat den Kindergarten bestimmt nicht eingerichtet, um mit der Einrichtung Geld zu verdienen. Nein, die Firma möchte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für ihre Arbeitnehmer gewährleisten. Warum sollten Kindertagesstätten wie diese nicht auch Landesmittel bekommen können? Den drohenden Wegfall dieser Betreuungsplätze vor Ort zu kompensieren, wäre für Kommunen und Familien deutlich teurer. Andere Bundesländer wie

beispielsweise Baden-Württemberg lassen die Förderung privater Träger ausdrücklich zu. Grüne und SPD haben in Baden-Württemberg dieser Regelung übrigens nicht widersprochen – im Gegenteil: Die Grünen haben eine Miteinbeziehung von privatgewerblichen Trägern begrüßt.

Ich möchte noch einmal betonen: Wir werben dafür, dass der Maßstab für eine Förderung ausschließlich die Qualität der Betreuung sein sollte und nicht die Rechtsform. Wenn Private die gleichen qualitativen Anforderungen erfüllen wie anerkannte Träger gibt es keinen triftigen Grund, warum sie nicht auch unterstützt werden sollten.

Weil ich die Reflexe bei einigen Kollegen kenne, möchte ich kurz darauf eingehen. Ich möchte direkt dem Argument vorgreifen, wir hätten die reine Gewinnorientierung im Blick. Es kann darüber nachgedacht werden, ob die Gleichstellung bei der Förderung an die Erfüllung weiterer Kriterien geprüft werden sollte. Der Zweck der öffentlichen Förderung ist selbstverständlich nicht die Gewinnmaximierung privater Träger.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben mit unserem Antrag einen Vorschlag gemacht, der für den Ausbau der Kindertagesbetreuung einen wichtigen Beitrag erbringen kann. Ich hoffe, dass hier eine schnelle und pragmatische Lösung möglich ist. Ich freue mich auf eine gute Beratung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hafke. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Tenhumberg das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Beim ersten Lesen könnte man meinen, dass durch die Erweiterung der finanziellen Förderung auch privatgesetzliche Anbieter von Kindertageseinrichtungen das Angebot und die Situation von Plätzen in Kindergärten verbessert werden könnte. Beim zweiten Lesen fällt allerdings auf, dass zuerst von der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, von den Vorteilen für die Unternehmen, vom Sparpotenzial und dann erst auf Seite 2 von der Fachlichkeit gesprochen wird.

(Vereinzelte Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, das Entscheidende und der Maßstab bei der Anerkennung und Finanzierung von Trägern von Kindertageseinrichtungen muss allerdings die Qualitätsfrage sein.

(Beifall von Andrea Asch [GRÜNE])

Dies kommt auch in der Tendenz des vorliegenden Antrages viel zu kurz. Im Vordergrund müssen die Bedarfe der Kinder und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf stehen. Es darf nicht vorrangig um die punktuelle Entlastung von öffentlichen Haushalten gehen.

Darüber hinaus teile ich einige Äußerungen nicht. Zum Beispiel: Ohne das Engagement privater Anbieter können die ehrgeizigen Ausbauziele nicht erreicht werden. – Das sehe ich völlig anders.

(Vereinzelte Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich bin der Meinung, dass die kommunalen und die freien Träger durchaus in der Lage sind, die Ausbauziele zu erreichen. Auch die Aussage, dass privatgewerbliche Träger zur Aufrechterhaltung des Angebots weniger Zuschüsse benötigen als kommunale und freie Träger, halte ich für eine unbewiesene Behauptung. Wenn dies so wäre – so glaube ich –, ginge das nur zu Lasten von Qualität und sozialen Standards.

(Vereinzelte Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das können wir als CDU nicht verantworten, meine Damen und Herren. Das neue Kinderbildungs-gesetz hat bereits zu mehr Flexibilität in den Angebotsstrukturen geführt.

Es ist besonders zu begrüßen, dass zwischenzeitlich einige Unternehmen auch ohne staatliche Zuschüsse Betriebskindergärten gegründet haben. Weitere Unternehmen gründen mit anerkannten Trägern für Tageseinrichtungen Betriebskindergärten, und diese Träger bringen so Qualität und Know-how mit und erhalten auch die öffentliche Förderung. Das ist gut so, das bringt Qualität.

Ich möchte auch auf die Stellungnahme der Enquetekommission „Chancen für Kinder“ hinweisen. Dort heißt es im Vorwort zum Handlungsfeld II – ich zitiere –:

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt für Mütter und Väter und ihre Kinder eine entscheidende Rolle. Hierbei sind die besonderen Bedürfnisse von Frauen im Hinblick auf ihre Erwerbstätigkeit und von Männern im Hinblick auf ihre Familienfähigkeit zu berücksichtigen und zu fördern. Neben einer familienbewussten Umgebung bestärken insbesondere verlässliche Rahmenbedingungen im Bildungssystem und eine familienunterstützende Gestaltung des Arbeitslebens junge Menschen in der Verwirklichung ihres Kinderwunsches und in der Verfolgung ihrer beruflichen Ziele.

Meine Damen und Herren, wir möchten, dass der Gesetzgeber in Nordrhein-Westfalen mit den bestehenden Regelungen und Fördermöglichkeiten gezielt die Kooperation zwischen Betrieben und freien Trägern bewirkt. Auf diese Weise kann nämlich das Know-how der freien Träger für den Betrieb von

Kindertageseinrichtungen zum Beispiel mit Blick auf pädagogische Fragestellungen zur Erfüllung des Bildungsauftrages genutzt werden. Betriebe werden auf diese Weise entlastet, da sie in diesem Bereich kein Know-how aufbauen müssen.

Meine Damen und Herren, ich verweise abschließend auf unseren gemeinsamen Antrag mit der FDP – Drucksache 14/7457 vom 09.09.2008, der weiterhin Grundlage für unser Handeln ist. Wir freuen uns aber trotzdem auf die vertiefende Diskussion im zuständigen Fachausschuss. – Danke.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tenhumberg. – Für die SPD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Jörg das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Wolfgang Jörg (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für mich ist dies heute auch ein Plenartag mit vielen Besonderheiten. Ich habe heute zum ersten Mal in einer Plenarsitzung Herrn Witzel applaudiert. Das ist mir zum ersten Mal passiert, vorhin bei der Diätendebatte. Premiere für mich. Zum Zweiten habe ich auch in Teilen dem Kollegen Tenhumberg applaudiert, zumindest im ersten Teil. Im zweiten fiel es mir dann doch schwer. Ich glaube, dass der neue Stil des Zusammenseins sich auch in den Beiträgen niederschlägt. Ich finde das sehr gut.

Ich möchte diesen Antrag und die Gelegenheit nutzen, zunächst einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen zu danken, die in den letzten fünf Jahren doch viel ertragen haben und die quasi sehenden Auges zusehen mussten, wie sich ihre Arbeitssituation stetig verschlechterte. Sie haben unter dem KiBiz dieser schwarz-gelben Landesregierung gelitten. Ihnen möchte ich zwei Dinge zurufen:

Erstens: Wir werden die Situation in den Kitas verbessern. Zum Beispiel werden wir die erdrückende Last der unsicheren Zukunft von den Schultern der Ergänzungskräfte nehmen.

(Beifall von der SPD)

Zum Zweiten, liebe Erzieherinnen und Erzieher: Diese Landesregierung, diese Ministerin begegnen Ihnen mit Anerkennung und mit Respekt. Das wird im Gegensatz zur letzten Landesregierung die Grundlage der zukünftigen Zusammenarbeit sein. Das kann ich Ihnen von dieser Stelle aus versichern.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind stolz auf unsere Träger. Sie vermitteln Werte, die in unserer

Gesellschaft dringend gebraucht werden, zum Beispiel Nächstenliebe – bei den Christen – oder auch Solidarität und Gerechtigkeit – beispielsweise bei der Arbeiterwohlfahrt. Das sind Werte, die wir in unserer Gesellschaft dringend brauchen. Die Eltern haben so die Wahlfreiheit zu entscheiden, nach welcher Façon ihr Kind erzogen bzw. betreut und gebildet werden soll. Diese Wahlfreiheit ist für uns ein ganz wichtiges Gut.

Doch nun zum ideologischen Gegenentwurf dieser Wahlfreiheit, zur FDP: Markt und Profit sind der Motor in allen Lebenslagen. Das ist die Ideologie dieses Antrags. Das steckt dahinter. Das ist die ideologische Mottenkiste, die wir wahrscheinlich in verschiedensten Facetten in ganz vielen Anträgen leider auch zu diesem Thema immer wieder erfahren werden. Einen Augenschlag nach der eigenen Regierungsverantwortung kommt die FDP mit einem solchen Antrag.

Ich habe es Bernhard Tenhumberg vorhin gesagt: Ich bin der CDU sehr dankbar, dass sie in der letzten Legislaturperiode sozusagen der Gralshüter der Wertediskussion war. Wäre die CDU nicht gewesen – dessen bin ich felsenfest überzeugt – oder hätte sich die FDP durchgesetzt, wäre es hundertprozentig dazu gekommen, dass die Kindererziehung auch dem freien Wettbewerb, dem Profit und dem Markt unterworfen worden wäre. Deshalb bin ich ganz froh, dass es hier eine rot-grün-schwarze Mehrheit gegen diesen Antrag geben wird. Dessen bin ich ganz sicher. Dieser Antrag wäre ohne Zukunft für unser Land.

Das heißt nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass bestehende private Kitas nicht sinnvoll sind und man sie gelegentlich nicht auch unterstützen kann. Einige Kommunen tun das auch. Aber sie in die Kindspauschale einzubeziehen, wäre völlig falsch.

(Marcel Hafke [FDP]: Gleichberechtigung!)

– Das hat nichts mit Gleichberechtigung zu tun. Ich habe gerade versucht, Ihnen das anhand der Werte deutlich zu machen, mein lieber Kollege. Wir werden uns im Ausschuss darüber sicherlich noch inhaltlich vertiefend unterhalten können.

Die bestehenden privaten Kitas erfahren schon Unterstützung. Einige Kommunen geben schon Zuschüsse. Sie bekommen selbstverständlich Zuschuss in Form staatlicher Hilfe für ihr Invest, wenn sie bauen. In dem Umfang, wie das geregelt ist, reicht es, um die Privaten im Markt zu halten und die Interessen der Kommunen und öffentlichen Hand zu wahren.

Lieber Kollege, wir werden Ihrem Antrag nicht zustimmen. Wir werden uns wahrscheinlich mit Sicherheit dem roten, grünen und schwarzen Block anschließen. Alle Blöcke sind in dieser Frage einig. Das muss Ihnen doch zu denken geben. Bei uns

können Sie keinen Blumentopf gewinnen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich danke Ihnen, Herr Jörg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Frau Kollegin Asch das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu später Stunde versuche ich, es kurz zu machen. Zunächst einmal finde ich es sehr bemerkenswert, dass ausgerechnet die Vertreterinnen und Vertreter einer Partei, die überall publikumswirksam für Subventionsabbau eintritt, immer wieder neue Subventionen einfordern.

(Ralf Witzel [FDP]: Fairer Wettbewerb!)

Das fängt bei den Hoteliers an, geht über die Subventionierung der privaten Krankenversicherungen, und jetzt wollen Sie auch noch die öffentliche Subventionierung privat-gewerblicher Kindergartenträger. Entweder machen Sie einmal das, was Sie öffentlich verkünden, oder erklären gleich, dass für Sie Subventionen doch ein Mittel der Politik sind.

Ein weiteres Manko Ihres Antrags ist, dass er handwerklich nicht gut gemacht und nicht gut recherchiert ist, Herr Hafke. Es gibt zwei Punkte, bei denen ich Sie korrigieren muss: Laut einem Runderlass des alten MGFFI vom 9. Mai 2008 ist die Subventionierung von Investitionen auch privat-gewerblicher Kindertagesstätten durchaus möglich. Das steht dort. Das können Sie dort unter Absatz 2.1 nachlesen. Bei Investitionen ist es durchaus möglich, dass Privat-Gewerbliche Mittel auf Antrag erhalten. Das geschieht auf Grundlage des KiFöG.

(Zustimmung von Armin Laschet [CDU])

Der Ex-Minister, der das gemacht hat, nickt mit dem Kopf.

Bei den Subventionen ist das also möglich, bei den Betriebskosten können Sie nicht einmal eben – wie Sie hier schreiben – eine Änderung aller betroffenen Vorschriften dergestalt einleiten, dass auch die Betriebskosten subventioniert werden können. Das geht nicht. Man muss sich an das Gesetz halten.

(Marcel Hafke [FDP]: Dann muss man das Gesetz ändern!)

Das haben übrigens Schwarz und Gelb so geregelt. Im sogenannten KiBiz ist es ausdrücklich so geregelt, dass Privat-Gewerbliche keine Betriebskosten bezuschusst bekommen. Das ist übrigens einer der wenigen Punkte im KiBiz, der eine vernünftige Regelung vorsieht.

Sie können nicht mit einer Verordnung oder – wie Sie es nennen – „Vorschrift“, also einer untergesetz-

lichen Regelung, das Gesetz ändern. Das geht leider gar nicht. Von daher geht Ihr Antrag in die falsche Richtung. Er geht aber auch deswegen in die falsche Richtung, weil nicht einzusehen ist, dass wir bei dem Investitionsstau, den wir haben und den ich heute schon beschrieben habe, um alle gemeinnützigen und kommunalen Einrichtungen auf den Stand zu bringen, den Rechtsanspruch in den Kommunen vorhalten zu können, Mittel sozusagen zweckentfremden und irgendwelchen privat-gewerblichen Anbietern hinterherwerfen. Das macht überhaupt keinen Sinn. Wir brauchen das Geld dringend-notwendig, um die kommunalen Einrichtungen und die freien gemeinnützigen Einrichtungen zu finanzieren.

Zu den anderen Punkten wurde schon genug gesagt. Ich glaube nicht, dass es gut ist, wenn man sein Geld mit Kindern und Kinderbetreuung verdient und daraus einen Gewinn abschöpft. Wir haben ein gutes System kommunaler Einrichtungen. Wir haben ein gutes System kirchlicher und freier gemeinnütziger Einrichtungen. Wir brauchen nicht noch privat-gewerbliche Einrichtungen, die Kinderbetreuung sozusagen auf einer Profitgrundlage anbieten. Das können wir alles im Einzelnen im Ausschuss besprechen.

Ich bin sehr froh, dass es eine breite Front – sozusagen über alle Fraktionen hinweg bis auf die FDP, die alleine dasteht – gegen diesen Antrag gibt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Frau Kollegin Asch für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Nun hat für die Fraktion Die Linke Frau Kollegin Dr. Butterwegge das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Anliegen des FDP-Antrags, die Kindertagesbetreuung sukzessive zu privatisieren, passt, wenn schon nicht ins vorletzte Jahrhundert, so doch zumindest in die letzte Legislaturperiode mit dem Motto „Privat vor Staat“. Zu Recht ist diese Regierung samt ihrem Motto dafür abgewählt worden.

Kindertagesbetreuung ist eine höchst verantwortungsvolle Aufgabe. Denn es geht dabei um die Bildung, Erziehung und Förderung der Kinder. Im frühen und im elementaren Kindesalter ist all dies eine echte Herausforderung.

Für uns Linke ist hierbei zentral, dass Kindertagesbetreuung und frühkindliche Bildung erstens eine gesamtgesellschaftliche, vom Staat zu gewährleistende Aufgabe darstellt, damit Mütter nicht zu Heim und Herd zwangsverpflichtet werden,

(Beifall von der LINKEN)

dass sie zweitens Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und frei zugänglich ist und dass sie drittens als erster Bestandteil des Bildungssystems kostenfrei sein muss. Denn Bildung ist keine Ware, und gerade Kinder dürfen nicht Opfer der Profitlogik werden. Viertens darf frühkindliche Bildung keine Aufgabe sein, mit der – womöglich noch mit Steuergeldern bezuschusst – privat-gewerbliche, unter Umständen international operierende Kita-Ketten die rentablen Sahnehäubchen abfrühstücken und Dividenden für ihre Aktionäre einheimsen.

Als abschreckendes Beispiel möchte ich Australien nennen. Anfang der 90er-Jahre öffnete die Privatisierungsstrategie der Labour-Regierung einer Zerschlagung der Strukturen der öffentlichen Kindertagesbetreuung Tür und Tor. Nachdem die – man höre – Betriebskosten gemeinnütziger Träger kaum mehr bezuschusst wurden, schlossen viele der Einrichtungen. Kommerzielle traten an ihre Stelle. Übrig blieb mit ABC Learning ein international tätiger börsennotierter Krippenkonzern. Kaum hatte der Überhand gewonnen, sank die Qualität der Betreuung rapide, während die Preise steigen, bis der Konzern, sich selbst verspekulierend, Konkurs anmeldete, die unprofitablen Kitas von Schließung bedroht und milliardenschwere Notsubventionen des Staates nötig waren. Das darf kein Vorbild für Nordrhein-Westfalen sein.

(Beifall von der LINKEN)

Schon zeigt sich eine Spaltung der Kita-Landschaft als Folge der neoliberalen Privatisierungspolitik: Kitas erster und Kitas dritter Klasse entstehen.

Auf der einen Seite finden wir immer mehr privat-gewerbliche Einrichtungen, die die Kinder bilingual mit musikalischer Früherziehung und einem exzellenten Betreuungsschlüssel fördern und möglichst ab der Muttermilch bilden. Sie kosten die Eltern hohe Beiträge, obwohl die Kindergerechtigkeit der Ausstattung mancherorts ziemlich zu wünschen übrig lässt. Ein Beispiel: Die Kita vor meiner Haustür nimmt zwar 500 € im Monat, hat aber nicht einmal ein Außengelände zum Spielen. Für 30 Kinder im Wickelalter ist dies im Sommer wahrlich keine gute Alternative.

Dennoch: Weil Kita-Plätze für unter Dreijährige Mangelware sind, stellen Kita-Plätze privat-gewerblicher Träger oftmals die einzige Möglichkeit dar, die Kinder tagsüber betreuen zu lassen, damit die Mütter wieder berufstätig sein können. Heim und Herd oder Kita-Kommerz – das darf nicht die Alternative sein.

(Beifall von der LINKEN und von der SPD)

Auf der anderen Seite finden sich zahllose Kitas in freier Trägerschaft oder von anerkannten Jugendhilfeträgern und Kommunen, die gemeinnützig arbeiten. Und gerade hier hakt es gewaltig, weil zwar der Ausbau der Plätze, also die Quantität, von der Vorgängerregierung vorangetrieben wurde, dies aber

zulasten der Qualität, also der Ausstattung und des Betreuungsschlüssels, mithin also zulasten der Kinder und Kita-Mitarbeiterinnen geschah. Die Missstände, die katastrophalen Bedingungen in manchen Einrichtungen, wo für den Mittagsschlaf Turnhallen umfunktioniert werden müssen, weil es keine Schlafräume gibt, wo sich Erzieherinnen, ausgebrannt vom Dienst, krank melden, weil sie in übergroßen Gruppen keine Förderung mehr gewährleisten können, dürften Ihnen bekannt sein.

Kurzum: Ich finde es prioritär, hier die Bedingungen zu verbessern. Gemeinnützige Kindertagesbetreuung in öffentlicher Hand, in wohlfahrtsstaatlicher oder in Elternhand darf nicht zur dritten Klasse verkommen. Es bedarf also unser aller Anstrengungen, um diese Einrichtungen personell, sachlich und räumlich so auszustatten, dass die Kinder dort die bestmögliche Förderung erhalten und auch die Erzieherinnen dort wieder gerne arbeiten.

Ein weiterer Aspekt ist mir wichtig: Soll es tatsächlich zur Aufgabe der öffentlichen Hand werden, Betriebs- und privatwirtschaftliche Kindergärten gleichrangig mit gemeinnützigen zu bezuschussen? – Ich finde es pervers, wenn Kita-Konzerne damit Gewinne für ihre Aktionäre erwirtschaften.

(Beifall von der LINKEN)

Das Prinzip der Sozialisierung der Kosten bei Privatisierung der Gewinne ist uns hinlänglich bekannt, und das lehnen wir ab. Die Vorschläge der Freien Demokraten gehen also in die völlig falsche Richtung. Denn sie zielen auf eine weitere Spaltung in gute Einrichtungen für Reiche und schlechte für den Rest.

Ich fasse zusammen: Der Antrag zielt auf eine Privatisierung der Kindertagesbetreuung ab und will diesen wichtigen Bereich dem Markt überantworten. Begründung: Die Wirtschaft will jederzeit frei verfügbare, flexible Arbeitskräfte haben, um wettbewerbsfähig zu sein. Dafür soll laut FDP-Antrag der Steuerzahler aufkommen. Gleichzeitig beschwert man sich aber über eine wachsende Kreditaufnahme der öffentlichen Hand. Das ist neoliberale Klientelpolitik, für die Sie abgewählt wurden.

Wir lehnen diesen Antrag ab. Das können wir im Ausschuss gerne vertiefend diskutieren. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine Damen und Herren, das war Frau Abgeordnete Dr. Butterwegge für die Fraktion Die Linke. – Nun hat Frau Ministerin Schäfer für die Landesregierung das Wort. Bitte sehr, Frau Ministerin.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Liebe Kollegin-

nen, liebe Kollegen! In anbetracht der Zeit mache ich folgende Anmerkungen.

Erstens. Den Bewertungen des Antrags der FDP von Herrn Jörg und von Frau Asch habe ich inhaltlich nichts hinzuzufügen. Ich teile im Namen der Landesregierung alle Anmerkungen dazu zu 100 %.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Auch Herrn Tenhumberg möchte ich noch einmal ansprechen. Ich fand den ersten Teil Ihrer Ausführungen bemerkenswert und bedanke mich auch hier für die Unterstützung der Haltung der Koalitionsfraktionen.

Die nächste Anmerkung richtet sich an Herrn Hafke. Sie unterliegen einem Irrtum: Die Kommunen sparen durch privat-gewerbliche Träger von Kindertageseinrichtungen gar nichts.

Nächste Anmerkung: Die Firma Hengst wusste genau, dass es sich bei der ESF-Förderung um eine Anschubfinanzierung handelt, und sie kann sich ebenso wie andere Unternehmen mit einem Träger zusammentun und dann auch weiterhin eine Kita betreiben; das ist möglich.

Die letzte Anmerkung ist: Die Koalitionsfraktionen haben die Landesregierung beauftragt, zum nächsten Kindergartenjahr eine Grundrevision des KiBiz vorzunehmen. Wir wollen das auch finanziell unterstützen und damit dafür Sorge tragen, dass alle Träger von Kindertageseinrichtungen, die jetzt unter zugegebenermaßen schweren Bedingungen arbeiten und existieren, in ihrer qualitätsvollen Arbeit besser unterstützt werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, da mir weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, sind wir jetzt am Schluss der Beratung.

Wir kommen damit auch zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/100 an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich darf die Zustimmung des Hauses zu dieser Überweisungsempfehlung feststellen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

9 Bildungs-Chipkarte stoppen, bedarfsgerechte Kinderregelsätze einführen!

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/130

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/177

Entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung haben sich die Fraktionen darauf verständigt, heute keine Debatte zu führen, sondern erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des Fachausschusses.

Daher können wir auch direkt zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates kommen, den **Antrag Drucksache 15/130** einschließlich des **Entschließungsantrages Drucksache 15/177** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** – federführend –, an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** zu **überweisen**. Ich darf wieder die Zustimmung des Hauses feststellen. Der Einfachheit halber frage ich umgekehrt: Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diese Überweisungsempfehlung ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

10 Lobby für Erwerbslose stärken – Erwerbslosenzentren und -beratungsstellen fördern und landesweit ausbauen!

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/132

Auch hier haben sich die Fraktionen entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung darauf verständigt, heute keine Debatte zu führen, sondern erst die Vorlage einer Beschlussempfehlung des Fachausschusses abzuwarten.

Deswegen lasse ich direkt über die Empfehlung des Ältestenrates abstimmen, den **Antrag Drucksache 15/132** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** zu **überweisen**. Wer ist gegen diese Überweisungsempfehlung? – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

11 Demographische Gewinne nutzen – Entwicklung eines Stufenplans „Kleine Klasse“

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/136

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/184

Entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung gab es hier ebenfalls eine Verständigung der Fraktionen, heute keine Debatte zu führen, sondern die Beschlussempfehlung des Fachausschusses abzuwarten.

Ich lasse deswegen direkt darüber abstimmen. Wer der Überweisungsvorschlag des Ältestenrates, den **Antrag Drucksache 15/136** und den **Entschließungsantrag 15/184** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** zu **überweisen**, folgen möchte, den darf ich jetzt um das Handzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So beschlossen. Die Beratung und Abstimmung erfolgt dann nach der Beschlussvorlage des Plenums.

Ich rufe auf:

12 Wahleinsprüche gegen die Landtagswahl vom 9. Mai 2010

Beschlussempfehlung und Bericht
des Wahlprüfungsausschusses
Drucksache 15/146

Hierzu ist eine Debatte nicht vorgesehen.

Daher können wir unmittelbar zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung Drucksache 15/146** kommen, die Wahleinsprüche insgesamt zurückzuweisen. Wer dieser Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses folgen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist diese Beschlussempfehlung mit Zustimmung aller Fraktionen so **angenommen**.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum wieder ein für morgen, Freitag, den 17. September 2010, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 20:27 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.